Plenarprotokoll **3/78**
14.03.2002

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

78. Sitzung **3. Wahlperiode**

Donnerstag, 14. März 2002, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt

Mitteilungen des Präsidenten 5053

Genehmigung der Tagesordnung 5053

Beschluss 5053

Eidesleistung des am 13.03.2002 gewählten Mitglieds des Landesverfassungsgerichts gemäß § 9 Landesverfassungsgerichtsgesetz ... 5053

Peter Söhnchen 5053

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Geoparks in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/2737 – 5053

Dr. Henning Klostermann, SPD 5053, 5059

Minister Dr. Wolfgang Methling 5055

Renate Holznagel, CDU 5056

Birgit Schwebs, PDS 5058

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD 5061

Beschluss 5061

Antrag der Fraktion der CDU:
Zurückziehung des Entwurfes eines Gesetzes über die Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landeshochschulgesetz – LHG M-V) auf Drucksache 3/2311
– Drucksache 3/2646 – 5061

Steffie Schnoor, CDU 5062

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Wartefrist nach ABM
– Drucksache 3/2738 – 5064

Angelika Gramkow, PDS
(zur Geschäftsordnung) 5064

Barbara Borchardt, PDS 5064

Nils Albrecht, CDU 5065

Minister Helmut Holter 5067

Reinhard Dankert, SPD 5068

Harry Glawe, CDU 5071

Torsten Koplin, PDS 5073

Beschluss 5075

Antrag der Fraktion der CDU:
Stärkung von Bildung und Erziehung im Bereich des Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz (§ 24 SGB VIII und § 6 Abs. 2 KitaG M-V)
– Drucksache 3/2731 – 5075

Nils Albrecht, CDU 5075, 5085

Reinhard Dankert, SPD 5077

Annegrit Koburger, PDS 5077
Ministerin Dr. Martina Bunge 5079
Steffie Schnoor, CDU 5080
Ministerin Sigrid Keler 5082
Andreas Bluhm, PDS 5083
Angelika Gramkow, PDS 5085
Harry Glawe, CDU 5086
Beschluss 5086

Antrag der Fraktion der CDU:
Gesamtstaatliches Defizit abbauen – Schuldzuweisungen beenden
– Drucksache 3/2732 – 5086
Georg Nolte, CDU 5086
Ministerin Sigrid Keler 5088
Angelika Gramkow, PDS 5092
Wolfgang Riemann, CDU 5093, 5103
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff 5096
Rudolf Borchert, SPD 5100
Beschluss 5104

Antrag der Fraktion der CDU:
Neufassung Seeunfall-Untersuchungsgesetz – Erhalt der Seeämter
– Drucksache 3/2729(neu) – 5104

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS
– Drucksache 3/2777 – 5104
Reinhardt Thomas, CDU 5104, 5108
Minister Dr. Otto Ebnet 5106
Karsten Neumann, PDS 5106
Ute Schildt, SPD 5111
Beschluss 5112

Erklärung zur Abstimmung des Abgeordneten Reinhardt Thomas, CDU, gemäß § 97 GO LT 5112

Antrag der Fraktion der CDU:
Ansiedlung des Osteuropa-Zentrums für Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/2730 – 5113

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS
– Drucksache 3/2778 – 5113
Herbert Helmrich, CDU 5113, 5114
Karsten Neumann, PDS 5113
Ute Schildt, SPD 5114
Beschluss 5115

Antrag der Fraktion der CDU:
Tariftreuegesetz
– Drucksache 3/2649 – 5115
Nils Albrecht, CDU 5115, 5116

Antrag der Abgeordneten Barbara Borchardt und Lieselotte Prehn, Fraktion der PDS:
Entschließung zur zivilen Nutzung der Kyritz-Ruppiner-Heide – Lebensqualität sichern
– Drucksache 3/2728 – 5116
Barbara Borchardt, PDS 5116
Lorenz Caffier, CDU 5117, 5121
Monty Schädel, PDS 5119
Minister Dr. Gottfried Timm 5120, 5121, 5122
Beschluss 5122

Erklärung zur Abstimmung des Abgeordneten Dr. Klaus-Michael Körner, SPD, gemäß § 97 GO LT 5122

Nächste Sitzung
Mittwoch, 24. April 2002 5122

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 78. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Am gestrigen Tag wurde Herr Söhnchen zum Mitglied des Landesverfassungsgerichts gewählt. Heute Morgen hat der Ministerpräsident dem neu gewählten Mitglied des Landesverfassungsgerichts die nach Paragraph 4 Absatz 3 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes vorgesehene Urkunde ausgehändigt. Nach Paragraph 9 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes hat das Mitglied des Landesverfassungsgerichts vor Aufnahme seines Amtes in öffentlicher Sitzung des Landtages den für Richter des Landes vorgesehenen Eid zu leisten. Aus diesem Grunde schlage ich vor, die Tagesordnung um den Zusatztagesordnungspunkt „Eidesleistung des am 13.03.2002 gewählten Mitglieds des Landesverfassungsgerichts gemäß § 9 Landesverfassungsgerichtsgesetz“ zu erweitern. Ich sehe und höre dazu keinen Wiederspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den soeben verabredeten **Zusatztagesordnungspunkt**: Eidesleistung des am 13.03.2002 gewählten Mitglieds des Landesverfassungsgerichts gemäß § 9 Landesverfassungsgerichtsgesetz.

Eidesleistung des am 13.03.2002 gewählten Mitglieds des Landesverfassungsgerichts gemäß § 9 Landesverfassungsgerichtsgesetz

Meine Damen und Herren, wir hatten gestern unter Tagesordnungspunkt 13 das Mitglied des Landesverfassungsgerichts in geheimer Wahl gewählt. Der Ministerpräsident des Landes hat dem Gewählten die nach Paragraph 4 Absatz 3 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes vorgesehene Urkunde ausgehändigt. Ich darf Sie, Herr Söhnchen, herzlich hier begrüßen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Herr Söhnchen hat mir gegenüber schriftlich erklärt, dass er die gestern vorgenommene Wahl annimmt.

Nach Paragraph 9 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes haben die Mitglieder des Landesverfassungsgerichts vor Aufnahme ihres Amtes in öffentlicher Sitzung des Landtages den für Richter des Landes vorgesehenen Eid zu leisten. Dieser Eid ist in Paragraph 4 Landesrichtergesetz festgelegt.

Zur Vereidigung bitte ich Sie, Herr Söhnchen, jetzt zu mir zu kommen, und die Mitglieder des Landtages bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich spreche Ihnen die Eidesformel vor: Ich schwöre,

Peter Söhnchen: Ich schwöre,

Präsident Hinrich Kuessner: das Richteramt getreu dem Grundgesetz

Peter Söhnchen: das Richteramt getreu dem Grundgesetz

Präsident Hinrich Kuessner: für die Bundesrepublik Deutschland,

Peter Söhnchen: für die Bundesrepublik Deutschland,

Präsident Hinrich Kuessner: getreu der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Peter Söhnchen: getreu der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Präsident Hinrich Kuessner: und getreu dem Gesetz auszuüben,

Peter Söhnchen: und getreu dem Gesetz auszuüben,

Präsident Hinrich Kuessner: nach bestem Wissen und Gewissen

Peter Söhnchen: nach bestem Wissen und Gewissen

Präsident Hinrich Kuessner: ohne Ansehen der Person zu urteilen

Peter Söhnchen: ohne Ansehen der Person zu urteilen

Präsident Hinrich Kuessner: und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.

Peter Söhnchen: und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.

Präsident Hinrich Kuessner: Herzlichen Glückwunsch im Namen aller Mitglieder des Landtages! Ich wünsche Ihnen immer ein gutes Urteil. Für uns ist Ihre Entscheidung sehr wichtig und für unser Volk in Mecklenburg-Vorpommern ist sie ebenso wichtig.

Peter Söhnchen: Danke schön, Herr Präsident.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Gratulationen)

Präsident Hinrich Kuessner: Wir setzen fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Geoparks in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 3/2737.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Geoparks in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 3/2737 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Klostermann von der SPD-Fraktion.

Dr. Henning Klostermann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Ihnen vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen mutet manchem Leser vielleicht etwas Abstraktion und Mühen zu, aber er ist prägnant und zielgerichtet. Im Übrigen ist in den letzten Wochen viel Gelegenheit zu Informationen in der Region geboten worden. Der verteilte Flyer ist seit einem Monat und auch heute und hier noch erhältlich.

Dieser Antrag, meine Damen und Herren, ist eine Initialzündung für die Region um Neubrandenburg. Seit einigen Monaten laufen dort Bemühungen, namentlich durch den Geowissenschaftlichen Verein Neubrandenburg und in enger Zusammenarbeit mit dem Geologischen Dienst des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern, dahin gehend, den wachsenden Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern mit klugen Ideen zu befördern.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD, und Beate Mahr, SPD)

Dazu wurden Erfahrungen aus anderen Regionen Europas aufgegriffen und selbst die UNESCO-Initiative einge-

bunden. Das bedeutet, dass unser Bundesland gleichzieht mit anderen Vorreitern, indem es neben dem Schutz des Weltkulturerbes den des Weltnaturerbes an die Seite stellt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die im ersten Absatz unseres Antrages angesprochene Charta „Europäisches Geopark Netzwerk“ fußt auf den UNESCO-Kriterien, ein „Gütesiegel Geopark“ zuzuerkennen, wenn Regionen mit herausragenden Merkmalen geologischen/erdgeschichtlichen Erbes sich durch besondere Erhaltungsmaßnahmen dieses Erbes auszeichnen und dieses Potential in eine Strategie regionaler Wirtschaftsentwicklung münden lassen. Insofern ist all dies ein typisches Beispiel der nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Agenda 21.

Das Besondere an dem Vorgang ist nun, in der Geschichte, dass vier europäische Verwaltungseinheiten – das sind die LEADER-II-Zonen Geologisches Reservat der Haute Provence in Frankreich, das Maestrazgo (Kulturpark) in Aragon in Spanien, die Lesvos Insel in der nördlichen Ägäis und der Vulkaneifel Geopark Gerolstein in Rheinland-Pfalz, also auch bereits ein deutsches Gebiet – mit der Charta vom 4. Juni 2000 Eigner der Handelsmarke „Europäische Geoparks“ geworden sind und in Frankreich eine Koordinierungszentrale entstanden ist.

Der zentrale Gedanke ist die aktive Rolle solcher Geoparks in der ökonomischen Entwicklung eines Gebietes, durch die Erhöhung des allgemeinen Ansehens und durch den Geotourismus eine neue und intelligente Form ansprechenden Erlebens zu vermitteln. Es geht natürlich auch darum, die Einwohner zur Wiedererkennung der Werte des regionalen Erbes und zur aktiven Teilnahme an der kulturellen Wiederbelebung des Gebietes zu befähigen. Die Verbesserung des Naturerbebewusstseins wiederum ist eng gekoppelt an den Komplex Umweltbildung. Auf die unverzichtbare Zusammenarbeit mit örtlichen Unternehmen wird ausdrücklich verwiesen. Vielfältige Verkaufsprodukte und Serviceleistungen sind möglich.

Diese hohen Ansprüche der Charta gipfeln in Vorschriften für das Bewerbungsdossier für die Ernennung, für die Anerkennung zum Europäischen Geopark. Und – meine Damen und Herren, verzeihen Sie bitte diese bisher eher formalen Vorbemerkungen, ich komme zurück auf die umfangreichen Vorarbeiten in der Region – sie betreffen neben einer Inventarisierung in dieser Region Eignungsprüfungen, Machbarkeitsüberlegungen und werbende und klärende Gespräche der Akteure in der Region, aber natürlich auch unter den Fachleuten im Bereich des Umweltministeriums in Schwerin bis zum Bergamt Stralsund.

Meine Damen und Herren, der geplante Geopark „Mecklenburgische Eiszeitlandschaft“ offeriert und erschließt die landschaftlichen Reize zwischen Teterow und Feldberg. Das ist eine modellhafte Projektion darüber, wie man die Kernregion Mecklenburg-Vorpommerns auf einem silbernen Tablett serviert, und zwar mit Gewinn in der Kasse.

Meine Damen und Herren, die Akteure des Projekts veranstalteten jüngst einen Workshop zur Sache an der Fachhochschule Neubrandenburg, der die Öffentlichkeit erstmals informierte. Leider fehlten einige Abgeordnete dieses Hohen Hauses bei dieser Veranstaltung. Das habe ich sehr bedauert. Mit großer Offenheit diskutierten Vertreter aller informierten und interessierten Branchen mit den Ideenträgern und wertvolle Erfahrungen aus der Vulkaneifel wurden aus erster Hand sachkundig eingebracht und nicht nur das Gerolsteiner Wasser angeboten.

Für mich als Teilnehmer und Referent dieses Workshops steht fest, der Start ist gelungen und wir brauchen den Vergleich mit den genannten europäischen Geoparks nicht zu scheuen. Inzwischen sind in Deutschland circa ein Dutzend Geoparks in ernstlichen Überlegungen für eine solche Bewerbung. Meine Damen und Herren, lassen Sie sich von einem Abgeordneten, der aus dem Stall der Geowissenschaften kommt, sagen, unsere Eiszeitlandschaft ist in ihrer Ausprägung in Norddeutschland konkurrenzlos. Dieses „konkurrenzlos“ sollte man auch nutzen, das ist ein Bonus, den das Land auch nutzen muss.

Im zweiten Absatz des Antrages geht es um die Erörterung der Handlungsleitlinien im Bund-Länder-Ausschuss für Bodenforschung. Und ich muss feststellen, dass diese Beratungen doch ziemlich langatmig und unentschlossen sind. Aus diesem Grunde wollen die Koalitionsfraktionen das Anerkennungsverfahren in der unteren Stufe unkompliziert durch die Landesregierung, möglicherweise per Erlass, regeln lassen. Diese Grundstufe kann dann das Bewerbungsverfahren mit dem oben genannten Dossier positiv begleiten und befördern. Außerdem, so meine ich, gibt ein Votum dieses Hohen Hauses auch Rückenstärkung mit Bekenntnis und Auftrag.

Zum dritten Absatz des Antrages. Das genannte Verfahren kann am Beispiel Geopark „Mecklenburgische Eiszeitlandschaft“ modellhaft entwickelt und angewendet werden. Ich darf Ihnen zum aktuellen Sachstand mitteilen, dass die positive Resonanz des Workshops, er ist genannt worden, bei kommunalen Verwaltungen, Tourismusverbänden und -büros und zahlreiche Vorschläge und Ideen aus der Region zu weiteren Geoobjekten sowie die Bildung von Aktionszentren eine Umsetzung des Konzepts sehr verheißungsvoll gestalten. Auch hier sind eine Vernetzung, der Erfahrungsaustausch und Privatinitiativen zu optimieren. Beitrittswünsche, die überlegt, muss ich sagen, eingebracht wurden während dieser Veranstaltung, sollen in einer Konzeptüberarbeitung berücksichtigt werden, so dass der Geopark von zunächst geplanten 3.500 Quadratkilometern inzwischen eine Größe von 5.000 Quadratkilometern umfassen wird, damit also 21 Prozent der Landesfläche. Aber er wird sich wohl nicht weiter ausdehnen. Damit ist die Kernzone beschrieben.

Die Geoparkregion, meine Damen und Herren, wie sie im vorliegenden Flyer umgrenzt ist, hat vor allem nördlich und östlich Erweiterungen erfahren, die auch vom fachlichen Ansatz her vertretbar sind. Geologische Stätten und Aufschlüsse, ob charakteristische Oberflächenformen, oft lehrbuchhaft ausgebreitet, ob Blockpackungen, Großfindlinge oder auch künstlich angelegte Findlingsgärten – zahlreiche haben wir inzwischen im Land –, Rinnenseen, Oszüge, Sölle, Kesselmoore, Schichtquellen, Binnendünen, Gesteine von Stadtmauern, auch das sollte man mal bedenken, Kirchen und anderen Gebäuden, ob Kies- und Tongruben, die geothermische Heizzentrale Waren, die präsentiert werden können von Prinzip und auch durch Besichtigung, ob Panoramablicke von Kirchtürmen, Hochhäusern, Aussichtstürmen oder Sammlungen im Lande, die bereits bestehen, hervorragende Museen – die Vielfalt der Angebote ist da. Nutzen wir sie und nutzen wir auch das Ehrenamt von Sachverständigen in Vereinen sowie den Unternehmergeist!

Meine Damen und Herren, es ist von bemerkenswerter Relevanz, wenn ich an dieser Stelle in meinen Funktionen hier betone, eine Handelsmarke Geopark ist eine Handelsmarke und keine neue rechtsverbindliche Schutzkategorie, das muss ganz klar gesagt werden, keine neue rechtsverbindliche Schutzkategorie Geopark. Hier handeln wir mit den in jeder Jahreszeit im Grunde erlebbaren geotouristischen Attraktiva in nachhaltiger Nutzung. Wandern, geologische Führungen, Radwandern, wassergebundener Sport, Highlights mit Rundflügen, Ballonfahrten auf Eiszeitrouten – dies alles macht das Projekt aus.

Meine Damen und Herren, es ist angeraten, dass das Hohe Haus dem Antrag heute ohne Ausschussüberweisung zustimmt. Wir wollen unterstützen und begleiten. Der bereits getanen Arbeit können wir vertrauen und ich würde es sehr begrüßen, wenn wir hier und heute ein einmütiges Bekenntnis für diese Chance im Tourismus erzielen. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Umweltminister Herr Methling. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gleich zu Anfang darf ich sagen, dass ich mich über diesen Antrag sehr freue und dass das Umweltministerium mit seinen Möglichkeiten die Einrichtung von Geoparken in Mecklenburg-Vorpommern – aber so sehr viele werden es dann nicht sein, Herr Klostermann hat ja auch schon darauf hingewiesen – nachdrücklich unterstützen wird. Ich habe selbst im vergangenen Jahr in zwei Beratungen von Geologen, nämlich in der Beratung des Bund-Länder-Ausschusses der Geowissenschaftler, die sich also mit Bodenforschung beschäftigen, und in der Beratung der Leiter der Geologischen Dienste der Bundesrepublik, angeregt, dass die Initiative auch in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt wird. Dass es so schnell geschieht und dann auch auf einem Flyer niedergelegt ist, hätte ich ehrlich gesagt nicht erwartet, und ich bedanke mich bei denjenigen, die so schnell die Initiative ergriffen und aus einer Idee ein Konzept entwickelt haben.

(Volker Schlotmann, SPD: Gut, ne?)

Ein Geopark, meine sehr geehrten Damen und Herren, stellt dar eine Verflechtung von Geologie, von Wirtschaft und Gesellschaft. Ein Geopark darf nicht reduziert werden auf die Präsentation von geologischen Sehenswürdigkeiten. Ein Geopark soll in erster Linie Geotourismus fördern, er soll Wirtschaft im Einklang mit Natur und Umwelt ermöglichen. Er soll ein Beispiel liefern für eine nachhaltige Entwicklung und er soll die Grundlage liefern für eine erfolgreiche Umweltbildung, für die Entwicklung von Wertvorstellungen, sorgsam mit der Natur umzugehen, indem zum Beispiel geologische Lehrpfade eingerichtet werden. Das Ziel der UNESCO dabei ist, das geologische Naturerbe zu bewahren und die Interessen der Menschen auf das zu lenken, was schützenswert an unserem Planeten ist. Dieses hohe Ziel soll also auf dem Weg des Geoparks auch erreicht werden.

Geopark ist, wie Herr Dr. Klostermann schon gesagt hat, keine Schutzgebietskategorie, keine eigene, keine neue. Geopark soll Entwicklungen initiieren und nicht behindern. Geopark soll Perspektiven öffnen. Und es ist keinesfalls so, dass dann zu befürchten ist, dass hinter jedem Stein gewissermaßen eine Gefahr lauert, die die Menschen dort irgendwie in Bedrängnis bringt. Geopark ist eine sehr sympathische Vision, die in unserem Lande dann auch verwirklicht werden kann.

Ausgangspunkt für die Entwicklung von Geoparken ist die touristische Nutzung des durchaus vorhandenen breiten Interesses der Menschen. Unabhängig von ihrem Bildungsstand gibt es ein breites Interesse daran zu erfahren, wie unsere Erde entstanden ist, wie Landschaften durch geologische Prozesse entstanden sind, wie Gesteine gebildet wurden, wie Mineralien entstanden. Der Geopark soll weitere interessante Angebote schaffen, Angebote für die Lenkung von Touristenströmen. Geopark soll Neugier wecken, soll Wissensdurst befriedigen, Wissensdurst zum Entstehungsprozess der Erde und was wir daraus ableiten können. Geopark soll auch Arbeitsplätze schaffen, Arbeitsplätze, die dann im Tourismus angesiedelt sind.

Zur Idee des Geoparks „Mecklenburgische Eiszeitlandschaft“ kann ich dem, was Herr Dr. Klostermann angeführt hat, einiges hinzufügen. Ich halte den Gedanken eines Geoparks für außerordentlich sympathisch. Manche sind regelrecht begeistert davon, und zwar nicht nur Geologen. Bei diesem Geoparkgedanken, der hier in Mecklenburg-Vorpommern entstanden ist, haben wir auch den großen Charme, dass es ein Gedanke ist, der von unten gewachsen ist, ein Gedanke, der von einem Verein, vom Geowissenschaftlichen Verein in Neubrandenburg, entwickelt worden ist unter Mitwirkung von vielen Akteuren vor Ort, aber auch an anderen Orten. Es sind dabei die kommunalen und die touristischen Gremien einbezogen worden, so dass diese Bewegung von unten wachsen konnte.

Unser Geopark „Mecklenburgische Eiszeitlandschaft“ hat eine Reihe von Vorzügen, man kann sagen, Alleinstellungsmerkmalen, auf die es ja ankommt, wenn ein solcher Geopark Attraktivität ausstrahlen soll. Wir haben eine Konzentration von eiszeitlichen Spuren, wie sie woanders kaum zu finden sind, und nicht nur weil Steine in der Gegend herumliegen, sondern es gibt eben auch andere Zeichen dieser eiszeitlichen Entwicklung. Aber die Grundmoränen, die Endmoränen, die Sander, die Binnendünen – Herr Klostermann hat schon darauf hingewiesen –, Gletschertore, die wir in unserem Lande haben, Findlingsgärten, alles dieses findet man woanders nicht in dieser Konzentration. Und wir haben Vorarbeiten dazu an verschiedenen Standorten. Ich will hinweisen auf solche Findlingsgärten wie bei Wesenberg, Neubrandenburg, Prälank, bei Feldberg, Carwitz, Wittenhagen, wo man eine entsprechende Eiszeitscheune entwickeln will. Es gibt also viele Ansätze vor Ort, die eine gute Grundlage für das liefern, was dann zu einem Geopark zusammengefügt werden soll.

Ein Geopark, meine sehr verehrten Damen und Herren, soll auch Anlaufpunkt für Geowissenschaftler sein, soll Ansatzpunkt sein für die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen. Ich bin davon überzeugt, es wird dann Geologen, Eiszeitforscher in diesen Geopark „Mecklenburgische Eiszeitlandschaft“ führen. Sie werden dort Tagungen durchführen, wovon wiederum das Hotelwesen profitieren kann. Das ist ja auch ein wichtiger Aspekt im Tourismus.

Geopark soll nicht eine Steinlandschaft allein sein, Geopark soll etwas sein, was auch Umweltbildung auf unterhaltsame Art präsentiert. In diesem sollen nicht knöcherne Geologen auf harte Steine klopfen, sondern dort soll auch Leben sein.

(Beifall Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Insofern meine ich, die Geoparkidee muss auch verbunden werden mit Leben, mit Lebewesen, auch mit Hinweisen auf früheres Leben und auf heutiges Leben. Das macht es sicherlich lebendiger und vielleicht gibt es dann auch eine noch größere Attraktivität, wenn man das auch mit der belebten Materie verbindet. Mein Vorschlag wäre, dass vor Ort – und ich gehe davon aus, dass das auch schon diskutiert worden ist – Ideenwettbewerbe ausgelöst werden für verschiedene Geoprodukte, die dann auch im Tourismus verwandt werden können, Sammlungen, die anzufertigen sind, Übersichten, Modelle, Puzzle für Kinder, die dann sozusagen Steine zusammenlegen, um es zu einem Bild zusammenzufügen.

Meine Damen und Herren, ich würde das Fazit davon ableiten, ein Geopark kann ein Markenzeichen auch für unser Land sein. Wenn wir einen solchen Geopark haben, „Mecklenburgische Eiszeitlandschaft“, ist das vielleicht eine kleine Alternative zu Jurassic Park, diesmal dann in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Ja, vielleicht. Da kann man zumindest einiges verbinden.

Zum Anerkennungsverfahren, Herr Klostermann hat das schon angesprochen: Also für das Anerkennungsverfahren sind noch nicht alle Dinge geklärt. Es gibt dafür Optionen, aber noch keine endgültigen Festlegungen. Da müssen wir noch die Festlegungen bei uns in der Landesverwaltung treffen. Aber wir handeln bereits. Und ich denke, dieses Handeln setzt auch voraus, dass wir dann zu Entscheidungen kommen können. Wichtig ist uns beiden sicherlich, mal unabhängig von der Anerkennung und Zertifizierung in unserem Lande, dass es eine europäische Anerkennung gibt und eine UNESCO-Anerkennung, denn das wird den Wert ausmachen, dass wir einen UNESCO-Geopark hier haben, der wird attraktiv sein, und nicht, dass wir einen mecklenburgischen haben. Deswegen müssen wir gleich die höhere Dimension dabei anstreben und das, was wir dabei tun, als Begleitung verstehen.

Wir werden also dieses Geoparkprojekt begleiten mit dem Geologischen Dienst und dem Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie. Wir werden fachliche Stellungnahmen abgeben und wir werden alles dafür tun, dass es ein Zertifikat geben wird, das hohen Ansprüchen genügt. Der Geopark ist keine landeseigene Definition. Wir werden also auch keine Bemühungen unternehmen, landeseigene Definitionen vorzunehmen. Das würde auch nicht nützlich sein in dieser Sache, sondern wir haben uns internationalen Bewertungsmaßstäben zu stellen.

Und eine letzte Bemerkung, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil ich gestern schon gehört habe, wie viel Millionen uns das kosten wird: Also da kann ich nun überhaupt nichts versprechen. Ein Geopark soll ein Tourismusattraktionsbestandteil sein in unserem Lande. Er muss sich selber finanzieren. Wir können im Rahmen der Projektförderung einiges tun, was Umwelt, Bildung und so weiter betrifft. Aber wir können ihnen keine Steine bezahlen, die sie dann in die Gegend legen, und sagen, das ist unser Geopark – das wird nicht so sein –, sondern wir brauchen eine schrittweise Förderung. Und ich hoffe, dass sich die regionalen Verantwortungsträger daran beteiligen werden und vielleicht auch wirtschaftliche Unternehmen, die erst mal die Grundlagen dafür liefern, dass die Attraktivität entwickelt werden kann.

Der Geopark, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat aus meiner Sicht nur Gewinner. Es gibt keine Verlierer, sondern viele, die davon profitieren können. Und deswegen würden wir alles andere als klug beraten sein, wenn wir diese Idee kleinreden würden. Ich glaube, es gibt Potentiale, die manche noch nicht durchdacht haben, und welche, die jetzt noch immer darüber lächeln, was denn diese Steinforscher sich da ausgedacht haben. Ich halte das für eine großartige Sache. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten! Ich danke Ihnen für die Initiative, Herr Dr. Klostermann, und dem Verein in Neubrandenburg, der auch heute hier anwesend ist. Wir werden Ihnen alle Unterstützung geben, der Landtag ohnehin, denn sonst hätten sie es ja nicht auf die Tagesordnung gebracht. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat Frau Holznagel von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Holznagel.

Renate Holznagel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Entwicklung einzelner Regionen unseres Landes liegt auch meiner Fraktion am Herzen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist aber richtig gut.)

Ja.

Schließlich waren es CDU-geführte Landesregierungen, die mit der Errichtung von zwei Biosphärenreservaten und sechs Naturparks die regionale Entwicklung in Teilen unseres Landes unterstützten. Ich wollte es nur noch mal wieder gesagt haben.

Ziel der damaligen Politik war es, Regionen mit besonderer Naturausstattung die Möglichkeit einer nachhaltigen Entwicklung einzuräumen, neue Einkommensquellen zu erschließen und die Kulturlandschaft zu erhalten. Der Ausgleich von ökologischen und ökonomischen Interessen stand im Vordergrund und sicherte die notwendige Akzeptanz – und darauf möchte ich die Betonung legen – vor Ort. Dieser positive Ansatz rückte mit den Jahren allerdings immer weiter in den Hintergrund. Vielleicht liegt es auch daran, dass man meint, zum Beispiel mehr Naturschutz mit einer Vereinsklage zu erreichen. Heute leiden gerade die Biosphärenreservate und Nationalparks unseres Landes unter erheblichem Akzeptanzverlust in der Bevölkerung. Oft lässt sich diese Entwicklung an Personen oder Verwaltungsverfahren festmachen. Die Bürger fühlen sich nicht ausreichend informiert und seitens der Verwaltung gegängelt. Das ist so. Da helfen auch stillose Pressemitteilungen des Umweltministers nicht, im Gegenteil.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Dieser Umweltminister hat ein Ziel, das ist ja wohl klar.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Koalitionsfraktionen wollen mit dem vorliegenden Antrag die Landesregierung auffordern, ein Anerkennungsverfahren für Geoparks in Mecklenburg-Vorpommern unter Einbeziehung kommunaler und touristischer Gremien bis zum 30. Juni 2002 zu regeln. Das Anerkennungsverfahren soll beispielhaft im Hinblick auf das Projekt „Geopark Mecklenburgische Eiszeitlandschaft“ als Modellvorhaben entwickelt werden. Richtig ist, dass im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland die Länder für die Ausweisung und Anerkennung von Geoparks zuständig sind. Hierfür muss allerdings sichergestellt werden, dass die Ausweisung eines Geoparks in der jeweiligen Region überhaupt gefragt ist. Nach der Einbringung durch den Abgeordneten Herrn Klostermann glaube ich, dass dieses so ist. Der Umweltminister bestätigte dies ja auch. Aber hierzu bedarf es wiederum einer klaren Definition des Begriffes „Geopark“. Mir liegen derzeit drei Definitionen für den Begriff „Geopark“ vor, wobei die Definition des Bund-Länder-Ausschusses Bodenforschung meines Erachtens den größten Ermessensspielraum zulässt. Hier heißt es: „Ein Geopark umfasst Landschaften oder Landschaftsteile mit geologischem Naturerbe, aber auch mit archäologischem, ökologischem, historischem und kulturellem Erbe von überregionaler Bedeutung. Sein Gebiet ist räumlich abgegrenzt und stellt keine eigene rechtsverbindliche Schutzkategorie dar.“ Gleichzeitig verweist der Bund-Länder-Ausschuss Bodenforschung aber darauf, dass die Erarbeitung und Umsetzung von abgestimmten Konzepten zum Tourismus und zur Ressourcennutzung für die Anerkennung eines Geoparks unerlässlich ist.

Meine Damen und Herren! Das Netzwerk Europäischer Geoparks hingegen definiert Geoparks wie folgt: „Ein europäischer Geopark ist ein Gebiet, welches ein besonderes geologisches Erbe und eine nachhaltige Strategie zur Gebietsentwicklung verfolgt, unterstützt durch ein europäisches Programm zur Förderung der Entwicklung. Grenzen und ausreichende Gebietsflächen zu einer echten ökonomischen Gebietsentwicklung müssen klar definiert sein. Ein europäischer Geopark muss eine gewisse Anzahl von geologischen Aufschlüssen oder Stätten von besonderer Wichtigkeit in Bezug auf ihre wissenschaftliche Güte, ihre Seltenheit, ihre ästhetische Wirkung oder ihren erzieherischen Wert umfassen. Die Mehrheit der Aufschlüsse/Stätten auf dem Gebiet eines europäischen Geoparks muss Teil des geologischen Erbes sein, aber ihr Anteil kann auch archäologischer, ökologischer, historischer oder kultureller Natur sein.“ So weit die Definition.

Gleichzeitig verweist das Netzwerk Europäischer Geoparks darauf, dass die Zerstörung oder der Verkauf von geologischen Objekten aus einem europäischen Geopark nicht geduldet werden kann. Der europäische Geopark muss in einer klar definierten Struktur verwaltet werden, die befähigt ist, Schutzmaßnahmen bei der Entwicklung und Entwicklungsstatiken zu erhalten, in ihrem Gebiet durchzuführen. Diese Forderungen decken sich weitgehend mit den Anforderungen der UNESCO, die den Geopark unter anderem wie folgt definiert:

„1. Ein UNESCO-Geopark muss ein hinreichend großes Wirtschaftsgebiet sein, das mehrere bedeutende, seltene und schöne geologische Besonderheiten, gegebenenfalls auch archäologische, ökologische und kulturelle Werte umfasst.

2. UNESCO-Geoparks werden von einer ernannten Behörde geleitet. Diese Behörde führt eine umfassende Bestandsaufnahme des Geoparks, eine Analyse und Mängelbeschreibung des Gesamtgebietes, eine Analyse der sozioökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten durch und fasst die Analysen in einem Geschäftsplan zusammen. Sie begleitet die Kennzeichnung des Gebietes mit Öffentlichkeitsarbeit und informiert die UNESCO über die Entwicklung des Gebietes.“

Allein vor dem Hintergrund dieser verschiedenen Definitionen, meine Damen und Herren, können Sie schon erahnen, welche Schwierigkeiten die Anerkennung von Geoparks bereiten können.

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Ach wo.)

Deswegen habe ich mir auch die Mühe gemacht, es Ihnen noch mal vorzutragen.

Während die Handlungsrichtlinien des Bund-Länder-Ausschusses für Bodenforschung noch relativ offen sind, gehen die Anforderungen des Netzwerkes Europäischer Geoparks unter der UNESCO bedeutend weiter und präjudizieren meines Erachtens nach einen Eingriff in die vom Grundsatz geschützten Eigentumsrechte. Und hier eröffnet sich sicher ein Problem, was zu diskutieren ist. Wenn auch seitens des Umweltministeriums immer wieder darauf verwiesen wird, dass ein Geopark keine eigene Schutzkategorie darstellt, ist doch schon heute davon auszugehen, dass zur Umsetzung der Vorgaben der UNESCO oder des Netzwerkes Europäischer Geoparks neue Schutzmaßnahmen in Betracht gezogen werden müssen, die durch Verordnungen oder vertragliche Wege durchgesetzt werden müssen. Inwieweit diese Schutzmaßnahmen bei der Gewinnung von Bodenschätzen oder in der Landwirtschaft eine zusätzliche Berücksichtigung finden müssen, wird in der aktuellen Diskussion noch nicht betrachtet.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einiges zum Modellprojekt „Geopark Mecklenburgische Eiszeitlandschaft“ sagen. Während die Handlungsleitlinien des Bund-Länder-Ausschusses Bodenforschung unter Punkt 5 eine Beteiligung der Gebietskörperschaften, Behörden, Vereine und Museen, Unternehmen und Private sowie Einrichtungen der Wissenschaft und Erziehung vorsehen, scheint meiner Meinung nach die Errichtung des Geoparks „Mecklenburgische Eiszeitlandschaft“ in unserem Bundesland eigentlich nur im internen Kreis stattzufinden. Ich denke, dies sollte sich ändern.

Offene Fragen nach den Kosten oder der Verwaltung werden eigentlich völlig verdrängt beziehungsweise nicht angesprochen. Insgesamt sieht meine Fraktion vor dem Hintergrund der bereits bestehenden Naturparks, Nationalparks und Biosphärenreservate keinen Grund für die zusätzliche Ausweisung eines Geoparks. Sollten Regionen unseres Landes an der Ausweisung eines Geoparks interessiert sein, ist dies möglich und es gibt meines Erachtens nach ausreichend Möglichkeiten, die Erfahrungen bestehender Geoparks zu nutzen. Ich möchte es noch mal deutlich sagen: Wir lehnen den Geopark „Mecklenburgische Eiszeitlandschaft“ nicht ab,

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Sehr gut.)

aber Vorgaben seitens der Landesregierung führen nur dazu, dass Handlungsspielräume eingeschränkt und überflüssige Verwaltungsstrukturen aufgebaut werden.

Aus diesem Grund lehnt meine Fraktion den vorliegenden Antrag ab.

(Zurufe von Caterina Muth, PDS,
und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Auch wenn ich das Engagement von meinem Kollegen Klostermann hier sehr schätze, vielleicht wäre es besser gewesen, über diesen Antrag vorher noch mal zu reden. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schwebs von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schwebs.

(Caterina Muth, PDS: Sag ihr mal,
dass sie das falsch gemacht hat.)

Birgit Schwebs, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts der für jeden sichtbaren Potentiale, die Mecklenburg-Vorpommern zur Entwicklung von Geoparks hat, ist die Frage natürlich berechtigt, warum wir uns nicht schon früher dieser Thematik gewidmet haben. Frau Holznagel hat es auch angesprochen, es sollte und müsste eigentlich in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Doch wie bei so vielen vernünftigen Ideen scheint es auch hier so zu sein, dass sich erst jemand finden muss, der den Gedanken aufgreift und sich um seine Förderung bemüht. Der Minister hat in diesem Zusammenhang schon auf das Engagement einiger Geopark-Pioniere in unserem Land hingewiesen und zudem braucht auch jede gute Idee ihre Zeit. Und die Zeit scheint gegenwärtig günstig, denn immerhin ist das Jahr 2002 das Jahr der Geowissenschaften. Diese Wissenschaftsjahre sind ein gemeinsames Projekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Initiative „Wissenschaft im Dialog“ des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft sowie der großen Forschungsorganisation. Sie sehen also, unser Thema ist ein ganz modernes, wenngleich es nicht neu ist.

Seit vielen Jahren laufen rund um den Erdball Initiativen zur Gestaltung von Geoparks. In deren Ergebnis wurden und werden zahlreiche Parks in Nordamerika oder in für uns zu exotischen Ländern in Afrika, in Kenia, in Tansania oder der Elfenbeinküste, entwickelt. Zu den namhaftesten Beispielen in Europa zählen der Geopark östlich von Avignon, der sich mit einer Größe von ungefähr 200.000 Hektar über die Territorien von 47 Gemeinden erstreckt. Der Geopark Krems an der Donau oder der Geopark Vulkaneifel, den Dr. Klostermann schon benannt hat, im Süden unserer Republik gehören ebenfalls dazu. Neben diesem Vulkaneifel-Geopark gibt es in Deutschland eine ganze Reihe von Aktivitäten zur Einrichtung von Geoparks zu verzeichnen. Stellvertretend seien dafür noch der Geopark Göttingen oder der brandenburgische Geopark Muskauer Faltenboden genannt. Und mit dieser Aufzählung wird auch klar, dass wir an dieser Stelle im Lande nichts Neues erfinden, dass es kein bürokratischer Akt ist.

Meine Damen und Herren! Es wurde bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass es ein UNESCO-Programm für Ausweisung und Anerkennung von Geoparks gibt. Auf weltweit rund 500 großräumigen Arealen soll die grundlegende Bedeutung geologischer und geomorphologischer Prozesse für das heutige Leben und Erleben erschlossen werden. Es stellt sich also die Frage, was denn ein Geopark im Verständnis der UNESCO ist. Frau Holznagel hat uns hier heute schon drei Definitionen gebracht. Sie hat das Thema ausführlich behandelt. Ich bin der Meinung, die Definitionen widersprechen sich nicht gegenseitig, sondern sie ergänzen sich. Jede Definition behandelt einen anderen Aspekt des Geoparks. Und im Antrag ist es klar formuliert: Wir wollen die Anerkennung nach dem UNESCO-Verfahren.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: So ist das.)

Ich kann dort auch keinen Widerspruch erkennen, den Frau Holznagel hier aufgemacht hat zwischen der UNESCO und dem Netzwerk Europäische Geoparks, denn immerhin gibt es eine Kooperationsvereinbarung zu dieser Problematik aus dem Jahr 2001, und ich denke, es wird nach dem UNESCO-Verfahren die Anerkennung vorgenommen werden.

Der Geopark ist sozusagen ein neuer Gebietsstatus der UNESCO, es ist kein neuer Schutzstatus, sondern nur ein Gebiet wird als Geopark bezeichnet. Das Prädikat wird an großräumige Gebiete verliehen, die besondere naturräumliche und geologische Verhältnisse aufweisen. Mit ihrer nationalen und internationalen Ausweisung als eine geologische Modellregion sollen die vorhandenen Zeugnisse der erdgeschichtlichen Entwicklung der jeweiligen Region nachhaltig erschlossen und touristisch vermarktet werden. Es geht also kurz gesagt darum, größere zusammenhängende Flächen mit geologischem, mit archäologischem, ökologischem, historischem oder kulturellem Erbe von besonderer wissenschaftlicher Bedeutung, Seltenheit oder Schönheit zu erhalten und schonend weiterzuentwickeln. Das heißt, diese Gebiete werden – ich betone es noch einmal – nicht unter Schutz gestellt, sondern sie sollen auch weiterhin genutzt werden.

Wichtig erscheint mir auch in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass der UNESCO-Geopark keine Restriktionen, also keine rechtliche oder wirtschaftliche Einschränkung für die Region mit sich bringt. Im Gegenteil, er bietet für die Region die Chance, Stärken weiterzuentwickeln, das eigene Profil zu schärfen und die Region bundesweit und auch international bekannt zu machen, gerade indem sie unter dem Aspekt erlebbare Landschaftsgeschichte und entwickelte Kulturlandschaft für sich wirbt. Ein reiches geologisches Erbe ist die grundlegende Voraussetzung für eine Bewerbung bei der UNESCO. Dieses besondere geologische Naturerbe finden wir in unserem Land beispielsweise in der Region zwischen Altentreptow, Malchin, Rechlin, Neustrelitz und Feldberg.

Um das Prädikat der UNESCO tragen zu können, muss ein zukünftiger Geopark aber auch verschiedenen Kriterien zur nachhaltigen Regionalentwicklung entsprechen. Der behutsame und verantwortungsvolle Umgang mit dem Landschaftserbe ist dabei eine Aufgabe, bei der die Zusammenarbeit aller wichtigen Akteure in der Region gefragt ist. Die Vereinbarung von Kooperationen zur Entwicklung geotouristischer Angebote, die Förderung regionaler Produkte, aber auch eine breit angelegte Strategie zur Umweltbildung sollen bestehende Potentiale nutzbar machen und damit können sie zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen, denn diese wird durch die Geoparkidee eben nicht behindert. Sie selbst, die wirtschaftliche Entwicklung, ist Teil der Darstellung der Entstehung der Kulturlandschaft in der geologischen Modellregion.

Die Ziele für den in unserem Antrag namentlich genannten und zu entwickelnden Geopark „Mecklenburgische Eiszeitlandschaft“ entsprechen den gerade aufgezählten Grundsätzen. Davon können sich heute schon die Besu-

cher im Landschaftsgarten Brodaer Teich in Neubrandenburg, im Müritz-Museum in Waren oder im Findlingsgarten in Wesenberg überzeugen. Durch das Geoparkprojekt soll ein Prozess initiiert werden, in dem durch Vernetzung und gemeinsame Erarbeitung nachhaltiger Konzepte die regionale Identität nach innen und nach außen gestärkt wird. Die Entwicklung eines Geoparkprofils soll Impulse für die Wirtschaft, zum Beispiel für den Tourismus, oder für die Landwirtschaft und die naturschonende Nutzung hervorbringen, die zu einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Agenda 21 beitragen. Im geplanten Geopark „Mecklenburgische Eiszeitlandschaft“ sollen lebendige Begegnungen mit Geologie, mit Erd- und Landschaftsgeschichte stattfinden, mit der Kulturlandschaft, mit Natur- und Lebensräumen, mit der Nutzungsgeschichte, mit Kunst und Handwerk der Region. Ich denke, es ist eine Chance für diese Region.

Die Vernetzung bestehender Aktivitäten und Initiativen ist eine grundlegende Voraussetzung für die Entdeckung oder eben für die Wiederentdeckung, Erschließung und Präsentation der erd- und kulturgeschichtlichen Besonderheiten im Geopark. Ein umfassendes System der Besucherinformation mit starkem Bezug zur Umweltbildung soll in diesem Rahmen entwickelt werden. Die schon heute entwickelte touristische Infrastruktur der Region mit Informationspunkten, Wanderwegen, Rast- und Parkplätzen bietet eine gute Voraussetzung dafür. Zudem sollen gemeinsame Projekte und Aktionen mit Verbänden des Naturschutzes und der Landschaftspflege zum Schutz natürlicher und naturnaher Lebensräume und zum Erhalt der Kulturlandschaft beitragen. Ein Veranstaltungskonzept, das Information und aktives Landschaftserleben verbindet, wird zu einem nachhaltigen Umgang mit unserem landwirtschaftlichen Erbe beitragen. Die Umsetzung einer zwischen allen wichtigen Akteuren abgestimmten Tourismusstrategie kann dabei neue Einkommensquellen erschließen. Neben dem Fremdenverkehr und der Gastronomie könnte davon zum Beispiel auch die Landwirtschaft profitieren. Eine auf den Geopark zugeschnittene Angebotspalette soll aus der Vielfalt regionaler Produkte schöpfen und zum Beispiel von der einheimischen Gastronomie getragen werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich wiederholen, dass es sich bei der Ausweisung von Geoparks nicht um eine Festschreibung eines neuen Naturschutzstaates oder eines anderen Schutzstaates handelt. Dass der Geoparkgedanke im Gegenteil gerade mit nachhaltiger Wirtschaftspolitik verknüpft ist, habe ich in den vorherigen Bemerkungen zu erklären versucht. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Beispielen anderer Regionen, bei denen deutlich wird, dass sich beispielsweise Geotopschutz und so einschneidende Eingriffe wie Kalksteinabbau nicht gegenseitig ausschließen. Stellvertretend für ein derartiges Nebeneinander ist das Kalkwerk Rüdersdorf bei Berlin zu nennen, wo die beim Abbau gefundenen Gletschertöpfe und Gletscherschrammen an einem benachbarten geologischen Lehrpfad aufgestellt wurden. Also auch hier die Verbindung wirtschaftlicher Nutzung mit konkreter ansehbarer Umweltbildung.

Wir sollten also die Idee der Geoparks als eine interessante Herausforderung begreifen und die Pflege unseres Landschaftserbes mit der Schaffung neuer Möglichkeiten seiner produktiven Verwertung verbinden. Und ehrlich gesagt, Frau Holznagel, ich kann es wirklich nicht verstehen, dass Sie unter dem Vorwand erhöhter Bürokratie dem Antrag nicht zustimmen werden, denn es gibt durchaus andere CDU-Fraktionen in kommunalen Parlamenten, die sich dafür einsetzen, die Geoparkidee zu fördern. Ich kann Sie vielleicht an eine Koalitionsvereinbarung aus dem Odenwald erinnern. Da gibt es eine Koalitionsvereinbarung zwischen der CDU, einer freien Wählergemeinschaft und der FDP, in der gerade dieser Gedanke, ein Geopark „Bergstraße Odenwald“ als gemeinschaftsübergreifende Einrichtung in und für die Region zu gründen unter dem UNESCO-Status eine Rolle spielt. Dieser wird durch eine Koalitionsvereinbarung ausdrücklich gefördert.

(Beifall Dr. Henning Klostermann, SPD)

Und dass Sie sich hier mit dieser scheinheiligen, durchschaubaren Ausrede der steigenden Bürokratie im Lande dem Antrag verweigern, kann ich eigentlich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Jetzt hat das Wort Herr Klostermann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Klostermann.

Dr. Henning Klostermann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wenn ich das so reflektiere, was hier gesagt wurde, meine Damen und Herren von der Opposition, während Sie da noch im Definitionsstreit beschäftigt sind und mit taxonomischen Spitzfindigkeiten vielleicht dieses oder jenes herauspicken wollen, wird der Geopark bereits aufgebaut.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir haben
doch nichts gegen den Geopark.)

Das, was Sie unterstellen, heißt also: Es kann nicht losgehen und es kann nicht weitergehen, weil eine klare Definition aus Ihrer Sicht nicht da ist. Das ist einfach ein Irrtum.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Gibt es doch gar nicht.)

Das ist einfach ein Irrtum. Denn das, was diskutiert wird, wird in verschiedenen Ebenen diskutiert und die Anerkennung des Geoparks wird in verschiedenen Ebenen, in verschiedenen Qualitäten geschehen und nicht innerhalb eines halben Jahres, sondern über einen längeren Zeitraum. Das ist ein Prozess und insofern treffen alle drei Definitionen zu.

Meine Damen und Herren, bereits aus meiner Einbringung des Antrages ist verständlich geworden, dass es hier nicht darum geht, ob Geopark ja oder nein, sondern um die Frage des Wie und in welcher Qualität.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wie,
eben, das ist genau der Punkt.)

Gut, wenn wir uns da einig sind.

Es geht auch um politische Begleitungen und Beförderungen.

Die Initiative des Geowissenschaftlichen Vereins, der schon mehrfach genannt ist, reiht sich ein in die Aktion des Internationalen Jahres der Geowissenschaften, in das Internationale Jahr der Biodiversität, der Artenvielfalt – da wird es in Kürze noch einen Tag auf der Insel Vilm geben, der weltweit auch vermarktet wird. Und dieses Jahr ist auch das Jahr des Ökotourismus. Und diese drei zugkräftigen Slogans sind etwas, was zu vernetzen ist, und diese

Vernetzung ist auch eine Chance für den Geopark. Vielleicht kann man sich auf die originäre Assoziation des Wortes „Park“ einmal besinnen, die eine größere, einer natürlichen Landschaft ähnelnde, nach ästhetischen Gesichtspunkten gestaltete Anlage bedeutet. Daraus leitet sich ab Ruhe, Besinnung, Rekreation und man verbindet gemeinschaftlich mit dem Park natürlich auch diese Vorstellung. Gegensätzlich dazu verhalten sich Kombinationen wie Maschinenpark, Parkplatz, Parkhaus, Sportpark, Kurpark. Und dass auch die Äußerung eines früheren Bundeskanzlers mit einer gewissen Verunzierung des Wortes „Freizeitpark“ einmal auftauchte, ist uns noch in den Ohren.

Neben der klaren Feststellung, dass keine neue Schutzkategorie etabliert wird – ich glaube, man kann das nicht oft genug sagen hier –, keine neue Schutzkategorie etabliert wird, muss die klare Definition der Zielstellung gegeben werden. Dazu sind wertvolle Vorarbeiten in den letzten zehn Jahren europaweit getätigt worden und auch Mecklenburg-Vorpommern ist dabei nicht unvorbereitet. Das muss man ganz klar feststellen. Interessant ist die Tatsache, dass Geoparks, wie sie bisher eingerichtet und erklärt wurden, von unten her gewachsen sind – auch dies ist durch den Minister schon gesagt worden – und als eine wichtige Initiative bereits Anerkennung, besonders im Falle der Vulkaneifel, fanden.

Für besonders wertvoll halte ich die internationale Vernetzung eben dieser europäischen Geoparks von Anfang an, nicht in irgendeinem Stadium, sondern von Anfang an. Damit werden sie auch mit ihren Methoden und Herangehensweisen leichter vergleichbar.

Diese Eiszeitlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern, dieses Hinterbliebene der Eiszeit ist aus meiner Sicht hochgradig geeignet, diesen Status zu erwerben. Es gibt in der Region fachlich Hervorragendes, es gibt gute Belege und geeignete Landschaftsteile, es gibt sehr umfangreiche Sammlungen, hervorragende museale Einrichtungen – das Warener Museum kann ich immer nur wieder empfehlen zum Besuch – und es gibt hoch motivierte und qualifizierte Kolleginnen und Kollegen aus dem Geologischen Dienst, das Landesamt Güstrow, aus dem Bereich des Bergbaus, unter anderem im Bergamt Stralsund, sowie Unternehmen aus der Branche, sie wurden auch schon genannt, Kiesgrubeneigentümer und andere. Das ist etwas, was alles auch miteinander einbezogen werden muss in diesen Gedanken.

Das Vorhaben findet auch eine gute Verankerung in unserer Landesverfassung, die bekanntlich hier in diesem Hohen Hause beschlossen wurde, Landesverfassung Artikel 12, in einigen Landesgesetzen, Bodendenkmalpflege, Naturschutz. Und da ich seit zwölf Jahren auch persönlich an der Naturschutzgesetzgebung hier mitwirke, bin ich stolz, dass wir 1998 den Biotopschutz ergänzen und aufwerten konnten durch das geschützte Geotop. Das fließt jetzt hier als besonderes Verdienst aus der Vergangenheit mit ein. Damit ist Mecklenburg-Vorpommern erstmals in Deutschland in der Lage, die Diskussion um die Geotope aus den Fachkreisen in ein Gesetz verankert und gehoben zu haben. Das ist hier also auch ein Bonus.

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Andererseits mache ich die Beobachtung, dass die Anwendung des Mottos „Mecklenburg-Vorpommern tut gut“, und wie die Slogans des Tourismus noch alle lauten, aufgewertet werden sollte durch eine eigentliche Identifizierung mit unseren typischen und unverwechselbaren Landschaftsspezifika. Dazu gehören die gediegene optisch und mental erfasste Information. Dazu gehören natürlich auch Erdgeschichte, Archäologie, Wirtschaftsgeschichte, Siedlungsstrukturen. Hier gibt es Nachholbedarf, das wissen wir, in der Öffentlichkeit, in der Schule, auch in den Familien, kurz: Es hat etwas mit Umweltbildung zu tun. Und hier können wir es wirklich anpacken, was zu bewegen ist. Es ist dieses, was man als Attraktivität einer Region umreißt. Dass hier nicht nur Freizeitparks, Spaßbäder und Ähnliches gemeint sein können, liegt auf der Hand. Nicht den Transittouristen wollen wir aufhalten und pflegen, sondern wir möchten, dass jemand aussteigt, Entspannung und Information sucht und kleinen Gewerben ein Auskommen sichern kann, aber wir müssen auch etwas anbieten.

Aus meiner Sicht ist es unverzichtbar, den ganzheitlichen Ansatz, wie ihn sich auch die Agenda 21 auf die Fahne geschrieben hat, Rio 92, als Leitmotiv des Geoparks aufzuziehen, nicht allein Steine, von denen hier schon mehrfach die Rede war, sondern mehr. Soweit mir bekannt ist, ist die Ausgangsposition sehr günstig, was die Inventarisierung des Bestandes des natürlichen Formenschatzes betrifft, in diesem Falle der 7.000 Jahre Eiszeithinterlassenschaft. Andererseits ist mir klar, dass auf der Nutzung von Bodenlagerstätten wie Sand, Kies, Kalk, Torf, Grundwasser und so weiter sowie auf Oberflächenwasser basierende Technik, zum Beispiel der Energiegewinnung oder des Transports, der vergangenen Jahrzehnte und Jahrhunderte noch nicht alle Chancen ausgenutzt sind. Diese können in dieses Projekt Geopark einfließen. Tradierte Techniken, ob nun Wassermühlen oder Windmühlen, alte Tagebaue, die hier landschaftstypisch genutzt wurden, können entwickelt werden, sie sind teilweise vergessen. Es gilt, sie aufzufinden, zu wecken und einzubinden, zum Teil zu rekonstruieren. Die landschaftlichen Spezifika können so unverwechselbar mit Zeugnissen menschlicher Nutzung gekoppelt werden. Es gibt übrigens dazu sehr gute Beispiele im Land und Initiativen.

Meine Damen und Herren! Welches gewaltige Potential in der Präsentation, ob nun mit Museen, im Freiland oder in Expositionen, liegt, davon kann sich der Interessent oder Betreiber ausreichend Anregungen verschaffen, wenn er die Vielfalt ähnlicher Einrichtungen in deutschen oder außerdeutschen Ländern vergleicht. Ich verweise zum Beispiel auf den klassischen Gletschergarten in Luzern – das ist ein Highlight für die Leute – und zahlreiche Freilichtmuseen. Es geht nicht darum, Neues um jeden Preis zu erzwingen, aber es geht darum, Vorhandenes, zum Teil Vergessenes an Nutzung von Ressourcen und Energiequellen neu zu erschließen und letztlich zu vermarkten.

Solche Repräsentation als Pflege des Naturerbes ist in der gegenwärtigen Marktsituation nur zu bewältigen, wenn es intelligent passiert und unverwechselbare Attraktivität besitzt. Der intelligente Tourismus des beabsichtigten Geoparks mit Schwerpunkt Geotourismus basiert auf dem Naturerbegedanken und muss Partner und Träger dieses Gedankens unter sozioökonomischen Verknüpfungen in der Region einbinden. Nur die Vernetzung von Potential einerseits und von Interessen und Regionalentwicklung andererseits gibt eine Garantie für die positive Realisierung. Bündeln wir die Ideen mit dem Unternehmergeist, mit offener Werbung und mit Trägerschaft der Bürgerinnen und Bürger und der Geopark ist ein erstrebenswertes Markenzeichen als Chance für die Regional-

entwicklung und ein Impuls, den wir aktiv gestalten können.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle abbrechen. Gestatten Sie mir noch einen Hinweis: Ich erwarte natürlich, dass sich vielleicht in den Köpfen etwas bewegt hat auf den Oppositionsbänken. Es ist auch eine Frage, inwieweit man in dieses Thema eingestiegen ist. Sie hatten die Chance dazu, auch heute noch einmal.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Warum wollen Sie das nicht in die Ausschüsse überweisen?)

Ich möchte nicht, Herr Born, Arbeit wiederholen, die in sehr gutem Teil schon auswärts, eben in der Region passiert ist. Wir könnten durch die Ausschüsse nichts Neues erzeugen. Insofern haben wir aber von der Zeitschiene der Bewerbung heute noch eine Chance, dass wir besser mit einem Gewicht dieses Bewerbungsdossier, was abgegeben wird nach Frankreich, aufwerten können. Deswegen haben wir uns von einer Überweisung eigentlich nichts versprochen. Ich würde es schon etwas – gestatten Sie mir den Ausdruck – „PISA-esk“ empfinden, wenn wir hier nicht eine einmütige Erklärung, ein Bekenntnis für dieses Land finden könnten. – Ich danke fürs Zuhören.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Körner von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Körner.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Kurz aber kräftig

(Peter Ritter, PDS: Jawohl.)

möchte ich mein Unverständnis zum Ausdruck bringen zu dem, was hier namens der CDU-Fraktion vorgetragen wurde.

Aus meiner Sicht ist das kultivierte Bedenkenträgerei, die Sie hier genannt haben, oder es ist Unkenntnis. Auf der einen Seite sagen Sie, einen Geopark unterstützen Sie, auf der anderen Seite sagen Sie, eine Strukturierung dieses geplanten Geoparks lehnen Sie ab. Als Landtagsabgeordneter aus der Region, auch als Kommunalpolitiker aus der Region weiß ich sehr wohl, welche hohen Erwartungen in dieser Region an diesem Projekt hängen. Und ich spreche hier auch namentlich für meinen Kollegen Rudolf Borchert aus der Müritzer Region. Mit dem, was Sie hier produzieren, stehen Sie in ganz klarem Widerspruch

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie sollten sich …)

etwa zu Ihrem Kollegen Seidel, der namentlich bereits Landrat in Müritz ist. Hätte er hier gesessen, er würde einen Kreisel auf seinem Stuhl machen, was Sie hier fabrizieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich spreche namentlich für diejenigen, die Ihrer Fraktion angehören, in den Kreistagen, in den Kommunalvertretungen

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

von Müritz über die Mecklenburgische Seenplatte bis Teterow.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

Das können Sie Ihren eigenen Parteikollegen nicht verklickern. Ich spreche insbesondere an alle diejenigen, die sich hier in diesem Hause für den Tourismus aussprechen. Das, was Sie hier aussprechen, das ist tourismusfeindlich oder zumindest unverständlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

Das haben Sie gesagt und nun müssen Sie überlegen, wie Sie mit diesen Ihren Äußerungen klarkommen.

Seit vielen Jahren gibt es in der Region großes geologisches Interesse. Es ist nicht nur die historische Dimension, die ja durchaus auch zu einem Bildungsgut der Menschen der Region dazugehört. Es ist auch ein neuer qualitativer Sprung. Es ist die Frage der touristischen Optik, die in eine neue Dimension getreten ist. Viele Projekte in der Region arbeiten damit. Viele Projekte hoffen und bringen sich ein in die Entwicklung eines Geoparkes. Und ich möchte noch einmal ausdrücklich meinen Dank aussprechen all denjenigen, die sich an dieser Entwicklung beteiligt haben. Ich verrate Ihnen vielleicht nichts Neues, aber vielleicht doch, wenn ich Ihnen sage, es gibt über die zunächst geplante Region hinaus etliche Initiativen, die sagen, wir wollen dort mitmachen, weil sie erkannt haben, was das für eine Chance ist, und weil sie auch erkannt haben, dass es nicht nur darum geht, irgendetwas unstrukturiert zu entwickeln, sondern gerade die Struktur zu schaffen, dass hier eine deutliche Ausstrahlung passieren kann.

Ich sehe in Ihrer Fraktion eine Gespaltenheit. Namentlich interpretiere ich etwa die Abwesenheit meines Kollegen aus dem Landkreis Herrn Caffier so, dass er sich hier in dieser Runde nicht traut, diesen Antrag abzulehnen, weil er dieses nämlich insbesondere in Feldberg, wo hohe Erwartungen an dieses Projekt stehen, nicht vertreten kann. Also überdenken Sie Ihre Haltung, überwinden Sie Ihre Schizophrenie, stimmen Sie zu! – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/2737. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion, bei einer Zustimmung der CDU-Fraktion, sechs Gegenstimmen der CDU-Fraktion und einer Enthaltung angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Zurückziehung des Entwurfes eines Gesetzes über die Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf Drucksache 3/2646.

Antrag der Fraktion der CDU:
Zurückziehung des Entwurfes eines Gesetzes über die Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landeshochschulgesetz – LHG M-V) auf Drucksache 3/2311
– Drucksache 3/2646 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schnoor.

Steffie Schnoor, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird schon der Bedeutung der Hochschullandschaft für die Zukunft unseres Landes gerecht, dass wir an beiden Sitzungstagen dieser Landtagssitzung diese Thematik auf der Tagesordnung haben. Allerdings gestatten Sie mir auch, dass ich eins sage: Ich würde mir bei diesen Diskussionen schon etwas mehr Kompetenz wünschen. Leider ist Frau Bretschneider nicht anwesend, aber ich habe ihr einen Auszug aus dem Internet über die Hochschullandschaft Baden-Württembergs mitgebracht, damit sie einmal sehen kann, dass es neben 8 Berufsakademien doch sehr wohl 37 Fachhochschulen gibt. Ich glaube, sie sollte sich mit der Thematik etwas intensiver auseinander setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit 1992 habe ich das Privileg, in diesem Land Politik gestalten zu dürfen. Ich hatte dieses Privileg über zwei Jahre als Kultusministerin dieses Landes in einer Zeit, in der wir von den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern die Verantwortung übertragen bekommen haben, die Weichen für die Zukunft unseres Landes zu stellen. Wie intensiv diese Jahre waren, wie viel wir dort schaffen mussten und konnten, können Sie in gewohnter Regelmäßigkeit den Reden der Kollegen von SPD und PDS entnehmen, die vielleicht auch gern einmal Kultusministerin oder Kultusminister gewesen wären, in deren Erinnerung ich mich unauslöschlich festgesetzt habe. Diese Zeit ist nicht zu vergleichen mit dem heutigen Müßiggang des Bildungsministers,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ach, wie war das früher alles schön! – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

der sich sowohl für Schulgesetz als auch für Hochschulgesetz eine ganze Legislaturperiode Zeit nehmen konnte.

(Volker Schlotmann, SPD: Eigenlob stinkt.)

Mit der gleichen Truppe haben wir in dieser Zeit ein Vielfaches an Gesetzen schaffen müssen und können. Herr Minister, sie waren ja damals auch mit dabei,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

wenn auch in der Opposition, aber vielleicht war das ja das Geheimnis unseres Erfolgs.

1994 verabschiedeten wir noch ein Landeshochschulgesetz, das übrigens damals eines der modernsten Hochschulgesetze der Bundesrepublik Deutschland war.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Bei einem Blick zurück verschwimmen die Konturen.)

Wir integrierten in ihm die Möglichkeit der Schaffung alternativer Hochschulhaushalte. Das war eine administrative Vorgabe, ohne die Ihre heutigen Gesetzesvorhaben gar nicht möglich wären. Und schauen Sie doch einmal genau hin: Zu 60 bis 70 Prozent haben Sie die Formulierungen des alten Gesetzes übernommen, umgestellt, neu zugeordnet, ein Umstand übrigens, der es uns im Sommer 2000 – hören Sie genau hin, im Sommer 2000, also vor fast zwei Jahren – sehr schnell möglich machte, die Hochschulen im Land mit Ihrem Hochschulgesetzvorhaben zu konfrontieren, den Hochschulen darzustellen, wie es um die Innovationsfähigkeit dieser Landesregierung bestellt ist. Die Reaktionen kennen Sie selbst sehr gut. Der Minister berief, nachdem er sich vom Veröffentlichkeitsschock erholt hatte, mäßig, im Stile von Rudolf Scharping, eine Konsensrunde ins erlauchte Schloss Basthorst ein. Bei gutem Essen, viel Wein,

(Heiterkeit bei Minister Dr. Peter Kauffold)

ernsten und lockeren Gesprächen wähnten Sie sich auf einem guten Weg,

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

aber es wurde nichts daraus. Die vorliegenden Stellungnahmen der Anhörungen sprechen eine deutliche Sprache.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Von Konsens keine Spur.

Seit 1992 habe ich keine Anhörung erlebt – viele haben diesen Eindruck in der Zwischenzeit bestätigt –, die so massiv und nachdrücklich einem Gesetzentwurf der Landesregierung oder einer Fraktion ein so schlechtes Zeugnis ausgestellt hat wie im Falle dieses Entwurfes des Landeshochschulgesetzes.

(Reinhard Dankert, SPD: Da haben Sie nur an einigen Stellen genau hingehört.)

Meine Damen und Herren, ich betone: Noch nie habe ich so etwas erlebt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Tja, alles ist irgendwann das erste Mal, Frau Kollegin. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Meine Damen und Herren, das in drei Anhörungen – am 05.12.2001, am 16.01. und 23.01. diesen Jahres – ausgestellte Prüfungszeugnis wird am 22. September ohne Zweifel zur Nichtversetzung des Prüflings führen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Oh! – Reinhard Dankert, SPD: Aber nur bei der Lehrerin Schnoor.)

Ich möchte Ihnen nicht ersparen, mit der Fundamentalkritik zu beginnen. Professor Dr. Jürgen Kohler, ehemaliger Rektor der altehrwürdigen Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Jurist, Hochschulrechtsexperte, begehrter Berater der Europäischen Kommission in Hochschulfragen, Berater für die Entwicklung von Hochschulkonzepten in den jungen Ländern des Balkans, Initiator des mittlerweile europaweit anerkannten Bachelor/Master-Modells der Greifswalder Universität, und er hat noch nicht – ich betone, noch nicht – als erwiesener Experte dem Land den Rücken gekehrt, weil er sich zu seiner Verantwortung hier bekennt, brachte es in der Anhörung am 23. Januar diesen Jahres für alle dort Anwesenden auf den Punkt. Ich zitiere: „Dieser Gesetzentwurf ist ein Entwurf des 19. Jahrhunderts, aber nicht des 21. Jahrhunderts.“ In seiner schriftlichen Stellungnahme ist zu lesen: „das LHG dürfte einer der unfreiheitlichsten und praktisch unbrauchbarsten Entwürfe auf dem derzeitigen ‚Gesetzgebungsmarkt‘ sein,“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

„das den Erfolg der Hochschulen erschwert – ohne Grund; denn: so wenig Vertrauen haben die Hochschulen des Landes nicht verdient, weil sie ihre Qualität anerkanntermaßen schon unter Beweis gestellt haben. Das LHG hilft daher dem Land nicht.“ So weit Herr Professor Kohler.

(Harry Glawe, CDU: Das glaubt die innovative SPD.)

Diese Fundamentalkritik, meine Damen und Herren, wird unterstützt von Dr. Josef Lange, ehemals Staatsse-

kretär des Wissenschaftssenates in Berlin. Er hat übrigens eines der modernsten Hochschulgesetze, für das sich die PDS in Berlin sicherlich noch bei ihm bedanken wird, geschaffen. Zur Zeit seines Auftrittes im Dezember vergangenen Jahres war er noch als Berater für das Zentrum für Hochschulentwicklung in Gütersloh tätig und wurde Anfang des Jahres in die Thüringer Staatskanzlei geholt. Herr Dr. Lange schließt seine Stellungnahme mit den Worten: „Insgesamt vermittelt der Entwurf den Eindruck, dass eine wirkliche Autonomie der Hochschulen mit akademischer, Finanz- und Organisationsautonomie, die diese Bezeichnungen auch auf dem Hintergrund überregionaler und internationaler Diskussionen verdienen, nicht geplant ist oder den Hochschulen nicht zugetraut wird. Um wirkliche Autonomie und Eigenverantwortung der Hochschulen zu erreichen und sie so in ihrer Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland und international zu stärken, ist eine grundlegende Überarbeitung des Entwurfs angezeigt."

Meine Damen und Herren, ich würde, da wahrscheinlich die meisten der hier anwesenden oder auch nicht anwesenden Abgeordnetenkollegen nicht in Gänze die Anhörungsergebnisse zur Kenntnis genommen haben, Ihnen gern noch mehr der Stellungnahmen aus den Anhörungen zitieren,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Wenn Sie die Zeit füllen müssen.)

um Ihnen damit auf dieser Basis das berechtigte Anliegen der CDU-Fraktion deutlich zu machen. Aber aus Zeitgründen, Herr Dr. Bartels, muss ich darauf verzichten.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Schade.)

Aber um deutlich zu machen, dass sich die Kritik nicht allein an den Bildungsminister richtet, sondern vor allem an den Ministerpräsidenten Harald Ringstorff mit seiner Richtlinienkompetenz, und an die Finanzministerin Keler mit ihrer Gestaltungsdominanz gerichtet ist, sei hier noch völlig unverdächtig der Philosoph Professor Hans Jürgen Wendel zitiert, der völlig zu Recht feststellt: „Wir müssen wissen, im internationalen Maßstab ist bereits jetzt und noch mehr in der Zukunft der Markt für Billigprodukte auch im Bildungsbereich überschwemmt. Es kommt für unsere Zukunft daher auf Qualitätsbewußtsein an. … Ob ein Fußballverein in der Kreisliga spielt oder um die Europameisterschaft hat mit der Qualität seiner Spieler zu tun und nicht mit den Regeln – die sind für alle gleich."

(Norbert Baunach, SPD:
Manchmal ist es auch anders.)

„Die Hochschulpolitik hat hier oft eher den Eindruck vermittelt, als ob man überlege, ob man statt mit 11 vielleicht auch nur mit 9 Spielern aufs Feld gehen kann."

(Zuruf von Norbert Baunach, SPD)

Meine Damen und Herren, Professor Michael Klotz richtet sein Plädoyer ebenso an die Landesregierung als Ganzes, wenn er feststellt: „Mit diesem mittelmäßigen LHG werden die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern gegenüber den anderen bundesdeutschen Ländern (z. B. Hamburg) nicht nur keinen Vorsprung erzielen, sondern es besteht vielmehr die Gefahr im Wettbewerb um Lehrkräfte und Studenten zurückzufallen. … Der aktuelle Entwurf bleibt einem traditionellen Denken verhaftet."

Meine Damen und Herren, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie meinem kollegialen, nicht meinem politischen Rat folgen und aufmerksam die umfangreichen Stellungnahmen zum vorliegenden Entwurf studieren würden. Sie können mir heute wirklich abnehmen, dass die CDU aus dem ziemlich verfahrenen Prozess der Einbringung dieses Gesetzes nicht noch mehr politischen Honig saugen kann, als wir dies ohnehin schon getan haben.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Oh!)

Dafür möchten wir uns ganz besonders bei Ihnen bedanken.

(Beifall Nils Albrecht, CDU)

Jetzt sitzen wir alle gemeinsam im Boot der Glaubwürdigkeit. Dazu gehört es aber auch, gegenüber der Öffentlichkeit einmal ehrlich zu sein. Die von Professor Kohler und Dr. Lange geforderte Neufassung beziehungsweise grundlegende Überarbeitung des Gesetzentwurfes in den Fraktionen ist in zwei Sitzungen – ich wiederhole, in zwei Sitzungen – des Bildungsausschusses nicht leistbar. In einem Interview des „Nordkurier" wies Professor Kohler darauf hin, dass er als Jurist und Hochschulrechtsexperte in einem Vierteljahr bei Freistellung von seinen sonstigen Aufgaben und bei Verfügbarkeit entsprechenden Personals diese Aufgabe bewältigen könnte.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ein Privatisierungsgesetz brauchen wir nicht. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wo, Herr Dankert, wo, Herr Schoenenburg, in Abwesenheit, wo, Herr Caffier, haben wir in den Fraktionen diese Kapazitäten, ohne dabei jemandem der Abgeordneten oder Mitarbeiter zu nahe treten zu wollen? Die Komplexität eines Hochschulgesetzes ist nicht zu vergleichen mit einer Änderung des Gleichstellungsgesetzes, in dem Sie nur die Einführung einer Gleichstellungsbeauftragten für die Schulämter des Landes festschreiben. Als ob wir in diesem Land keine anderen Probleme haben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Schoenenburg, Ihre Fraktion war ja noch nicht mal in der Lage, einen Entwurf für ein Sportfördergesetz zu erarbeiten. Auch das haben Sie den Fachleuten des Sozialministeriums überlassen,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Bei den vielen Gesetzentwürfen der CDU ist das schon schwer. –
Angelika Gramkow, PDS: Ach, Frau Schnoor!
Ach, Frau Schnoor! – Zuruf von
Reinhard Dankert, SPD)

obwohl es da um nichts weiter ging, als 8,2 Millionen Euro Sportförderung festzuschreiben.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich gestehe
ein, unseres war etwas drastisch.)

Also, meine Damen und Herren, bleiben Sie auf dem Boden Ihrer eigenen Leistungsfähigkeit, bevor Sie der Opposition vorwerfen, keinen alternativen LHG-Entwurf in der beschriebenen Komplexität vorlegen zu können! Sie können es nämlich ebenso wenig, zumal Sie, sehr verehrter Herr Schoenenburg – und ich hoffe, er hört uns hier irgendwo –, künftig die Ablehnung eines Antrages auf Dringlichkeit jemand anderem überlassen sollten. In der letzten Landtagssitzung wiesen Sie darauf hin, dass der Dringlichkeitsantrag der CDU nicht der Geschäftsordnung entspricht, da der Gesetzentwurf im Beratungsverfahren des Landtages ist und die Landesregierung keinen Einfluss auf dieses Verfahren hat.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, genau!)

Das stimmte zu diesem Zeitpunkt. Aber Stunden später wurde ein Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Landtages abgestimmt, den Sie, Herr Schoenenburg, maßgeblich mit erarbeitet hatten.

(Andreas Bluhm, PDS: Ja, aber es ist alles immer in Raum und Zeit, Frau Schnoor.)

Demnach heißt es jetzt in Paragraph 45 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung: „Gesetzentwürfe und Anträge können jederzeit vor der Schlussabstimmung vom Antragsteller zurückgenommen werden, …“

(Andreas Bluhm, PDS: Ja, jetzt ist es so.)

Herr Schoenenburg, um damit noch einmal auf die Leistungsfähigkeit von Fraktionen zurückzukommen, ich lasse es lieber.

(Andreas Bluhm, PDS: Ja, man sollte eben nicht mit Steinen werfen! – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bildungsminister hat mit Schreiben vom 14. Februar 2002 dem Bildungsausschuss eine 22-seitige Synopse mit Änderungswünschen vorgelegt, eine 22-seitige Synopse,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

die im Rahmen des Fünften Änderungsgesetzes im Hochschulrahmengesetz zu vollziehen sind. Vom Verfahren halte ich dies für sinnvoll, zumal der Bundespräsident das Gesetz ja bereits unterzeichnet hat. Angesichts der zum Teil vernichtenden Stellungnahmen zum vorliegenden Entwurf halte ich es für eine Zumutung für den Bildungsausschuss,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Stellungnahmen.)

den Landtag mit so umfangreichen Stellungnahmen zu konfrontieren. Diese Zumutung ergibt sich auch aus der Tatsache, dass dieser Bildungsminister in dieser Legislaturperiode nicht in der Lage war, die Änderungen des Hochschulrahmengesetzes aus dem Jahr 1998 in der vorgegebenen Frist umzusetzen, und nun im Parforceritt die Umsetzung der neuen Änderungen einfordert. Es gebietet an dieser Stelle nicht nur die Achtung vor dem Landtag, sondern auch den Hochschulmitgliedern und der Öffentlichkeit gegenüber, dass der Bildungsminister seinen Entwurf selbst zurück- und einer grundlegenden Überarbeitung unterzieht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen den Regierungsfraktionen die Peinlichkeit ersparen, ihren Ministerpräsidenten zu einem solchen Schritt auffordern zu müssen,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Andreas Bluhm, PDS: Och! – Zurufe von Volker Schlotmann, SPD, und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

und ziehen hiermit unseren Antrag zur Drucksache 3/2311 zurück, allerdings in der Erwartung,

(Volker Schlotmann, SPD: Schmierenkomödie.)

dass im Interesse der Glaubwürdigkeit und dem Respekt des zum Gesetz Gehörten der Minister dies von selbst tut.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS – Volker Schlotmann, SPD: Das ist doch eine Schmierenkomödie! Das ist Komödienstadl. Ihr Faible für Bayern nimmt groteske Züge an.)

Herr Minister, zeigen Sie einmal Entscheidungsfreudigkeit, zeigen Sie einmal Verantwortungsbewusstsein und ziehen Sie diesen Gesetzentwurf zurück!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Volker Schlotmann, SPD – Volker Schlotmann, SPD: Super! Klasse! Die CDU hat kapiert, dass sie den Antrag zurückzieht!)

Präsident Hinrich Kuessner: Da der Antrag soeben zurückgezogen worden ist, ist der Tagesordnungspunkt 16 erledigt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Wartefrist nach ABM, auf Drucksache 3/2738.

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Wartefrist nach ABM – Drucksache 3/2738 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der PDS-Fraktion.

Vorher ein Antrag zur Geschäftsordnung. Bitte sehr.

Angelika Gramkow, PDS (zur Geschäftsordnung): Ich bitte um eine kleine Auszeit. Wir haben Beratungsbedarf.

Präsident Hinrich Kuessner: Ich unterbreche die Sitzung auf Antrag der PDS-Fraktion für fünf Minuten.

Unterbrechung: 10.22 Uhr

Wiederbeginn: 10.23 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Ich setze die unterbrochene Sitzung fort. Ich bitte die anwesenden Abgeordneten, Platz zu nehmen, und die nicht anwesenden, vielleicht mal herzukommen.

Ich rufe noch einmal auf den Tagesordnungspunkt 17: Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Wartefrist nach ABM, auf Drucksache 3/2738.

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der PDS-Fraktion. Bitte sehr.

Barbara Borchardt, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon etwas ungewöhnlich, dass so früh am Morgen schon ein Antrag zurückgezogen wird und wir deshalb etwas in die Bredouille gekommen sind. Dafür möchte ich mich jetzt aber ausdrücklich nicht entschuldigen, denn es gibt auch bestimmte Sachen, die muss man halt erledigen.

(Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsverwaltung, Manipulation der Vermittlungsergebnisse durch die Bundesanstalt für Arbeit, Rückgang von ABM und anderen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, Erhöhung der Effizienz der Arbeitsvermittlung durch weitere Privatisierung der Arbeitsvermittlung, Kürzung des Bezuges von Arbeitslosengeld für Jugendliche und Zusammenführung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe, kurz gesagt, Abschaffung der Arbeitslosenhilfe – mit dieser Aufzählung von Themen der

letzten Wochen könnte ich fortfahren. Man kann also nicht sagen, dass Fragen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht in der öffentlichen Debatte waren, das sicherlich nicht. Aber ob die Diskussion dieser Themen geeignet ist, die Massenarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, das wage ich dann doch zu bezweifeln.

Auf der anderen Seite nehmen die sozialen Probleme zu, insbesondere die Anzahl der Langzeitarbeitslosen in den neuen Bundesländern. Gleichzeitig wächst der Druck auf diejenigen, die noch im Besitz eines Arbeitsplatzes sind. Nach wie vor gilt: Durch Erwerbsarbeit erwerben sich die Menschen Anerkennung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dass die Regierung in unserem Land sich dieser Verantwortung bewusst ist, ist für mich unstrittig, auch wenn die Ergebnisse im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit noch lange kein Grund sind, sich zurückzulehnen. Nein, wir haben unsere Zielstellung in Bezug auf die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit noch nicht erreicht.

Die Ursachen sind vielfältig und teilweise bekannt: zu schwache Wirtschaftskraft, zu geringe Kaufkraft, der Rückgang an öffentlichen Aufträgen und damit verbunden der Wegfall von vielen Arbeitsplätzen in der Baubranche und, auch das will ich nicht verschweigen, der Rückgang an Arbeitsplätzen, die über arbeitsmarktpolitische Instrumente gefördert wurden. Und hier meine ich nicht nur ABM, sondern auch die Strukturanpassungsmaßnahmen für ostdeutsche Unternehmen und andere Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die daraus entstandenen Probleme sind uns alle bekannt, sie begegnen uns in allen Bereichen.

Um diese Probleme zu lösen, müssen wir gemeinsam Lösungsansätze diskutieren. Diese Zielstellung haben wir mit dem heutigen Antrag aber nicht verfolgt. Nein, wir wollen auf ein Problem aufmerksam machen, das mit dem Job-AQTIV-Gesetz in der öffentlichen Diskussion eine nicht unwesentliche Rolle spielt. Dieses Gesetz ist nach wie vor sowohl bei den Sozialpolitikerinnen als auch bei den Arbeitsmarktpolitikerinnen sehr umstritten. Auch wir haben im Landtag darüber debattiert. Sicher ist, aus heutiger Sicht können wir die Wirksamkeit dieses Gesetzes in Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen noch nicht abschätzen. Dennoch haben wir uns dazu verständigt, eine in diesem Gesetz festgeschriebene Regelung ernsthaft in Frage zu stellen. Es geht um die Wartefrist bei ABM. Hier sollten wir gemeinsam für eine Veränderung streiten. Worum geht es dabei? Der Gesetzgeber hat festgeschrieben, dass künftig Erwerbslose, die in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme waren, nun drei Jahre warten müssen, bis sie wiederum in eine ABM kommen können.

Nun mag der eine oder andere von Ihnen meinen, das ist richtig so oder warten wir ab, vielleicht wird es bald wieder geändert. Nein, wir wollen nicht abwarten. Wir wollen so schnell wie möglich aktiv werden, und dies mit folgender Begründung: Nach wie vor haben wir in den neuen Bundesländern ein Arbeitsplatzdefizit. Viele Erwerbslose hatten und haben kaum eine Chance, auf dem so genannten ersten Arbeitsmarkt eine Arbeit zu finden. Für viele – und das gilt insbesondere für die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – ist eine ABM oft die einzige Alternative, und das nicht, weil sie zu faul sind oder weil man in ABM mehr verdient, nein, weil sie hier die einzige Alternative haben.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS, und Torsten Koplin, PDS)

Wir befürchten, dass, wenn diese Regelung festgeschrieben wird und auf Dauer erhalten bleibt, dann Altersarmut vorprogrammiert ist, weil sie diese drei Jahre einhalten müssen.

Unstrittig ist wohl auch, dass wir noch einige Jahre auf die aktive Arbeitsmarktpolitik angewiesen sind. Es ist auch müßig, sich über Sinn und Unsinn einiger dieser Maßnahmen auseinander zu setzen, dies auch und vor allen Dingen mit dem Blick auf die Wahl-ABM im Jahre 1998. Unstrittig ist aber auch aus unserer Sicht, dass ABM auf die Dauer nicht die Lösung sein können und das Grundproblem nicht lösen werden. Aber insbesondere in den neuen Bundesländern können wir mittelfristig noch nicht auf dieses Instrument verzichten. Dabei müssen wir auch berücksichtigen, dass insbesondere bei uns viele Projekte auf den Weg gebracht wurden, auf die wir auch in Zukunft nicht verzichten können, die wir aber andererseits aufgrund der Finanzschwäche der Kommunen nicht anders finanzieren können. Gleichzeitig müssen wir aber auch zur Kenntnis nehmen, dass wir für diese Projekte qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen. Hier denken wir insbesondere an Projekte im sozialen und kulturellen Bereich sowie in der Kinder- und Jugendarbeit.

An dieser Stelle eine Bemerkung: Es ist, glaube ich, an der Zeit, anzuerkennen, dass über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den zurückliegenden Jahren durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den oben genannten Projekten viel geleistet wurde. Wer persönlich solche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennt, der weiß, wovon ich rede. Bei Beibehaltung der Wartefrist werden wir die erreichte Qualität nicht gewährleisten können. Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen qualifiziert werden. Diejenigen, die mit Geld der Arbeitsverwaltung bereits qualifiziert worden sind, bleiben außen vor – ökonomisch völlig unverständlich.

Unter Berücksichtigung der von mir genannten Probleme möchte ich Sie bitten, die Regierung unseres Landes und insbesondere den Minister für Arbeit und Bau zu bestärken, sich weiterhin für die Aufhebung dieser Regelung einzusetzen, aber auch weitere Möglichkeiten zu suchen. Dabei denken wir zum Beispiel an Bundesratsinitiativen mit anderen neuen Bundesländern. Dafür bitte ich Sie im Interesse der Betroffenen unseres Landes um Unterstützung. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Wiederspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Albrecht von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Albrecht.

Nils Albrecht, CDU:Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe nicht, dass wir die 45 Minuten wirklich brauchen werden, denn dieses Thema – und das haben Sie gesagt – ist nur ein ganz kleiner Teil von den Problemen, die Sie haben.

(Barbara Borchardt, PDS: Für Sie, für Sie!)

Und ich frage mich, warum haben Sie diesen Antrag gestellt als einen Punkt aus einer Fülle von Problemen, die gelöst werden müssen.

(Zurufe von Angelika Gramkow, PDS, und Torsten Koplin, PDS)

Ich kann letztlich nichts anderes dazu sagen, als dass es Stückwerk ist. Zu dem, was die CDU will, werde ich natürlich auch etwas sagen, liebe Frau Borchardt. Aber die Frage ist also: Warum stellen Sie diesen Antrag, vor welchem Hintergrund?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Sie wissen, dass am 01.01.2003 diese Dinge wirken sollen und bis dorthin vielleicht sogar noch zweimal eine Novellierung des Sozialgesetzbuches und damit auch der Regelung für den Arbeitsmarkt stattfinden soll.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wissen Sie, worauf Sie warten, ist natürlich, dass Ihr Arbeitsminister tätig wird, sonst hätten Sie den Antrag nicht gestellt. Sie haben zwar gesagt, Sie sind sich dessen bewusst, dass Sie Verantwortung übernehmen, aber da frage ich mich: Warum müssen Sie hier den Jäger zum Jagen treiben, mit so einem Antrag?

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Wenn Sie das wirklich wollen, dann packen Sie da was rein, was auch wirklich auf dem Arbeitsmarkt greift, und nicht eine solche kleine Krücke.

(Angelika Gramkow, PDS: Und das wäre?)

Dazu komme ich.

Was fehlt denn in Ihrem Antrag? Wollen Sie nächstes Mal noch den Antrag stellen, die Finanzierung der Weiterbildungsangebote nicht durch die Kommunen oder auf die Länder zu übertragen? Das ist ja auch ein Problem, was Sie haben. Was ist mit der Verschärfung der Sperrzeiten? Dazu steht nichts in Ihrem Antrag. Was ist mit der Problematik, die Sie darin erkennen, dass die Beweisumkehrlast mit einem Mal jetzt verschärft wird?

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Ich kann mir sogar bei Ihren Stückwerken vorstellen, dass Sie noch einen Antrag stellen wollen, die arbeitsmarktpolitischen Verkrustungen zu erhalten. Aber Sie lenken damit natürlich auch ganz konkret ab von den derzeitigen Aufgaben, die durch die Landesregierung, durch Sie und den Minister zu lösen sind. Das ist nämlich das arbeitsmarktpolitische Instrument, was das Land im Augenblick in der Hand hält, um hier vor Ort zu wirken.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Seit November, liebe Kollegin, werden wir mit dem Hinweis vertröstet, die neuen Richtlinien, die hier das Arbeitsmarktstrukturentwicklungsprogramm in den nächsten Jahren begleiten werden, sind demnächst auf dem Tisch. Heute haben wir fast April. Wir haben gerade mal vier Richtlinien beschlossen, der Rest schmort noch immer irgendwo. Das führt dazu, dass natürlich auf kommunaler Ebene die Dinge auf einer ganz falschen Ebene beantragt werden. Sie wissen, dass mittlerweile auf kommunaler Ebene die Dinge immer noch nach dem ASP gestellt werden. Im Ausschuss hören wir: Nein, es laufen noch die alten Richtlinien des AQMV. Das führt zu einem Chaos, das wissen wir. Mitte des Jahres, ich prognostiziere Juni oder Juli, wird sich das gravierend auf dem Arbeitsmarkt durchschlagen, und das ist das Stückchen Verantwortung, was Sie wahrzunehmen haben. Und da tut sich, wie gesagt, nichts.

Was ist mit dem Ideenwettbewerb? Der Landesbeirat hat es nun geschafft, einen Ideenwettbewerb auszuloben, und auf die Frage, was das an Geld kostet, haben wir keine Antwort bekommen. Aber viel wichtiger ist für mich noch die Frage, was es wirklich an neuen Perspektiven schafft. Was schafft es an Arbeitsplätzen? Auch hier die ganz klare Antwort: Es geht nicht allein um die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das ist die Antwort, die uns im Ausschuss gegeben wird, nach dem Motto, wie schön, dass wir darüber gesprochen und dass wir diskutiert haben.

Es ist Zeit, dass wir ganz konkret werden und wirklich den Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, eine Perspektive bieten.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und das tun Sie mit diesem Antrag nun bei weitem nicht. Das ist ein Antrag, der sich überflüssig macht, weil die Diskussion auf Bundesebene läuft. Dass Ihr Arbeitsminister hier natürlich Einfluss nehmen will, das hat er im letzten Jahr im November gesagt, als er bei der Diskussion mit den Senatoren und Arbeitsministern darüber gesprochen hat. Das ist bekannt.

Aber ich sage Ihnen vielleicht auch noch einen Satz dazu, weil das immer wieder von Ihnen abgestritten wird. Wir brauchen auch den Beschäftigungssektor im zweiten Arbeitsmarkt, solange es nicht gelingt, dass der Wirtschaftsminister Unterstützung in diesem Haus bekommt, nämlich dahin gehend, dass es ihm gelingt, große Investitionen in dieses Land zu holen, die nachhaltig wirken, wie auch kleinere Dienstleistungen.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Das war ein gutes Beispiel, Herr Kollege. Den Transrapid haben Sie eingeworfen, vielen Dank dafür. Aber wir haben auch andere Großprojekte, auf die wir lange, lange warten müssen, weil hier viele Dinge fehlen. Sie haben auch gehört, dass die Frage der Bildung ein entscheidender Faktor ist für die Schaffung von Arbeit und Voraussetzung dafür, dass Sie hier Arbeitskräfte haben, die dann auch zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, ich hätte mich gefreut, wenn die Koalitionspartner es geschafft hätten, die wirklichen Probleme zu beschreiben und den Arbeitsminister aufzufordern, hier zu wirken und dafür zu sorgen, dass beispielsweise diese sinnlose 325-Euro-Regelung – 630-Mark-Jobs – abgeschafft oder geändert wird, so dass die Menschen wieder Lust haben, einfache Arbeiten aufzunehmen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich hätte mich gefreut, wenn Sie dafür gesorgt hätten, dass in Ihrem Antrag steht: Herr Minister, setzen Sie sich dafür ein, dass endlich das Lohnabstandsgebot eingehalten wird und es sich lohnt, arbeiten zu gehen!

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Dass Sie das nicht wollen, ist das eine.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Glocke des Präsidenten)

Die Betroffenen wollen aber arbeiten und wieder Spaß daran haben und sehen, dass es sich lohnt, arbeiten zu gehen, um nicht am Ende auf den Taschenrechner drücken und sagen zu müssen, es lohnt sich nicht.

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Und welche sozialpolitischen Folgen das auch hat, Frau Borchardt, wissen Sie. In diesem Bundesland mag das vielleicht noch nicht so das Problem sein. Aber gerade dort, wo kinderreiche Familien keine Arbeit haben, wachsen Kinder in einer Umgebung auf, die ihnen sagt, wozu sollst du arbeiten gehen, es ist doch immer Geld da. Ich halte das für eine fatale Entwicklung und deswegen müssen wir den Familien die Chance geben, rauszukommen aus der Sozialhilfe und rein in die Arbeit, dass es sich wieder lohnt, arbeiten zu gehen. Aber dazu steht nichts in Ihrem Antrag.

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Was in Ihrem Antrag auch nicht steht, sind Fragen wie zum Beispiel der sinnlosen Entscheidungen zur Scheinselbständigkeit. Meine Damen und Herren, wir fördern Existenzgründungen hier in diesem Land. Ihr Minister wirbt dafür. Und dann gibt es natürlich auch den einen oder anderen, der sich darüber freut, dass er jetzt einen großen Auftraggeber hat, aber er muss sich anstellen lassen, weil das natürlich unter das Scheinselbständigkeitsgesetz fällt. Welch ein verrücktes Wort, das dem Anspruch derjenigen überhaupt nicht gerecht wird, die sich wirklich mühen und das Risiko gerne eingegangen sind, hier auch den Schritt in die Selbständigkeit zu gehen.

325-Euro-Regelung, Lohnabstandsgebot, Scheinselbständigkeit – davon lese ich überhaupt nichts in Ihrem Antrag. Sie haben hier Stückwerk auf den Tisch gelegt. Ich kann Ihnen nur eins empfehlen: Lassen Sie uns wirklich über die Probleme diskutieren, aber verschonen Sie uns mit solchen Anträgen und rauben Sie uns damit nicht die Zeit! – Vielen Dank.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Arbeitsminister Herr Holter. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Helmut Holter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Albrecht, ich lebte ja in dem Optimismus, dass Sie in meinen Augen noch wachsen können, aber was Sie eben geleistet haben, davon bin ich etwas enttäuscht. Ich weiß gar nicht, womit ich mich jetzt auseinander setzen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Setzen Sie
sich mal mit den Vergaben auseinander!)

Ich meine, um eine Aussage von Ihnen aufzugreifen, Herr Albrecht, dass sich in zwei, drei Monaten die Politik, die wir umsetzen, auf den Arbeitsmarkt auswirken wird: Da teile ich Ihre Auffassung, das wird positive Effekte bringen. Das werden wir gemeinsam erleben.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, Herr Glawe, Sie haben ja noch die Möglichkeit, nach mir zu sprechen.

Aber das Thema, was jetzt von den beiden Koalitionsfraktionen beantragt war, war ja Job-AQTIV und die darin enthaltene dreijährige Wartezeit nach ABM oder SAM. Deswegen will ich das noch mal kurz ansprechen. Vor dem Job-AQTIV-Gesetz stand es schon nicht gut und Sie wissen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dann als förderungsbedürftig, förderungsfähig galten, wenn sie langzeitarbeitslos waren und mindestens sechs Monate beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet waren. Nach dem Job-AQTIV-Gesetz, und das ist gut, reicht es aus, wenn der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin jetzt arbeitslos ist und nach der Eingliederungsvereinbarung oder nach anderen Erkenntnissen einer Förderung bedarf. Das ist ein Fortschritt. Und diese gesetzliche Wartezeit besteht bei Eintritt der Arbeitslosigkeit offiziell nicht mehr. Alles hängt nun vom so genannten Profiling ab und der Erstellung individueller Eingliederungspläne.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Da stimmen wir, Herr Albrecht, vollkommen überein. Das haben Sie ja indirekt ausgesagt.

Die Frage ist, wohin soll eingegliedert werden, und da, glaube ich, brauchen wir sehr wohl – jetzt haben wir ja Wahlkampf – die Debatte, wie soll das aussehen, wie sollen Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern entstehen. Die Verkürzung, wie gehe ich mit dem einzelnen oder der einzelnen Arbeitslosen um, um die Vermittlungschance zu erhöhen, beantwortet noch nicht die Frage, wohin der oder die Einzelne tatsächlich vermittelt werden soll. Das ist eine Frage, die wir diskutieren müssen, und deswegen meine ich, dass dieses Job-AQTIV-Gesetz einen Geburtsfehler hat, nämlich die Spezifika Mecklenburg-Vorpommerns, überhaupt Ostdeutschlands sind nicht berücksichtigt worden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Man sollte also auch das Kleingedruckte lesen. Ziel dieses Gesetzes, um dort die Textstelle zu nennen, Absatz 1 a des Paragraphen 269, ist es, Förderketten zu verhindern, damit möglichst viele Arbeitslose, die Anspruch auf eine solche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme oder Strukturanpassungsmaßnahme haben, dann dies in Anspruch nehmen können. Das ist auch vollkommen in Ordnung. Aber in Mecklenburg-Vorpommern und in anderen strukturschwachen Gegenden ist es meines Erachtens nicht angebracht, diese dreijährige Wartezeit einzuführen.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Ich habe auch noch keinen gehört, der gesagt hat, das ist etwas, was in Mecklenburg-Vorpommern greifen kann. Ich habe dort zumindest noch keinen Dissens erlebt. Deswegen meine ich, selbst wenn das Gesetz vorsieht, dass im Einzelfall Ausnahmen zulässig sind, haben wir doch aber dann in Ostdeutschland einen einzigen Ausnahmetatbestand aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und aufgrund der Strukturschwäche. Das muss also in diesem Job-AQTIV-Gesetz meines Erachtens ganz konkret berücksichtigt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Deswegen meine ich, dass dieses Gesetz aus einer Westsicht geschrieben wurde und die konkreten Realitäten und Bedingungen Ostdeutschlands und auch Mecklenburg-Vorpommerns hier nicht berücksichtigt wurden. Deswegen meine ich, wir können ja gemeinsam, jeder kennt seinen Wahlkreis, in die strukturschwachen Gegenden fahren. Leute in Berlin und anderswo gucken mich

immer mit großen Augen an, wenn ich dann sage, eine Frau in der Friedländer Wiese oder auch anderswo sieht es als ihre einzige Chance, wieder in eine ABM oder SAM zu kommen. Dann sagen viele andere, die aus anderen Gegenden kommen, die strukturstark sind, das kann doch nicht sein. Aber wenn das so ist, dann, glaube ich, müssen wir über die Bedeutung des so genannten zweiten Arbeitsmarktes hier nicht philosophieren, sondern wir müssen darüber reden, wie wir Menschen, die arbeitslos und langzeitarbeitslos geworden sind, eine Chance über diese Beschäftigungsmöglichkeiten bieten.

Deswegen bedarf es einer Korrektur dieses Gesetzes, denn diese drei Jahre Wartefrist sind aus meiner Sicht einfach nicht akzeptabel. Ich habe das mehrfach auf Bundesebene deutlich gemacht. Wir werden auch dort nicht nachlassen, um hier eine Korrektur zu erreichen. Richtig ist, dass wir die Förderketten dann abschaffen können, wenn es ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen in Mecklenburg-Vorpommern gibt. Wir wollen durch Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern die Grundlage für die Förderketten entziehen, aber wir wollen nicht den Geförderten die Grundlagen entziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Wir können gemeinsam in die beiden Landkreise Demmin oder Uecker-Randow gehen, das ist jetzt nicht entscheidend, die die höchste Arbeitslosigkeit in Deutschland haben. Hier wird auch sehr deutlich, dass eine wirkliche Form der Arbeitsförderung notwendig ist, um in allen Politikbereichen tatsächlich deutlich zu machen, welche Rahmenbedingungen wir brauchen, damit mehr Beschäftigung entsteht.

Ich meine schon, dass wir als Landesregierung am 10. Juli vergangenen Jahres mit unseren Maßnahmen für Beschäftigungsförderung deutlich gemacht haben, dass es einen komplexen, einen übergreifenden Ansatz für mehr Beschäftigung gibt. Deswegen meine ich: Nach der Reform ist vor der Reform. Wir werden also unsere Einflussmöglichkeiten, das kann ich für die Landesregierung insgesamt sagen, nutzen, um diese unsoziale Wartefrist zumindest für Ostdeutschland und andere strukturschwache Gegenden, Regionen in Mecklenburg-Vorpommern beziehungsweise insgesamt in Deutschland wieder abzuschaffen. Das ist die ganz klare Position.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, eine Position zur aktuellen Reformdiskussion über die Bundesanstalt für Arbeit darzustellen. Morgen will der Bundestag ein Eilgesetz verabschieden, wo es um die Leitungsstrukturen, die Struktur der Bundesanstalt für Arbeit insgesamt geht. Ich meine, das kann jeder nachvollziehen, die gesamte Diskussion über die Bundesanstalt für Arbeit angesichts der fehlerhaften Vermittlungsstatistik hat bisher noch nicht einen Arbeitslosen mehr in Arbeit gebracht. Deswegen meine ich, die Diskussion über die Bundesanstalt für Arbeit muss verbunden werden – das machen wir ja hier mit dem Job-AQTIV-Gesetz – mit einer Reform der Arbeitsmarktförderung in Deutschland insgesamt. Ich meine, es kann nicht angehen, dass Florian Gerster als Manager eines neuen Dienstleistungsunternehmens jetzt Länder und Tarifpartner aus der Arbeitsmarktpolitik heraushalten will, sprich, der Bundesrepublik vom Leib halten will.

Das Eilgesetz, welches jetzt vorliegt, soll die Leitungsstruktur radikal ändern, aus 51 Mitgliedern des Verwaltungsrates sollen 21 werden. Das geht in Ordnung. Die Verschlankung ist zu begrüßen. Aber die deutschen Bundesländer haben nur noch drei Vertreter und das halte ich für bedenklich, weil hinzu kommt, dass die Rechte des Verwaltungsrates eingeschränkt werden und die Vertreter der Länder, der Gewerkschaften sowie der Unternehmerverbände nur noch Mitspracherecht haben, aber kein Mitbestimmungsrecht. Und das, glaube ich, kann nicht im Interesse der besonderen oder konkreten Bedingungen in den einzelnen Ländern und Regionen sein. Deswegen meine ich, wir brauchen nicht nur Mitsprache, sondern wir brauchen Mitbestimmung, so, wie es bisher war, damit die Spezifika eines Bundeslandes wie Mecklenburg-Vorpommern hier ganz konkret berücksichtigt werden. Ich meine auch, dass die Diskussion über Landesarbeitsämter, wie sie ja zurzeit aktuell geführt wird, dann in die falsche Richtung geht, und zwar in die Richtung, die Landesarbeitsämter abzuschaffen.

Ich habe einfach die Sorge, dass hier etwas zentralisiert wird, wo es doch eigentlich darum geht, zu regionalisieren und zu dezentralisieren, um die konkreten Entscheidungen vor Ort auch treffen zu können. Deswegen bin ich der Meinung, wir müssen dafür sorgen und uns gemeinsam dafür stark machen, dass die Bundesländer und ganz konkret auch die ostdeutschen Länder hier nicht nur sitzen, sondern ganz konkretes Stimmrecht haben, um unsere Bedingungen und unsere Forderungen und Erfordernisse in die Debatte ganz konkret einzubringen.

Es ist also vorgesehen, dass morgen der Bundestag darüber entscheidet und am nächsten Freitag, am 22. März, dann im Bundesrat darüber entschieden wird. Wir sind vorgestern offiziell über dieses Eilgesetz informiert worden. Deswegen nutze ich hier die Gelegenheit, meine Position dazu zu sagen. Wir brauchen die Mitbestimmung. Ich meine, dieses Gesetz muss in erster Linie mit den Ländern besprochen werden, weil es uns betrifft. Es betrifft uns in den Ländern. Wir vor Ort haben Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsmarktförderung umzusetzen. Deswegen halte ich die Landesarbeitsämter für unverzichtbar, damit unsere Landesinteressen überhaupt Gehör bekommen. Wie wir zusammenarbeiten, können Sie ja nachvollziehen an dem Programm „55 plus – aktiv in Rente“, welches im Übrigen sehr gut angenommen wird.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Reform der Bundesanstalt für Arbeit darauf begründet wird, hier eine Verschlankung vorzunehmen, ohne dass Länder und Tarifpartner mitgeredet und mitgesprochen haben über die neue Bundesanstalt für Arbeit. Ich meine, wir brauchen eine starke Vertretung der Interessen Mecklenburg-Vorpommerns in der bundesdeutschen Arbeitsmarktpolitik und deswegen würde ich mich dafür einsetzen, dass das Landesarbeitsamt Nord in Kiel erhalten bleibt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dankert von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Dankert.

Reinhard Dankert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Albrecht, natürlich haben Sie Recht, hier geht es um den Paragraphen 269 des SGB III, um nicht mehr und nicht weniger. Und wenn Sie meinen, das wäre unwichtig, dann mag das vielleicht, wenn man sagt, es ist ein Para-

graph von vielen, formal richtig sein, aber wenn man sieht, wie viele Menschen in ABM sind, dann ist das nicht ganz so unwichtig

(Torsten Koplin, PDS: Das spricht doch für sich.)

und es geht sehr viele Menschen an.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Torsten Koplin, PDS)

Ich denke, egal ob berechtigt oder unberechtigt, die ABM-Problematik ist ein sehr heißes Diskussionsthema im Lande. Und nicht nur bei den ABM-Beschäftigten, sondern auch bei Trägern, bei Ministerien, bei Abgeordneten, überall begegnet uns dieses Thema. Deswegen, glaube ich, ist es nur recht und billig, auch drei Monate nach In-Kraft-Treten des Gesetzes – wenn man sich im Vorfeld hat nicht durchsetzen können, wir übrigens auch nicht – über diese Dinge zu reden. Und ich merke, dass die Diskussion, die insbesondere aus dem Osten kommt und insbesondere aus Mecklenburg-Vorpommern, auch in meiner Partei so langsam, aber sicher Früchte trägt. Die ursprüngliche Bundessicht dieses Gesetzes wird ein wenig verändert und ich hoffe, dass es uns gelingt, hier zu besseren Regelungen zu kommen.

Da wir aber nun beim Job-AQTIV-Gesetz sind und vielleicht der Eindruck entsteht, alles, was dort bisher gemacht wurde, ist schlecht fürs Land, möchte ich dem allerdings energisch widersprechen.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Deswegen will ich auch nur mal stichpunktartig einige Punkte anschneiden, worin unsere Chancen bestehen. Wie das immer so ist in Mecklenburg-Vorpommern, wenn es etwas Neues gibt, dann schalten viele erst einmal auf stur, viele werden nervös und die meisten haben sich vielleicht auch noch gar nicht damit beschäftigt.

Die Intensivierung der Arbeitsvermittlung ist natürlich so ein Schlagwort, was sich überall durchzieht, aber wir haben hier mehr Vermittler. Wir haben das Recht auf Vermittlung durch Dritte und, was vor allen Dingen eine große Chance ist, bei diesen Dritten können auch die Träger mitwirken. Bisher sind ja Träger dafür belohnt worden, wenn ihre ABM-Kräfte in Beschäftigungsgesellschaften gehalten wurden. Jetzt werden sie dafür belohnt, dass sie Leute in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln.

Bei den Existenzgründungen ist die Wartefrist auf Überbrückungsgeld weggefallen, das heißt, es ist sogar möglich, sofort, wenn ein Arbeitsloser in die Existenzgründung gehen will, Überbrückungsgeld zu zahlen. Das war bisher anders.

Der Eingliederungszuschuss für Jugendliche ist verbessert worden, insbesondere für benachteiligte Jugendliche. Wenn aus einer benachteiligten Ausbildung ein Jugendlicher in eine betriebliche Ausbildung vermittelt wird, dann bekommt der Träger 2.000 Euro Vermittlungsprämie dafür. Bisher mussten solche Träger ihre Jugendlichen in den Maßnahmen bei Strafe von Entzug der Maßnahme halten. Das ist Gott sei Dank geändert worden. Dies sind alles Dinge, die vorher auch im Osten kritisiert waren, die osttypisch sind, die sich inzwischen im Job-AQTIV-Gesetz durchgesetzt haben.

Kinderbetreuungskosten bei Weiterbildung, eine Modellmaßnahme aus Schwerin, das ist inzwischen im Bundesgesetz. Jobrotation, sicherlich über Dänemark und Mecklenburg-Vorpommern in das Bundesgesetz gekommen, auch wir haben daran mitgearbeitet, dass dieses kommt. Dritte können sich auch mit der Jobrotation beschäftigen und werden dafür Gelder der Bundesanstalt bekommen.

Bei ABM für Wirtschaftsunternehmen fällt die Zusätzlichkeit weg. Meine Damen und Herren, was haben Träger immer für Klimmzüge machen müssen! Arbeitsämter sind in Graubereiche gegangen, da braucht man gar nicht drum herumzureden, um die Zusätzlichkeit in irgendeiner Form zu begründen. Ich glaube auch, die Mitglieder der Verwaltungsausschüsse haben manchmal die Augen zugedrückt, das darf ich mal so ein bisschen flapsig sagen. Man hat hier alles möglich gemacht, was ging, und insofern ist das auch in Ordnung gewesen.

Die 20 Prozent Qualifikation bei ABM, die jetzt natürlich im Job-AQTIV-Gesetz sind, sind ein Problem. Herr Nils Albrecht, Sie haben es angesprochen. Das Problem ist gelöst. Inzwischen zahlt das Landesarbeitsamt Nord die 20 Prozent Qualifikation. Da sind wir Vorreiter für eine bundesweite Regelung, die anderen Länder sind noch nicht so weit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Jetzt kommen wir zu dem Reizwort „Wartezeit“ bei ABM. Ich darf vorweg noch mal ein Wortspiel machen: Die Wartezeit vor der ABM, bevor man eine ABM bekommt, ist weggefallen. Allerdings, und dazu komme ich etwas später, ist diese dreijährige grundsätzliche Wartefrist im Gesetz enthalten, übrigens auch bei SAM.

Es gibt eine Vereinfachung bei Lohnkostenzuschüssen. Trägereinnahmen werden nicht mehr angerechnet, also Träger können sich etwas dazuverdienen. Das ist bisher nicht möglich gewesen oder auch nur mit ganz schwierigen Verrenkungen in der Praxis machbar gewesen. Die Ausnahmequote für Nichtleistungsempfänger in einer AB-Maßnahme kann auf zehn Prozent angehoben werden. Also Sozialhilfeempfänger, die bisher nicht Leistungsempfänger der Bundesanstalt für Arbeit waren, können in die Maßnahme mit einbezogen werden.

(Harry Glawe, CDU: Müssen!)

Müssen sogar, gut. Ich bin auch noch nicht so ganz fit im Job-AQTIV-Gesetz, aber ich bin für jeden positiven Hinweis von Ihnen, Herr Kollege Glawe, dankbar.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist aber schon ganz schön, was Sie hier bieten.)

Es ist also da eine deutliche Verbesserung.

SAM, was ja auch vom damaligen großen Koalitionspartner immer wieder als Vorteil gegenüber von ABM genannt wurde, ist verlängert worden. Einschränkungen fallen weg. Wir haben die künftige Förderung vor allen Dingen für die Älteren, wo dann auch noch die Qualifizierung wegfällt, weil wir sagen, insbesondere die Älteren sind eigentlich gut qualifiziert.

Wir haben die Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen – immer diese Wörter in den Gesetzen –, das ist eine wesentliche verwaltungstechnische Vereinbarung gegenüber Vergabe-ABM. Kommunen können für diese Maßnahmen bis zu 25 Prozent bezuschusst werden. Der große Vorteil ist die Vereinfachung in der Verwaltung. Wir wissen alle, dass Unternehmen vor diesen Maß-

nahmen zurückgeschreckt sind, weil dort ein riesiger Wust an Papier zu bearbeiten war. Die Lohnkostenzuschüsse für alle Arbeitnehmer sind vereinheitlicht und vereinfacht worden.

Der Eingliederungsvertrag, der, glaube ich, 1997 von der damaligen CDU-Bundesregierung eingeführt wurde, ist abgeschafft. Er hat schlichtweg nichts gebracht. Dafür haben wir ja jetzt das Profiling, das unter anderem auch Träger durchführen können. Ich weiß, dass es im Lande gute Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und sonstigen Aktionen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik gibt und diese inzwischen dort recht gute Partner der Arbeitsämter sind.

Ich will auch nicht die Probleme verschweigen, die wir haben, und ich glaube, das gehört zur ganzen Wahrheit dazu, obwohl 22,5 Milliarden Euro für die aktive Arbeitsmarktpolitik insgesamt in der Bundesanstalt zur Verfügung stehen, das sind mal so ganz nebenbei gegenüber 1998 ein paar Milliarden mehr. 1998 waren es 19,9 Milliarden Euro. Was uns aber insbesondere kneift im Osten, ist die Umverteilung. Bisher wurde dieser Anteil der gut 20 Milliarden Euro fifty-fifty zwischen Ost und West verteilt. Inzwischen hat man sich leider in der Bundesanstalt für Arbeit, in der Selbstverwaltung, dazu entschieden, dass es 51 zu 49 zugunsten der westlichen Bundesländer oder zuungunsten der östlichen Bundesländer verändert wurde.

Hinzu kommen – insbesondere auf Druck der Arbeitgeber – im Jahre 2001 die veränderten Verteilungskriterien. Man hat hier ABM als sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis ausgemacht, was es ja auch richtigerweise ist, und hat gesagt, bei hoher Vermittlungsquote erhalten die Länder weniger, die bisher viel vermittelt haben. Da hat es uns bei der hohen ABM-Quote, wir hatten mal 12 auf 1.000 Arbeitslose, schlichtweg angeschmiert und insofern sind uns die Verteilungskriterien zum Nachteil gereicht. Ich denke, dass es auch erst 2003 wieder aufhebbar ist, es sei denn, die Arbeitgeber kommen von ihrer starren Haltung herunter. Aber auch die westlichen Bundesländer müssen von ihrer starren Haltung herunter, denn hier gab es eine Allianz zwischen den Arbeitgeberverbänden, den Gewerkschaftsvertretern der westlichen Bundesländer. Nur Mecklenburg-Vorpommern hat gegen diese Kriterien und gegen diesen Haushalt, der daraus resultierte, gestimmt, nur wir als einziges Land.

(Siegfried Friese, SPD: Das war gut so.)

Das hat aber nichts genützt, Herr Friese, leider.

Deswegen haben wir im gesamten Eingliederungsbereich schlichtweg weniger Geld. Hinzu kommt, dass aber Spielräume da sind, denn dieser Eingliederungstitel ist in sich deckungsfähig. Ich sage das immer wieder. Inzwischen hat das Arbeitsamt Rostock beziehungsweise die Selbstverwaltung im Arbeitsamt Rostock sich wieder für etwas mehr ABM entschieden, als sie es ursprünglich geplant haben. Auch das könnten andere Selbstverwaltungen unserer Arbeitsämter tun.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Torsten Koplin, PDS)

Ich will am Rande erwähnen, dass es auch im Bereich JUMP große Erfolge gegeben hat. Durch unseren Ostparteitag – so will ich es mal verkürzen – ist eine klare Zahl reingekommen. In JUMP PLUS soll erreicht werden, dass zusätzlich im Osten 100.000 Jugendliche in Arbeit kommen.

(Beifall Heike Polzin, SPD,
und Volker Schlotmann, SPD)

Es soll auch eine Regelung gefunden werden, wo man es mit einer Jugendteilzeit in der Verbindung mit Altersteilzeit schafft, Jugendliche schneller in Unternehmen einzugliedern, und das insbesondere für Arbeitgeber auch etwas schmackhaft zu machen.

Nun könnte man meinen, jetzt komme ich zum Antrag, weil er zugegebenermaßen ein Teilproblem darstellt und man deswegen vielleicht nicht allzu viel Redezeit verwenden muss, aber, Herr Albrecht, Sie haben ja einen Katalog aufgemacht.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Dieser Katalog beweist eigentlich, dass Sie so als Neoliberaler ziemlich beratungsresistent sind. Ich kenne Ihre Sprüche schon aus früheren Rostocker Zeiten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD
und PDS – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Insofern haben Sie mich nicht überrascht. Aber das macht auch nichts. Bleiben Sie so, wie Sie sind, das macht uns das Ganze einfacher!

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

So, nun komme ich zu dem berühmten Paragraphen 269, die Wartefrist bei ABM, die grundsätzliche Wartefrist bei ABM und SAM nach einer Maßnahme – und ich sage mal in Klammern: egal, wie lang sie war –, das ist das, was viele Leute bei uns aufregt. Sie haben es erst nicht so richtig mitbekommen. Auf einmal haben Sie mitbekommen, oh, auf Bundesebene ist etwas beschlossen worden, das könnte ja saugefährlich werden.

(Nils Albrecht, CDU:
Meinen Sie jetzt Herrn Holter?)

Es ist richtig, dass diese Wartefrist nach einer ABM – davor ist sie ja abgeschafft worden – in die Logik des Gesetzes passt, denn die Logik des Gesetzes sagt, erst vermitteln in den so genannten regulären Arbeitsmarkt, vermitteln, vermitteln, und wenn dann alles nicht mehr hilft, dann machen wir ABM und SAM beziehungsweise andersherum, erst SAM und dann ganz zum Schluss ABM. Und am Ende dieser Kette steht das einfache Auszahlen von Arbeitslosengeld.

Ich kann nachvollziehen, dass es in der Logik des Gesetzes ist. Und ich wünschte mir auch, dass eigentlich gar nicht mehr viel ABM übrig bleiben müssten, weil ja alle dann in Arbeit wären. Aber wir wissen alle zusammen ganz genau, dass es bei durchschnittlich 10.000 offenen Stellen im Lande – und da rede ich gar nicht davon, ob das 1.000 oder 2.000 mehr sein könnten oder weniger –, dass es um eine Größenordnung von etwa 10.000 offenen Stellen zu der gesamten Arbeitslosenanzahl von über oder inzwischen fast 180.000 geht. Ich habe es an anderer Stelle schon gesagt: Selbst wenn wir diese 10.000 offenen Stellen wegbekommen würden, schnell wegbekommen würden, hat sich die Einführung des Job-AQTIV-Gesetzes in unserem Land schon längst gelohnt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Aber wir haben eine riesige Arbeitsplatzlücke und da passt dann halt die Grundlogik vom Job-AQTIV-Gesetz nicht vollkommen auf unser Land und auch auf andere Regionen. Die Voraussetzung ist nämlich, Arbeitsplätze

brauchen wir, auf die vermittelt werden kann. Und das kann dann so schnell und auch mit nötigem Druck passieren. Solange, so sage ich mal, diese Angebote nicht da sind, fühlen sich viele Arbeitslose in unserem Land schlichtweg – na, ich will das harte Wort nicht sagen – verunglimpft durch diese ständigen Diskussionen, dass sie sich nicht bemühen und so weiter.

Herr Albrecht, Sie haben es nicht so deutlich ausgesprochen, aber ein bisschen kam es schon wieder: Was ist denn mit den ganzen Maßnahmen, die ein bisschen mehr Druck erzeugen – Lohnabstandsgebot und, und, und? Wir kennen das ja alles. Das sind die klassischen Formeln, wie gesagt, der neoliberalen Anschauungsweise.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Ich warne auch ein bisschen davor, und ich muss auch Frau Borchardt ein bisschen vor dem Trugschluss warnen, dass jetzt durch die Verkürzung oder den Wegfall der Wartefrist einfach mehr Stellen entstehen würden. Das ist nicht so.

(Barbara Borchardt, PDS: Das habe ich auch nicht so gesagt.)

Das ist ein Trugschluss. Ich warne auch nur davor, damit es in der Öffentlichkeit nicht falsch rüberkommt. Wir sind jetzt für die Abschaffung einer Wartefrist und schon haben wir auf einmal wieder mehr ABM. Nein, dazu brauchen wir dann mehr Geld. Das ist ganz klar. Wenn man bei einem Budget für ABM sagt, ich will die Wartefrist abschaffen, dann kriegen einige länger ABM, dafür müssen aber andere noch viel länger warten. Das heißt, an diese ganze Sache müssen wir in den Verhandlungen ganz genau herangehen, auch mit der Bundesregierung, wie wir da zu praktikablen Lösungen kommen. Und wenn es so sein sollte, dass man innerhalb der Bundesanstalt für Arbeit, innerhalb von Landesarbeitsämtern Dinge umschichten kann, dann macht diese Regelung Sinn, und dahin gehend sollten wir das auch verhandeln.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD, und Rudolf Borchert, SPD)

Ansonsten würden solche Verhandlungen ins Leere gehen. Also man muss das miteinander koppeln, Verkürzung von Wartefristen, wenn es nichts anderes gibt, nur das ist leider im Osten noch eine Zeit lang der Fall. Wir brauchen diese bessere Regelung für Regionen mit einer hohen Beschäftigungslücke. Herr Holter, Sie haben es auch gesagt, es ist nicht nur der Osten, es gibt inzwischen Regionen im Westen, die genauso schlecht dran sind wie hier. Insofern kann das ruhig eine bundeseinheitliche Regelung bleiben.

(Beate Mahr, SPD: Auweia!)

Es kann ruhig eine bundeseinheitliche Regelung bleiben. Es gibt Regionen mit hoher Beschäftigungslücke, übrigens auch in Bayern.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Da fällt mir ein, Herr Stoiber, glaube ich, wollte ABM ganz abschaffen. Aber ich denke, er wird uns noch mit einigen Dingen überraschen. Vielleicht rudert er wieder zurück, weil Herr Rehberg ja gesagt hat, ABM nur für Ältere. Ich halte die Lösung schon für wesentlich besser als die gnadenlose Regelung von Herrn Stoiber.

(Barbara Borchardt, PDS: Wir definieren „alt“ so, wie wir es wollen.)

Aber gut, wollen wir mal schauen, was sich die CDU so insgesamt ausdenkt für den Bundestagswahlkampf. Darauf sind wir gespannt und werden sicherlich ganz gelassen darauf reagieren.

Wir unterstützen den Minister. Aber Sie wissen auch, dass wir auf Bundesebene eine etwas andere Konstellation haben. Das ist auch ein Appell insbesondere an meine eigenen Kolleginnen und Kollegen in der Landesregierung und auch an alle anderen Verantwortungsträger in meiner Partei. Wir müssen gemeinsam um eine Verbesserung der Regelung in diesem Bereich kämpfen, weil sie wichtig ist für unser Land. Ich halte diese Regelung im Paragraphen 269 für grundsätzlich falsch. Da sind wir uns mit der Landesregierung einig, dass wir hier Verbesserungen machen müssen. Ich weiß, dass Gespräche laufen, und dieser Antrag ist Unterstützung dafür. Ich werde meinen Teil, so gut es geht, auch dazu beitragen, in der Hoffnung, dass wir eine bessere Regelung hinkriegen. Nur so ist der Antrag gemeint.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Wenn man über die gesamte Frage von Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik und angrenzende Dinge reden will, dann werden wir das sicherlich zu gegebener Zeit wieder machen. Hier ging es nur – in Anführungsstrichen – um diese Wartefrist bei ABM.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Nils Albrecht, CDU: Schade.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dankert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Wartefrist nach ABM ist ja nun ein Antrag, der hat es in sich. Das muss man wohl wirklich sagen. Da haben Sie sich sehr viel Mühe gegeben,

(Torsten Koplin, PDS: Richtig, Herr Glawe.)

eine Nische insgesamt im SGB III aufzutun, und haben dabei schon übersehen, dass es noch weitere Dinge im SGB III gibt. Zum Beispiel neben dem Paragraphen 269 ist es auch der Paragraph 277. Da geht es um die älteren Arbeitnehmer über 55 Jahre, das Programm, was Herr Holter gerade so gelobt hat und was er im Land hier auflegt. Die Bundesanstalt für Arbeit hat ein ähnliches und da steht drin, dass Arbeitnehmer, die über 55 Jahre alt sind, 60 Monate lang gefördert werden können. Das ist doch eigentlich vorbildlich. Nur, da steht auch drin, Sperrfrist drei Jahre, wenn vorher eine Maßnahme gelaufen ist. Das hätte ich mir eher gewünscht. Wenn Sie das jetzt für die älteren Arbeitnehmer im Land Mecklenburg-Vorpommern tun wollen, dann hätten Sie diese Anträge gleich mit reinpacken müssen, aber das ist Ihnen wahrscheinlich schon wieder untergegangen.

(Torsten Koplin, PDS: Dann machen Sie doch einen Änderungsantrag.)

Aber insgesamt, denke ich, ist das Problem viel vielschichtiger, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Bleiben Sie ganz ruhig! Sie können noch öfter mal zwischenrufen. Das ist noch nicht das letzte Mal, was Sie jetzt erleben werden.

Wir brauchen, denke ich, im Land Mecklenburg-Vorpommern die Neuansiedlung von Betrieben. Wir brauchen eine vernünftige Förderung von Unternehmen. Wir brauchen den Neuaufbau von Arbeitsplätzen oder den Ausbau in den Betrieben. Dazu brauchen wir Strukturentscheidungen dieser Landesregierung und die sind in den letzten dreieinhalb Jahren ausgeblieben.

(Barbara Borchardt, PDS: Trara, trara!)

Wir haben Arbeitsplätze in Größenordnungen verloren. Es sind 40.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Die Landesregierung ist mindestens 30.000 Arbeitsplätze bei Neugründungen schuldig geblieben.

(Torsten Koplin, PDS: Aha.)

Das sind Bilanzen, die sich sehen lassen können, die wir im Wahlkampf durchaus auch noch würdigen werden.

Das SGB III geht eigentlich von der Tatsache aus, dass der soziale Frieden in Deutschland gewahrt bleiben soll, und deswegen geht es um die Frage fördern und fordern. Einige Dinge hat der Minister hier auch angeregt und richtig vorgetragen. Es geht in der ersten Phase darum, fünf Tage lang eine Testphase anlaufen zu lassen. Es wird geprüft, welche Fähigkeiten,

(Torsten Koplin, PDS: Wir kennen das.)

Fertigkeiten, welche Berufe, welche Laufbahn und welche Entwicklungen ein zukünftiger Arbeitnehmer braucht. Danach gibt es einen Eingliederungsvertrag. Ziel muss es sein, auf den ersten Arbeitsmarkt hin zu vermitteln. Dazu gehört auch die Frage nach der Sicherung und der Stärkung von Existenzgründungen und die berufliche Weiterbildung. Meine Damen und Herren, das alles ist wichtig. Dazu gehört für einige Arbeitnehmer die Frage nach der Jobrotation, die muss weiter diskutiert werden. Und wir müssen auch davon ausgehen, dass im SGB III

(Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

durchaus Beschäftigungsmaßnahmen im Bereich der Infrastruktur aufgelegt und durch die Kommunen und andere gesichert werden. Das ist auch ein Mangel hier in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Verteilung innerhalb der Arbeitsämter sieht ja wie folgt aus: Wir erhalten dieses Jahr zehn Prozent weniger Mittel insgesamt für Mecklenburg-Vorpommern. Das sind 180 Millionen Mark weniger. Und damit haben wir sozusagen im Vergleich zum vorigen Jahr minus zehn Prozent. Daraus ergeben sich schon wieder Verschiebungen innerhalb der Zuweisungen. Zum Beispiel können viele Arbeitsämter nur Arbeitgeberzuschüsse bis zu acht Prozent zahlen. Das halte ich eigentlich für viel zu gering. Wir müssen in diesem Bereich mehr tun. Die Arbeitgeber müssen in die Lage versetzt werden, Arbeitnehmer auf dem ersten Arbeitsmarkt zu beschäftigen, um sie direkt am Arbeitsmarkt zu platzieren.

(Zuruf aus dem Plenum: Es gibt nur einen Arbeitsmarkt.)

Noch mal zur ABM zurück, meine Damen und Herren. ABM ist nicht die Wunderwaffe, ist aber sicherlich für Mecklenburg-Vorpommern bei den Strukturproblemen, die wir haben, weiterhin wichtig.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das erzählen Sie mal Herrn Stoiber!)

Das brauche ich ihm gar nicht zu erzählen, das ist völlig klar.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

In den Arbeitsamtsbezirken werden bis zu 37 Prozent aller Maßnahmen für ABM und SAM bereitgestellt.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Ja, ich sage Ihnen, was ich abschaffen will – den ÖBS,

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

den Sie hier laufend im Land durch die Gegend tragen.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Ja, wie wichtig es ist, werde ich Ihnen mal sagen. Ich werde Ihnen mal sagen, wie teuer das ist.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Darüber denken Sie überhaupt nicht nach. Sie kriegen von der Bundesanstalt für Arbeit dafür 1.075 Euro und packen noch 15.000 Euro pro Arbeitsplatz drauf.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Das ist Ihre Leistung! Und was kommt dabei heraus? Überhaupt nichts.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Nach vier Jahren brechen auch diese Maßnahmen zusammen,

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

nach vier Jahren sind Sie dann sozusagen mit Ihrem Latein auch wieder am Ende.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Meine Damen und Herren! Das ist ein Irrweg und dieser Irrweg wird, wenn wir Regierungsverantwortung haben sollten, beendet.

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Wir werden diese Mittel in die Wirtschaft stecken. Da können Sie ganz sicher sein.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, eins noch: Mittlerweile gibt es ja die privaten Vermittler bei den Arbeitsämtern und damit Gutscheine. Gutscheine werden vergeben bei erfolgreicher Vermittlung. Diese belaufen sich auf eine Höhe zwischen je 1.500 bis 2.000 Euro. Das ist abhängig von der Arbeitslosenzeit eines jeweiligen Arbeitslosen. Auch das führt dazu, dass die Mittel insgesamt, die für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vorgesehen waren, weiter zurückgefahren werden. Es ist nämlich eine Tatsache, dass die Bundesanstalt für Arbeit diese Vermittlung finanzieren muss. Das heißt, auch Förderungen für Arbeitgeberzuschüsse oder freie Förderung für Projekte in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken werden wohl schwieriger werden. Da brauchen wir also noch deutliche Antworten.

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Beschäftigen Sie sich mit dem Gesetz!

Sie haben – und das will ich ja gerne zugeben, Herr Minister Holter – ja im Besonderen auch bei der Wartefrist von ABM, außerdem im Paragraphen 277 und auch 269, schon im vorigen Jahr gemahnt, dass das SGB III nicht so ausfällt,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

wie Sie sich das gedacht haben. Nur, dasselbe Ding haben Sie ja mit dem AQMV erlebt und mit den Problemen, die bei der Notifizierung bei der EU anstanden, denn das ASP ist auch nicht der große Brüller, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Jetzt reden wir mal über das, was zurzeit passiert. Sie haben ja – von den 450 Stammstellen gehen Sie auf 300 runter – allen Stammkräften im Land gekündigt.

(Barbara Borchardt, PDS: Es ist niemand gekündigt von uns.)

Sie brauchen neue Strukturen und das heißt, Sie fördern dann nur noch Stammkräfte mit einer Größenordnung ab 200 Beschäftigten in den jeweiligen neuen Strukturen.

(Barbara Borchardt, PDS: Der ÖBS …)

Ja, Sie sind schon so ein ÖBS! Sie sind schon so ein ÖBS!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Der ÖBS wird abgeschafft, wenn wir was zu sagen haben. Das sage ich Ihnen, damit Sie sich darauf einstellen.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das ist überhaupt keine arbeitsmarktpolitische Maßnahme.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

Das konterkariert den Arbeitsmarkt, meine Damen und Herren. Und das wissen Sie ganz genau, Frau Seemann.

Meine Damen und Herren, noch mal zur Sache. Wir werden insgesamt die Dinge, die im Bereich ABM laufen, unterstützen. Wir brauchen weiterhin ABM, aber die Zielrichtung ist nicht der zweite Arbeitsmarkt, sondern die Zielrichtung muss der erste Arbeitsmarkt sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Förderung von Unternehmen, die Unterstützung von Einstellungszuschüssen in den Betrieben ist die Hauptaufgabe, meine Damen und Herren, und nichts anderes. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Glawe.

Ich schließe die Aussprache.

Oh, Entschuldigung. Wer sollte noch reden? – Bitte, Herr Koplin, dann gebe ich Ihnen das Wort.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir können doch Herrn Glawe und der CDU nicht das letzte Wort überlassen

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

und deswegen habe ich mich hier noch mal gemeldet. Ich fand die Reden …

(Harry Glawe, CDU: Das ehrt uns ja eigentlich.)

Ja. Wir gehen ja kulturvoll miteinander um.

Ich fand Ihre Reden sehr bemerkenswert. Erst einmal, Herr Glawe, haben Sie offenbart, dass Sie beim besten Willen nicht gewillt sind einzusehen, worin der Sinn und Zweck von ÖBS besteht.

(Harry Glawe, CDU: Na, worin besteht er denn?)

Wir sind doch eigentlich, denke ich, schon mehrfach einer Meinung gewesen, dass soziale Leistungen, ökologische Leistungen, kulturelle Leistungen, die auf keine marktfähige, zahlungskräftige Nachfrage treffen, dennoch unverzichtbar sind für den Erhalt eines Gemeinwesens.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Das steht hinter ÖBS.

Und die andere bemerkenswerte Rede von Herrn Albrecht bestand darin, Herr Albrecht, dass Sie es vermocht haben, in sechs Minuten haarscharf am Thema vorbeizukommen.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Da gehört aus meiner Sicht schon was dazu.

(Harry Glawe, CDU: ÖBS ist reine Steuerverschwendung.)

Ich möchte aber gern mit etwas Positivem beginnen, und zwar mit einem Auszug aus der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Grüne aus dem Jahr 1998. Dort stehen – völlig zu unterstützen – folgende Sätze: „Die neue Bundesregierung wird das Arbeitsförderungsrecht wirksamer ausgestalten:“

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

„Es werden soviel Mittel wie möglich von passiven in aktive Leistungen umgeschichtet. Die Beschäftigung von Frauen hat dabei ein besonderes Gewicht. Die aktive Arbeitsmarktpolitik wird stärker mit der Strukturpolitik in den Regionen verzahnt.“

(Harry Glawe, CDU: Ja, das sind schöne Sätze.)

Genau.

Und nun stellt sich die Frage, wie sich diese Ansprüche mit der Aufnahme von Wartefristen nach Paragraph 269 SGB III vertragen. Nach vielem Hin-und-her-Denken und -Überlegen, worin denn sozusagen die Zusammenhänge und die Verträglichkeit bestehen, muss ich sagen, sie vertragen sich überhaupt nicht. Sie vertragen sich nicht. Wartefrist ist keine aktive Leistung. Wartefrist trifft Frauen wie Männer. Und Wartefrist berücksichtigt nicht die strukturelle Situation in den Regionen. Das ist hier mehrfach gesagt worden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Und manchmal muss man sich Worte einfach auf der Zunge zergehen lassen. Wartefrist ist ja ein zusammengesetztes Substantiv, da haut man einmal drauf und dann zerfällt es in zwei Teile – „Warte“ und „Frist“. Warte, bis du dran bist, und friste deine Zeit. Und wenn man einmal inne hält und sich das durchdenkt, dann kommt man schnell darauf, dass Wartefrist etwas sehr Inhumanes an sich hat. Wartefrist heißt nämlich nicht Teilhabe, sondern Ausgeschlossensein, und Wartefrist heißt nicht Solidarität der Gemeinschaft, sondern in einer besonders prekären Situation für die Betroffenen Alleingelassensein.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich stimme Herrn Dankert völlig zu, wenn er hier darauf verwiesen hat, auch Frau Borchardt hat das getan, dass das Job-AQTIV-Gesetz zahlreiche positive Neuerungen hat. Frau Beyer, es wird Sie freuen, Sie waren ja eine der Vorreiterinnen auf dem Gebiet der Jobrotation, hier wird es als Regelinstrument eingeführt. Aber aus sozialpolitischer Sicht möchte ich noch zwei Dinge anfügen, die bislang noch nicht genannt wurden, nämlich die Möglichkeit der Förderung von Weiterbildung für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger und die Förderung von Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen. Das ist ein ganz wichtiges Instrument, um in den Kommunen die Investitionen über das Maß und das Vermögen, das die Kommune besitzt, noch hinaus zu initiieren.

Und wäre Herr Prachtl hier im Raum, hätte ich ihm gern gesagt, dass er sich doch mal mit dem Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg in Verbindung setzen möge, denn dieser hat seit Mitte Januar einen Brief des Arbeitsamtsdirektors Herrn Fock aus dem Arbeitsamtsbezirk Neubrandenburg auf dem Tisch, wo auf dieses Förderinstrument verwiesen wird. Und der Oberbürgermeister hat bis zum heutigen Tag noch keine Aktivität erkennen lassen, dass er gewillt ist, die dort eingestellten 9 Millionen Euro im Arbeitsamtsbezirk Neubrandenburg zumindest teilweise zu nutzen.

(Reinhard Dankert, SPD:
Wahrscheinlich hält er das für ÖBS. –
Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD,
Harry Glawe, CDU, und Barbara Borchardt, PDS)

So viel zur CDU als Vertreter der Wirtschaft und arbeitsmarktpolitischer Aktivitäten.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Aber wir sind ja bei diesem Moment des Nachteils und ich halte nichts davon, dieses Thema so zu bagatellisieren. Die Wartefrist trifft auf unsere entschiedene Ablehnung, denn sie verstärkt die Langzeitarbeitslosigkeit, gefährdet soziale Strukturen und sie wirkt für die Menschen demotivierend.

Nun habe ich überlegt, worin kann der Grund bestehen, dass es eine Wartezeit überhaupt gibt. Also in der Logik des Gesetzes, Herr Dankert, sehe ich sie nicht, denn Gesetze sind für die Menschen da und nicht die Menschen für die Gesetze.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nur rational ist es erklärbar. Rational ist, das ist hier gesagt worden, kein Geld da. Und wenn man sich den Bundeshaushalt der Bundesrepublik für das Jahr 2002 anschaut, dann sieht man, dass im Vergleich zum Vorjahr 16,2 Prozent weniger für ABM und 30,5 Prozent weniger für SAM eingestellt wurden. Darin liegt eigentlich die Begründung, warum es diese Wartefrist gibt.

(Beifall Barbara Borchardt, PDS,
und Angelika Gramkow, PDS)

Und nun wäre die Frage, warum diese Wartefrist für drei Jahre und ob es dafür denn eine Begründung gibt. Und da finde ich weder rational noch emotional eine Begründung, denn die Wartefrist von drei Jahren ist überhaupt nicht zu erklären.

(Barbara Borchardt, PDS: Einsparung
von Versicherungsleistungen. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sie ist – als Gesundheitspolitiker muss ich das mal sagen – gesundheitspolitisch höchst bedenklich. Der Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Verschlechterung der gesundheitlichen Situation ist hinlänglich bekannt. Die Gmünder Ersatzkasse hat repräsentativ im vergangenen Jahr die Gesundheitssituation von Beschäftigten und der von seit drei Jahren Arbeitslosen untersucht. Verglichen mit Nichtarbeitslosen nehmen die seit drei Jahren arbeitslosen Männer zweimal so viele und Frauen eineinhalbmal so viele Leistungstage in Krankenhäusern in Anspruch. Die seit drei Jahren Arbeitslosen erkranken etwa achtmal so häufig an psychiatrischen und psychosomatischen Erkrankungen wie diejenigen, die nicht arbeitslos sind. Und besonders gravierend ist aus meiner Sicht, dass diejenigen, die seit drei Jahren arbeitslos sind, ein 3,4fach höheres Risiko haben zu versterben.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Es ist also existentiell eine Frage und keine Bagatelle, über die wir hier reden.

(Beifall Barbara Borchardt, PDS)

Arbeitslosigkeit ist ein massenhaftes Schicksal und darum ein gesellschaftliches Problem. Und die Wartefrist nach ABM wälzt dieses gesellschaftliche Problem auf den Einzelnen wieder ab. Und das ist aus unserer Sicht unzulässig.

Sehr geehrte Damen und Herren! Warum hat Herr Albrecht an dem Thema vorbeigeredet?

(Zurufe von Nils Albrecht, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Weil er natürlich hätte sagen müssen, wir wollten die Wartefrist ja auch, wir wollten die auch, denn sie entspricht den Intentionen der Kohl'schen Regierung, so genannte Förderketten – also ich verstehe ja nicht den hinteren Sinn dieses Wortes. Hinzu kommt, das ist hier auch gesagt worden, dass der Kanzlerkandidat Stoiber die ABM für „von Übel“ erklärt hat.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Und er hat missachtet, dass gerade in den neuen Bundesländern das Rückgrat der existentiellen, sozialen, kulturellen und ökologischen Leistungen durch ABM und SAM erbracht wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

So viel zur Herzenssache Ost, sehr geehrte Damen und Herren.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir lehnen aus all den besagten Gründen eine Wartefrist für ABM ab.

Im Wahlkampf 1998 hieß es: Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser. Schließen möchte ich mit einem Zitat von Lichtenberg, einem deutschen Schriftsteller und Physiker aus dem 18. Jahrhundert: „Es ist nicht gesagt, daß es besser wird“, schrieb er, „wenn es anders wird. Wenn es aber besser werden soll, muß es anders werden.“ – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Koplin.

Ich schließe jetzt die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/2738. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/2738 ist mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS und einer Stimme der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und einer Stimmenthaltung bei der SPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Stärkung von Bildung und Erziehung im Bereich des Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz, Drucksache 3/2731.

Antrag der Fraktion der CDU:
Stärkung von Bildung und Erziehung im Bereich des Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz (§ 24 SGB VIII und § 6 Abs. 2 KitaG M-V)
– Drucksache 3/2731 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Albrecht von der Fraktion der CDU.

Nils Albrecht, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt kommen wir mal wieder zu einem konkreten Thema und weg vom Theoretisieren und Philosophieren, Herr Koplin,

(Annegrit Koburger, PDS: Nichts verstanden.)

hin zu ganz nackten Fakten und Tatsachen. Und lassen Sie mich auch gleich daran anschließen und vielleicht mit einigen Zitaten beginnen, damit Sie mir nicht unterstellen, ich denke mir irgendetwas aus.

Kinder sind uns natürlich allen wichtig, das ist bekannt, auch unserer Sozialministerin. Und ich freue mich, dass Sie hier sind, Frau Ministerin Bunge, und dass Ihre Kollegin Frau Keler auch hier ist. Ich habe heute noch einige nette Grußadressen an Sie vorbereitet.

(Heiterkeit bei Torsten Koplin, PDS)

Ich darf zunächst zitieren aus der 49. Sitzung am 16. November 2000. Frau Ministerin Bunge:

(Volker Schlotmann, SPD: Er
wird auch noch mal erwachsen.)

„Leuchtende Kinderaugen sind für mich die schönste Sache der Welt.“ Frau Bunge, das haben Sie schön gesagt. Das ist ein Zitat, das ich sehr gerne unterschreiben würde.

Aus den Reihen der SPD darf ich vielleicht den Herrn Kollegen Rißmann zitieren in der Sitzung am 1. Februar 2001: „Dabei darf es nicht zu einer Verschlechterung der Standards kommen, … Das Betreuungsangebot muss qualitativ den Bedürfnissen der Kinder gerecht werden.“

(Volker Schlotmann, SPD: Sie sind
hier wirklich nicht im Komödienstadl.)

Die Liste der wohlklingenden Zitate lässt sich beliebig fortsetzen, meine Damen und Herren. Fragt man allerdings vor Ort, und das würde ich auch dem Fraktionsvorsitzenden der SPD empfehlen, nach den Rahmenbedingungen, dann schlagen einem die Wellen der Empörung entgegen, dass nichts mehr übrig bleibt von diesen wohlklingenden Zitaten,

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

dass nichts mehr übrig bleibt und diese verblassen. Statt für die Interessen der Kinder und deren Einrichtungen zu kämpfen, haben die Abgeordneten sich nunmehr seit fast vier Jahren hinter dem Vorwand knapper Kassen verbarrikadiert.

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Frau Koburger, darf ich Sie auch zitieren? Frau Koburger, am 1. Februar 2001, hören Sie gut zu, ich zitiere: „Ja, wir haben leider nur begrenzte finanzielle Spielräume und trotzdem,“

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

„der Versuch wird unternommen.“ Was heißt denn, der Versuch wird unternommen, Frau Koburger? Der Versuch wird unternommen, heißt nichts anderes,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

als dass Sie sich bereits im Vorfeld für Ihr Versagen entschuldigen. Nichts anderes heißt das!

(Annegrit Koburger, PDS: Wann haben
Sie sich entschuldigt für 16 Jahre vorher?)

Meine 16 Jahre, Frau Koburger,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

erkläre ich Ihnen gerne mal bei einem schönen Glas Rotwein.

Aber kommen wir zurück zu den Fragen, wie Sie die Interessen vertreten haben und wie Sie sich verbarrikadiert haben, so, wie Sie als Abgeordnete von SPD und PDS beim Kampf um Erziehungsqualität die Flinte längst ins Korn geworfen haben.

Genauso wenig Kampfgeist zeigte die zuständige Sozialministerin. Und damit bin ich bei Ihnen, Frau Ministerin Bunge. Als sich vor einigen Wochen besorgte Eltern, Kinder und Erzieher hier in Schwerin angemeldet hatten, um mit Vertretern der Landesregierung über die Qualität in Kindertagesstätten zu sprechen, wurden sie nicht etwa von der Sozialministerin empfangen, nein, um den Betroffenen gleich reinen Wein einzuschenken, wer hier das Sagen hat, wenn es um die Qualität von Kinderbetreuungseinrichtungen geht, hat sich Frau Ministerin Keler – Frau Finanzministerin! – die Zeit genommen, um anhand von Positionen in Haushaltstiteln zu erklären, wo bitte schön der Qualitätsanspruch des Erziehungs- und Bildungsauftrags in diesem Lande zu enden hat.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Das hat den Betroffenen nun wahrlich nicht geholfen. Das sind die Antworten, die die Betroffenen nicht hören wollten, Frau Keler.

Und Ihnen, Frau Ministerin Bunge, muss ich sagen, Sie haben sich das Heft des Handelns schon lange wegnehmen lassen und Sie geben es auch zu. In Ihrem Brief, in dem so genannten Frauentagsgeschenk, den Sie am 8. März an die Erzieherinnen und Erzieher in diesem Land geschickt haben, schreiben Sie: „Statt nur über Geld würde ich gern wieder einmal über Bildungs- und Erziehungsziele debattieren, gemeinsam überlegen, wie die Inanspruchnahme der vielfältigen Weiterbildungsangebote durch Sie, unsere gut ausgebildeten Erzieherinnen, verbessert werden kann“. Das sind die Fakten. Aber Sie haben geschrieben, ich würde es gerne tun. Sie haben nicht geschrieben, ich werde es tun und das zeigt, dass Sie längst nicht mehr das Sagen an dieser Stelle haben, und das ist ein trauriges Kapitel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Frau Ministerin, ich habe das Gefühl, Ihnen fehlt etwas. Ihnen fehlt ein klares Bekenntnis des Landtages zu der Qualität in den Kindertagesstätten, ein klares politisches Bekenntnis, dass die Ziele und Aufgaben in den Gesetzen – und deshalb haben wir auch viele Paragraphen hier aufgeführt in unserem Antrag – bereits festgeschrieben sind. Kindertagesförderung braucht eben eine obere Priorität und darf nicht an den Grenzen der Tür von Frau Ministerin Keler enden. Dazu gehören auch fair ermittelte und angemessene Regelkosten. Und dieses Bekenntnis fehlt Ihnen offensichtlich vom Landtag, denn sonst würden Sie solche Briefe nicht schreiben.

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Verehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren, wir haben es den Müttern und Vätern, den Trägern und Erzieherinnen versprochen: Wir, die CDU-Fraktion, werden nicht locker lassen,

(Angelika Gramkow, PDS: Toll!)

bis endlich die Mehrheit der Politiker von SPD und PDS begriffen hat, dass sie in diesem Land keine Aufbewahrungsanstalten für unsere Kinder brauchen, dass wir es nicht zulassen können, dass Einrichtungen gezwungen werden, den pädagogischen Anteil ihrer Arbeit auf null zu fahren, nur weil sie keine andere Wahl haben, um sich aus dem existenzbedrohenden Würgegriff der Finanzministerin zu befreien.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und weil das Regierungskabinett dieser Tage auch noch beschlossen hat, diesen Würgegriff etwas fester anzupacken, indem es die Regelkosten absenkt und damit die Betreuungskosten …

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Also dann gebe ich Ihnen gerne, was durch das Kabinett gegangen ist, und da steht eindeutig drin, was die Zahlen betrifft. Da sollten Sie nachlesen, dann wissen Sie, dass hier die Regelkosten weiter gesenkt werden und die Betreuungsqualität damit noch weiter sinken wird.

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Und weil die Regierung glaubt, dass sich die Kommunen im Wahljahr nicht trauen werden, sich gegen die neuen Defizite, die entstehen werden, aufzulehnen, und weil das alles Tatsachen sind, die von einer unbeschreiblichen Ignoranz der Landesregierung zeugen, haben wir alle hier gemeinsam die Pflicht, diesen Wahnsinn zu stoppen. Wir haben die Pflicht, daran zu erinnern, was uns die Wissenschaftler dieser Tage über die Bedeutung unserer jungen Generation gesagt haben: Stoppt endlich die Abwanderung und kümmert euch endlich um eure junge Generation! Macht sie fit für die Herausforderungen einer Wissensgesellschaft und stärkt sie in den Sozialkompetenzen, denn viele Probleme werden sie nicht mehr als Einzelkämpfer lösen, sondern nur noch gemeinsam im Team!

Und Sie wissen alle, die Sie hier sitzen, diese Aufgaben können nur von den Erzieherinnen und Erziehern geleistet werden, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, wenn insbesondere der Personalschlüssel sinnvoll und dem Qualitätsanspruch angemessen dargestellt wird. Sie können doch nicht zulassen, dass die engagierte Arbeit von nunmehr fast über zehn Jahren in den Einrichtungen, die mit vielen Ideen und Konzepten in all den Jahren mühsam erarbeitet und umgesetzt wurde, einfach so über Bord geworfen wird, nur weil letztendlich dafür kein Spielraum mehr bleibt und die Zwänge immer größer werden.

Meine Damen und Herren, wenn sich eine Landesregierung letztendlich die Frage, wie viel Zuneigung und Aufmerksamkeit ein Kind braucht, mit Hilfe ihres Taschenrechners beantworten lässt, dann stimmt in diesem Land etwas nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der vorliegende Antrag meiner Fraktion …

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Verschonen Sie mich doch mit dieser historischen Betrachtung! Ich bin seit vergangenem September Mitglied. Verschonen Sie mich damit! Was interessiert mich das denn?! Sie sind in der Regierungsverantwortung seit vier Jahren. Gehen Sie einmal in die Einrichtungen! Lassen Sie sich doch mal beklatschen!

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich kann verstehen, dass Sie das alles nicht begeistert, was im Augenblick draußen los ist, aber meine Damen und Herren, Sie werden mir nicht einreden können, dass ich dafür Verantwortung zu tragen hätte.

Der vorliegende Antrag meiner Fraktion fordert von Ihnen nichts weiter als ein klares Bekenntnis für die Qualitätssicherung unserer Kinderbetreuungseinrichtungen. Nur diejenigen von Ihnen, meine Damen und Herren, jetzt hören Sie gut zu, die in diesem Land selbst keine Zukunft für sich sehen, werden unseren Antrag ablehnen. Diejenigen aber, die sich zur Verantwortung für unser Land, unsere Kinder und ihre Kindeskinder bekennen, werden unserem Antrag folgen. Lassen Sie mich eines vor allem in Richtung der etwas älteren Herrschaften in unseren Reihen, sowohl in den Reihen der Opposition als auch auf der Regierungsseite, sagen: Denken Sie daran, dass die Kinder von heute diejenigen sein werden, die über die Qualität Ihres Altenheimplatzes entscheiden werden. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Volker Schlotmann, SPD: Wir sind ja gezwungen worden, warum bedankt er sich?)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Albrecht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dankert von der Fraktion der SPD.

Reinhard Dankert, SPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ein Privileg der Jugend, mit leuchtenden Abgeordnetenaugen uns Älteren hier etwas zu sagen.

(Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Mecklenburg-Vorpommern stellt mit seinem flächendeckenden Angebot, das die Erfüllung des normierten Rechtsanspruchs auf Betreuung im Kindergarten sichert und die Versorgung von Kindern bis zum vollendeten dritten Lebensjahr und auch für Grundschüler bedarfsgerecht vorhält, einen vorderen Platz im Vergleich der Bundesländer dar. Das Land hat seinen finanziellen Beitrag dazu in dieser Legislaturperiode um mehr als zehn Prozent gesteigert.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Aufgrund der Entscheidung des OVG Greifswald zur Ermittlung der Regelkosten 1998 und um die Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu erhöhen, wurde das bisherige Verfahren der Ermittlung der durchschnittlichen Betriebskosten (Regelkosten) überarbeitet. Im Zeitraum von November 2001 bis Ende Januar 2002 fanden aufwendige Nachfragen bei über 1.000 Kindertageseinrichtungen zu einzelnen Kostenpositionen statt. Bei den Ermittlungen stellte sich heraus, dass für den Bereich der Krippe und des Kindergartens unter Einbeziehung der Personal- und Sachkostensteigerungen geringere Kosten entstehen, als bisher angenommen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wie kann das geschehen? Ein Grund dafür ist, und als Gewerkschafter ist dies für mich besonders bedauerlich, dass zwei Drittel der Träger nicht tariflich gebunden sind.

(Zurufe von der CDU: Können sie ja nicht!)

Diese Tatsache stellt nicht nur einen Nachteil für die Beschäftigten selbst dar, sondern im Hinblick auf die Durchschnittskosten hat dies enorme Auswirkungen. Da die untertariflichen Löhne in die Kosten mit hinein berechnet werden und der Durchschnitt gebildet wird, bedeutet dies unter dem Strich für jede Neuberechnung geringere Regelkosten. Und dieser Kreislauf setzt sich mit jedem Träger fort, der unter Tarif zahlt. Für die tarifzahlenden Träger hat dies enorme Nachteile. Sie sind die Verlierer der Regelkosten, da sie ihre Regelpersonalkosten nicht mehr decken können und so entweder Personal entlassen oder auch unter Tarif zahlen müssen.

Ein weiteres Problem scheint das korrekte Ausfüllen der Kostenblätter darzustellen. Hier sind viele Leiterinnen und Leiter insbesondere zeitlich überfordert. In vielen Fällen fehlt zum Beispiel die Eintragung der Fort- und Weiterbildung sowie Vor- und Nachbereitungszeiten. Dadurch verlieren die Träger erneut Geld und da diese Kosten nicht mit berücksichtigt werden, sind sie dann auch nicht in den Durchschnittskosten vorhanden. Wiederum ein Punkt, warum die Regelkosten zu gering sind. Meines Erachtens ist jedoch dieses Problem durch Information und Fortbildung zu lösen, darauf sollte Wert gelegt werden.

Meine Damen und Herren, ein Bereich, der zu Unsicherheiten bei den Trägern führt, sind die Öffnungszeiten der Einrichtungen. Die Öffnungszeit einer Kita sollte nach dem Kita-Gesetz bei einer Ganztagsbetreuung zehn Stunden nicht unterschreiten. Dieser Standard besteht weiter, wie im Gesetz festgeschrieben. Auch an den Standards Personalausstattungen, Gruppengrößen, der Erzieher-Kind-Relation hat sich nichts geändert.

Meine Damen und Herren von der CDU, was nun Ihren Antrag konkret angeht, werden Sie sich denken können, dass wir ihn ablehnen. Wir lehnen ihn zum einen ab, weil die Landesregierung sich der Problematik der Regelkosten selbst bewusst ist und auch handelt. So laufen im Moment die Anhörungen zur Betriebskostenlandesverordnung und danach wird das Kabinett sich mit den Ergebnissen der Anhörung befassen. Ihren Antrag brauchen wir nicht, um den Bildungs- und Erziehungsauftrag im Lande qualitativ zu sichern. Weiterhin lehnen wir ihn ab, da er inhaltlich nichts Konstruktives zum Thema beiträgt. Weder benennen Sie konkrete Maßnahmen noch geben Sie Anregungen für eine Änderung. Allein die Nennung von Paragraphen führt noch nicht zu einem qualitativen Antrag.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Herr Albrecht, wenn Sie Einbringung und Aussprache verwechseln, dann ist das auch kein Wunder, wenn Sie so einen Antrag schreiben.

Sicherlich besteht im Bereich der Regelkosten auch zukünftig Diskussionsbedarf, jedoch, meine lieben Damen und Herren von der CDU, nicht auf einer so oberflächlichen Basis. Sie können versichert sein, dass die Fraktionen von SPD und PDS gemeinsam mit der Landesregierung sich der Erfordernisse der qualitativen Sicherung des Bildungs- und Erziehungsauftrages durchaus bewusst sind und verantwortungsbewusst mit diesem Auftrag umgehen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dankert.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Koburger von der Fraktion der PDS.

Annegrit Koburger, PDS: Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin!

Herr Albrecht, Sie haben hier davon gesprochen, dass Sie nicht dafür verantwortlich sind. Haben Sie für sich persönlich gesprochen oder für die CDU-Fraktion? Die CDU ist hier maßgeblich dafür verantwortlich.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU –
Unruhe bei Abgeordneten der PDS)

Und zu den Aufbewahrungsanstalten sage ich nachher noch etwas.

Mit der Drucksache 3/2731 der CDU liegt uns ein Antrag vor, dessen Anliegen auf den ersten Blick durchaus zu begrüßen wäre, aber wirklich nur auf den allerersten Blick. Nun folgt das große Aber: Meine Damen und Herren der CDU, ich finde es schon unglaublich, fast eine Frechheit, dass gerade Sie eine qualitativ hochwertige Betreuung der Kinder fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Wer hat denn die politische Verantwortung dafür, dass das flächendeckende Betreuungsnetz an Krippen, Kindergärten und Horten so ausgedünnt wurde? Wer hat es vor allem zu verantworten, dass gut ausgebildete Erzieherinnen mit drei- und vierjährigem Fachschulabschluss, Ausbildung in Musik, Erziehung, Beherrschung eines Musikinstrumentes, spezieller Sprach- und Sprechausbildung, Ausbildung in Methodik des Kinderturnens, der Haltungsschulen sowie in darstellenden Fähigkeiten wie Malen, Formen, Basteln bis hin zur Lehrbefähigung bei den Horterzieherinnen, um nur einiges zu nennen, mit einem Durchschnittsalter von knapp 35 Jahren in den Einrichtungen zu Tausenden entlassen wurden?

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Das, meine Damen und Herren der CDU, war CDU/CSU-Politik pur! Das war der erste große Schnitt im Prozess der Einheit des Zusammenwachsens von Ost und West, angefangen von der Kohl-Regierung in Bonn bis hin zur CDU/F.D.P.-Regierung im Schweriner Schloss. Ihre Anstrengungen waren darauf gerichtet und deswegen gab es damals auch massenhaft Proteste. Wir wollten keine Aufbewahrungsanstalten, die Sie uns jetzt unterstellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die sozialen Errungenschaften der DDR radikal zu beseitigen, ohne zu hinterfragen, welche dieser Errungenschaften und Erfahrungen in den Einigungsprozess mit einbezogen werden könnten – das ist die historische Wahrheit. Ich könnte das an sehr vielen Beispielen weiter nachweisen. Bezogen auf den Bereich der Förderung der Kinder in Kindertageseinrichtungen kann ich nur sagen, es durfte im Osten nicht sein, wovon der Westen schon seit Jahrzehnten träumte.

Auch heute ist der Osten diesbezüglich dem Westen noch weit voraus. Im internationalen Vergleich konnte die BRD nur mit der Versorgungssituation in den neuen Ländern punkten.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Ich erinnere daran, vorschulische Bildung und Erziehung war keine Erfindung des Sozialismus, sondern schon in der Antike gab es solche Angebote. Man nannte sie damals Knabenschule, weil ja Mädchen von Bildung ausgeschlossen waren.

Im 15. Jahrhundert forderte Comenius, ein tschechischer Pädagoge, die so genannten Mutterschulen und ich könnte weitergehen über Fröbel, Pestalozzi, Diesterweg, die alle dafür plädierten, Einrichtungen zu schaffen, damit Kinder vom frühesten Alter an in der Gemeinschaft Gleichaltriger gebildet und erzogen werden. Wissenschaftliche Studien belegen ausreichend, die entscheidenden Grundlagen für die Persönlichkeitsentwicklung eines Menschen werden im Alter von zwei bis sieben Jahren angelegt. In diesem Alter werden also die Grundzüge für die geistigen Fähigkeiten und das soziale Verhalten, für Charaktereigenschaften insgesamt ausgeprägt. Was Hänschen und Lieschen nicht lernen, lernen Hans und Liese nimmermehr. Es ist nicht umsonst eine Lebens- und Volksweisheit.

Und wie gesagt, es ist keine Erfindung des Sozialismus. Das beweist uns auch ein Blick in unsere Nachbarländer. Ob in Finnland, Schweden, Frankreich, Spanien oder Italien, ganz zu schweigen von Japan, hier finden wir staatliche oder betriebliche Förderung von vorschulischen Einrichtungen und es wird zum Teil sogar kostenlos der Besuch dieser Kindereinrichtungen ermöglicht. Wir haben im Übrigen eine solche Einrichtung gesehen, als wir in den entsprechenden Ländern waren.

Ja, meine Damen und Herren, es sind die Ursachen für die Ergebnisse der viel bemühten PISA-Studie. Aber die Ergebnisse der PISA-Studie sind ebenfalls nicht überraschend. Ähnliche Ergebnisse weist eine analoge Studie aus dem Jahre 1974 für die alte BRD aus, aber das war es dann auch schon. Konsequenzen für politisches Handeln, für Veränderungen blieben bis heute aus. So verwundert es auch nicht, dass die Reform des Jugendhilferechts in der alten BRD über 20 Jahre in Anspruch nahm und dann endlich 1990 mit dem Wirken engagierter Fachkräfte aus dem Osten mit der Verabschiedung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes einen relativen Abschluss fand. In diesem Gesetz wird die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen im dritten Abschnitt gesetzlich verankert, aber nur halbherzig, denn die Ausgestaltung des Gesetzes, vor allem die finanzielle, wird den Ländern und letztlich den örtlichen Trägern der Jugendhilfe überlassen.

Die länderspezifische Ausgestaltung in Mecklenburg-Vorpommern vollzog sich, meine Damen und Herren der CDU, unter Ihrer Regentschaft. Sie hatten acht Jahre Zeit, hier nachzubessern, denn die Probleme, die wir heute mit der finanziellen Ausstattung der Kindertagesstätten haben, sind seit Anfang an vorhanden. Ich erinnere hier auch noch mal an unsere Forderung, wir wollten eine 50-prozentige Beteiligung des Landes.

(Nils Albrecht, CDU: Und den Pflichtbesuch im Kindergarten.)

Nein, das wollten wir nicht. Das haben Sie nicht richtig gelesen.

Es ist deshalb für mich politisch und moralisch unerträglich, dass gerade Sie sich hier heute als so genannte Gralshüter aufspielen.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Abschließend auch noch ein Wort an unsere Koalitionspartnerinnen und -partner. Meine Damen und Herren der SPD, ich konnte und kann leider nicht umhin, auch Ihnen zu sagen, dass Sie für die derzeitigen Problemlagen mitverantwortlich sind. Natürlich muss gespart werden, das wissen wir. Selbstverständlich sind alle Ressorts zu beachten, sind Prioritäten zu setzen. Aber gerade dort den Rotstift anzusetzen, wo es um Investitionen für die Zukunft geht, ist für mich nicht nachvollziehbar. Seit Jahren kennen wir die Diskussion um die Höhe der durchschnittlichen Regelkosten, auch um die miserable Struktur dieses ganzen Systems, und wissen auch, dass wir dringend Veränderungen brauchen. Wir haben sie versucht in die Koalitionsverhandlungen mit einzubringen, es ist damals nicht gelungen. Wir haben es auch während der Legislaturperiode versucht und es ist bisher nicht gelungen.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Aber, es steht aus, diese Veränderungen brauchen wir. Dies lässt sich allerdings nicht mit der Regelkostenverordnung bewältigen, sondern nur mit einer Gesetzesnovelle. Und auch Ihr Antrag lässt sich nur lösen, indem das Kita-Gesetz sowie das Haushaltsgesetz gelten, denn es

geht hier um Knete und nicht um wenig Knete, das sage ich auch ganz bewusst. Bisher haben sich leider eine ganze Reihe diesen Regelungen verschlossen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Koburger.

Das Wort hat jetzt die Sozialministerin Frau Dr. Bunge.

Ministerin Dr. Martina Bunge: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Albrecht, Frau Koburger muss nicht für mich sprechen. Ich kann selber sprechen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU! Mit Ihrem Antrag fordern Sie die Landesregierung auf, die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen gemäß Vorschriften des SGB VIII sicherzustellen. Sie, die meisten hier und auch Abgeordnete der CDU, haben dafür ein Landesgesetz geschaffen. Das Landesgesetz von 1995 hat viele gute Regelungen, aber die zur Finanzierung sind meines Erachtens schlecht.

Nun können Sie sagen, sie hätten das doch verändern können. Das sagen Sie ja auch. Das ist versucht worden und nicht gelungen. Das können Sie bewerten, wie Sie wollen, das tun Sie ja auch, aber eines steht fest: Als Ministerin muss ich nach geltendem Recht handeln.

Die Finanzierungsregelungen des Kita-Gesetzes Mecklenburg-Vorpommern besagen, dass jährlich die durchschnittlichen Betriebskosten (Regelkosten) zu bestimmen sind. Wie bekannt ist, wurde die bisherige Berechnungsweise vor dem Verwaltungsgericht des Landes beklagt und das Gericht hat geurteilt, dass die angewendete pauschale statistische Methode den Gesetzeswillen nicht erfüllt. Das Gericht gibt zugleich vor, das Land habe erstens die tatsächlich verausgabten Kosten zu ermitteln, zweitens diese Daten zu verarbeiten sowie zu bewerten und drittens damit in Richtung Zielerfüllung zu steuern.

Diese Schritte hat das Sozialministerium mit jeder einzelnen Kostenposition – 7 bei den Personalkosten und 14 bei den Sachkosten – getan. Der vorgelegte Entwurf der Regelkostenverordnung 2002 erfüllt damit formal das Gesetz.

(Zurufe von der CDU: Formal, formal!)

Vielleicht hören Sie mal zu, dann können Sie noch ein Stück lernen! Dann reden Sie qualifizierter und können vielleicht mitreden.

Ermittelt ist der Durchschnitt, ermittelt ist die Regel, die im Land tatsächlich typisch ist. Das ist aber nicht immer das, was wir uns für die Jüngsten im Land wünschen, obwohl wir mit unserer Kita-Förderung im Reigen der Bundesländer sehr gut dastehen. Das muss auch einmal gesagt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

In die Personalkosten zum Beispiel angesichts dessen, was jetzt ermittelt ist, gehen alle gezahlten Löhne und Gehälter ein. Daraus folgt ein Durchschnitt, der den Einrichtungen, die nach Tarif orientiert an BAT zahlen, was natürlich äußerst löblich ist, die Aufwendungen nicht voll ersetzt. Daraus folgt auch, dass die Einrichtungen, die mehr Erzieherinnen beschäftigten, als der Personalschlüssel vorgibt, was sicher pädagogisch und beschäftigungspolitisch durchaus wünschenswert, aber nicht nach Gesetz ist, ihre Aufwendungen nicht voll ersetzt bekommen.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Nils Albrecht, CDU, und Angelika Gramkow, PDS)

Das kann ich bei diesem Gesetz nicht ändern, Herr Albrecht, und das geschieht, obwohl die Standards beibehalten werden. Ich habe keine Begrenzung der Öffnungszeiten auf zehn Stunden vorgegeben. Ich habe die Kalkulation des Personalschlüssels transparent gemacht und gezeigt, dass dieser auf einer durchschnittlichen Öffnungszeit von zehn Stunden aufbaut, Vor- und Nachbereitung, Urlaub, Krankheit einbezieht. Wenn daraus seitens vieler Einrichtungen der Schluss gezogen wird, ihre Probleme damit zu beheben, die Öffnungszeiten von zum Teil elf und zwölf Stunden auf zehn herunterzufahren, steuert die Berechnungsmethode in eine Richtung, die dem Ziel des Gesetzes widerspricht.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Wir sind im Prozess der Anhörungen zu den Regelkostenverordnungen, Herr Albrecht, damit Sie das genau wissen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aus den Stellungnahmen, meinen Gesprächen mit Trägern von Kindertageseinrichtungen, mit Leiterinnen und Erzieherinnen, mit Eltern hat die Landesregierung die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Keine Mutter, kein Vater darf seinen Arbeitsplatz dadurch gefährdet sehen, dass sie oder er den Sprössling nicht rechtzeitig in der Kita abgeben kann beziehungsweise nicht lange genug dort betreut weiß. Dafür, dass das gesichert wird, werde ich dem Kabinett einen Vorschlag machen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber, Herr Glawe, über eines müssen wir uns alle klar sein …

Ich weiß nicht, wie Sie das können, immer reden und hören. Vielleicht hören Sie mal zu. Sie können ja ganz vernünftig sein, wie ich Sie kenne.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Harry Glawe, CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Über eines müssen wir uns klar sein: Die für die Änderung notwendigen Finanzen werde ich nicht allein im Sozialressort erbringen können. Die finanzielle Enge, die wir aus Ihrer verfehlten Haushaltspolitik früherer Zeiten hier im Land zu tragen und natürlich auch neu durch eine der Globalisierung verpflichteten Haushalts- und Finanzpolitik auf Bundesebene zu verkraften haben, ist bekannt. Ich bin aber nicht bereit, die finanzielle Enge weiter als bisher schon geschehen auf dem Rücken derer zu verteilen, die sich entschlossen haben, hier im Land, hier in Mecklenburg-Vorpommern zu bleiben. Sozialpolitik ist für mich kein Reparaturbetrieb, sondern Gestaltungspolitik. Sie ist nicht einseitig Konsumtion, sondern Investition in die Zukunft der Menschen hier im Lande. – Ich danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schnoor von der Fraktion der CDU.

Steffie Schnoor, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das grundsätzliche Anliegen unseres Antrages hat Ihnen ja mein Kollege Herr Albrecht bereits erläutert. Es geht um mehr Qualität in der Kindertagesbetreuung, ein legitimes Anliegen, das die CDU nicht erst mit diesem Antrag verfolgt, wie Sie mit der Großen Anfrage, wie Sie es mit unseren Anträgen zu den Haushaltsberatungen ja schon nachvollziehen konnten. Wir sind uns mit vielen Trägern von Kindertageseinrichtungen einig, das Kita-Gesetz muss nicht novelliert werden. Die dort formulierten Ansprüche reichen aus, um das, was wir wollen, was PISA uns ins Stammbuch geschrieben hat, hier in Mecklenburg-Vorpommern umzusetzen. Und, Frau Ministerin, wenn Sie der Meinung sind, es müsste novelliert werden, hätten Sie das in den letzten drei Jahren ja tun können.

Meine Damen und Herren, einzig allein der Wille, Haushaltsmittel für ein solches Anliegen verfügbar zu machen, hat die PDS mit ihrer Ministerin an der Spitze daran gehindert, bis heute etwas für die Verbesserung der Qualität der Kindertagesbetreuung zu unternehmen, zumindest in dem Bereich, in dem Sie für die Rahmensetzung verantwortlich sind.

Die Finanzierung der Kindertagesstätten befindet sich in einer Sackgasse. Das Land will nicht, obwohl es könnte, aber dazu komme ich noch am Schluss, die Kommunen können schon lange nicht mehr, weil ihnen durch die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes faktisch die Personalkosten aufgezwungen werden, und die freien Träger können nur, weil sie sich durch nicht tarifgerechte Löhne Gestaltungsspielräume schaffen, die ihnen die Existenz sichern. Aber, meine Damen und Herren, Rücklagen lassen sich damit nicht bilden. Die Elternbeiträge sind gedeckelt. Sponsoren sind für einzelne Projekte da, aber nicht für eine kontinuierliche Förderung.

(Angelika Gramkow, PDS:
Sie sind dafür verantwortlich.)

Sie hätten ja den Deckel schon lange wegnehmen können, Frau Gramkow.

Andere Finanzierungsquellen gibt es nicht. Kommunale Träger wie zum Beispiel die Hansestadt Rostock versuchen in Größenordnungen ihre Einrichtungen freien Trägern zu übertragen, nämlich um sich von der Tarifbindung und damit von den Kosten zu befreien. Das ist die Situation. Und, Frau Gramkow, diese Situation werden Sie nicht auflösen, indem Sie, wie Sie am 11. Februar 2002 in einer Mitteilung verkündeten, mit einer Novelle des Kita-Gesetzes den Bildungs- und Erziehungsauftrag wieder klar formulieren wollen.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Und das Wieder war an dieser Stelle falsch, denn er ist sowohl im Sozialgesetzbuch VIII als auch im Kita-Gesetz unseres Landes formuliert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

So, wie Sie dort Ihre Wünsche formulierten, werden die Kosten im Lande weiter steigen. Durch eine Anerkennung des Bildungs- und Erziehungsauftrages in der Betriebskostenverordnung hätten Sie diese Regelung errichten können, wenn Sie zum Beispiel eine andere Personalkostenberechnung dem zugrunde gelegt hätten. Das wäre ein erstes Signal in die richtige Richtung gewesen. Alles andere sind Ausreden, ein Hinhalten der Menschen, zusammen mit Ihrer Schulpolitik eine Ignoranz von Entwicklungen im Kinder- und Jugendbereich, die Sie mit zu verantworten haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Dabei, meine Damen und Herren, sind Ihre Jugend- und Schulsozialarbeiter nur eine Antwort auf ein Problem, das durch nicht ausreichendes Engagement schon im Kindergartenalter produziert wird.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Was wollen wir? Wir wollen eine kontinuierliche, pädagogisch hochwertige Bildungs- und Erziehungsarbeit vom dritten bis zum sechsten Lebensjahr. Das heißt, bereits im Kindergartenalter sollen Kinder lernen, sich über längere Zeiträume hinweg zu konzentrieren, still zu sitzen, die Fähigkeit entwickeln, mit Schreib- und Malgeräten unterschiedlichster Art sicher umzugehen, Sozialverhalten zu trainieren, in der Gruppe bestehen zu können, ohne Individualität aufzugeben. Die Aufzählung dieser Ansprüche, meine Damen und Herren, ließe sich noch weiter fortsetzen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU
und PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

Ein Bildungs- und Erziehungsauftrag des Kindergartens soll Eltern helfen, ihr Grundrecht auf Erziehung im Interesse der Kinder optimal umzusetzen. Erzieher und Eltern müssen unbedingt enger zusammenarbeiten und dafür brauchen Erzieherinnen Zeit, die ihnen heute nicht vergütet wird, aber eigentlich unmittelbar zu ihrer Tätigkeit gehört. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag des Kindergartens muss den Kindern einen Nachteilsausgleich anbieten, die aufgrund der Situation ihres Elternhauses, ihres soziokulturellen Umfeldes nicht in den vorzugsweisen Genuss elterlicher Erziehung und Zuwendung kommen. Im Kindergarten sollen die Kinder schulfähig gemacht werden, der Kindergarten soll aber nicht die Schule vorwegnehmen.

Und diese Ansprüche müssen natürlich qualitativ hochwertig umgesetzt werden. Das erfordert eine Fort- und Weiterbildung der Erzieherinnen, eine Fach- und Praxisberatung der Erzieherinnen, das bedeutet Zeit für die Umsetzung dieser Ziele in überschaubaren Gruppen. Und nur Ihr Personalausstattungsschlüssel lässt dies zurzeit nicht zu.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich lach mich tot.)

Meine Damen und Herren, optimal umsetzbar sind unsere Vorstellungen von Bildung und Erziehung im Kindergarten,

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

wenn ich den Kindergärten über die gesamte Spanne des Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz diese Möglichkeit einräume

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

und nicht erst im letzten Jahr.

Ach, Frau Gramkow, beruhigen Sie sich doch mal!

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Gehen Sie in die Bütt, dann können Sie das alles sagen.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Es hört doch kein Mensch, so, wie Sie vor sich hin brabbeln.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Damit können wir hier beginnen. Ziel sollte es aber sein, diese Ansprüche, die nicht unbedingt einer gesetzlichen Fixierung bedürfen, umzusetzen. In Ihren Kostenblättern zur Ermittlung der tatsächlichen Kosten sind diese Posten längst aufgeführt. Sie haben die Kostenstelle „Fach- und Praxisberatung“, Sie haben die Kostenstelle „pädagogisches Material“ und Sie haben die Kostenstelle „Personalkosten für die Erziehung“. Sie haben die Möglichkeit zur Gestaltung und kein Träger wird dagegen klagen, wenn diese Posten hinreichend finanziell untersetzt werden, um damit die oben genannten Ansprüche umzusetzen.

In Ihrem Brief vom 08.03.2002, Frau Ministerin Bunge, haben Sie faktisch genau an dieser Stelle Handlungsmöglichkeiten eingestanden, wenn Sie formulieren: „Dieser Personalausstattungsschlüssel steht nicht im Gesetz und wurde während der Beratungen im Kita-Beirat, der aus Vertreterinnen und Vertretern von Trägern, kommunalen Spitzenverbänden und Elternvertretungen besteht, hinterfragt. Seitens des Sozialministeriums wurden Hintergründe erläutert und Alternativen aufgezeigt. Aber letztlich haben wir daran nichts … verändert.“ Warum eigentlich nicht?

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Dieser Absatz zeigt deutlich, dass die CDU in ihrer Argumentation richtig liegt, dass genau an dieser Stelle die Handlungsspielräume zu suchen und zu finden sind, die jetzt schon die Umsetzung von Paragraph 1 Absatz 1 des Kita-Gesetzes absichern würden.

Meine Damen und Herren, entwickeln Sie doch bitte einmal die Kreativität und den Willen, mit einem ziemlich offenen Gesetz umzugehen, Spielräume zu erschließen und im Interesse der Kinder auch auszunutzen. Warum wollen Sie diese Spielräume weiter einengen, indem Sie Qualität spezifischer definieren? An der Stelle, an der Sie Definitionen vornehmen, grenzen Sie andere wieder ein. Jeder wird sich in der Konsequenz auf die Vorgaben eines Detailgesetzes, auf die Detailsteuerung eines Gesetzes zurückziehen und nicht mehr und nicht weniger machen, als in dem Gesetz definiert wurde.

Wie erfinderisch wurden die Schulen in freier Trägerschaft, um die Voraussetzungen für eine bestmögliche Personalkostenförderung zu ermöglichen?! An der Privatschulverordnung kann man deutlich sehen, wie auch politisch gesteuert besondere pädagogische Konzepte ausgebremst werden können, wenn allzu detaillierte Vorgaben gemacht werden. Es obliegt dann der Phantasie des jeweiligen Trägers, diese Vorgaben zu umgehen, um die besonderen Vorstellungen umzusetzen. Die Träger der Einrichtungen wollen den Bildungs- und Erziehungsanspruch einlösen. Es gibt viele pädagogische Konzepte, die heute auch schon viele umsetzen. Aber wir können nicht mehr möglich machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind realistisch genug, um zu sagen, im Bereich des Rechtsanspruches können, müssen wir uns dieser Aufgabe stellen. Wir hätten nichts dagegen, diesen Anspruch schrittweise umzusetzen, beispielsweise beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr.

Meine Damen und Herren, viele Menschen machen uns im Zeichen des Wahlkampfes den Vorwurf, und auch heute Frau Koburger wieder, dass vieles von dem, was vor 1989 existierte, scheinbar blindlings 1990 wieder abgeschafft wurde.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Nicht blindlings.)

Herr Bluhm untersetzte diesen Vorwurf gestern mit den Sportschulen, mit der Sportförderung.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Da ist was dran, aber ich möchte doch vor einer nostalgischen Rückschau warnen, etwa in der Form, in der Frau Keler am 31. Januar 2002 vor dem Schloss einer engagierten katholischen Schwester einer Caritas-Kindertagesstätte gegenüber sinngemäß äußerte, dass die Kindergärtnerinnen zu DDR-Zeiten auch mit 18 Kindern klarkamen und dass dies heute doch wohl auch kein Problem sei.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ähnlich äußert sich Frau Bunge in ihrem Brief vom Frauentag an die Einrichtungen, in dem sie im letzten Absatz die DDR-Kinderbetreuung glorifiziert und die Familienvorstellungen und -traditionen der alten Länder verteufelt. Frau Ministerin, können Sie sich vorstellen, dass Menschen wollen, dass ihre Kinder zu Hause und nicht in einer Kindertageseinrichtung erzogen werden? Wollen wir das den Eltern nicht selbst überlassen? Auch das ist eine Form von Familienpolitik.

Und, Frau Ministerin, warum lebt Ihre Enkelin in den alten Bundesländern, wenn hier alles so schön ist, fast so wie früher? Warum lebt Ihre Familie nicht hier und genießt die Vorteile der Kinderbetreuung?

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich hoffe, Ihre Familie ist bei der Rückholagentur Ihres Ministerkollegen Holter registriert und findet darüber eines Tages den Weg in die Heimat zurück.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zurufe von Heidemarie Beyer, SPD, und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Meine Damen und Herren, 1989/90 wollten sich die Menschen aus der bevormundeten Umklammerung der Erziehungseinrichtungen des Staates befreien, sie wollten keine sozialistische Persönlichkeit mehr sein, sondern Menschen, denen nicht der Lebensweg von der Wiege bis zur Bahre vorgezeigt wurde.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie müssen ja wissen, wovon Sie reden.)

Meine Damen und Herren, ich komme zurück auf die Finanzierung. Ich bleibe der Vergleichbarkeit halber bei der guten alten D-Mark, sonst muss man einige Summen umrechnen und mit anderen wieder vergleichen.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Ich will es Ihnen einfacher machen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ach so! Danke!)

2002 wurden circa 142 Millionen DM für die Landeskosten in diesem Bereich veranschlagt. Ich denke, dass eine Landesregierung, die seit 1998 mehr als 67 Millionen DM für Beraterverträge ausgegeben hat, nicht allen Ernstes behaupten kann, dass für die Jüngsten des Landes, für die Schaffung der Grundlagen ihrer Zukunft kein Geld da ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Nicht die Berater dieser Landesregierung sind unsere Zukunft, meine Damen und Herren, sondern die Kinder dieses Landes. In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schnoor.

Das Wort hat jetzt die Finanzministerin Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Frau Schnoor, ich habe den großen Vorteil, dass meine Kinder hier in Kindertagesstätten der DDR gegangen sind und ich da gute Erfahrungen mit den Erzieherinnen gemacht habe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich finde es nicht gut, wenn jemand, der erst seit 1991 hier im Land ist,

(Zuruf aus dem Plenum:’92!)

oder ‘92, noch ein Tick schlechter,

über diese Einrichtungen und vor allen Dingen über die Mitarbeiterinnen, die in diesen Einrichtungen gearbeitet haben, schlecht redet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ja, ja, ja, ja. Der Unterton war drin.

Und jetzt komme ich gleich zu Ihnen, lieber Herr Albrecht. Was Sie in Ihrem Antrag gesagt haben, da habe ich entnommen, dass Sie erstens null Ahnung zu dem Thema haben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

dass Sie zweitens nur heiße Luft geredet haben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Nils Albrecht, CDU: Ich hab studiert.)

dass keine konkreten Anträge kamen.

Lassen Sie mich doch ein Stück dazu was sagen. Das Kindertagesstättengesetz hier in unserem Land hat immer emotional sehr hohe Wogen geschlagen. Ich weiß, das ist auch in anderen neuen Bundesländern so. Und das Schlimmste, was mir bisher begegnet ist, ist das, was in Brandenburg passiert ist, dass nämlich, als die Landesregierung diese Mittel ein Stück reduziert hat, eine Mutter gesagt hat, wenn ich das gewusst hätte, dann hätte ich mein Kind nicht zur Welt gebracht. Und da muss ich Ihnen sagen, das ist eigentlich eine ganz schlimme Entwicklung, wenn wir bei dem Thema Kinder nur noch vordergründig über das Geld reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich komme aus einem kinderreichen Haushalt. Wir waren sechs Kinder und ich bin ja noch ein Kriegskind. Und ich weiß, was meine Eltern für uns geleistet haben. Und die haben nie übers Geld geredet. Das nur mal so vorweg!

(Nils Albrecht, CDU: Und da, meinen Sie,
kommen unsere Eltern mit aus, mit dem Geld.)

Wer hat denn eigentlich diese unglücksseligen Regelkosten hier ins Spiel gebracht? Das war Frau Schnoor,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Frau Schnoor mit ihrem – für meine Begriffe – damals regelrecht unglücklichen Gesetzesentwurf, der dann in die große Koalition eingegangen ist und leider nicht mehr richtig zu reparieren war. Erinnern wir uns doch daran: 30 Prozent Land, 30 Prozent Eltern und 40 Prozent die Kommunen, Kreis und Gemeinde. Mit dieser Regelung haben wir nämlich eins erreicht: dass, wenn es gesetzesfest sein soll, die Regelkosten so aufgestellt werden müssen, dass wir nicht nur gegenüber den Trägern gerichtsfest sind, sondern auch gegenüber den Eltern. Und das scheint mir bei Ihnen irgendwie ganz wegzufallen. Da sollten Sie sich mal damit beschäftigen, welche Konsequenzen das nämlich hätte, wenn wir auf einmal Regelkosten wesentlich überhöhen würden. Dann könnten nämlich Eltern sagen, wieso, das wird doch meinem Kind gar nicht geboten.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Und jetzt will ich Ihnen mal sagen, wie denn eigentlich unsere Kindertagesstätten in Anspruch genommen werden: 89 Prozent gehen in den Kindergarten, 32 Prozent in die Krippe und 42 Prozent in den Hort. Das ist ein Standortvorteil gegenüber allen alten Bundesländern. So sollten wir mal herangehen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Für die Qualitätssicherung tun wir eine ganze Menge und ich erwarte auch, dass von den Trägern eine ganze Menge getan wird. Und ich habe ja jetzt sowohl mit der Diakonie als auch mit der Caritas ein ausgiebiges Gespräch gehabt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Nils Albrecht, CDU: Sie hätten gern
mit der Frau Bunge gesprochen.)

Das haben sie auch getan.

Herr Albrecht, ich habe nicht nur mit denen hier unten gesprochen, sondern ich habe die Vertreter zu mir ins Haus eingeladen. Also, ich gehe diesen Dingen nicht aus dem Weg.

Und jetzt, wenn Sie sagen wollen, der Rotstift ist angesetzt worden – worüber reden wir hier eigentlich? Wir haben an Veränderungen in der Krippe minus 1 Euro pro Monat, im Kindergarten minus 0,17 Euro und im Hort plus 2,85 Euro.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Und jetzt will ich Ihnen noch sagen: Im Kindergarten haben wir einen so günstigen Relationsschlüssel zwischen 18 Kindern und 1,5 Erziehern. Dann, glaube ich, ist es auch möglich, tatsächlich Bildungspolitik zu machen.

(Zurufe von Nils Albrecht, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Und lassen Sie mich noch eins sagen: Wir haben ja gleich den nächsten Tagesordnungspunkt und da kommen Sie ja und sagen, bitte schön, wir wollen in den konsumtiven Ausgaben zurückgehen, weil wir in den investiven Ausgaben nach oben gehen wollen.

(Harry Glawe, CDU: Da machen
Sie das bei den Kitas ja auch nicht.)

Ich höre ja sehr aufmerksam zu: beim Sport nicht, bei den Kindertagesstätten nicht,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

bei den kommunalen Finanzen nicht und überall wollen Sie noch was oben drauflegen. Aber gleichzeitig wollen Sie die konsumtiven Ausgaben senken.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Also Ihre komischen Reaktionen, die müssen Sie schon mal den Leuten erklären.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Nur noch fürs Protokoll: 1998 haben wir 66,1 Millionen Euro ausgegeben und im Jahr 2002 werden wir aller Voraussicht nach 72,5 Millionen Euro ausgeben,

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

weil die Fallzahlen gestiegen sind. Wir geben also …

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Gott sei Dank! Aber wir haben eine sehr hohe Auslastung.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Und gehen Sie doch mal und gucken Sie sich in Schleswig-Holstein an, was da die Eltern bekommen!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Und hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, sage ich,

(Glocke der Vizepräsidentin –
Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

mit diesem Geld ist eine durchschnittliche Auskömmlichkeit gesichert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Bluhm von der Fraktion der PDS.

Andreas Bluhm, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich zu Beginn meiner Rede schon meine Verwunderung über den Prozess der Läuterung der Opposition in diesem Hause zum Ausdruck bringe.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nun, es ist ja, wie wir alle wissen, die Aufgabe der Opposition, mit eigenen Vorschlägen und Konzepten einen Gegenpol zur Regierung zu bilden. Und wie beim Schulgesetz oder gestern beim Sportfördergesetz ist es dann aber doch schon erstaunlich, welchen Spagat Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, in dieser Legislaturperiode im Hinblick auf das, was bis 1998 von Ihnen in diesem Lande veranstaltet wurde, hier an den Tag legen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich kann immer nur wieder betonen, …

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ach, Herr Riemann, warten Sie mal! Ich komme gleich zu Ihnen.

Ich kann immer nur wieder betonen, dieser vorgebliche Sinneswandel, der hat schon erhebliche Züge von Bewusstseinsspaltung und punktueller Amnesie.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich kann mich – und das ist der Vorteil für jemanden, der von Anfang an in diesem Landtag war – sehr wohl an Diskussionen in diesem Hohen Hause erinnern über die Notwendigkeit überhaupt eines Bildungs- und Erziehungsauftrages in den Kindertagesstätten und an den Schulen. Und in Vorbereitung auf die heutige Beratung habe ich mir das Protokoll der 69. Sitzung vom 10. Februar 1993 rausgesucht.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ja, jawohl.

Daraus würde ich gerne mal zitieren, und zwar meine sehr verehrte Kollegin Frau Beyer. Da heißt es nämlich: „Ich bin deshalb froh, daß auf unsere Initiative hin in der Ausschußsitzung zum vorliegenden Gesetzentwurf beschlossen worden ist, zum Thema ‚Rechtsanspruch' eine gesonderte Beratung im Ausschuß unter Teilnahme der Bundesjugendministerin einzuberaumen. Vor allem hoffe ich für die CDU-Fraktion, daß sie nach der bald stattfindenden Beratung in der Öffentlichkeit nicht mehr ‚hü' sagt … und den Rechtsanspruch ablehnt, während die Bundesministerin Frau Dr. Merkel ‚hot' sagt und den Rechtsanspruch befürwortet. Sie sollten nicht auch noch in diesem Punkt die Zerrissenheit der Union vorführen." Jawohl, meine Damen und Herren, so war das damals. Sie wollten ja noch nicht mal einen Rechtsanspruch.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und im Zusammenhang mit der Diskussion um das Schulreformgesetz waren Sie der Meinung – und allen voran Ihr Ministerpräsident Herr Seite –, dass eine Frage von Erziehungs- und Bildungsauftrag überhaupt nicht nötig sei. Das sei alleinige Aufgabe der Eltern, das sei nicht mal eine Aufgabe für Erzieherinnen und Erzieher. Ihr Fazit war, alle Verantwortung für diese Fragen zurück zu den Eltern. Das war Ihre damalige Grundposition. Und deswegen wurden Schritt für Schritt Kindertagesstätten immer mehr zu reinen Spieloasen ohne Bildungs- und Erziehungsauftrag.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Die Schulhorte wurden an die Kommunen abgegeben und damit praktisch aus ihrer pädagogischen Bindefunktion zur Schule entlassen. Und viel Berufsethos der Erzieherinnen und Erzieher, der Pädagoginnen und Pädagogen war Grundlage für das, was in vielen Fragen seitdem trotzdem geleistet wurde, und das ist nicht hoch genug zu würdigen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Ich sage es sehr deutlich und nachdrücklich, ich bin ziemlich wütend – und das merkt man ja vielleicht auch –,

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

denn seit den Ergebnissen der PISA-Studie vollzieht sich bei der CDU ein Sinneswandel, ein äußerer, dessen Geschwindigkeit schon dem Überschallflugzeug zu Ehren gereichen würde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Natürlich ärgert mich das, weil Sie so tun, als hätten Sie hier nie Verantwortung gehabt und nie Entscheidungen getroffen, die langfristige Auswirkungen gehabt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Sie verwandeln sich vom Saulus zum Paulus und haben damit offensichtlich nicht mal ein Problem, denn jetzt fehlt nur noch, dass Sie behaupten, der Flammenwerfer von Herrn Seite wäre eigentlich eine Puffreismaschine gewesen. Also so nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Sie sind von mir solche Worte und Bilder nicht gewöhnt, aber einmal ist die Schmerzgrenze erreicht.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

So viel Verleugnungsverantwortung kann ich nicht ertragen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, die vorschulische Bildung und Erziehung, und das wissen wir doch nicht erst seit PISA, ist gerade für unsere Kinder ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung. Diese unterstützt die Vorbereitung auf die Schule durch spielerisch vermittelte Fähigkeiten und Fertigkeiten.

Ich möchte mich deshalb nur eines Aspekts annehmen, der leider viel zu oft ein Schattendasein fristet, nämlich das Erkennen und Fördern von Begabungen im vorschulischen Bereich. Die pädagogische Wissenschaft hat dafür ein schönes Bild geprägt, nämlich das „Fenster der Gelegenheit“. Wissenschaftlich unstrittig ist der Fakt, dass grundlegende längerfristige Lernhaltungen für das ganze weitere Leben im Alter von drei bis sieben Jahren gelegt werden. Und wissenschaftlich erwiesen ist auch, dass dieses „Fenster der Gelegenheit“ wirklich nur vom dritten Lebensjahr bis etwa zur zweiten Klasse offen ist.

(Harry Glawe, CDU: Guck an!)

Es ist also sehr klein. In dieser Zeit können Begabungen besonders gut entwickelt und gefördert werden. Und das gilt nicht nur für den geistigen, sondern auch für den motorischen Bereich. Deswegen ist nicht nur die Förderung von Fähigkeiten, sondern auch von Fertigkeiten im Elementarbereich so wichtig und darum spielt auch die sportlich spielerische Betätigung eine große Rolle. Hinzu kommt, dass für die kleinen Kinder die Entdeckung ihrer Umwelt motorisch beginnt, erst danach entwickelt sich die Sprache. Deswegen haben die vorschulischen Einrichtungen eine so hohe Verantwortung für Chancengleichheit, für Begabten- und auch Benachteiligtenförderung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das erfordert selbstverständlich gut ausgebildetes Personal in den vorschulischen Einrichtungen, pädagogische Konzepte, abgestimmte Fördermöglichkeiten bis hin zu besonderen Einrichtungen für Benachteiligte und Begabte, Regelungen für die Schnittstelle Vorschule/Schule, um das Begonnene weiterzuführen. Und, meine Damen und Herren, es braucht auch Geld.

Und natürlich, der Bildungs- und Erziehungsauftrag ist im Kita-Gesetz auszugestalten. Aber eine gesetzliche Deklaration reicht nicht aus. Darum ist es eben notwendig, und da bin ich ja mit Ihnen vom Grundsatz her einer Meinung, wir müssen in der Bildungs- und Erziehungsfrage im vorschulischen Bereich natürlich über die ausreichenden Reglementarien, über die ausreichende Finanzierung, über die entsprechende Ausgestaltung der Rahmenbedingungen rechtlich wie organisatorisch gemeinsam mit den Trägern reden.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Wir müssen natürlich – und das ist ja eine Diskussion, die im Moment stattfindet – die Frage der Öffnungszeiten, wir müssen die Frage der Regelkosten – und das ist ja wohl im Anhörungsverfahren – die entsprechenden Umsetzungen finden, die dem Bildungs- und Erziehungsauftrag gerecht werden. Das befindet sich natürlich im Prozess der Anhörungen.

(Harry Glawe, CDU: Was? Davon
habe ich noch nichts gehört.)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, ohne Ihnen da zu nahe zu treten, das ist angesichts der Gesamtsituation im Haushalt nicht ganz einfach. Und nun müssen Sie denn auch schon mal sagen, welche Prioritäten Sie setzen, aus Ihrer Sicht.

(Harry Glawe, CDU: Das ist kein
Problem. Das können wir Ihnen sagen.)

Es ist natürlich – und auch da habe ich Erfahrungen, denn ich vergesse ja nicht, was vor 1998 war – aus der Sicht einer Opposition einfacher, denn da kann man natürlich das eine oder andere viel einfacher fordern und formulieren.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber natürlich ist es auch die Verantwortung von Opposition, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Allerdings ist Ihr heutiger Antrag, so, wie er da vorliegt, dazu überhaupt nicht geeignet,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

überhaupt nicht geeignet, die entsprechenden Fragen mittel- und längerfristig zu lösen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Also, Herr Glawe,

(Harry Glawe, CDU: So ist es doch.)

ein Scheitern an einer Finanzministerin gibt es in dieser Koalition nicht,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

in dieser Koalition wie auch in Ihrer Koalition damals.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Harry Glawe, CDU:
Das glaubt Ihnen nicht mal Frau Bunge.)

Also Sie müssen ja ganz schlimme Erfahrungen mit Frau Keler gemacht haben bei Ihrer gemeinsamen Regierung.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich kann Ihnen nur sagen, in dieser Koalition wird vernünftig über die Sachfragen gestritten, über die Lösungsmöglichkeiten angesichts der Finanzsituation in diesem Haushalt.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ihr Antrag hilft dabei nicht und wird daher von uns abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Bluhm.

Die Geschäftsordnung regelt im Paragraphen 85 die Redezeiten neu bei Überschreiten der angemeldeten Redezeit durch die Landesregierung, so dass die CDU-Fraktion noch fünf Minuten Redezeit hat.

Ich gebe das Wort Herrn Albrecht.

Nils Albrecht, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es war eine traurige Debatte, die von Seiten der Regierungskoalition geführt worden ist. Flotte Sprüche, Sie haben tief in der Vergangenheit gerührt,

(Heidemarie Beyer, SPD: Ja, weil Sie uns das eingebrockt haben.)

Zitate aus 1993 hier vorgetragen. Auf die CDU-Fraktion sind Sie wütend, weil wir vielleicht auch tatsächlich von unseren ehemals formulierten Vorstellungen etwas abrücken.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heinz Müller, SPD: Aha! Aha! – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Meine Damen und Herren, wenn Sie das wütend macht, dass wir uns den aktuellen Themen widmen, Herr Bluhm, dann macht das der CDU-Fraktion alle Ehre, das kann ich Ihnen nur sagen.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Und Ihre Aufregung zeigt, dass wir dort genau auf dem richtigen Weg sind, die Dinge auf den aktuellen Punkt zu bringen.

Die Finanzministerin trägt Zahlen vor, aus denen deutlich wird, dass die Finanzmittel gestiegen sind, und verschweigt dabei das, was sie eigentlich dazu sagen müsste, nämlich dass die Fallzahlen, das heißt die Inanspruchnahme …

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Ja, nachdem wir Sie dazu aufgefordert haben.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir reden hier über die …

Es wird nicht dadurch wahrheitsvoller, wenn Sie lauter krakeelen.

Wir haben hier einen Antrag zur Qualitätssicherung gestellt und da ist der Hinweis auf die erhöhten finanziellen Mittel völlig unangebracht, denn der hat damit überhaupt nichts zu tun. Sie haben lediglich die erhöhten Fallzahlen bedient und nichts Zusätzliches investiert.

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Ja, stellen Sie sich mal vor, Sie hätten das nicht gemacht und hätten das gedeckelt.

Nein, das war eine traurige Debatte, meine Damen und Herren,

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

und natürlich ist die Situation anders, als wir uns das vielleicht auch als CDU gewünscht haben. Natürlich sind die Spielplätze heute in den Wohnvierteln oft leer. Wo findet denn da der Sozialisierungsprozess statt? Natürlich müssen wir akzeptieren, dass weniger Kinder geboren werden, was wir uns als CDU anders gewünscht hätten. Und natürlich haben die Eltern und vor allem die Frauen nach wie vor den Wunsch, angesichts dieser katastrophalen Wirtschaft in dem Lande arbeiten zu gehen, damit beide ein auskömmliches Einkommen haben.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

Natürlich ist das so! Und Sie sind wütend, dass wir darauf eingehen und sagen, wir müssen die Qualität in den Betreuungseinrichtungen verbessern.

Nein, die Situation ist wirklich überhaupt nicht dazu geeignet, um hier zu polemisieren. Die Fertigkeiten von Kindern wurden angesprochen. Kaum jemand wird bestreiten, dass es viele, viele Kinder gibt, die mittlerweile selbst nach Verlassen der Kindertagesstätten keinen Stift halten können, zwei- bis dreijährige Kinder sitzen teilweise vier und fünf Stunden vor dem Fernsehgerät.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Meine Damen und Herren, und dann sagt die Finanzministerin, die Qualitätsansprüche entsprechen dem Durchschnitt. Wissen Sie, das ist genau Ihr Problem. Das Problem dieser Landesregierung ist, dass sie sich am Durchschnitt orientiert. Am Durchschnitt! Und wer sich am Durchschnitt orientiert, der läuft ganz große Gefahr, bald unter Durchschnitt zu sein und bald überhaupt nichts mehr zu sagen zu haben. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Albrecht.

Das Wort hat noch mal die Vorsitzende der Fraktion der PDS Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin!

Ja, Herr Albrecht, die Situation hat es nicht verdient, dass wir auf der Grundlage eines Antrages, der nicht akzeptabel ist für die Situation im Bereich der Kindertagesstätten, so miteinander über dieses Problem reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir haben nach wie vor eine qualitativ hervorragende Arbeit in den Kindertagesstätten, die ergänzt wird durch ein großes ehrenamtliches Engagement der Eltern, die sich für diesen Bereich einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und wir haben eine Regelkostenverordnung, die gesetzlich einen Durchschnitt vorschreibt. Dieser Durch-

schnitt ist unser gemeinsames Problem in diesem Land. Er führt dazu, dass Träger, die sich genau an die Vorgaben halten, die nach Tarif zahlen, den Erzieher-Kind-Schlüssel einhalten, jetzt in einer Situation, wo der Durchschnitt gebildet wird, Erzieherinnen entlassen müssen und den Eltern sagen müssen, die Öffnungszeiten müssen runter. Das ist unser Problem.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Und das wollen wir ändern.)

Und dieses haben wir zu lösen, und zwar nicht in drei Wochen, sondern morgen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Gramkow.

Das Wort erhält noch mal Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Worum geht es eigentlich bei den Fragen, die wir zurzeit diskutieren. Es gibt eine Betriebskosten- und Regelkostenverordnung im Land, die nicht auskömmlich ist, die die Wohlfahrtsverbände, die Träger von Einrichtungen sind, und Kommunen in die Bredouille bringen. Das ist eine entscheidende Botschaft. Das wissen Sie ganz genau.

Was passiert? Alle Träger können in der Regel nicht mehr nach Tarif zahlen, sie machen Haustarife und sie müssen durch die Verordnungen Öffnungszeiten vorhalten, die nicht mehr den Bedingungen entsprechen, um pädagogische Anteile gerade in der Kinderbetreuung zu sichern. Das ist die entscheidende Botschaft.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und was passiert in der Regel? Manche Kinder haben am Tag fünf verschiedene Ansprechpartner, also fünf verschiedene Tanten. Die kennen die gar nicht mehr. Das ist das Problem, was hier aufläuft.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Das zweite Problem: Das Land zieht sich komplett aus den Investitionen zurück. Wir haben einen Investitionsstau von 100 Millionen im Land. Und Sie tun hier so, als wenn Sie jeden Tag was für Kitas im Land getan haben. Das ist doch überhaupt nicht die Wahrheit! Die entscheidenden Dinge, die noch gelaufen sind, sind teilweise durch Kommunen gelaufen oder sie sind durch größere Investitionen der Wohlfahrtsverbände sichergestellt worden. Sie lassen letzten Endes die Kinder im Land im Stich und tun hier so, als wenn Sie sich jeden Tag für die Kinder und die Eltern einsetzen. Das kann ja wohl nicht angehen!

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Meine Damen und Herren! Noch ein Wort zu Frau Koburger: Nehmen Sie Frau Koburger doch mal ernst! Die Regelkostensätze sind gestückelt, also sind 30/30/40, das heißt 30 Prozent Landesanteil, 30 Prozent Elternanteil, 40 Prozent kommunaler Anteil. Das ist gesichert. Aber was machen sie letzten Endes? Die Träger, die Probleme haben, also die Wohlfahrtsverbände, was machen die, wenn die Defizite haben? Entweder sie entlassen oder sie wenden sich an die zuständige Kommune und wollen Ausgleichszahlungen haben. Also sie verlagern die Probleme, die das Land macht, wieder komplett auf die Kommunen und auf die Gemeinden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Diese können sich letzten Endes nicht entziehen.

Das, was noch einigermaßen funktioniert, sind integrative Einrichtungen. Bei integrativen Einrichtungen ist auch noch der örtliche Träger der Sozialhilfe mit dabei, sprich der Landkreis, der dann noch bis zu 55 DM pro Platz dazuzahlt, das heißt, dort sind die Schlüssel besser. Bei normalen Kitas im Bereich der Regelkosten ist die Unterfinanzierung sicher. Alle wissen das. Es ist auch allgemein bei allen Anhörungen bekannt geworden.

Und wenn ich hier die beiden Ministerinnen höre, die das permanent ignorieren, selbst Herr Bluhm ignoriert es und die SPD erstaunlicherweise ja auch, dann frage ich mich, wo kommen wir in diesem Land noch hin, wenn wir so weitermachen, weiterhin die Augen verschließen und bei den Kitas nicht dafür sorgen, dass eine vernünftige Finanzausstattung für unsere Kinder bereitgestellt wird.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Das ist die Wahrheit und Sie müssen sie endlich mal zur Kenntnis nehmen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Leider ist hier nun wieder die rote Lampe, die mich davon abhält weiterzureden, meine Damen und Herren.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich kann Sie nur auffordern, sich diesen Problemen im Land Mecklenburg-Vorpommern zu stellen im Interesse der Kinder und der Eltern. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Glawe.

Ich schließe jetzt die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2731. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2731 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Gesamtstaatliches Defizit abbauen – Schuldzuweisungen beenden, Drucksache 3/2732.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Gesamtstaatliches Defizit abbauen –
Schuldzuweisungen beenden
– Drucksache 3/2732 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Nolte von der Fraktion der CDU.

Georg Nolte, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss zu Beginn wohl niemanden der hier Anwesenden darauf hin-

weisen, wie sich die finanzielle Situation des Landes grundsätzlich darstellt. Die Lage ist bekannt und sie ist ernst. Und auch die Frau Finanzministerin wird mir Recht geben, wenn ich sage, dass Mecklenburg-Vorpommern über keinen Cent zu viel verfügt. Richtig ist auch, dass unser Land in 2001 ein Defizit von minus 1,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aufwies. Ich bekräftige in diesem Zusammenhang meine Auffassung, dass dieser Wert leider durch das Sparen an der falschen Stelle, nämlich bei den öffentlichen Investitionsausgaben, erreicht wurde und somit unter wirtschafts- und strukturpolitischen Aspekten sehr problematisch ist. Umso ärgerlicher ist es dann allerdings, wenn die rot-grüne Bundesregierung und hier insbesondere der Bundesfinanzminister zunehmend die Länder und Kommunen in ein haushaltspolitisches Zwangskorsett stecken will, das er selbst nicht zu tragen bereit ist.

Meine Damen und Herren! Es war schon mehr als peinlich, wie Herr Eichel mit allen nur denkbaren schmutzigen Methoden den Blauen Brief aus Brüssel verhindert hat.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Hätte er ihn doch nur akzeptiert, dann müssten wir die heutige Debatte in dieser Form nicht führen und hätten Spielräume zur Haushaltssanierung bis mindestens 2006. Stattdessen gab er die unverantwortliche Zusage, bis 2004 eine gesamtstaatlich nahezu ausgeglichene Haushaltssituation zu erreichen. Das erfordert, dass mit Beginn des erhofften, aber noch nicht sicheren Aufschwungs zusätzliche Sparanstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen unternommen werden müssen. Auch hier weise ich noch einmal darauf hin: Die Gefahr besteht, dass bei diesem falschen Sparansatz der nächste Aufschwung abgewürgt wird, noch bevor er überhaupt richtig in Gang gekommen ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. –
Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Deswegen, genau deswegen fordere ich die Landesregierung nachdrücklich auf, keinen Euro zusätzlich zu den Plangrößen in der Mittelfristigen Finanzplanung bei den Investitionen einzusparen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Und ich denke, das muss Ziel auch der Finanzministerin sein. Sie hat das vorhin mit zwei Worten so auch gekennzeichnet.

Und, meine Damen und Herren, das Motto „Haltet den Dieb!“ der Bundesregierung, vor allem an die Bundesländer gerichtet, kann nur noch als unehrlich bezeichnet werden. Man wird in diesem Zusammenhang ja noch einmal auf einige Tatsachen hinweisen dürfen. Die EU-Kommission hat Deutschland in der Vergangenheit immer wieder aufgefordert, seine falsche Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik zu korrigieren. Ebenso wurden einschneidende Änderungen im Bereich des Gesundheitssystems angemahnt. Passiert ist entweder gar nichts oder es wurde noch verschlimmbessert. Fakt ist auch, dass es schon sehr plump ist, immer wieder die Weltkonjunktur für die heimische Misere in Deutschland verantwortlich zu machen.

(Angelika Gramkow, PDS: Eine
bestimmte Ursache hat sie aber, oder?)

Sie können doch, Frau Gramkow, nicht allen Ernstes mit konjunkturellen Aspekten begründen, warum Deutschland das einzige Land in der EU darstellt, in welchem das gesamtstaatliche Defizit seit 1998 gestiegen ist,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

nämlich von 2,2 auf 2,7 Prozent.

(Angelika Gramkow, PDS: Nein,
Portugal hat einen Blauen Brief gekriegt!)

Und alle anderen Länder haben ihre Verschuldung gesenkt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. –
Angelika Gramkow, PDS: Nein.)

Sind diese denn etwa nicht von der Weltkonjunktur betroffen?

Und noch dümmer ist das Argument des 11. September, denn die Konjunktureinbrüche und die Stagnation begannen weit vor dem.

(Unruhe bei Dr. Ulrich Born, CDU,
und Angelika Gramkow, PDS)

Und da Herr Eichel wohl selbst an sein Märchen nicht mehr glaubt, hat er jetzt einen neuen Sündenbock gefunden, nämlich die Bundesländer. Sie seien nun also für die Verdoppelung des Staatsdefizites von 26,9 Milliarden Euro in 2000 auf 56,3 Milliarden Euro in 2001 verantwortlich. Meine Damen und Herren, das ist peinlich, das ist völlig sachfremd. Ich frage mich dann schon: Wer hat eigentlich in Deutschland die gesamtwirtschaftliche Verantwortung für Wachstum und Arbeitsplätze, wenn nicht die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien? Wer hat denn eine Steuerreform zugunsten der Kapitalgesellschaften zu verantworten mit der Folge, dass binnen eines Jahres aus 23,6 Milliarden Euro Körperschaftssteuereinnahmen ein Minus von 0,4 Milliarden Euro geworden ist? Und, Herr Minister und Frau Finanzministerin, Sie haben dieser Reform zugestimmt, Sie verteidigen dieses Gesetz noch heute, bar jeder Einsichtsfähigkeit und steuerpolitischen Vernunft. Und wer hat denn eigentlich zu verantworten, dass die Gewerbesteuerumlage um zehn Punkte angehoben wurde, so dass die Kommunen, auf die der Hauptanteil der örtlichen Investitionen entfällt, weitere Kürzungen vornehmen müssen, sofern es überhaupt noch geht? Und auch dieses wurde von Rot-Rot in Schwerin aktiv unterstützt und widerstandslos mitgetragen, Frau Gramkow. Sich hiernach als kommunalfreundlich hinzustellen ist dann so glaubwürdig, als wenn ein jugendlicher Brandstifter als Berufswunsch Feuerwehrmann angibt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Andreas Bluhm, PDS: Alle sind entwicklungsfähig, selbst die CDU, Herr Nolte. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und dies sage ich noch mal deutlich.

Und wer hat sich die 100 Milliarden DM aus den UMTS-Lizenzen mir nichts, dir nichts unter den Nagel gerissen, wenn nicht Herr Eichel?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Und wer hat kritiklos hingenommen, dass die Länder und Gemeinden über die Abschreibungen der Telekom-Unternehmen an neuen Steuerausfällen beteiligt werden? Das waren doch Dr. Ringstorff und Frau Keler. Und wer hat eigentlich den Kraftstoffpreis durch die Ökosteuer um 28 Pfennig verteuert und im Gegenzug die Länder und Gemeinden durch die Gewährung einer höheren Entfer-

nungspauschale zur Ader gelassen? Kosten für unser Land: 10 Millionen DM pro Jahr. Kosten für unsere Kommunen: 1 Million DM pro Jahr. Auch dies hat unsere Landesregierung mitgemacht. Und wer hat eigentlich die Freistellung der Post von der Umsatzsteuer beschlossen? Durch ihre Privatisierung, die von der SPD übrigens früher heftig bekämpft wurde, können auf Bundesebene Erlöse kassiert werden, während den Ländern und Gemeinden Umsatzsteueranteile entgehen. Und hat nicht die Bundesregierung seit 1999 insgesamt 165 Milliarden DM an Privatisierungserlösen inklusive UMTS eingenommen, obwohl Privatisierung früher bei Ihnen als neoliberales Teufelszeug verschrien wurde? Aber wenn es Geld einbringt, dann können Sie auf einmal sehr pragmatisch werden.

Und, meine Damen und Herren, kein seriöser Mensch glaubt doch allen Ernstes daran, dass Eichels Zusage in Brüssel tatsächlich auch erreichbar ist. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat errechnet, dass erst ab einer realen Wachstumsrate des BIP von über drei Prozent die Chance bestünde, ein ausgeglichenes Budget in 2004 zu realisieren.

(Rudolf Borchert, SPD: Nahezu ausgeglichen, Herr Nolte, nahezu! Das haben Sie eben vergessen zu sagen.)

Jeder hier weiß doch, dass dieses …

Natürlich nahezu ausgeglichen. Aber die drei Prozent sind doch überhaupt nicht gesichert, das wissen Sie auch.

Jeder hier weiß doch, dass dieses nach dem jetzigen Erkenntnisstand völlig weltfremd und utopisch ist. Jeder kann sich auch vorstellen, dass die Maisteuerschätzung weiteres Ungemach an den Tag bringen wird. Es dauert nicht mehr lange, bis wir das hier feststellen müssen. Es ist doch durchaus denkbar, dass durch eine fortgesetzte Wachstumsschwäche und Stagnation auf dem Arbeitsmarkt weitere Steuerausfälle in zweistelliger Milliardenhöhe zu erwarten sind. Und angesichts dessen soll es möglich sein, das gesamtwirtschaftliche Defizit in zwei Jahren um 50 Milliarden Euro zu verringern? Diese Frage liegt doch nahe. Um einen Vergleich heranzuziehen und die Größenordnung zu verdeutlichen: Im Jahre 2000 wuchs das Bruttoinlandsprodukt um drei Prozent, das Defizit wurde aber nur um knapp 4 Milliarden Euro reduziert. Das, Herr Borchert, sind doch Tatsachen.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, ist es völlig klar, dass der beschlossene Landeshaushalt für 2003 schon heute Makulatur ist, wenn Sie Herrn Eichel folgen wollen. Sie werden schlimmstenfalls eine Streichorgie sondergleichen erleben, die wir uns in ihrem Ausmaß noch überhaupt nicht vorstellen können, es sei denn, der Bund plant für die nächsten Jahre massive Steuererhöhungen. Und deswegen, Frau Keler, erwarte ich von Ihnen heute Folgendes: Sagen Sie den Menschen vor der Wahl, was auf sie zukommen wird!

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Ich gestehe Ihnen zu, dass man dazu die Steuerschätzung im Mai abwarten muss. Aber dann müssen Sie die Katze aus dem Sack lassen. Dann dürfen Sie sich nicht mehr hinter irgendwelchen Konsultationen im Finanzplanungsrat verstecken. Dann wollen wir von Ihnen wissen: Was kommt auf Mecklenburg-Vorpommern im Einzelnen zu? Wann ist mit einem Nachtragshaushalt zu rechnen? Welche Folgerungen ergeben sich für die Mittelfristige Finanzplanung? Sind Sie bereit, die öffentlichen Investitionen unangetastet zu lassen? Wie wollen Sie mit der Entwicklung der Personalausgaben umgehen? Und unter anderem, wie viel Beratungsleistung braucht unser Land tatsächlich? Welche Steuererhöhungen haben wir gegebenenfalls zu erwarten und was bedeutet dies insgesamt überhaupt für den gesamten Aufbau Ost? Ich möchte schon hier ankündigen, dass wir von Ihnen erwarten, dass dem Finanzausschuss des Landtages die Protokolle der nächsten Sitzung des Finanzplanungsrates unverzüglich zur Verfügung gestellt werden. Mauscheleien am Parlament vorbei, dazu ist meine Fraktion jedenfalls nicht bereit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Ich denke, das ist ein unberechtigter Vorwurf, dem Finanzministerium Mauschelei vorzuwerfen.)

Ich habe hier eine Forderung gestellt, ich habe hier keine Unterstellung gemacht.

Verstecken Sie sich nicht hinter der Bundes- und Landtagswahl! Vorher muss die Wahrheit ans Licht. Weisen Sie die Anklagen des Herrn Eichel gegenüber den Ländern hier und heute zurück! Zeigen Sie Rückgrat, dass man so mit den Ländern nicht umspringen kann und darf! Lassen Sie es nicht zu, dass der Bundesfinanzminister in Brüssel Versprechungen macht, die Dritte dann einlösen, sprich bezahlen müssen! Tragen Sie mit der Zustimmung zu unserem Antrag dazu bei, dass das Schwarzer-Peter-Spiel der Bundesregierung beendet wird! Signalisieren wir als Parlament insgesamt, dass wir bereit sind, mit den Finanzen verantwortungsvoll umzugehen, aber nicht gewillt sind, uns kaputtsparen zu lassen! Dazu fordere ich Sie und uns gemeinsam auf. – Vielen Dank.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Nolte.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Finanzministerin Frau Keler. Bitte, Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Nolte, bevor ich das vergesse, vorweg: Die Finanzplanungsratdokumente sind immer öffentlich, die können Sie sich jederzeit abrufen, aber ich bringe Sie Ihnen auch gern aus Berlin mit. Das ist überhaupt kein Problem.

„Gesamtstaatliches Defizit abbauen – Schuldzuweisungen beenden“, so lautet die Überschrift über dem CDU-Antrag, den wir heute hier behandeln. Es sollte Sie eigentlich nicht überraschen, meine Damen und Herren von der CDU, mit beiden Teilen dieses Mottos kann ich sehr gut leben. Der Defizitabbau für den Haushalt unseres Landes stand von Anfang an im Zentrum meines politischen Handelns. Dabei haben wir in den letzten sechs Jahren gute Fortschritte gemacht. Im Jahr 2001 betrug die Nettokreditaufnahme mit 331,6 Millionen Euro nur noch knapp ein Drittel dessen, was wir im Jahre 1996 mit 1.045 Millionen Euro verkraften mussten. Und diesen Kurs werden wir fortsetzen, und zwar nicht deshalb, weil uns irgendjemand dazu

auffordert hat oder weil wir dafür einen Stabilitätspakt brauchen. Treibendes Motiv für den Abbau von Defizit und Nettokreditaufnahme ist vielmehr die Reduzierung der Zinslasten und damit die nötige Vorsorge für die Zukunft unserer Kinder.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Auch der zweite Teil des Mottos, „Schuldzuweisungen beenden“, geht in Ordnung. Schuldzuweisungen bringen uns nicht voran. Wichtig ist vielmehr aktives Handeln. Mich wundert nur, dass diese Auffassung gerade von Ihnen vertreten wird, meine Damen und Herren von der CDU, denn abgesehen von Schuldzuweisungen haben Sie in dieser Legislaturperiode noch nicht viel zu bieten gehabt. Die Überschrift Ihres Antrages kann ich also unterstützen, aber außer der Überschrift ist in Ihrem Antrag so gut wie gar nichts richtig. Exemplarisch will ich hier nur Folgendes erwähnen: Die Behauptung, die Steuerreform begünstige einseitig Kapitalgesellschaften, ist falsch.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Warum? –
Georg Nolte, CDU: Ach, lesen Sie
doch mal die „WirtschaftsWoche“!)

Ich glaube, da haben viele von Ihnen immer so im Auge und im Gesichtsfeld, Kapitalgesellschaften, das sind nur große Nebenaktiengesellschaften. Es gehören auch GmbHs dazu und die sind in Mecklenburg-Vorpommern häufig kleine und mittlere Unternehmen. Sie gehören genauso zu den Gewinnern der Steuerreform wie die Personengesellschaften, denn die Einkommenssteuersätze, die für diese Unternehmen gelten,

(Georg Nolte, CDU: Die „Wirtschafts-
Woche“ hat das genau beschrieben.)

sind schon im Jahr 2001 abgeschmolzen und werden bis 2005 noch deutlich abgeschmolzen werden. Das Volumen der Steuerrechtsänderung steigt allein für den Mittelstand bis 2005 auf jährlich 11,8 Milliarden Euro an.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Die privaten Haushalte werden durch die Anhebung des Grundfreibetrages und der Tarifänderung um 16,4 Milliarden Euro, die Großunternehmen dagegen nur um 3,6 Milliarden Euro entlastet.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Diese positive Wirkung der Steuerreform auf den Mittelstand war einer der wesentlichen Gründe für die Landesregierung, der Steuerreform im Bundesrat zuzustimmen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das sieht der
Mittelstand aber ganz anders, Frau Keler.)

Eine weitere Wahrheit der Steuerreform, nämlich die vollständige Entlastung der Personenunternehmen von der Gewerbesteuer, verdrängen Sie offenbar völlig.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Dazu kommen wir noch.)

Aus meiner Sicht …

Der Personengesellschaften, Herr Riemann, ich glaube, jetzt verwechseln Sie wieder was.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aus meiner Sicht sind das Rahmenbedingungen, die für unsere heimische Wirtschaft notwendig, aber insgesamt auch komfortabel sind. Vor diesen Realitäten verschließen Sie nach wie vor die Augen, wohl nicht zuletzt, um nach wie vor die Mär von der Benachteiligung des Mittelstandes unters Volk zu bringen, wie es Ihr frisch angeheuerter wirtschaftspolitischer Sprecher Matthias Stinnes erst kürzlich wieder versucht hat.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Die Ausfälle bei der Körperschaftssteuer und teilweise bei der Gewerbesteuer haben dagegen vielfältige Ursachen. Ich will sie jetzt mal nennen:

1. Ausfälle von etwa 8 Milliarden Euro resultieren aus der Tarifabsenkung für Gewinne, in der Regel von 40 Prozent auf einheitlich 25 Prozent. Damit haben wir eine Angleichung an das internationale Niveau vorgenommen, mit der die Attraktivität für künftige Investitionen deutlich verbessert wird. Das war gewollt.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

2. Gewollt war auch, wenn auch nicht so schnell, dass bei der Ausschüttung von bereits versteuerten Gewinnen die Körperschaftssteuer zurückgeholt werden kann. Der Gesetzgeber hat dafür eine Frist von 15 Jahren vorgesehen. Dass bereits im ersten Jahr ein überaus großer Teil dieser Gewinne ausgeschüttet wurde, war nicht zu erwarten. Das Verhalten der Steuerpflichtigen lässt sich eben nicht bis ins Letzte vorhersehen. Im Übrigen muss für diese ausgeschütteten Gewinne selbstverständlich Kapitalertragssteuer gezahlt werden und da haben wir ein Plus von 7,8 Milliarden Euro.

3. Das restliche Drittel – und jetzt kommen wir zu Ihren vielen Punkten – geht auf Steuerausfälle des Konjunkturrückgangs, auf die Abschreibung für UMTS-Lizenzen, die Zwangsarbeiterentschädigung oder auch zum Beispiel für die Rückstellung der Bayer AG wegen drohender Schadenersatzleistungen – ich sage das Stichwort „Lipobay“ – und für Stiftungen zurück.

Es spricht also viel dafür, dass sich schon in diesem Jahr das Aufkommen bei der Körperschaftssteuer wieder stabilisieren wird. Die Ergebnisse der ersten zwei Monate deuten auch darauf hin.

Die Auseinandersetzung mit Ihrer oberflächlichen Kritik an der Bundesregierung könnte ich beliebig fortsetzen, aber das würde aus meiner Sicht nur von den grundsätzlichen Fragen der künftigen Finanzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa ablenken. Für derartige Profilierungsdebatten sind mir die Probleme zu ernst. Deshalb will ich hier die drei entscheidenden Problemkreise beim Abbau des gesamtstaatlichen Defizits noch einmal hervorheben:

Erstens. Der 1997 beschlossene europäische Stabilisierungs- und Wachstumspakt ist maßgeblich von dem damaligen Bundesfinanzminister Theo Waigel beeinflusst worden. Er hat in letzter Minute die Defizitkriterien in die Verhandlungen eingebracht. Ich erinnere noch einmal an diese Kriterien, die zum Eintritt ins Euro-Land berechtigten:

1. Das jährliche gesamtstaatliche Defizit durfte nicht mehr als drei Prozent des BIP betragen.

2. Die gesamte Schuldenlast durfte 60 Prozent des BIP nicht übersteigen.

3. Außerdem mussten Inflationsrate und Zinssteigerungsrate stabil sein.

Allen war klar, dass dies die Einstiegskriterien waren und dass auf Dauer kein Land an ausgeglichenen Haushalten vorbeikommen würde. In vielen europäischen Ländern ist das konsequenter umgesetzt worden als bei uns. Deutschland hat zwar die Kriterien eingebracht, aber 1997 und 1998 keine Anstrengungen unternommen, seine Schulden deutlich abzusenken.

(Siegfried Friese, SPD: Wer war denn da an der Regierung?)

Ja, wer war an der Regierung? Ich habe ja schon damals in der Finanzministerkonferenz gesessen und miterlebt, wie gestritten wurde. Damals ging es immer nur darum, wie mögliche Sanktionen zwischen dem Bund und den Ländern aufgeteilt werden könnten.

Und jetzt, Herr Nolte, kommen wir zu dem fatalen Fehler, den Sie vorhin genannt haben: Ach, hätte er sich doch den Blauen Brief schicken lassen, dann wären wir jetzt nicht in der Zwangslage. Sie glauben doch wohl nicht im Ernst, dass die Kommission den Blauen Brief geschickt hätte und anschließend keine Maßnahmen daran gehängt hätte, keine Konsequenzen. Gerade dadurch, dass das verhindert werden konnte, konnte es nämlich verlängert werden von 2002 auf 2004. Also, Sie müssen sich mit den Unterlagen ein Stück mehr beschäftigen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das haben wir.)

Ich gebe Ihnen nachher gern dieses Papier, da können Sie nachlesen, wie das eigentlich vorgesehen war.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Aus dem Bundesfinanzministerium. – Georg Nolte, CDU: Aus der Rechenzentrale.)

Heute geht es Bundesfinanzminister Eichel darum, die Defizite wieder zurückzuführen. Eichel will dauerhafte und strukturelle Verbesserungen in den Haushalten organisieren. Beispiele dafür sind die jetzt beginnende Reform der Gemeindefinanzen, der sozialen Sicherungssysteme, die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe und die Reform des öffentlichen Dienstrechts. Das aktuelle Stabilitätsprogramm von Dezember 2001 enthält nämlich bereits das Ziel eines nahezu ausgeglichenen Staatshaushaltes für 2002 als klare Verpflichtung. Und dann ist das jetzt noch mal bis 2004 verlängert worden. „Nahezu ausgeglichen“ bedeutet, dass maximal noch 13 Milliarden Euro Schulden gemacht werden dürfen. Nur damit wir auch mal die Größenordnung kennen.

Ich halte es deshalb für unverantwortlich, wenn die Opposition im Bund und im Land den Bundesfinanzminister mit Vorwürfen überschüttet, obwohl er sich in diesem Punkt in der Kontinuität mit der Zielsetzung befindet, die die vorige Bundesregierung in Brüssel initiiert hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens. Zu Recht erinnert der Bundesfinanzminister daran, dass die finanzpolitischen Ziele nur im Zusammenwirken aller beteiligten Ebenen erreicht werden können, also Bund, Länder, einschließlich Kommunen, plus Sozialversicherungssysteme.

Der Bund ist im Jahre 2001 seiner Verantwortung gerecht geworden, indem er sein Finanzierungsdefizit um 1 Milliarde Euro auf 23 Milliarden Euro abgesenkt hat. Bei den Ländern hingegen ist das Finanzierungsdefizit von 9,8 Milliarden im Jahr 2000 auf 26,5 Milliarden in 2001 gestiegen. Dafür mag es objektive Ursachen geben. Es ist aber völlig richtig, dass am 21. März in einer Sondersitzung des Finanzplanungsrates über die Ursachen diskutiert und Konsequenzen gezogen werden. Das Beispiel unseres Landes zeigt, dass es auch anders geht.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Mecklenburg-Vorpommern hat von 2000 auf 2001 die laufenden Ausgaben nur um ein Prozent erhöht, und das, obwohl wir eine Reihe von unabweisbaren Mehrausgaben zu verkraften hatten, wie zum Beispiel Personalausgaben einschließlich der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das haben Sie doch gar nicht gebraucht in den letzten Jahren. Da haben Sie doch so viel Luft drin gehabt.)

der Zinsausgaben und der Sozialhilfeausgaben.

Drittens. Ein finanzpolitisch erfolgreicher Kurs setzt planmäßiges und zielgerichtetes Vorgehen voraus. Genau daran fehlt es der Opposition sowohl im Bund als auch in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Auf Bundesebene sind die Widersprüche, in die sich maßgebliche Politiker von CDU und CSU verwickelt haben, schon gar nicht mehr zu zählen. Mal fordert Herr Stoiber, den noch vorhandenen Verschuldensspielraum Deutschlands sobald als möglich bis zur 3-Prozent-Grenze auszunutzen, mal wird wiederum eine Verschärfung des Konsolidierungskurses gefordert, mal wird für den Osten ein 20-Milliarden-Euro-Sofortprogramm für die Infrastruktur gefordert,

(Wolfgang Riemann, CDU: Bitter nötig.)

obwohl immer bekannt war, dass dafür keine Spielräume im Bundeshaushalt vorhanden sind. Inzwischen hat das auch Herr Rehberg eingesehen. Anders als er jetzt behauptet, waren aber die 20 Milliarden auch vor einem Jahr nicht vorhanden,

(Wolfgang Riemann, CDU: Doch.)

es sei denn, sie wären durch zusätzliche Kredite finanziert worden. Damit wäre dann aber die 3-Prozent-Grenze mit Sicherheit gesprengt worden. Eingestehen mag Herr Rehberg seinen Fehler aber immer noch nicht. Jetzt behauptet er, dass die Politik der Bundesregierung keinen Spielraum für ein 20-Milliarden-Programm lasse, vor einem Jahr dagegen habe sich dieser Spielraum noch ergeben. Ja also, ich kann nur fragen: Wo denn?

(Wolfgang Riemann, CDU: Gucken Sie sich die Arbeitslosigkeit doch an, dann wissen Sie, woher!)

Mal spricht Herr Rauen, immerhin stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, davon, dass er die Besteuerung großer Unternehmen wieder erhöhen wolle, einen Tag später verkündet Herr Merz, dass die Union sicher keine Steuererhöhungsvorschläge machen werde. Mal ist die Rede davon, dass die für die kommenden Jahre vorgesehenen Steuerentlastungen vorgezogen werden sollen, mal wird dieser Plan wieder aufgegeben. Aus diesen konzeptionslosen und widersprüchlichen Äußerungen kann ich nur das Fazit ziehen: Herr Stoiber sollte besser beraten werden. Herr Rehberg ist doch nun sein Ostbeauftragter.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Ich muss feststellen, dass er zu einer eigenen Meinung gegenüber Herrn Stoiber offenbar nicht so recht fähig ist. Das zeigt nicht zuletzt sein Verhalten beim Risikostrukturausgleich für die Krankenkassen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Minister Dr. Wolfgang Methling: Richtig.)

wo er doch unverblümt Verständnis für die bayerische Interessenlage äußert, die Bedürfnisse der Versicherten in unserem Land dagegen völlig ignoriert.

(Lorenz Caffier, CDU: Recht hat er.)

Wem in unserem Land wollen Sie eigentlich erklären, Herr Rehberg, dass die Klage von Bayern richtig ist, wenn auch Sachsen und Thüringen dagegen ankämpfen?

(Siegfried Friese, SPD: Ja, richtig.)

Wenn ich mich den CDU-Positionen hier im Lande zuwende, werden die Dinge nicht besser. In dem Entwurf zum CDU-Wahlprogramm heißt es, dass auch die CDU die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung sieht und die Neuverschuldung konsequent herunterfahren will, – und jetzt komme ich zur Beantwortung von Herrn Noltes Fragen –, gleichzeitig sollen aber die Investitionen nicht gekürzt werden. Das bedeutet, dass die CDU Einschnitte bei den konsumtiven Ausgaben vornehmen müsste.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir werden die Luft aus Ihrem Haushalt lassen.)

Ach, die Luft, Herr Riemann! Ach, Herr Riemann! Sie haben sich doch den Abschluss 2001 angesehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau! Genau!)

Und da ist doch keine Luft mehr drin. Es wäre zu schön, um wahr zu sein. Glauben Sie nicht, dass ich die Luft viel eher rausgelassen hätte als Sie?!

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Also, die CDU will bei den konsumtiven Ausgaben Einschnitte vornehmen. Diese Zielsetzung ist im Kern vollkommen richtig und entspricht auch der Politik der Landesregierung. Ich erinnere daran, dass wir mit dem derzeitigen Stellenplan allein im Jahr 2002 circa 1.600 Stellen einsparen und im Jahr 2003 circa 1.300 Stellen. Dadurch tragen wir zur Stabilisierung des laufenden Haushalts bei. Aufgrund unseres 5-prozentigen Stelleneinsparprogramms verteilen sich die kw-Vermerke über den gesamten Landeshaushalt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, bei den Indianern, aber bei den Häuptlingen nicht.)

Demgegenüber bekundet die CDU zwar verbal ihren Willen zu Personaleinsparungen, überall dort, wo es ernst wird, soll das aber nicht mehr gelten. Ich nenne folgende Beispiele:

Erstens. Das Lehrerpersonalkonzept soll abgeschafft und durch ein Personalentwicklungsprogramm ersetzt werden.

(Angelika Gramkow, PDS: Das bedeutet, 5.000 Lehrer zu entlassen.)

Offenbar will die CDU darauf verzichten, die Konsequenzen aus den rückläufigen Schülerzahlen bei der Lehrerentwicklung zu ziehen.

Zweitens. Bei der Polizei soll kein Stellenabbau vorgenommen, sondern stattdessen ein kontinuierlicher Beförderungskorridor umgesetzt werden.

Drittens. Für Richter, Staatsanwälte und die entsprechenden Folgedienste sollen zusätzliche Stellen geschaffen werden.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Allein diese drei Bereiche – Lehrer, Polizei und Gerichte/Staatsanwaltschaften – machen zusammen knapp 60 Prozent unseres gesamten Stellenbestandes aus. Wenn die CDU sowohl die Investitionen verschonen will als auch 60 Prozent des gesamten Personals nicht nur nicht kürzen, sondern zum Teil sogar aufstocken will – auch in den Konsumbereichen, wie wir ja nun gestern und heute gehört haben, wie zum Beispiel Sport, Kindertagesstätten, Landeserziehungsgeld, kommunaler Finanzausgleich –, dann muss sie schon mal verraten, wie sie die notwendige Reduzierung der Nettoneuverschuldung bei den restlichen 40 Prozent des Personals durchsetzen will. Hierzu gehören immerhin so bedeutende Bereiche wie die Universitäten und Hochschulen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Sie gängeln.)

die Steuerverwaltung, die Justizvollzugsanstalten, die Ämter für Landwirtschaft sowie die Ämter für Umwelt und Naturschutz. Ich bin auch der Meinung, wir müssen bei den genannten Bereichen kürzen, aber mir ist schleierhaft, wie diese Bereiche all das, was die CDU an anderer Stelle an Wahlkampfgeschenken verspricht, finanzieren sollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Reinhard Dankert, SPD: Sie müssen den Beweis ja nicht antreten.)

Einsparungen in den Ministerien allein werden jedenfalls nicht ausreichen. Dort arbeiten nur 5,6 Prozent unserer Landesbediensteten.

Man sieht, dass Ihre Vorschläge auf Landesebene genauso wenig durchdacht sind wie die Äußerungen auf Bundesebene.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Richtig.)

In beiden Fällen treffen wir die gleiche Konzeptionslosigkeit an. Die Landesregierung wird sich deshalb nicht an Ihren Vorschlägen orientieren, sondern unbeirrt ihren bisherigen Kurs fortsetzen,

(Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

der auf Konsolidierung mit Augenmaß gerichtet ist. Ich vermute, dass sich die Finanzminister des Bundes und der Länder am 21. März im Finanzplanungsrat auf eine restriktive Linie bei den Ausgaben verständigen und die bisherige Empfehlung von zwei auf einen Prozent Haushaltswachstum reduzieren werden. Unser Land ist darauf vorbereitet. Die Ausgabenentwicklung wird nach unseren derzeitigen Planungen bis 2005 deutlich unterhalb dieser Rate liegen.

Meine Damen und Herren, ganz im Gegensatz zu einer Schlagzeile in einer großen Tageszeitung sage ich: Wir brauchen einen nationalen Stabilitätspakt, aber wir brauchen einen, in dem wir uns darüber verständigen, wie die verschiedenen Ebenen der öffentlichen Hand künftig einerseits ohne neue Schulden auskommen und andererseits die Anforderungen an die staatlichen Ebenen erfüllen können, denn, meine Damen und Herren, die alte Regel gewinnt immer neue Bedeutung: Nur reiche Leute können sich einen armen Staat leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Gramkow für die Fraktion der PDS.

Angelika Gramkow, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, ich denke auch, der CDU-Fraktion in unserem Landtag fehlt die Übersicht.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Hauptsache, Sie haben sie noch.)

Sie scheint Ihnen insbesondere in dieser Frage abhanden gekommen zu sein, Herr Riemann und Herr Nolte, weil Sie selbst in dieser Auseinandersetzung eine Gesamtverantwortung, die ich für mich zum Beispiel nicht ausschließe, für die Situation in der Bundesrepublik Deutschland auf Bund-, Länder- und kommunaler Ebene ausschließen. Und ich denke, genau an dem Punkt ist die Unglaubwürdigkeit dann tatsächlich expandiert bei Ihnen.

Auch ich sage, die einseitige Schuldzuweisung des Bundesfinanzministers an Länder und Kommunen ist so nicht richtig.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Aber ich habe zum Beispiel keinerlei Verständnis dafür, dass wir den Blauen Brief nicht bekommen haben, weil im Vertrag 104 der Europäischen Union – damals noch der Europäischen Gemeinschaft – klar formuliert ist, dass es ein Frühwarnsystem gibt, und das ist eben dieser Blaue Brief. Und der weist darauf hin, dass, wenn nichts passiert, das mittelfristige Ziel gefährdet ist. Wenn wir nämlich drei Prozent erreicht hätten, hätten wir nicht den Blauen Brief gekriegt, sondern wir hätten einen Bußgeldbescheid in Höhe von 0,2 bis 0,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes bekommen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Und da titeln Zeitungen wie die „Süddeutsche Zeitung“: „Eichel hat den Blauen Brief abgewehrt, doch Europa ist der Verlierer“ oder eine österreichische Zeitung vom 12. Februar: „Mit dem Blauen Brief hätte der EU-Ministerrat klargestellt, dass kein Mitgliedsstaat, sei er auch noch so groß und mächtig, sich den Spielregeln entziehen kann.“

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. –
Georg Nolte, CDU: Genau so.)

Und insofern bin ich über die Intervention nicht gerade glücklich, denn Portugal – nach meinem Wissen – bekommt den Blauen Brief. Wir waren es, es war Deutschland, die gefordert hatten, harte Grenzwerte bei den Stabilitätskriterien einzuziehen und harte Anforderungen und Sanktionen festzuschreiben. Und jetzt, wo es uns vielleicht getroffen hätte, darf das nicht sein? Ich finde, auch das muss mal klar ausgesprochen werden.

Ich halte die einseitige Schuldzuweisung an Länder und Kommunen für nicht gerechtfertigt, aber ich halte sie insbesondere für die ostdeutschen Länder für nicht gerechtfertigt, denn es ist eines klar: Schaut man sich die Defizite an, wird deutlich, dass die ostdeutschen Flächenländer ihre Ausgaben in 2001 im Vergleich zu 2000 um 1,4 Prozent zurückgeführt haben, im Vergleich dazu die westdeutschen Flächenländer plus 3,1 Prozent dazugepackt haben, die Stadtstaaten gar 5,7 Prozent. Wie halten wir es denn mit den 2 Prozent, die im Planungsrat festgelegt worden sind? Welche Antwort haben die westdeutschen Flächenländer und Stadtstaaten auf die zukünftigen 1 Prozent, die Frau Finanzministerin eben angekündigt hat?

Und ich will, um das ein bisschen zu verdeutlichen, mal ein paar Länder zitieren, die an der Defizitproduktion mitverantwortlich zeichnen: So hat Baden-Württemberg bei einem Einnahmeausfall von 201 Millionen Euro für den Doppelhaushalt 2002/2003 die Neuverschuldung um 130 Millionen Mark überzogen. Der Finanzminister Stratthaus sagte, Einsparungen bei dieser Größenordnung sind nicht mehr möglich. Ich füge hinzu, Baden-Württemberg hat einen Gesamthaushalt von 30 Milliarden Euro. Sollte da vielleicht mutwillig das Defizit nach oben gefahren werden?

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, das macht
wohl kein Finanzminister. Das macht wohl
kein Finanzminister, Frau Gramkow.)

Ich kann Ihnen auch gerne, Herr Riemann, Hessen nennen. Hessen hat geplant im Jahre 2000 und 2001 eine Neuverschuldung von 1,3 Milliarden. Ausgegeben wurden 1,8 – glatte 510 Millionen DM mehr. Wo kommt also die Defizitproduktion her?

(Wolfgang Riemann, CDU: Die haben zusätzliche Lehrer eingestellt, Frau Gramkow. –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Ich will daran nur deutlich machen, dass man angesichts der Situation, die Sigrid Keler hier genannt hat für unser Land, sehr wohl sagen muss, dass auch CDU-geführte Länder unverantwortlich mit ihrer Haushaltspolitik in der Bundesrepublik Deutschland umgehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heidemarie Beyer, SPD: Das haben
wir ja schon immer gewusst.)

Und, auch das will ich nicht ungesagt lassen: Ja, ich finde auch, dass man sich in Deutschland entscheiden muss. Und da muss man sich fragen lassen, warum Geld bei Krieg keine Rolle spielt,

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Richtig.)

warum Geld für Flugzeuge nicht wichtig ist

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Richtig.)

bei der Produktion von staatlichem Defizit?

(Beifall Torsten Koplin, PDS)

Und da muss man sich fragen lassen, warum die UMTS-Lizenzen einseitig zur Schuldenminimierung des Bundes herangezogen werden

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Georg Nolte, CDU: Genau das sagen wir auch.)

und die Steuerausfälle insbesondere bei den Kommunen – in meiner Heimatstadt betragen sie 9 Millionen DM – letztendlich greifen.

(Georg Nolte, CDU: Das
gleiche Argument wie von uns.)

Ja, und ich sage auch, dass die Steuerreform, zu der auch die PDS steht, weil es unter CDU-Einflussnahme noch viel schlimmer gekommen wäre,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Georg Nolte, CDU:
Wir hätten keine Ökosteuer eingeführt.)

dass diese Steuerreform für mich unangekündigt einen drastischen Rückgang der Körperschaftssteuer mit sich gebracht hat.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben dem doch zugestimmt, der Steuerreform. Für drei Umgehungsstraßen!)

Wir zahlen mehr aus, als jemals an Körperschaftssteuer durch die Unternehmen eingezahlt worden ist.

Und diese negativen Tendenzen will ich nicht leugnen, sie sind es auch nicht, aber genauso sind in die Waagschale zu werfen die positiven Entscheidungen bei der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die positiven Entscheidungen beim Kindergeld, die positiven Entscheidungen beim Länderfinanzausgleich bis 2020. Und trotzdem würde ich mir wünschen, dass wir im Land und in der Bundesrepublik Deutschland wegkommen von der einseitigen Ausgabendiskussion. Wir brauchen eine Diskussion für den Einnahmebereich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Da reden wir schon seit Jahren drüber.)

Wir müssen uns anschauen, wie in diesem Zusammenhang auch Stabilität bei Steuereinnahmen und Abgaben wiederhergestellt werden kann, wie durch eine Gemeindefinanzreform die strukturellen Schwächen der kommunalen Ebene ausgeglichen werden können, denn sie sind doch diejenigen, die von den wirtschaftsabhängigsten Steuern abhängen – den Gewerbesteuern. Ihnen drücken wir es doch auf. Und wir sind als Landesregierung, als Landesparlament doch gar nicht in der Lage, die Defizite dann ernsthaft gemeinsam bundesrepublikweit auszugleichen. Deshalb sage ich: Lassen Sie uns über die Wiedereinführung, Wiedererhebung der Vermögenssteuer reden!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zurufe von Nils Albrecht, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Lassen Sie uns darüber reden, Herr Riemann, nicht wie bei Ihnen, eine Steuerreform vorzuziehen, die diesem Land und seinen Kommunen weitere Milliarden an Steuerausfällen präsentiert! Warum ist denn der Spitzensteuersatz und seine Senkung für Sie in diesem Land so wichtig, wo kaum ein Unternehmen diesen Spitzensteuersatz überhaupt bezahlt?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Lassen Sie uns darüber nachdenken, wie wir im kleinen und mittelständischen Bereich helfend unterstützen können angesichts einer Situation, die dazu führt, dass der Zugang zu Wagnis oder auch Kredit oder sonst was für kleine und mittelständische Unternehmen kaum noch möglich ist! Sie kriegen doch heute einen Kredit für 500.000 Euro und 1 Million in fünf Minuten, einen für 30.000 Euro kriegen sie gar nicht mehr im wirtschaftlichen Bereich.

(Beifall Torsten Koplin, PDS: So ist es. – Wolfgang Riemann, CDU: Den für 100.000 Euro kriegen Sie auch nur, wenn Sie 500.000 Euro mitbringen.)

Und deshalb sage ich, wenn es uns nicht gelingt, über den Einnahmebereich zu reden und gleichzeitig prioritär zu konsolidieren – und da stehe ich an der Seite unserer Finanzministerin –, dann werden wir für diese strukturellen Fragen keine Antworten haben und dann werden wir 2004 das angekündigte Defizit von 13,5 Milliarden nicht halten. Ich frage mich heute allen Ernstes, wer daran glaubt angesichts der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Situation unseres Landes. Ich denke, hier ist es an der Zeit, dass Kommunen, Länder und Bundesregierung zur Umsetzung unserer vertraglichen Verpflichtung in der Europäischen Union vertraglich übereinkommen, wie alle gemeinsam die Stabilitätskriterien einhalten unter der Möglichkeit, für die Bürgerinnen und Bürger noch Politik gestalten zu können. Ich denke, mindestens ein Staatsvertrag gehört auf den Tisch.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Gramkow.

Als Nächstes hat das Wort der Abgeordnete Riemann für die Fraktion der CDU.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich Ihnen die Argumente der CDU-Fraktion noch einmal nahe bringen möchte, beantrage ich namens meiner Fraktion eine punkteweise Abstimmung unseres Antrages.

Sehr geehrte Damen und Herren, dass dieses Thema die Koalition auch bewegt, zeigt uns, dass die Finanzministerin schon erklärt hat und der Ministerpräsident – zumindest nach Rednerliste – uns noch erklären wird, dass die Bundesregierung, dass Schröder und Eichel alles richtig gemacht haben, dass die Bundesregierung die Wirtschaft ankurbelt und dass es in Mecklenburg-Vorpommern vor- und aufwärts geht dank Ringstorff, Keler & Co.

Sehr geehrte Frau Finanzministerin, Sie und Ihre Koalition haben jegliche Strukturänderungen, selbst Prüfaufträge zu Strukturänderungen in den Ministerien und nachgeordneten Einrichtungen in den Haushaltsdiskussionen der letzten zwei Jahre abgelehnt. Sie haben ein zusätzliches Ministerium geschaffen, Sie schützen die Häuptlinge und schicken Forstarbeiter und Laborantinnen in diesem Land mit einem Hungerlohn nach Hause. Das haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Das ist eine Frechheit.)

Und, Frau Finanzministerin, so verbiegt sich kein Landesfinanzminister in ganz Deutschland, so ordnet kein Landesfinanzminister Landesinteressen gegenüber dem Bund unter. Und wir werden dieses nach der Wahl nicht fortsetzen.

Wir hatten ja gestern hier schon die Wahlkampf-Solidaritätsdebatte und wir könnten heute anhand der Zahlen beleuchten, inwieweit die Bundesregierung solidarisch ist mit den Ländern und Gemeinden, wie weit Versprechen vor der Wahl 1998 heute eingehalten wurden.

Frau Gramkow, in Schwerin sinken die Gewerbesteuereinnahmen um 27 Prozent.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Die kommunalen Haushalte stehen vor dem Kollaps – so die Einschätzung der Nord/LB.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist so nicht.)

Das ist nicht meine eigene Einschätzung, das ist die Einschätzung der Bank dieses Landes, die die Kommunen finanziell betreut.

(Angelika Gramkow, PDS: Trotzdem kann ich eine andere Auffassung haben.)

In Mecklenburg-Vorpommern gab es im Jahr 2002 bisher 27 Prozent mehr Zwangsversteigerungen. In Deutschland waren 2001 32.278 Unternehmen zahlungsunfähig, 151,1 Prozent mehr als im Jahr 2000. Und Mecklenburg-Vorpommern ist prozentual Spitzenreiter bei den Unternehmenspleiten. Bei diesen Zahlen – und, meine Damen und Herren, hören Sie genau hin –, bei diesen Zahlen streiten wir uns heute früh im Landtag um Geoparks. Es ist eine wahrhafte Verdrängung der Probleme dieses Landes.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wo haben wir uns da gestritten? Wo haben wir uns da gestritten? – Rudolf Borchert, SPD: Geoparks sind Tourismusförderung, Herr Riemann.)

Und, meine Damen und Herren, zur Solidarität mit dem Osten drei Zitate von Gerhard Schröder:

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Nun bringen Sie mal nicht Äpfel und Birnen durcheinander!)

„Wir können die“ – gemeint waren die neuen Länder – „ja schlecht an Polen abgeben.“ – 1990. Zweites Zitat: „Ich gebe Ihnen neun gute Gründe, SPD zu wählen. Der zehnte heißt Kohl.“ – vor der Wahl 1998. Das dritte Zitat, das ist der Grund Nummer drei aus Ihrer Wahlkarte: „Der Aufbau Ost wird zur Chefsache.“

Und, meine Damen und Herren, nun zu den Fakten: Es reicht eben nicht, in vier Jahren mal eine Sommerreise zu machen oder publikumswirksam einen Betrieb in Sachsen-Anhalt zu retten.

(Rudolf Borchert, SPD: Das ist ja Ihre alte Rede, Herr Riemann.)

Und es reicht eben nicht, mal ein VW-Werk in Dresden einzuweihen

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Worüber reden wir jetzt? – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

oder sich zum Kaffeeklatsch mit Ostcousinen zu treffen.

(Heinz Müller, SPD: Lassen Sie sich die Rede doch mal als Schallplatte drucken! – Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD)

Es reicht eben nicht, einen blassen Ostbeauftragten zu beauftragen.

(Annegrit Koburger, PDS: Als CD höchstens.)

Die Arbeitslosenquoten erreichen trotz Abwanderung …

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na ja! Na ja!)

Ja, Herr Müller, das ist schmerzhaft.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Reden wir doch mal über die Ostbeauftragten der CDU! Über den geilen Rudi zum Beispiel!)

Die Arbeitslosenquoten erreichen trotz Abwanderung und trotz Pendlern Höchststände seit 1990. Und, Herr Schoenenburg, wenn auch der Herr Holter sie hier in diesem Land gesundbeten will, …

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Mich?)

Nein, die Arbeitslosenzahlen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach so! Ich dachte, mich.)

Die interessieren Sie ja nicht die Arbeitslosenzahlen, Herr Schoenenburg.

… neben Sachsen-Anhalt hält Rot-Rot hier in Schwerin die rote Laterne. Und Höppner will uns bald überholen, hat er neulich in einer Talkshow ausgeführt,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Also erst überholt uns mal König Kurt.)

also halten wir dann die tiefrote Laterne.

(Rudolf Borchert, SPD: Vielleicht überholt uns demnächst Sachsen. – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Und nicht nur nach Angaben des Instituts für Wirtschaftsförderung schrumpft die Wirtschaftsleistung in den neuen Bundesländern. Und auch hier hält Rot-Rot in Schwerin

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: König Kurt lässt grüßen.)

neben Sachsen-Anhalt die rote Laterne trotz medienwirksamer Darstellung unseres Beschleunigungsministers Ebnet. Und da verspricht dieser Minister schon mal in der Öffentlichkeit den Gemeinden, die der Ministerpräsident als investitionsfaul beschimpft, eine 90-prozentige Förderung für ihre Investitionsvorhaben, verschweigt dann aber, dass er dazu frühestens im Jahre 2003 in der Lage ist. Und das nenne ich bewusste Täuschung.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese, die tatsächliche Lage in Mecklenburg-Vorpommern ist die Quittung dafür, dass die Bundesregierung eine mittelstandsfeindliche Steuerreform gemacht hat, dass sie durch die Steuerreform, durch die Anhebung der Gewerbesteuerumlage die Finanzsituation der Gemeinden und damit deren Investitionskraft dramatisch verschlechtert hat.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, aber die CDU wollte das doch alles mittragen.)

Und diesen Maßnahmen hat diese Landesregierung zugestimmt. Damit tragen Sie, Herr Ringstorff, Sie, Frau Keler, aber auch Sie, Frau Gramkow, und auch Sie, Herr Holter, die Mitverantwortung dafür. Und – nun hören Sie genau hin, werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD – schon fordert der Präsident des Niedersächsischen Städtetages Ulrich Mädge, SPD, der Solidarpakt muss auf den Prüfstand. Sieht so Ihre Solidarität in der SPD aus, Herr Ministerpräsident und werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD? Also weniger Geld für die Investitionsförderung im Osten. Hier können Sie sich wunderbar betätigen bei Ihrem Parteifreund.

Aber wenn es um Parteifreunde geht, meine Damen und Herren, da schweigt man hier in diesem Land lieber. Sei es die A 14 über Niedersachsen – Schröder sagt, die Länder sollen sich einigen. Wo ist hier die Chefsache Ost? –, sei es beim Airbusbau in Hamburg – Schröder stellt die Ausgleichsflächen zur Verfügung –,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Lassen Sie sich doch mal einen Empfangstermin bei Herrn Schröder geben und erzählen Sie ihm das! – Zuruf von Minister Dr. Otto Ebnet)

sei es beim Transrapid in Nordrhein-Westfalen – auch hier schweigt unser Ministerpräsident kraftvoll.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Er schweigt auch dazu, dass es die Bundesregierung unterlassen hat, mit der Steuerreform eine grundsätzliche Gemeindefinanzreform anzugehen, und stattdessen Ländern und Gemeinden massive Finanzlasten aufgebürdet hat. Denn wenn man schon eine Steuerreform macht, dann muss man alle Auswirkungen berücksichtigen bis hin zu den Kommunen. Das hat diese Landesregierung, das hat diese Bundesregierung unterlassen.

Punkt 7, meine Damen und Herren, der Wahlversprechenskarte lautete: Mehr Steuergerechtigkeit durch Entlastung von Familien! Und da, Frau Gramkow, kann ich gar nicht verstehen, wie Sie so fröhlich sagen, dieses Versprechen, es ist erfüllt. Es wurde eben nicht eingelöst.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich habe nicht gesagt, dass es erfüllt ist.)

Sie haben der Steuerreform zugestimmt.

Arbeitnehmer und Mittelstand tragen nach wie vor den Hauptteil der Steuerlast. Kapitalgesellschaften zahlen sogar noch weniger als zu Zeiten der Kohl-Regierung.

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Und dem haben Sie, Herr Dr. Ringstorff, und Sie, Frau Keler, dem haben Sie, Frau Gramkow und Herr Holter, wenn auch zum Preis von drei Umgehungsstraßen, zugestimmt.

(Barbara Borchardt, PDS: Vier.)

Das war dann aber auch nun wirklich Pech, dass ausgerechnet Gerhard Schröders Schwester/Halbschwester Ilse Brücke gemeinsam mit weiteren rund 100 allein erziehenden Eltern am Montag vergangener Woche vor das Bundesverfassungsgericht gezogen ist, um die Bundesregierung wegen familienfeindlicher Steuerregeln zu verklagen. Das war dann aber auch nun wirklich Pech. Das passte nun gar nicht in ein rot-grünes Wahlkampfkonzept.

(Georg Nolte, CDU: Und auch noch die eigene Verwandtschaft!)

Zwar hat Rot-Grün das steuerfreie Existenzminimum heraufgesetzt und den Eingangssteuersatz gesenkt, doch unterm Strich profitieren Groß- und Besserverdiener bei der Verteilung der Wohltaten weit mehr als die Bezieher von Durchschnittseinkommen. Während Familien mit zwei Kindern und einem Durchschnittseinkommen ab 2005 gerade mal 2.440 Euro jährlich mehr zur Verfügung haben als 1998,

(Heinz Müller, SPD: Eine Menge Geld!)

darf sich ein Einkommensmillionär …

Herr Müller, hören Sie gut zu!

(Heinz Müller, SPD: Ich höre Ihnen fast immer zu. Man gönnt sich ja sonst nichts.)

… zum selben Zeitpunkt über eine Entlastung von 50.000 Euro – von 50.000 Euro! – freuen.

(Zuruf von Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff)

So sieht eine sozialgerechte Steuerreform bei Rot-Grün aus

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

und diesem haben Sie hier in diesem Land, diesem haben SPD und PDS zugestimmt.

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Und, meine Damen und Herren, während für die Durchschnittsverdiener die Entlastung wirklich auch nur auf dem Papier stattfindet, weil gestiegene Krankenkassenbeiträge und Ökosteuer diese insbesondere bei Niedrigeinkommen und insbesondere bei Familien wieder auffressen, haben gleichzeitig Rot-Grün in Berlin und Rot-Rot in Schwerin für Großunternehmen mit der Steuerreform Weihnachten und Ostern auf einen Tag gelegt, denn die Deutschland AG zahlt neuerdings gar keine Steuern mehr. So vermeldet „Der Spiegel“ vom Montag, dass die Deutsche Bank – und da können Sie es schönreden, wie Sie wollen, Frau Keler – für 2001 keine Ertragssteuern trotz eines Gewinnes von 1,2 Milliarden DM zahlt.

Meine Damen und Herren, gegen diese Ungerechtigkeit, gegen diese Abschreibungskünstler und gegen diese Steuerschlupflöcher zog Hans Eichel noch 1998 zu Felde. Das war jedoch in einem Wahljahr. Aber mit Ihrer Zustimmung, Herr Ringstorff, Frau Keler, mit Ihrer Zustimmung, auch Frau Gramkow und Herr Holter, trägt Rot-Rot in Schwerin dafür die Mitverantwortung.

Herr Präsident – ich muss mich immer mal umgucken, ob der Präsident noch sitzt –, Herr Präsident, meine Damen und Herren,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

nun fordert Eichel einen Stabilitätspakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Er fordert ihn, weil er in Brüssel zur Abwendung eines Blauen Briefes für die verfehlte Politik der Bundesregierung eine Zusage gemacht hat,

(Angelika Gramkow, PDS: Nein, es ist einfach notwendig, darüber zu reden. Wir müssen darüber reden!)

bis zum Jahr 2004 ein gesamtstaatliches Defizit von nahezu null zu erreichen.

(Angelika Gramkow, PDS: Wir hätten das längst machen müssen.)

Es wird schon spannend sein, Frau Gramkow – und da warte ich auf Antworten, denn weder von Frau Keler habe ich heute was gehört, aber vielleicht kann mir der Ministerpräsident danach ja noch etwas dazu sagen –, es wird schon spannend sein, wie unsere Landesregierung darauf antwortet, denn erreichbar ist dieses, wie alle Fachleute sagen, nur über Steuererhöhungen oder massiven Subventionsabbau, wie etwa in der Wirtschaftsförderung der neuen Bundesländer.

(Rudolf Borchert, SPD: Oder durch höhere Steuereinnahmen.)

Das habe ich gesagt, nur über Steuererhöhungen oder massiven Subventions…

(Heinz Müller, SPD: Nein, haben Sie nicht. – Rudolf Borchert, SPD: Nein, Sie haben Steuererhöhungen gesagt. Steuereinnahmen, darum geht es!)

Steuererhöhungen, sagen die Fachleute. Die Fachleute schätzen ein – und das wissen Sie ganz genau –, dass wir dieses nur über Steuererhöhungen und nur über Subventionsabbau erreichen können. Beide Wege sind offen. Sagen Sie den Menschen, welchen Weg Sie gehen! Erhöhte Steuereinnahmen, das schätzen alle Fachleute ein, wird es bei dem mageren Wirtschaftsaufschwung unter Rot-Rot in Schwerin und Rot-Grün in Berlin nicht geben.

(Angelika Gramkow, PDS: Wenn es nach Ihnen ginge, sollte es sie auch gar nicht geben. – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Doch zumindest, meine Damen und Herren, erhebt sich eine Stimme unter den aufrechten Sozialdemokraten. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen hat Bedingungen gestellt für den Abschluss eines Stabilitätspaktes der Länder mit dem Bund. Er fordert am Dienstag in „Der Welt“ vor dem Abschluss eines solchen Paktes eine Reform des föderalen Systems und sagt ganz deutlich – und das vermisse ich hier in diesem Land –, er sagt deutlich, ich darf zitieren: „Es sei nicht hinnehmbar, dass der Bund den Ländern ständig neue Belastungen aufbürdet.“ Ende des Zitats.

Aber auch hierzu schweigt unser Ministerpräsident wie immer kraftvoll. Doch nein, halt! Er hat sich ja dann doch geäußert, allerdings vorsichtshalber nicht hier im Land, sondern am 13.03. in der freien Presse. Und ich darf zitieren: „So würden die Kommunen eher in pompöse Feuerwehrhäuser investieren, statt die Ganztagsbetreuung der Kinder zu verbessern“, sagte er in der freien Presse. Meinen Sie damit Schwerin, wo ich weiß, wer das Feuerwehrhaus eingeweiht hat? Meinen Sie damit Rostock? Welche Gemeinden meinen Sie in diesem Land, Herr Ministerpräsident? Sie beschimpfen schon wieder die Gemeinden und verschweigen dabei, dass es diese Landesregierung war, die die Möglichkeit der Investitionsförderung für Kitas massiv gekürzt hat, auf null runtergefahren hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Georg Nolte, CDU: Stimmt, stimmt, stimmt!)

Und, meine Damen und Herren, Herr Ringstorff warnt davor, für den Aufbau Ost zusätzliche Kredite aufzunehmen. Da bin ich strikt dagegen. Dann sagen Sie den Leuten, was Sie denn hier zur Finanzierung von Aufbau Ost vorsehen! Sind Sie für eine Einsparung beim Aufbau Ost in Hans Eichels neuem Sparpaket oder unterstützen Sie eine Mehrwertsteuererhöhung auf 18 Prozent, wie sie bereits heute der Wirtschaftsweisende Rürup fordert? Sagen Sie es den Menschen, Herr Ministerpräsident! Aber sagen Sie es bitte vor der Wahl! Belügen Sie nicht wieder, wie 1998, die Menschen in diesem Land!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Oh, Lüge! Herr Riemann, Pfui! Unparlamentarisch!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir erwarten von der Landesregierung, wir erwarten von Ihnen, Herr Ringstorff, von Ihnen, Frau Keler, aber auch von dem Koalitionspartner, der PDS, dass Sie bei einem neuen Sparpaket, dass Sie, bevor ein neues vorgelegt wird, umgehend und mit der Kraft Ihres Amtes die Interessen unseres Landes und seiner Menschen bei zukunftssichernden Investitionen und investiven Nettotransfers sichern.

(Angelika Gramkow, PDS: Wie wollen Sie das denn machen?)

Und wir erwarten, dass Sie nicht schon vorher einknicken.

Ich darf hier ganz unverdächtig den IG-Metall-Strategen Klaus Lang aus dem „Spiegel“ 11/02 zitieren.

(Barbara Borchardt, PDS: Sie suchen sich doch immer welche aus, die Sie brauchen.)

Die Konsolidierungspolitik Eichels sei volkswirtschaftlich und sozial schädlich, habe zur Arbeit und Innovation nichts beigetragen. Zudem habe die Steuerreform die Verteilungsgerechtigkeit nicht vergrößert, sondern verringert, und ganz generell gebe es keine Grundlage für ein geschlossenes arbeitspolitisches und sozialstaatliches rot-grünes Reformprojekt.

Dieser Einschätzung habe ich als Mitglied der CDU und als Gewerkschafter nichts hinzuzufügen. Außer, meine Damen und Herren, als Gewerkschafter sage ich dir, Harald: Höre auf, nach oben vor Schröder und Eichel zu buckeln! Höre auf, die Gemeinden zu beschimpfen, sondern mache endlich Politik für die Menschen in unserem Land, die sozial gerecht ist und Arbeit schafft! – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Riemann, für die von Ihnen gewählte Formulierung, Sie haben die Menschen belogen in diesem Lande, erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Um das Wort hat jetzt gebeten der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt ja das schöne Wort „Die Brandstifter rufen nach der Feuerwehr“ und so kam mir das eben und heute wieder vor.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie führen so gerne die Schlusslichtdebatte. Aber in einem, das kann ich Ihnen sagen, sind wir in Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich Schlusslicht, nämlich in der Qualität der Opposition.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Dann würden Sie jetzt nicht in die Bütt gehen, Herr Ministerpräsident.)

Mit diesem Antrag, meine Damen und Herren von der Opposition, begeben Sie sich tatsächlich auf ein Gebiet, auf dem Ihre Partei gestern nichts zu bieten hatte und auch heute erwiesenermaßen nichts zu bieten hat. Herr Riemann, was wollen Sie denn nun? Wollen Sie die Konsolidierung oder wollen Sie sie nicht? Sie haben immer zwischen diesen beiden Dingen hin und her geschwankt.

(Angelika Peters, SPD: Das weiß er doch nicht genau. – Wolfgang Riemann, CDU: Ich will sie nicht auf Kosten der Kommunen und der Länder.)

Nichts außer unsoliden Versprechungen, bloßen Ankündigungen und Verleumdungen – Gott sei Dank sehen das auch die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes so.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja?)

Sie sind mit unserer Finanz- und Haushaltspolitik zufrieden.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Das gilt für den Bund und für das Land.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und Sie haben es schon lange verstanden, dass es zu einer soliden Haushaltspolitik von Hans Eichel und Sigrid Keler keine Alternative gibt, jedenfalls keine ernst zu nehmende. Die haben Sie hier heute nicht vortragen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger haben das verstanden, die CDU leider immer noch nicht. Wenn Sie sich auf dieses Terrain wagen, meine Damen und Herren von der CDU, dann passen Sie einmal gut auf! Sie wollen die Herausforderung, dann bekommen Sie sie auch. Sehen wir uns die Hinterlassenschaften Ihrer Partei nach 16 Jahren Kohl doch einmal an. Und dann sehen wir doch mal, wo wir heute stehen. Dann bekommt die Sache nämlich eine Perspektive, aber eine ganz andere als die, die Sie hier propagieren.

(Nils Albrecht, CDU: Sanierte Häuser.)

Auf 1,5 Billionen DM, das sind rund 1.500 Milliarden Mark, auf diese unvorstellbare Summe war die Erblast der Regierung Kohl und Waigel 1998 angewachsen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das gesamtstaatliche Defizit betrug 2,7 und nicht 2,2 Milliarden unter Hans Eichel.)

Und damit hatten sich die Schulden innerhalb von 16 Jahren verfünffacht.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

1998 waren finanzpolitische Spielräume praktisch nicht mehr vorhanden. Jede vierte Mark musste für Zinszahlungen verwendet werden

(Wolfgang Riemann, CDU: Ohne UMTS hätten Sie gar keine gehabt.)

und Waigel hatte komplett den Überblick verloren. Es war so, die CDU hatte den Menschen alles versprochen, insbesondere den Menschen im Osten, und zwar alles auf einmal. Sie haben den Menschen nie die Wahrheit gesagt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber Sie!)

Sie haben die Wahrheit verschwiegen. Sie haben sich damals total übernommen, meine Damen und Herren von der CDU,

(Wolfgang Riemann, CDU: Deshalb sitzen ja auch Leute mit langen Nasen drin in Ihrer Regierung. – Zuruf von Hermann Bollinger, CDU)

dazu noch Wahlkampf-ABM in Milliardenhöhe finanziert, um Ihre Arbeitslosenzahlen 1998 zu senken.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie brauchen wohl sehr viel mehr Geld.)

Sprunghaft wurden die ABM um 325.000 erhöht. Sie haben eine ganze Nation ins finanzpolitische Desaster gestürzt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Sonst hätte es keine Einheit Deutschlands gegeben, Herr Ministerpräsident.)

Diese wollen Sie nun verdrängen, aber das lassen wir nicht zu.

Dass Sie jetzt jammern und laut rufen, gesamtstaatliches Defizit abzubauen und Schuldzuweisungen zu beenden, das kann ich sehr wohl verstehen. Aber, meine Damen und Herren, es geht nicht um Schuld, es geht um Verantwortung. Und für die katastrophale Finanzlage des Bundes, aus der wir uns seit drei Jahren langsam wieder herausarbeiten, dafür tragen Sie als CDU nun mal die Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Volker Schlotmann, SPD: Das wollen sie nicht hören. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ja, meine Damen und Herren, daran gibt es nichts zu rütteln, aber auch gar nichts.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach ja?!)

Und ich sage Ihnen, solide Bundesfinanzen sind nötig,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

um langfristig den Aufbau Ost solide finanzieren zu können, und zwar nicht auf Pump. 1998 war eine Kehrtwende in der Steuer- und Finanzpolitik dringend nötig.

(Wolfgang Riemann, CDU: Zu Lasten der Länder und Gemeinden. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und die jetzige Bundesregierung hat sie durchgesetzt. Der Marsch in die Verschuldungsfalle wurde gestoppt. Die Neuverschuldung sinkt stetig im Rahmen dessen, was finanziell machbar ist.

(Nils Albrecht, CDU: An welcher Stelle?)

Der Bund geht systematisch den Weg zum ersten ausgeglichenen Haushalt nach Jahrzehnten. Schuldenabbau, mehr Generationengerechtigkeit, Förderung von Wachstum und Beschäftigung

(Wolfgang Riemann, CDU: Schöne Worte haben Sie schon vor der Wahl gepredigt.)

durch ein tragfähigeres und gerechteres Steuer- und Abgabensystem –

(Nils Albrecht, CDU: Ausgeglichene Haushalte in den Kommunen.)

das sind die Leitplanken der Finanzpolitik von Gerhard Schröder und Hans Eichel. Und sie sind richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von Nils Albrecht, CDU, und Georg Nolte, CDU)

Die Steuerreform, meine Damen und Herren von der CDU, ist die größte Steuerentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nur die Bürger merken das gar nicht. – Dr. Armin Jäger, CDU: Die Bürger merken das nie. Die Bürger merken das nie. – Georg Nolte, CDU: Die werden geschröpft an der Tankstelle. – Ministerin Sigrid Keler: Gucken Sie mal in Ihr Portemonnaie! Da gucken Sie mal rein!)

Und Frau Keler hat schon darauf hingewiesen, zu den Gewinnern der Steuerreform gehören vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, auch wenn Sie ständig etwas anderes behaupten.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Ihre Entlastung steigt bis 2005 auf jährlich 11,8 Milliarden Euro an. Zu den Gewinnern gehören auch die privaten Haushalte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na klar.)

Ihre Entlastung steigt bis auf 16,4 Milliarden Euro an

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Kommunen gewinnen natürlich auch. – Dr. Armin Jäger, CDU: Und die Kommunen haben auch gewonnen.)

und es profitieren, Sie haben Recht, die Großunternehmen, aber sie werden lediglich um 3,6 Milliarden entlastet.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Die CDU hat also die Steuerreform nicht verstanden, wenn sie das Gegenteil behauptet, oder sie will sie nicht verstehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Viele Bürger verstehen sie nicht. – Heidemarie Beyer, SPD: Die Bürger verstehen das schon.)

Mich, Herr Jäger, interessieren nicht die Großunternehmen in Bayern, Hessen oder Baden-Württemberg, mich interessieren die kleinen und mittelständischen Unternehmer und Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern und die profitieren von der Steuerreform.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von Nils Albrecht, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Deshalb war es richtig, der Steuerreform im Bundesrat zuzustimmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir reden von etwas ganz anderem als von dem, was Sie hier erzählen.)

Meine Damen und Herren, Sie haben auch die schwierige Situation in der Wirtschaft angesprochen, Herr Riemann. Sie haben bloß verschwiegen zu sagen, dass trotz aller Firmenpleiten immer noch doppelt so viele neue Firmengründungen da sind wie Insolvenzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Das ist aber nun wirklich nicht mehr wahr! Wo leben Sie denn?)

Ja, das hat das Statistische Landesamt gerade veröffentlicht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Von welchem Bundesland redet der? – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Meine Damen und Herren, Steuerentlastungen fallen nicht vom Himmel, sie müssen finanziert werden, auch wenn der CDU, die ja bekanntlich nicht mit Geld umgehen kann, das anscheinend unbekannt ist. Denn wie sonst könnten Vertreter Ihrer Partei immer niedrigere Steuern und immer höhere Steuerentlastungen fordern und gleichzeitig klagen Sie im Land über Steuerausfälle durch die Steuerreformen, wie eben wieder geschehen. Herr Riemann klagt darüber, dass der Millionär stärker entlastet wird als eine Familie mit zwei Kindern, aber gleichzeitig fordert Ihre Partei eine höhere Senkung des Spitzensteuersatzes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Genau das ist es. – Volker Schlotmann, SPD: Genau, Scheinheiligkeit ist das. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Sie müssen nun mal sagen, was Sie wirklich wollen. Überhaupt, dieses Herumgeeiere Ihrer Berliner Parteifreunde in Sachen Steuern – Ihre Position zur Ökosteuer ist da ein gutes Beispiel, eins von vielen. Frau Merkel war einmal Verfechterin dieser Steuer,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber ganz anders.)

Herr Stoiber dann wieder eine Zeit lang nicht.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Nun hat Herr Stoiber …

(Dr. Armin Jäger, CDU: Erzählen Sie doch nicht so was! Sie wissen es doch besser.)

Nein, ich erzähle nichts. Das sind die Dinge, die Sie gesagt haben.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Nun hat er verstanden, dass die Rentenbeiträge steigen müssten, wenn man die Ökosteuer nicht hätte, und nun ist er verdächtig still geworden zu diesem Thema.

(Volker Schlotmann, SPD: Schau an, schau an!)

Niemand weiß, was die CDU eigentlich will, außer der Macht natürlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Volker Schlotmann, SPD: Ja. Das wissen wir aber ganz genau.)

Wie lange, Herr Jäger, soll dieser Zickzackkurs denn noch weitergehen? Sie haben bis heute kein Konzept.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Aber Sie haben überhaupt keins.)

Wir haben ein Konzept und das setzen wir um, Herr Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das zeigen Sie aber immer schlechter.)

Wer Steuern senkt, der hat Mindereinnahmen, das ist doch klar, und die haben Bund und alle Länder und Kommunen. Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben aber dafür gesorgt, dass durch die Fortführung des haushaltspolitischen Konsolidierungskurses die Mindereinnahmen unseres Landes weitgehend ausgeglichen werden konnten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja.)

In vier Jahren nehmen wir weniger Kredite auf als die CDU-Landesregierung 1994 in einem Jahr. Das ist unsere Antwort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sparen, Herr Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Auf Kosten der Kommunen.)

aber wir investieren auch in den weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

in die Hochschulen, in die Forschung, Technologie und Ausbildung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Nils Albrecht, CDU: Und die Kindergärten.)

Und die eingesparten Zinsen haben uns schon heute neue Handlungsspielräume in Höhe von 70 Millionen Euro für unser Land eröffnet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das ist der Weg in die Zukunft.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

Wir haben für die Fortführung des Solidarpaktes, des Länderfinanzausgleiches gekämpft und erfolgreich die Angriffe aus dem Süden von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen abgewehrt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir haben jetzt Planungssicherheit bis 2019. Die „Anti-Ost-Truppe“ aus dem Süden dagegen wollte dem Osten die finanziellen Mittel drastisch kürzen und die Entsolidarisierung von Ost und West.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das hat
Herr Eichel schon vorher gemacht.)

Hätten sich die Klageländer durchgesetzt, dann hätten wir in Mecklenburg-Vorpommern jetzt jährlich 800 Millionen Euro weniger zum weiteren Aufbau unseres Landes zur Verfügung.

(Volker Schlotmann, SPD: Das möchte
die CDU. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das wollen sie haben.)

Das ist die Tatsache.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Nun, da Stoiber Kanzlerkandidat ist, hat er angeblich sein politisches Herz für den Osten entdeckt. Aber er ist ja schon wieder rückfällig geworden und will eine Zweiklassengesellschaft im Gesundheitswesen zwischen Ost und West.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Volker Schlotmann, SPD –
Volker Schlotmann, SPD: Ja.)

Ich frage Sie also, was ist das denn bloß für ein Herz? Zumindest, das kann ich hier sagen, schlägt es nicht für den Osten.

(Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Zu dem Programm, was kürzlich von Ihnen verkündet wurde, schreibt ein namhaftes britisches Wirtschaftsblatt, der „Economist“: „zu viel Schaum, zu wenig Konsistenz“. Ich glaube, dem braucht man nicht viel hinzuzufügen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Damit
war das SPD-Programm gemeint.)

Meine Damen und Herren, keine Frage, die Kommunen müssen finanziell so ausgestattet sein, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können, und deshalb bekommen die Kommunen von uns nicht nur rund 1,3 Milliarden Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich, das sind die zweithöchsten Finanzzuweisungen pro Kopf in Ostdeutschland, sie bekommen sogar noch etwas oben drauf. Außerdem haben wir in den Verhandlungen zum Solidarpakt II die freie Verfügbarkeit der ehemaligen IFG-Mittel erreicht und das schafft viel mehr Bewegungsspielraum.

(Heinz Müller, SPD: Das war sehr wichtig.)

Und, meine Damen und Herren, was die UMTS-Erlöse angeht, mit ihnen werden nun Schulden getilgt, die andere verursacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Volker Schlotmann, SPD: Richtig.)

Und von den Zinsersparnissen werden Investitionen in den Ländern getätigt, die auch uns zugute kommen, zum Beispiel bei dem Bau von Ortsumgehungen, in der Forschung und im Bildungsbereich. Und jeder, der sich mit Steuerpolitik nur ein bisschen auskennt, weiß auch, dass die Gewerbesteuerentwicklung in jeder Stadt starr von den dort ansässigen Unternehmen abhängig ist, und die rückläufigen Einnahmen bei der Gewerbesteuer haben nichts, aber auch gar nichts mit der Steuerreform zu tun. Darauf haben schon im letzten Jahr die fünf führenden Wirtschaftsverbände hingewiesen. Sie haben vielmehr mit der derzeitigen konjunkturellen Lage zu tun und die ist mitnichten in einer verflochtenen Weltwirtschaft allein von der Bundesregierung steuerbar.

(Harry Glawe, CDU: Das stimmt
doch nicht, was Sie hier erzählen!)

Wenn es wieder aufwärts geht, und danach sieht es bereits aus – obwohl Sie alles tun, um das zu verhindern –,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

verbessern sich auch die Einnahmen der Kommunen. Dennoch ist ein strukturelles Problem zu lösen.

(Nils Albrecht, CDU: Fragen Sie mal,
wo die Telekom ihre Niederlassungen hat!)

Zurzeit besteht, das hat die derzeitige Situation deutlich gemacht, eine zu hohe Abhängigkeit einzelner Gemeinden von wenigen Steuerpflichtigen.

(Harry Glawe, CDU: Ja, und was machen die?)

Und deshalb ist eine Gemeindefinanzreform überfällig. Im Frühjahr wird eine Kommission dazu eingesetzt, das hat Finanzminister Eichel den Kommunen zugesagt und Mecklenburg-Vorpommern wird daran mitarbeiten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Erst werden die
Kommunen belastet und zwei Jahre später
wird dann eine Kommission eingesetzt.)

Meine Damen und Herren von der Opposition, hören Sie zu!

(Harry Glawe, CDU: Und Rostock
hat darunter ja auch zu leiden, Herr
Ministerpräsident. Das wissen Sie ja.)

Hätten wir im Bund heute noch einen vergleichbaren Haushalt wie 1998, dann betrüge das gesamtstaatliche Defizit heute 4 Prozent und nicht 2,6 oder 2,7 Prozent. Das sind die Tatsachen.

(Nils Albrecht, CDU: Zahlenspielerei.)

Wissen Sie was, Sie und Ihre Parteifreunde von der CDU in Berlin hätten keinen Blauen Brief aus Brüssel bekommen, so viel steht fest. Sie hätten die rote Karte bekommen, wenn sie weiter dran gewesen wären.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Nils Albrecht, CDU: Berlin hat die rote Karte.)

Im Bund und im Land, meine Damen und Herren, haben wir unsere finanzpolitischen Hausaufgaben gemacht.

(Hermann Bollinger, CDU: Das bilden
Sie sich auch nur ein. – Harry Glawe, CDU:
Wer foul spielt, kriegt immer ‘ne rote Karte.)

Andere Länder, wie zum Beispiel Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, noch nicht, darauf haben meine Vorredner schon hingewiesen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Wir sind die Schlusslichter.)

Dort hat sich im vergangenen Jahr, hören Sie zu, die Kreditaufnahme verdreifacht.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Auf welchem Niveau denn?!)

Wir in Mecklenburg-Vorpommern waren nicht der Adressat der Rüge von Hans Eichel. Das sind andere.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Und Sie waren nie dabei.)

Im Land setzen wir trotz Ihrer unsachlichen Polemik den Kurs der Haushaltskonsolidierung fort.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dass Sie
hier Polemik machen, das haben wir
in den letzten fünf Minuten gehört.)

Dafür müssten normalerweise alle politischen Kräfte an einem Strang ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Hermann Bollinger, CDU)

Ich kann Ihnen nur sagen, das trifft auch für diesen Wahlkampf zu: Keine Forderungen ohne solide Deckungsvorschläge,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

meine Damen und Herren von der Opposition. Das ist das Gebot der Gegenwart und nicht nur der Gegenwart, sondern das ist auch das Gebot der Zukunft. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ministerpräsident.

Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Borchert von der Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Richtig ist, im Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997 haben sich die Mitgliedsstaaten verpflichtet, mittelfristig einen nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt zu erreichen. Damit ist Deutschland eine völkerrechtliche Verpflichtung eingegangen. Richtig ist auch, die im Vertrag festgeschriebenen Kriterien zur Einhaltung von Verschuldungsgrenzen gelten nicht nur für den Bund, sondern sind auch von den Ländern einzuhalten. Richtig ist, Bundesfinanzminister Eichel hat das Ziel, einen nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt zu erreichen, für das Jahr 2004 anvisiert.

Meine Damen und Herren, nicht richtig ist, wie die Antrag stellende Fraktion behauptet, dass es darum geht, bis zum Jahr 2004 ein gesamtstaatliches Defizit von null zu erreichen. Gemeint ist, Herr Riemann, dass das Einhalten des öffentlichen Defizits im Rahmen des Referenzwertes von 3 Prozent des Bruttoinlandproduktes zu erfolgen hat, und wenn das Wirtschaftswachstum in Deutschland einen moderaten Aufschwung nimmt, kann durchaus die Defizitquote 0,5 Prozent des Bruttoinlandproduktes betragen. Ein solcher Wert ist dann als nahezu ausgeglichen anzusehen.

Herr Nolte,

(Georg Nolte, CDU: Hier ist er.)

im Mai erwarten wir die neue Steuerschätzung. Sie haben darauf hingewiesen und diese Steuerschätzung wird dann die Grundlage für eine sachgerechte Diskussion sein, wie die Frage eines nahezu ausgeglichenen Staatshaushaltes bis 2004 zu erreichen ist. Die Finanzminister aller Länder, ob nun SPD oder CDU, sitzen dann nämlich in einem Boot, wenn sie sich demnächst im Finanzplanungsrat zu diesem Thema zu verständigen haben.

(Georg Nolte, CDU: Genau so ist es.)

So ist es. Es geht um die Gesamtverantwortung, Herr Nolte.

Meine Damen und Herren, jede Regierungsebene, also Bund, Länder und Gemeinden, ist gefordert, ihren Beitrag zu leisten, einen, wie es der Stabilitäts- und Wachstumspakt vorschreibt, nahezu ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Zur Verwirklichung dieser gesamtstaatlichen Aufgabe sind die Anstrengungen aller notwendig. Aller, damit meine ich alle, die sich verantwortlich fühlen für das Gemeinwohl im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden, unabhängig davon, welches Parteibuch sie in der Tasche tragen.

Meine Damen und Herren, die Antrag stellende Fraktion fordert dieses Hohe Haus auf, die Schuldzuweisungen des Bundesfinanzministers bezüglich der Haushaltspolitik von Ländern und Gemeinden zurückzuweisen. Für uns, für Mecklenburg-Vorpommern, gilt, wir ziehen uns diese Jacke nicht an, wir brauchen uns nicht angesprochen zu fühlen, denn erstens sind die Haushaltsentwicklungen der Länder differenziert zu betrachten, und an dieser Stelle will ich keinesfalls eine Ostländer-Westländer-Debatte entfachen, das liegt mir fern. Ich will aber einige Fakten benennen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das hat
Frau Keler schon vorhin gemacht.)

Das Bundesfinanzministerium, Herr Riemann, hat in der Einschätzung der Entwicklung der Länderhaushalte im Jahre 2001 festgestellt,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

dass die Ausgaben der westdeutschen Flächenländer, Herr Riemann, ob CDU- oder SPD-regiert, gegenüber dem Vorjahreszeitraum mit einem Zuwachs von 3,1 Prozent überdurchschnittlich stark angestiegen sind, die Ausgaben in den neuen Ländern im Vergleich zum Vorjahr dagegen um 1,4 Prozent zurückgeführt wurden. Während also in den ostdeutschen Ländern die Ausgabendynamik deutlich gebremst wurde, lagen die westdeutschen Länder mit ihrem Ausgabenwachstum über den Empfehlungen des Finanzplanungsrates und damit auch nicht in den entsprechenden Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Zweitens hat Mecklenburg-Vorpommern seit dem Amtsantritt der Finanzministerin Sigrid Keler die Nettoneuverschuldung drastisch zurückgefahren. Im Jahr 1995 betrug die Nettokreditaufnahme noch über 1 Milliarde Euro. In 2001 lag die Kreditaufnahme dann nur noch bei knapp 300 Millionen Euro. Die Zunahme der Gesamtverschuldung konnte also entscheidend gebremst werden. Unser Land und der absolut größte Teil aller Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern leisten also jetzt bereits einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Absenkung des gesamtstaatlichen Defizits.

(Beifall Dr. Henning Klostermann, SPD,
und Heinz Müller, SPD)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion setzt anscheinend wieder einmal auf das, wie man so schön sagt, kurze Gedächtnis der Wählerinnen und Wähler. Sie werden sich wohl aber noch an die Botschaft, die der ehemalige Bundesfinanzminister Waigel 1997 aus Brüssel erhielt, erinnern. Seinerzeit ging es um die Einhaltung der Defizitquote, nämlich der 3,0-Prozent-Grenze, die Deutschland beim Eurostart zu überschreiten drohte. Der Ideenreichtum des damaligen Bundesfinanzministers schien grenzenlos zu sein, unter anderem wollte er die Goldreserven der Bundesbank, um das Defizit zu drücken.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das
wollen heute einige Grüne auch.)

Das, meine Damen und Herren, bezeichne ich nicht als seriöse Finanzpolitik, von nachhaltiger Finanzpolitik ganz zu schweigen.

(Harry Glawe, CDU: Bei Ihnen
kann man von gar nichts reden.)

Was ich damit sagen will, meine Damen und Herren Antragsteller, Ihr heute hier eingereichter Antrag mit einem Rundumschlag gegen die rot-grüne Bundesregierung bringt unser Land Mecklenburg-Vorpommern in keiner Weise, keinen Schritt, keinen Millimeter weiter. Im Gegenteil, es ist Wahlkampfgetöse, das nur zur Verunsicherung der Menschen führen könnte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Meine Damen und Herren, Brüssel hat eine Frühwarnung der Europäischen Union an Deutschland gesendet. Weder Länder noch Gemeinden werden in Haftung genommen,

(Harry Glawe, CDU: Schlimm genug.)

wie Sie behaupten. Das Brüsseler Frühwarnsystem ist auch ein Signal dafür, die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neu zu ordnen. Dazu gehört, hier bereits heute angesprochen, unter anderem auch die Gemeindefinanzreform, die den Ländern zu mehr eigenen Steuereinnahmen verhilft, damit sie von der Staatsverschuldung vielleicht eher wegkommen.

Ich möchte meine Ausführungen, die ich im Januar im Rahmen der Aktuellen Stunde gemacht habe, nicht noch einmal wiederholen, sondern nur daran erinnern, dass Bund, Länder und Gemeinden dieses längst erkannt haben. Noch in dieser Legislaturperiode wird sich eine Kommission, bestehend aus Vertretern von Bund, Ländern, Kommunen, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gewerkschaften, mit diesen grundsätzlichen Problemen des kommunalen Finanzsystems befassen und eine umfassende Gemeindefinanzreform vorbereiten.

Meine Damen und Herren, das Maastricht-Kriterium, Abbau der Verschuldung, hat die rot-rote Landesregierung in den vergangenen Jahren mit der jährlichen Aufstellung des Landeshaushaltes sehr ernst genommen und ich meine, wir können heute froh darüber sein, dass wir uns seit 1996, seit dem Amtsantritt der Finanzministerin Sigrid Keler, auf dem richtigen Kurs befinden, dem Kurs der Haushaltskonsolidierung. Und Haushaltskonsolidierung heißt übrigens auch Nachhaltigkeit für die politische Handlungsfähigkeit. Einige westdeutsche Bundesländer haben eben nicht die Neuverschuldung so konsequent heruntergefahren, deshalb trifft sie möglicherweise die Ermahnung besonders hart.

Meine Damen und Herren, zu Lasten zukunftssichernder Investitionen haben wir in unserem Land das gesamtstaatliche Defizit allerdings nicht abgebaut. Im Gegenteil, wir verstehen unter zukunftssichernden Investitionen zum Beispiel die Maßnahmen, die wir im Fonds „Zukunft für die Jugend in Mecklenburg-Vorpommern“ festgeschrieben haben,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

die Schaffung des BioCon Valley Verbundes, die Wasserstoffenergietechnik, die Biotechnologie oder den Multimediabereich. In unserem Land wird jährlich investiert in den Hochschulbau, in die maritime Wirtschaft, in die Ernährungsgüterwirtschaft, in die Entwicklung ländlicher Räume, in den Bereich Tourismus, in den Wohnungsbau, in den Sportstättenbau und vieles andere mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Harry Glawe, CDU: Das ist alles
in Ordnung, aber das reicht nicht.)

Meine Damen und Herren, das sind zukunftssichernde Investitionen. Und was ganz entscheidend ist, diese Investitionen sind seriös und sicher ausfinanziert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Riemann, und Herr Nolte hat das ja auch angesprochen, ich kann Ihnen hier versichern, die SPD wird auch in Zukunft

(Harry Glawe, CDU: Das
glaubt doch keiner mehr.)

hier in Mecklenburg-Vorpommern dafür sorgen, dass wir ein hohes Investitionsniveau beibehalten.

Meine Damen und Herren, und jetzt komme ich mal zum Punkt 3 des Antrages. Zutreffend wäre eigentlich ein Antrag, der nicht den Landtag, sondern die CDU-Fraktion auffordert, sich zu ihrer Verantwortung zu bekennen,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

zukünftig einen Beitrag zum Abbau des gesamtstaatlichen Defizits zu leisten. Denn Verantwortung gilt natürlich auch für die Opposition. Für uns als SPD muss ich klar sagen, wir brauchen diese Aufforderung von Ihnen nicht, wir machen es seit mindestens 1996.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Solche Forderungen wie von Hansi Scheringer haben wir nie aufgestellt.)

Herr Riemann, ja, vielleicht mal so als Scherz. Ich weiß, es geht nicht. Das ist ja Ihr Antrag. Vielleicht mal so als kleinen Vorschlag, darüber nachzudenken, wenn ich mir den Punkt 3 so ansehe. Ich könnte mir schön vorstellen, dass er auch anders formuliert werden könnte, nicht der Landtag und so weiter, sondern die CDU bekennt sich zu ihrer Verantwortung und so weiter und so fort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Barbara Borchardt, PDS – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Das würde sicherlich passen.

Meine Damen und Herren, ich habe so wie Frau Keler und andere natürlich auch mal das CDU-Wahlprogramm gelesen und muss schon sagen, interessant, wie es bei Programmen so ist. Und als Finanzpolitiker guckt man natürlich auch mal, was ist denn da möglicherweise finanzrelevant in dem CDU-Wahlprogramm „Zukunft für Mecklenburg-Vorpommern“. Und da lese ich, das entspricht dann natürlich auch der Gesamtverantwortung. Sie verkünden Ihre Absicht, die Neuverschuldung weiter konsequent herunterzufahren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist ja in Ordnung.)

Jawohl, in Ordnung. Gleichzeitig, Herr Riemann, machen Sie allerdings Wahlversprechen, die dieser Absicht völlig entgegenstehen. Ich habe mir mal sieben ungedeckte Schecks herausgezogen, sieben ungedeckte Schecks, Kostproben von Wahlversprechen aus Ihrem Wahlprogramm.

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben Sie das wirklich oder war das Ihr Redenschreiber? – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Riemann, ich habe es bei mir auf dem Tisch liegen. Wunderbar, Ihr CDU-Wahlprogramm.

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS – Volker Schlotmann, SPD: Er schließt von sich selbst auf andere.)

Internet haben wir auch, das ist ja ganz in Ordnung.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Herr Riemann, vielleicht rechnen Sie mal mit. Sie können mir ja anschließend sagen, was es kostet. Sie haben es ja alles durchgerechnet.

(Barbara Borchardt, PDS: Verlangen Sie mal nicht so viel von ihm! – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Erster ungedeckter Scheck, Frau Peters: Flächendeckende Einführung von Ganztagsschulen im ländlichen Raum –

(Harry Glawe, CDU: Was haben Sie dagegen?)

auf die Rechnung bin ich gespannt.

(Harry Glawe, CDU: Die kriegen Sie. – Angelika Peters, SPD: Hört, hört! – Reinhard Dankert, SPD: Die Rechnung, aber nicht die Schulen. – Volker Schlotmann, SPD: Ja, die Rechnung kriegen wir.)

Zweitens. Ein umfassendes Schulsanierungsprogramm.

Drittens. Abschaffung der Wartefrist für Privatschulen, um ein positives Gründungsklima für neue Privatschulen zu schaffen. Das ist nicht nur finanzrelevant für das Land, das hat möglicherweise auch allerhand Folgen, nämlich dann, wenn es umgesetzt wird, für die Schulentwicklungsplanung in den Landkreisen

(Heinz Müller, SPD: Und damit für die Kommunalfinanzen.)

und damit für die Kommunalfinanzen. Danke, Herr Müller. Ja.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Vierter ungedeckter Scheck: Aufstockung der Personalbesetzung in der Fläche bei der Polizei. Hört sich gut an.

(Hannelore Monegel, SPD: Wünsch dir was! – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU – Minister Dr. Wolfgang Methling: Kostenneutral. – Wolfgang Riemann, CDU: Ja, kostenneutral. – Volker Schlotmann, SPD: Die CDU ist kostenneutral.)

Fünftens. Als Erstes und ganz schnell, sowie Sie in der Regierung sind, ganz viele zusätzliche Stellen für Richter, Staatsanwälte und den Folgedienst.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist alles kostenneutral oder was?)

Alles kostenneutral. Zum Deckungsvorschlag komme ich dann ja noch.

(Heinz Müller, SPD: Neckermann macht’s möglich. – Wolfgang Riemann, CDU: Wir sparen zwei Ministerien ein.)

Es gibt ja einen Deckungsvorschlag.

Sechstens. Eine Erhöhung und eine brisante sowie dynamische Entwicklung der Eigenheimförderung für junge Familien.

(Peter Ritter, PDS: Da sparen wir Milliarden. – Volker Schlotmann, SPD: An der Côte d’ Azur.)

Und siebtens. Das finde ich total interessant, Sie planen, Investitionen, Infrastrukturmaßnahmen vorzuziehen. Ich gehe mal davon aus, auch Vorziehen kostet Geld.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wir müssen in Vorleistung gehen, Herr Borchert, natürlich.)

Wenn ich etwas früher investieren will, als in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen, muss ich es finanzieren,

(Barbara Borchardt, PDS: Vielleicht holen Sie Ihre schwarzen Koffer wieder raus.)

sehr ehrgeizige Ziele.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Aus Bundesmitteln vorfinanziert.)

Und jetzt komme ich mal zu Ihrem Deckungsvorschlag: Reduzierung der Anzahl von Ministerien.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Ich persönlich finde es gar nicht so unsympathisch. Ich meine, es wird ja auch bei der SPD und PDS sicherlich diskutiert.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Die PDS hat das im Wahlprogramm.)

Aber das ist ja nicht die Frage. Sie müssen sich mal vorstellen, dass Sie mit solch einem Finanzierungsvorschlag all das finanzieren wollen, was Sie hier als Wahlversprechen demnächst den Wählerinnen und Wählern verkaufen wollen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ein Ministergehalt
macht ein ganzes Schulbausanierungsprogramm.)

Und das ist unseriös und hat auch überhaupt nichts mit verantwortungsvoller Finanzpolitik zu tun. Das gehört eigentlich überhaupt nicht in die seriöse Politik, wie gesagt, und ich gehe davon aus, dass die Wählerinnen und Wähler das auch entsprechend erkennen werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Volker Schlotmann, SPD: Wundertüte CDU. –
Wolfgang Riemann, CDU: Da sind
aber noch mehr Vorschläge drin.)

Also, Herr Riemann, machen wir uns doch nichts vor, es sind Wahlversprechen, die den Wählerinnen und Wählern Sand in die Augen streuen,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

das ist ganz offensichtlich.

(Harry Glawe, CDU: Ihnen sind
die Ideen ja ausgegangen.)

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich Ihnen ein Zitat des sächsischen Finanzministers Thomas de Maizière, seines Zeichens CDU-Mitglied, das ich in der „Welt“ vom 20. Februar lesen konnte in dem Artikel „Sparkurs wird Ost-Länder hart treffen“, nicht vorenthalten. Ich zitiere: „Was Eichel gemacht hat, war zwar im Verfahren unmöglich, aber in der Sache richtig, auch wenn es zu spät kommt.“ Im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, hat Ihr Parteifreund Herr de Maizière erkannt, worum es in der Sache überhaupt geht, nämlich um die Gesamtverantwortung beim Abbau des gesamtstaatlichen Defizits. Ihren Antrag lehnen wir ab. Er ist überflüssig, in der Sache falsch. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Borchert.

Da die Landesregierung ihre angemeldete Redezeit um zehn Minuten überschritten hat, steht diese der Oppositionsfraktion zusätzlich zur Verfügung.

(Reinhard Dankert, SPD, und
Volker Schlotmann, SPD: Oh nee!)

Herr Riemann, Sie haben das Wort, bis zu 13 Minuten.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Barbara Borchardt, PDS: Sie sind aber
auch so was von leidensfähig hier.)

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! So lange werde ich nicht reden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS – Heinz Müller, SPD:
Das ist die erste vernünftige Aussage
heute von Ihnen.)

Aber, Herr Borchert, Haushaltskonsolidierung ist eben kein Selbstzweck. Und wenn Haushaltskonsolidierung dazu führt, dass mehr an Arbeitslosigkeit in diesem Land da ist, wenn Haushaltskonsolidierung dazu führt, dass man bei den anderen statt bei sich selber spart, dann ist das eben nicht die richtige Finanzpolitik.

Und, Herr Borchert, Sie wissen sehr wohl, dass wir während der Haushaltsverhandlungen Vorschläge gemacht haben und dass wir dann am Jahresende sowohl bei dem 2000er als auch bei dem 2001er bei der Haushaltsabrechnung die Minderausgaben in den einzelnen Positionen gefunden haben, die wir als Deckungsvorschläge gebracht haben.

(Rudolf Borchert, SPD: Ein Prozent!)

Und wenn Sie hier schon Herrn de Maizière zitieren, Herr Borchert, dann bitte ich Sie auch, ihn vollständig zu zitieren und nicht etwas aus dem Satz herauszureißen, um nachher zu beweisen, dass Sie vielleicht Recht haben.

(Barbara Borchardt, PDS: Das kann
doch jeder machen, wie er will.)

Und, Herr Ministerpräsident, …

(Heinz Müller, SPD: Na, dann
sagen Sie es doch mal ganz!)

Ich bringe Ihnen das Zitat, ich habe nämlich den Artikel auch ganz gelesen.

Und, Herr Ministerpräsident, warum sagen Sie in Ihrer Rede nichts zur Zukunft des Aufbau Ost und seiner künftigen Finanzierung? Warum sagen Sie dort nicht, dass Eichel mit einem Sparpaket massive Kürzungen plant? Und warum sagen Sie nicht, Herr Ministerpräsident, dass mit der Wiedervereinigung enorme gesamtstaatliche Lasten zu schultern waren, für die führend Ihr Koalitionspartner Verantwortung trägt

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das habe ich
schon so lange vermisst, Herr Riemann.)

und die auch zu einem Schuldenaufbau nach der Wende geführt haben? Warum sagen Sie das dann auch nicht?

(Angelika Gramkow, PDS:
Haben Sie mir nicht zugehört?)

Andere Ministerpräsidenten auch Ihrer Partei sind da schon weiter.

(Angelika Gramkow, PDS: Das kann ich noch
alleine sagen. Dazu brauche ich keinen. –
Reinhard Dankert, SPD: Es gab
doch mal so Blockflöten hier.)

Und warum, Herr Ministerpräsident, sagen Sie den Menschen nicht, dass über Steuererhöhungen ein Sparpaket geplant ist und dass hier wiederum die Kleinen

getroffen werden? Und warum sagen Sie hier vor dem Plenum nicht, dass das gesamtstaatliche Defizit eben von 2,2 auf 2,7 von 1998 bis 2001 gestiegen ist, trotz eines Sparkommissars? Und, Herr Ministerpräsident, letztendlich, warum sagen Sie hier nichts zu den Steuerausfällen der Gemeinden, warum beschimpfen Sie die Gemeinden in den Medien

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Ute Schildt, SPD: Das hat er gar nicht gemacht. – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

dieses Landes und außerhalb dieses Landes? – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD: Das war nicht doll.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, über die einzelnen Ziffern des Antrages gesondert abstimmen zu lassen.

Ich rufe damit auf die Ziffer 1 des Antrages der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2732. Wer der Ziffer 1 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 bei Zustimmung der Fraktion der CDU und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei einer Stimmenthaltung der SPD-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe auf die Ziffer 2 des Antrages der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2732. Wer der Ziffer 2 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 2 mit demselben Abstimmungsergebnis abgelehnt.

Ich rufe jetzt auf die Ziffer 3 des Antrages der Fraktion der CDU auf der Drucksache 3/2732. Wer der Ziffer 3 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist bei Jastimmen der CDU-Fraktion und eines Abgeordneten der SPD-Fraktion sowie bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und PDS die Ziffer 3 abgelehnt.

Ich rufe auf die Ziffer 4 des Antrages der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2732. Wer der Ziffer 4 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist auch die Ziffer 4 mit dem gleichen Abstimmungsergebnis wie bei Ziffer 3 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Neufassung Seeunfall-Untersuchungsgesetz – Erhalt der Seeämter, auf Drucksache 3/2729(neu). Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/2777 vor.

Antrag der Fraktion der CDU:
Neufassung Seeunfall-Untersuchungsgesetz – Erhalt der Seeämter
– Drucksache 3/2729(neu) –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS
– Drucksache 3/2777 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Thomas von der Fraktion der CDU.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Bundestag hat am 21. Februar in Zweiter und Dritter Lesung über das Zweite Seeschifffahrtsanpassungsgesetz beraten. Kernbereich des Gesetzes ist die Seeunfalluntersuchung. Das Gesetz wurde von Rot-Grün gegen den Willen der Küstenländer, der gesamten Opposition einschließlich der PDS und gegen den Willen aller maritim orientierten Fachverbände im Bundestag beschlossen.

Bezeichnend für Rot-Grün waren die Ausführungen der Parlamentarischen Staatssekretärin Angelika Mertens. Die Sachargumentation der Staatssekretärin zum Seeunfalluntersuchungsgesetz beschränkte sich am 21. Februar im Kern auf folgende Schwerpunkte:

Erstens. Dem, was an der Küste so verbreitet wird, solle man keinen Glauben schenken.

Zweitens, Zitat: „Wir haben mit dem SeeUG wieder den Standard erreicht, den uns andere vorgegeben haben. Mit AIS und mit Notschleppkapazitäten setzen wir Standards. Ich denke, das, was wir gemacht haben, kann sich mehr als sehen lassen.“

Noch nie, sehr geehrte Damen und Herren, klafften die Träume rot-grüner Landeier und die Realitäten an der Küste so weit auseinander wie bei dieser Regierungsvertreterin.

Drittens, Zitat der Frau Mertens: „Journalisten sind sicherlich manchmal kluge Leute, aber in diesem Falle sind Sie auf dem Holzweg. Ich sage noch einmal: Die Seeamtsverhandlungen werden weiterhin stattfinden.“

Viertens, Zitat: „Ich sage noch einmal: Ein Seeamt ist eine Behörde und darf nach dem Grundgesetz sowie der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht unabhängig agieren.“

Und dazu ist zu sagen, die Behördenebene ist hier nicht entscheidend. Das bisherige Verfahren orientierte sich am Gerichtsverfassungsgesetz.

Nach dem schon geltenden Gesetz wurden die Ursachen und Umstände der Seeunfälle durch die Seeämter objektiv ermittelt, sachgerechte Empfehlungen zur Verbesserung der Schiffssicherheit gegeben und, wenn nötig, der Entzug von Berechtigungen, sprich Patenten, ausgesprochen. Diese Zweistufigkeit wird mit dem Gesetz abgeschafft. Die objektive Feststellung der Ursachen eines Seeunfalls durch das Seeamt soll mit diesem Gesetz in Anlehnung an die Flugunfalluntersuchung in ein verwaltungsinternes Verfahren umgewandelt werden.

Das Bundesoberseeamt Hamburg wird per Gesetz zur Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung. Der Untersuchungsführer soll nicht wie beim Seeamt Jurist, sondern nur noch Mitarbeiter mit nautisch-technischer Qualifikation sein. Die bisherigen Seeämter behalten nur noch die Zuständigkeit zum Entzug von Patenten. Gutachterliche Untersuchungen fallen weg. Das Vorprüfverfahren soll durch die Wasser- und Schifffahrtsdirektion erfolgen.

Damit wird die bisherige Tätigkeit der Seeämter auf circa zehn Prozent reduziert, das heißt doch letztlich Abschaffung der Seeämter. Und wir müssen uns wirklich fragen: Für wie naiv hält uns eigentlich die Bundesregierung?

Beim verwaltungsinternen Verfahren wird im Gegensatz zu den Seeamtsverfahren die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Damit entfällt der bisherige Grundsatz der Seeunfalluntersuchung, die immer dann stattfinden musste, wenn ein öffentliches Interesse vorlag. Diese Grundzüge der so genannten Neuregelung offenbaren ein Demokratieverständnis, das nicht das unsere ist, und den fehlenden Sachverstand für die praktische Schiffssicherheit. Die Verwaltung bestimmt im eigenen Interesse, was von öffentlichem Interesse ist, das heißt, die Behörde kontrolliert sich selbst. Das öffentliche Interesse wird damit de facto abgeschafft. Der Sachverstand aller maritimen Verbände bleibt außen vor und das bedeutet praktisch:

1. Steuerung von Informationen auch an die Medien,
2. Vertuschung von eigenem Fehlverhalten,
3. Empfehlungen zur Verhinderung von Unfällen werden der Interessenlage der jeweiligen Behörde geopfert und
4. die Bundesregierung pfeift damit letztlich auf die Sicherheitsinteressen der fünf norddeutschen Küstenländer.

Und gerade das haben wir leider seit der „Pallas“-Katastrophe an der Küste mittlerweile hautnah erleben müssen – Ignoranz bis zur nächsten Katastrophe.

Rot-Grün behauptet, dass das derzeitige Seeunfalluntersuchungsgesetz nicht dem internationalen Standard entspricht und deswegen zwingend geändert werden müsste. Dazu ist festzustellen:

1. IMO-Code A.849(20)

Dieser Code beruht auf der Verpflichtung jedes Flaggenstaates, die Untersuchung jedes Unfalls durchzuführen, der einem seiner Schiffe zugestoßen ist. Entscheidend für den Staat ist, dass der Unfall schädliche Auswirkungen auf die Umwelt gehabt hat und dass mit der Untersuchung Vorschläge zur Verbesserung bestehender Vorschriften gegeben werden können. Der Code berücksichtigt auch den Artikel 94 des UN-Seerechtsübereinkommens, nach dem jeder Flaggenstaat zu Ereignissen auf hoher See Untersuchungen durchführen muss, wenn das Ereignis im Zusammenhang mit der Führung eines Schiffes oder mit anderen befähigten Personen steht.

Das im IMO-Code festgeschriebene Ziel jeder Unfalluntersuchung ist „die Verhinderung von Unfällen dieser Art in der Zukunft. Bei der Untersuchung von Seeunfällen werden die Umstände des betreffenden Unfalls sowie seine Ursachen und die den Unfall begünstigenden Faktoren ermittelt; dies geschieht dadurch, dass Informationen gesammelt und ausgewertet und die entsprechenden Schlussfolgerungen gezogen werden.“ So weit das IMO-Zitat. Gerade das entspricht den bisherigen Grundsätzen der Untersuchungen der Seeämter. Das geltende Seeunfalluntersuchungsgesetz widerspricht also nicht den Vorgaben der IMO.

2. Verlangt das EU-Recht eine Änderung dieses Gesetzes?

Zur Zeit des Gesetzentwurfes stand eine EG-Richtlinie über europäische Schiffssicherheit im Raum, die es noch nicht gibt. Wenn also die Absicht besteht, einen europäischen Standard für Seeunfalluntersuchungen festzuschreiben, dann ist die gesetzliche Eile für diesen deutschen Sonderweg völlig unangebracht. Die Verfechter des rot-grünen Gesetzentwurfes behaupten, dass eine EU-Richtlinie die Gesetzesänderung erforderlich macht. Auch das ist falsch. Diese Richtlinie betrifft nur die von den Mitgliedsstaaten zu veranlassende Umsetzung, dass alle Mitgliedsstaaten an der Untersuchung eines Seeunfalls mitwirken können. Dafür muss man kein Gesetz ändern, das ist mit der Einfügung eines knappen Satzes erledigt.

3. Muss das Seeunfalluntersuchungsgesetz dem Flugunfalluntersuchungsgesetz angepasst werden?

Schiffs- und Flugunfälle sind überhaupt nicht miteinander zu vergleichen. Nach Flugzeugunfällen wird versucht, mit Hilfe der Blackbox und der Überreste des Flugzeuges den Unfallverlauf zu rekonstruieren. Fast ausschließlich steht dabei die hochkomplizierte technische Aufklärung im Vordergrund. Im Gegensatz dazu beruhen 80 Prozent aller Seeunfälle auf menschlichem Versagen. Bei Flugzeugkatastrophen, bei denen es in der Regel leider keine Überlebenden gibt, geht es also um die technische Analyse komplex ineinandergreifender Systeme, in der Seeschifffahrt aber um die Bewertung menschlichen Verhaltens bei der Ursachenermittlung.

Der gesetzliche Nachholbedarf besteht also gar nicht.

In der Gesetzesbegründung ragt neben haarsträubenden Formulierungen auch die Kritik am derzeitigen Seeamtsverfahren heraus. Das Verfahren sei nicht akzeptabel, weil es ein „hoheitlich richtendes“ Verfahren sei. Damit wird unterstellt, dass es eine Tendenz zur Konzentration der Unfalluntersuchungen auf das Bordpersonal gebe. Auch das ist falsch. Eine der wichtigsten Neuregelungen im derzeitig geltenden Seeunfalluntersuchungsgesetz war die rechtliche Möglichkeit, außer der Besatzung Reedereien, Werften und Verwaltungen als direkte Beteiligte anzusehen und zu den Verhandlungen zu laden.

Auch der Wasserschutzpolizei wird von Rot-Grün unterstellt, dass sie nicht „unvoreingenommen“ sicherheitsrelevante Tatsachen und Ursachen im Auge hat. Ja, wer dann, wenn nicht die Wasserschutzpolizei?!

Beanstandet wird auch, dass infolge eines Seeunfalls den Beteiligten sofort Patente vom Seeamt entzogen werden können. Aber gerade das ist doch eine sofortige und in die Zukunft gerichtete Maßnahme zur Verbesserung der Schiffssicherheit.

Kritisiert wird von Rot-Grün auch die Besetzung der Seeämter, also ein Jurist und zwei Beisitzer mit nautischem und technischem Sachverstand. Aber gerade die ist doch sachgemäß, weil die Vernehmung von Beteiligten und Zeugen bei Seeunfalluntersuchungen im Vordergrund stehen muss. Dafür wird eine juristische Ausbildung benötigt.

Die Transparenz der Entscheidungen der Seeämter gehört zu den Vorzügen des 15 Jahre alten Seeunfalluntersuchungsgesetzes. Deswegen wurde gegen Seeamtssprüche nur äußerst selten Widerspruch eingelegt. Die bisherigen Ermittlungen der Ursachen waren und sind für Reeder und Versicherer von großer Bedeutung. Das sind zentrale Punkte bei weiteren vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen, die nach einem Unfall zwingend zu erledigen sind.

Gerade die Öffentlichkeit zwingt das Seeamt und alle Beteiligten zur Objektivität. Mit fehlender Öffentlichkeit geht nicht nur Objektivität, sondern auch Rechtsstaatlichkeit verloren. Die internen und nicht öffentlich geführten

Untersuchungen zum „Estonia“-Untergang haben aus der Sicht aller Experten nicht zum Rechtsfrieden in Skandinavien und Estland beigetragen. Sogar die Meyer Werft sah sich genötigt, eine eigene Untersuchungskommission einzusetzen.

Die Kernargumente der Befürworter für den im Bundestag beschlossenen Gesetzentwurf, denke ich, habe ich damit dargelegt. Sie sind nicht zutreffend und das ist auch nicht mit der bestehenden Gesetzeslage so direkt zu vergleichen. Die Argumente der Bundesregierung, die uns in diesem Gesetz vorgehalten werden, sind für uns an der Küste nicht überzeugend. Sie sind weder stichhaltig noch praktisch im Sinne der Verbesserung der Schiffssicherheit.

Das derzeitige Seeunfalluntersuchungsgesetz entspricht grundsätzlich dem internationalen Standard. Für die Ergänzung an die Erfordernisse des IMO-Codes und der EG-Richtlinie bedarf es nur der Zustimmung zu der, denke ich, uns allen bekannten Empfehlung der fünf norddeutschen Küstenländer und ich denke, dass dieses Parlament wenigstens abschließend zu dieser Empfehlung steht. Und die steht im Gegensatz zu diesem Gesetz der Bundesregierung. Ich bitte Sie deshalb namens meiner Fraktion um Zustimmung zu unserem Antrag und insgesamt um Ablehnung des von der Bundesregierung vorgelegten Seeunfalluntersuchungsgesetzes und natürlich um ein dementsprechendes Abstimmungsverhalten im Bundesrat. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster erhält das Wort der Wirtschaftsminister des Landes Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, wir sind uns hier alle einig, dass das Seeamt in Rostock erhalten bleiben muss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Torsten Koplin, PDS)

Das Seeamt in Rostock hat zwei Beschäftigte und die leisten gute Arbeit. Und deshalb habe ich mich auch für den Erhalt des Seeamtes eingesetzt und von der Bundesregierung die Zusage erhalten, dass das Seeamt in Rostock erhalten bleibt.

Diesen Teil des Antrages, meine Damen und Herren – jetzt wollt ich gerade Herrn Thomas ansprechen –, …

(Angelika Peters, SPD:
Herr Thomas ist in der Nische.)

Herr Thomas ist in der Nische.

Diesen Teil Ihres Antrages, Herr Thomas, hat die Landesregierung damit schon ohne Ihre Aufforderung abgearbeitet. Da hätten Sie sich vorher informieren können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Sie hätten sich auch vorher informieren sollen.

Meine Damen und Herren, mit der Neufassung des Seesicherheits-Untersuchungs-Gesetzes will die Bundesregierung das Verfahren zur Seeunfalluntersuchung verändern. Ein Kernpunkt dabei ist die Schaffung einer Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung. Außerdem soll das öffentliche Seeamtsverfahren abgeschafft werden. Das neue Verfahren wäre dann ähnlich dem bei Bahn- und Flugunfällen. Darum geht der Streit und dagegen gibt es Widerstand aus den Ländern.

Verkehrs- und Innenausschuss des Bundesrates haben sich deshalb für die Anrufung des Vermittlungsausschusses ausgesprochen. Unser Ziel war und ist es, eine gemeinsame Position der Küstenländer zu erreichen. Die Küstenländer können nur dann ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, wenn sie mit einer Stimme sprechen. Und darum bemühen wir uns gegenwärtig. Wenn wir eine gemeinsame Position hinbekommen, könnte das die Grundlage sein für einen Plenarantrag zur Sitzung des Bundesrates am 22. März 2002. Nur wenn wir uns einig sind, können wir damit Erfolg haben.

Meine Damen und Herren, die Sicherheit auf See, das ist ein wichtiges Thema gerade für ein Küstenland wie Mecklenburg-Vorpommern. In diesem Zusammenhang hat auch die Untersuchung von Unfällen auf See große Bedeutung. Unfallursachen müssen ermittelt werden, damit idealerweise Unfälle zukünftig vermieden werden können. Bei der Untersuchung von Unfällen kann sich auch herausstellen, dass Vorschriften geändert werden müssen, um mehr Schiffssicherheit zu erreichen. Die Seeunfalluntersuchung muss deshalb so organisiert werden, dass die Sicherheit auf See im Mittelpunkt steht. Daran darf es auch in Zukunft keine Abstriche geben und das ist das Ziel, an dem wir alle gemeinsam arbeiten müssen. – Danke sehr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Herr Neumann von der Fraktion der PDS.

Karsten Neumann, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich weiß nicht, warum Herr Thomas sich bemühen muss, uns die Zustimmung zu diesem Antrag noch ohne Not schwer zu machen,

(Torsten Koplin, PDS: So ist es.)

denn im Inhalt sind sich alle Fraktionen einig. Sie wollen, dass das Untersuchungsergebnis, das Ergebnis von detaillierten technischen Untersuchungen, von Befragungen, von Ermittlungen bei Seeunfällen, tatsächlich in einem öffentlichen Verfahren dargestellt und verhandelt wird. Dies ist der Kernpunkt der Forderungen bezüglich des vorliegenden Gesetzentwurfes der Bundesregierung. Und da sage ich mal, ich weiß nicht, ob es nun rot-grüne Landeier waren, aber ich weiß auf alle Fälle, es gibt auch schwarze. Und auf alle Fälle sind alle Blau-Weißen solche Landeier. Und da ist es vielleicht auch verständlich, wenn man auf den Gedanken kommen könnte, das System der Flugunfalluntersuchung dem der Seeunfalluntersuchung gleichzusetzen. Ich denke, es lohnt sich und wir müssen uns dieser Aufgabe stellen, uns die sehr detaillierte Begründung der Bundesregierung, weshalb sie für ein nichtöffentliches Verfahren ist, genau anzugucken und hier tatsächlich auch im Detail zu argumentieren. Denn diese Argumente sind sehr umfangreich und, da gebe ich

dem Antragseinreicher auch Recht, manchmal haarsträubend, bei mir ist die Gefahr allerdings nicht so groß. Trotzdem möchte ich Sie mit einigen Punkten der Drucksache 14/6455 vertraut machen.

Dort wird die Frage zur öffentlichen Verhandlung entschieden verneint, und zwar mit folgendem Argument: „Unter rechtsstaatlichen Aspekten unterliegt es keinem Zweifel, dass das erst vor kurzem im Rahmen des Flugunfall-Untersuchungs-Gesetzes von 1998 festgelegte Untersuchungsverfahren auch ohne eine öffentliche mündliche Verhandlung die gebotenen Anforderungen erfüllt.“ Tolle Begründung! Tolles Argument! „Unter rechtsstaatlichen Aspekten unterliegt es keinem Zweifel“ – wenn das tatsächlich so wäre, denke ich mal, bräuchten wir uns alle hier nicht zu unterhalten und auch die anderen Küstenländer nicht zu argumentieren.

(Torsten Koplin, PDS: Richtig.)

Zweites Argument: Mit dem zwingenden Erfordernis der Unabhängigkeit der Untersuchungsbehörde wäre es unvereinbar, wenn man ein öffentliches Verfahren machen würde. Da frage ich mich doch: Was machen wir denn in den Strafgerichtsprozessen? Abhängige Gerichtsbarkeit, weil sie öffentlich stattfinden? Also dieses Argument ist bei weitem haarsträubend.

Nächstes Argument: Die öffentliche Verhandlung im Seeamtsverfahren wird zwar verbreitet als Verbürgerung von Rechtsschutz im Sinne von Transparenz und Erleichterung der Akzeptanz und insofern als ein Beitrag zum Rechtsfrieden angesehen. Völlig richtig. Dagegen ist die Öffentlichkeit der Verhandlungen in dem sicherheitspolitisch sensiblen, jetzt durch ISN-Pflichten geprägten Verhältnis zwischen den Reedern und ihrem Bordpersonal oft problematisch.

(Gesine Skrzepski, CDU: Ja.)

Was will uns der Autor sagen?

(Torsten Koplin, PDS: Der ist in der Nische.)

Er will uns sagen, dass, wenn das Bordpersonal in einer öffentlichen Verhandlung aussagt, der Reeder hat Mist gebaut, sie das deshalb nicht sagen, weil sie um ihren Job fürchten. Das ist das Argument. Da frage ich mich mal wieder, was soll die Öffentlichkeit der Verhandlungen im Gerichtsverfassungsgesetz.

Nächstes Argument, das aufgeführt wird: Diese Form der Seeunfalluntersuchungen sei Teil einer modernen kooperativen Sicherheitskultur. Diese moderne kooperative Sicherheitskultur würde sich durch Folgendes auszeichnen – ich habe meiner Kollegin Frau Muth versprochen, den Satz hier vorzulesen:

(Caterina Muth, PDS: Ja, bitte. –
Torsten Koplin, PDS: Ein Bandwurmsatz.)

„An die Stelle des Streitregulativs ‚mündliche Verhandlung‘ tritt in der Verkehrsverwaltung das Sicherheitsregulativ der Produktion von Expertenwissen und Qualitätsressourcen, sicherheitsorientierter Sachkompetenz sowie der Sicherheitspartnerschaft der Verantwortlichen …“

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Torsten Koplin, PDS: Spitzenmäßig! –
Barbara Borchardt, PDS: Gut vorgelesen. Und weil sie es nicht verstehen, sind sie nicht da.)

Herr Helmrich, ne, wirklich, also selbst für Juristen ist dieser Satz eine Sternstunde.

(Barbara Borchardt, PDS:
Ist das ein Märchen heute?)

Was mag der sagen? Er sagt: „(‚Von Konfrontation zur Kooperation‘)“. Er sagt also aus, wir wollen nicht in einem Prozess Ankläger und Beklagten, die beide aus ihrer Sichtweise mit ihren Mitteln, mit ihren Rechten gemeinsam um das richtige Ergebnis ringen, sondern wir wollen in einer Sicherheitspartnerschaft der Verantwortlichen zu einer Kooperation kommen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das habe ich
aber immer noch nicht verstanden. –
Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Und das soll nur gewährleistet werden können durch Nichtöffentlichkeit der Verhandlung, also, und das schimmert überall durch, es zu unterbinden, dass die Öffentlichkeit, die Betroffenen, die Eltern der Opfer beispielsweise, aber eben auch wir als politisch Verantwortliche oder die Bürgerinnen und Bürger gerade ja in den Küstenstädten, die oft auch mit ihren Familienangehörigen der Seefahrt verbunden sind, eben keinen Einblick erhalten in widerstreitende Auffassungen und widerstreitende Aussagen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und das soll Teil einer modernen kooperativen Sicherheitskultur sein. Wer ist denn Teil dieser Sicherheitskultur, wenn nicht die Öffentlichkeit, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Schiffen, die Kapitäne und Bootsleute?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Dr. Armin Jäger, CDU)

Und dann kommt ein sehr schönes Argument: Die Hauptbetroffenen der Seeunfalluntersuchungen können ohnehin nicht zur mündlichen Verhandlung hinzugezogen werden. Es sind die potentiellen Opfer eines Unfalls. Richtig, gerade weil es um die potentiellen Opfer weiterer Unfälle geht, brauchen wir das öffentliche Verfahren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Dr. Armin Jäger, CDU)

Und jetzt kommt, entschuldigen Sie, wenn ich das so sage, jetzt kommt ein Beamtenargument.

(Heiterkeit bei Gesine Skrzepski, CDU)

Eine den internen Ermittlungen nachfolgende mündliche Verhandlung bei der Bundesstelle würde nicht dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit genügen. Warum? Weil es zu lange dauert. Weil es zu lange dauert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na ja, klar.)

Weil natürlich die öffentliche Verhandlung erst nach Abschluss der technischen Ermittlung und so weiter stehen kann.

(Torsten Koplin, PDS: Nicht
die Beamten beschimpfen!)

Eine Verbesserung der Sicherheitsqualität, das nächste Argument, lässt sich zumeist nur bei möglichst sofortiger und unverfälschter Aufnahme der unfallrelevanten Spuren als nicht konstruierbare Sachverhalte erreichen. Richtig. Auch das wollen wir, auch dazu haben wir genug Maßnahmen gefordert in Auswertung der Schiffsunfälle.

Und jetzt das Argument, das ich schon andeutete: Bei Konzentration auf eine mündliche Verhandlung Monate oder Jahre nach dem Unfallgeschehen wird dagegen die rhetorische Form des Erinnerten maßgebend, die zwangsläufig lückenhaft, tendenziös und von Fremdeinflüssen mitgeprägt ist, so dass die Unfallereignisse zunehmend eine fiktive Struktur annehmen. Also auch hier das Argument, da das alles so lange dauert, die Leute sich nach dem Unfall gar nicht mehr so recht daran erinnern können, was da passiert ist, sei das ein Argument für den Ausschluss eines öffentlichen Verfahrens.

Ich denke, hier wird in der Begründung sehr deutlich, dass der Bundesgesetzgeber sich von dem Prinzip der Öffentlichkeit entfernen will, und zwar auch mit dem Argument, dass dieses Prinzip der Öffentlichkeit von Verhandlungen ja keinen Verfassungsrang habe. Das ist auch völlig richtig.

Die Frage stellt sich also: Was ist denn der Maßstab, nach dem wir als Politiker in diesem Abwägungsprozess zu entscheiden haben, ob wir öffentlich oder nichtöffentlich verhandeln lassen sollten? Und dieser Maßstab ist bereits niedergelegt in einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1954, Band IV, Seite 74, 94, wer es nachlesen will. Dort hatte das Bundesverfassungsgericht genau die Frage zu beantworten, wann es denn zulässig ist, ein nichtöffentliches Verfahren zuzulassen. Und es sagt dort salomonisch wie immer: „Wie weit der Grundsatz der Öffentlichkeit für eine Verfahrensart schlechthin durchbrochen werden darf, hängt in erster Linie von der Bedeutung des Verfahrens für die Öffentlichkeit und die Verfahrensbeteiligten ab.“

Und in diesem Abwägungsprozess stehen wir. Die Bundesländer haben sich geäußert im Bundesratsverfahren und haben ganz einfach gesagt: In dieser Abwägung, ob der Schutz der arbeitsrechtlichen Belange eines Betroffenen oder das Interesse der Öffentlichkeit an der Darstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse von Seeunfalluntersuchungen Vorrang hat, diese Frage beantworten wir ganz eindeutig zugunsten der Öffentlichkeit. Es ist uns wichtig, dass wir neben dem Aspekt der Klärung von Schuldfragen eben genau die Möglichkeit haben zu zeigen und aufzuzeigen, wie Sicherheit entwickelt werden kann und wie künftige Unfälle vermieden werden können. Und ich denke, das ist das wichtige Anliegen.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU,
Torsten Koplin, PDS, und
Caterina Muth, PDS)

Das erste Gesetz zur Untersuchung von Schiffsunfällen wurde 1877 beschlossen. Nun bin ich ja nicht so, dass ich sage, alles, was alt ist, ist auch gut. Nein, bei weitem nicht. Aber einige der bewährten Verfahren sollten durchaus beibehalten werden und sind hier auch notwendigerweise beizubehalten. Emanuel Kant sagte: „Alles, was sich nicht zur Publizität eignet, ist Unrecht.“ Nun möchte ich das niemandem unterstellen, aber zumindest die Tendenz vermutet jeder. Im Dunkeln ist gut munkeln, sagt man so schön.

(Torsten Koplin, PDS: Da kommt das her.)

Und wir wollen, dass die Bundesregierung in ihrer Entscheidung bereits den Anschein, die Möglichkeit des Anscheins ausschließt, dass es genau darum ginge.

Und im Weiteren würde ich mich natürlich auch freuen, wenn in diesem Verfahren der Artikel 2 Paragraph 1 Absatz 4 eine Rolle spielen würde. Aber ich weiß schon, warum eine Stellungnahme in diesem Punkt nicht beantragt wurde. Da heißt es nämlich leider: „Dieses Gesetz gilt nicht für die Untersuchung von Vorkommnissen, an denen militärische Schiffe beteiligt sind.“ Leider. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Thomas für die Fraktion der CDU.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Beim Thema nationales Sicherheitskonzept haben wir seit 1999 in diesem Landtag leider mehr gestritten, als die Bundesregierung gemeinsam unter Druck zu setzen. Wir haben also fast zwei Jahre verloren. Und unter Umständen – ich habe das ja schon mal gesagt – hätte man die Katastrophe vor Møn vielleicht gemeinsam verhindern können, wenn unsere Forderungen eher in die hiesigen Köpfe der SPD und die der Berliner SPD vorgedrungen wären.

Ich möchte noch mal auf ein Zitat der SPD-Bundestagsabgeordneten Lucyga am 21. Februar hinweisen: „Wir wollen, dass die Schifffahrt in der Ostsee sicherer wird.“ Sie spricht von 20 Grundberührungen, 60.000 Schiffsbewegungen im Jahr in der Kadet-Rinne und von der von der Katastrophe vor Møn. Und sie sagt – und das ist das Erschreckende – auch noch die bittere Wahrheit: „Unsere Anträge zur Schiffssicherheit … entstanden unmittelbar nach dem 30. März 2001 aus der Situation heraus“. Und genau diese Einstellung der SPD war es, mit der wir uns hier im Landtag und im Bund auseinander setzen mussten. Und eine solche Einstellung führt eben direkt in die nächste Katastrophe, weil im Vorfeld eben nicht genügend getan wird, außer warten, bis es knallt. Und gerade das haben wir hier kritisiert. Wir brauchen starke Interessenvertreter im Bundestag und keine Interessenvertreter, die es schlicht und einfach nicht wagen, dem Bundesverkehrsminister zu widersprechen, wenn es um die Interessenlage der norddeutschen Küstenländer geht.

Zum Seeunfalluntersuchungsgesetz sagte Frau Dr. Lucyga, dass keines der fünf Seeämter bis jetzt in der Lage oder befugt sei, eine solche Katastrophe wie die vor der Insel Møn zu untersuchen. Ich glaube, sie weiß gar nicht, wovon sie redet.

Abschließend empörte sich die SPD-Abgeordnete aus der größten Hafenstadt unseres Landes noch über die Verweigerungshaltung von CDU/CSU, FDP und PDS gegenüber einem Gesetzentwurf, dem nun wirklich kein vernünftiger Mensch zustimmen kann. Und ein Kapitän aus Flensburg sagte dazu treffend in der schleswig-holsteinischen Landeszeitung vom 4. März: „Diesen abstimmungsberechtigten Politikern muss man entweder Dummheit oder Feigheit unterstellen. Dummheit in dem Falle, wenn sie sich nicht informiert haben, was sie mit ihrem Verhalten anrichten. Und Feigheit in dem Falle, wenn sie es, aus welchen Gründen auch immer, nicht wagen, gegen einen Antrag des Bundesverkehrsministeriums zu stimmen.“

(Zuruf von Beate Mahr, SPD)

Deswegen und gerade deswegen stehen wir beim Sicherheitskonzept Ostsee erst ganz am Anfang, aber leider vor der nächsten Katastrophe. Und deswegen werden im Bundestag solche Gesetze beschlossen, gegen die die ganze Küste Sturm läuft.

Das bestehende Seeunfalluntersuchungsgesetz entspricht im Grundsatz dem internationalen Standard, insbesondere den Anforderungen des IMO-Codes. Das hat das Bundesverkehrsministerium in einem Schreiben vom 23. April 2001 der Europäischen Kommission mitgeteilt, nicht irgendwem. Der Bodewig-Gesetzentwurf liegt zeitlich völlig unpassend vor der geplanten EU-Regelung – ich wies schon darauf hin – für Schiffsunfalluntersuchungen. Er ist fachlich, wie in meiner Einbringung vorgetragen, falsch –

(Karsten Neumann, PDS: Ach was!)

der Kollege Neumann hat das ja auch noch mit bestätigt – und zudem inhaltlich aus unserer Sicht völlig undemokratisch,

(Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

weil die Öffentlichkeit bei den jetzigen Kernverfahren völlig ausgeschlossen wird. Die neue Bundesstelle ermittelt ohne öffentliche Seeamtsverhandlungen, also unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Damit verstößt dieses Gesetz aus unserer Sicht auch gegen die Pressefreiheit. Die Aufsicht über das neue Amt übt das Berliner Verkehrsministerium aus. Verwaltungstechnisch ist das neue Hamburger Amt beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie angesiedelt. Auch diese Behörde ist wiederum Berlin unterstellt. Also doppelte Abhängigkeit vom Ministerium.

Die Seeämter können nur noch bei Patententziehungsfällen öffentlich verhandeln. Und das ist das Entscheidende, Herr Neumann. Sie sind nicht mehr unabhängig, weil sie nur noch auf Weisung der Wasser- und Schifffahrtsdirektion tätig werden dürfen. Der Spruchkörper des Seeamtes ist in seiner Entscheidungsfindung nur eingeschränkt unabhängig, weil sich seine Unabhängigkeit nicht mehr auf weitergehende Beweisbeschlüsse bezieht. Die Seeämter können zukünftig auch keine vorläufigen Patententziehungen, wie im Straßenverkehr üblich, mehr anordnen. Das heißt praktisch, dass im Extremfall betrunkene Kapitäne ihre Schiffe so lange weiter führen können, bis das reguläre Verfahren abgeschlossen ist, und das dauert zurzeit drei bis fünf Monate. Drei bis fünf Monate tickende Zeitbomben vor unserer Küste! Und die bisherigen ehrenamtlichen Beisitzer, das sind wirklich akzeptierte Praktiker, werden sich für so etwas nicht mehr zur Verfügung stellen.

Die Rechtsschutzmöglichkeiten für die Betroffenen werden durch die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens stark eingeschränkt. Es gibt keine zweite Tatsacheninstanz zur Korrektur von Ermittlungs- und von Bewertungsfehlern. Rechtsmittel gegen den Untersuchungsbericht sind nicht vorgesehen. Die Verwaltung kontrolliert sich also selbst. Und das ist wohl der entscheidende Beweggrund für Rot-Grün: Die De-facto-Abschaffung – und das ist entscheidend – der Seeämter Emden, Bremerhaven, Hamburg und Rostock sowie die Verkleinerung des Seeamtes Kiel ist wohl für SPD und Grüne der gewünschte Nebeneffekt. Als größter Gegner – und daran darf ich erinnern und das weiß auch der Herr Professor Methling – mit unglaublich gefährlichem und teurem Beharrungsvermögen für den Steuerzahler hat sich bei den Forderungen zur Umsetzung eines nationalen Sicherheitskonzeptes Nord- und Ostsee die Verwaltung des Bundes erwiesen. Die Parlamentarische Staatssekretärin Mertens ist das beste Beispiel dafür, Sie wissen das.

Das neue Gesetz ist aus unserer Sicht eine Lex „Pallas“, mit der fehlerhaftes Verhalten von Behörden und Politikern im Vorfeld und bei der Bekämpfung von Ölkatastrophen nicht mehr zum Gegenstand eines öffentlichen Seeamtsverfahrens gemacht werden soll. Rot-Grün leidet also bis heute darunter, dass sich nach der „Pallas“-Katastrophe Seerechtsexperten und Bergungsprofis, Journalisten und Seeämter, also auch Behördenleiter, erdreistet haben, Kritik an dem dilettantischen rot-grünen Krisenmanagement in Kiel und Berlin und an dem völlig unzureichenden Sicherheitskonzept für die Nord- und Ostsee zu üben.

Rot-Grün in Berlin geht es mit diesem Gesetzentwurf also nicht um ein Mehr an Schiffssicherheit und um ein wirksames nationales Sicherheitskonzept für die Nord- und Ostsee, sondern um die Kaschierung eigener Fehler und wahrscheinlich politischer Fehlentscheidungen. Und die zeichnen sich ja beim Sicherheitskonzept Nord- und Ostsee schon heute wieder ab. In Sachen Schiffssicherheit auf der Ostsee ist praktisch dreieinhalb Jahre nach der „Pallas“-Katastrophe und nach der Ölkatastrophe vor Møn viel zu wenig passiert. Einzig ein 60-Tonnen-Schlepper, der aber kein größeres Schiff bei Sturm auf den Haken nehmen und vor der Standung bewahren kann, liegt nunmehr in Warnemünde. Bei den Stürmen, die wir hatten in den letzten 14 Tagen, wird er einen 20.000- bis 30.000-Tonnen-Tanker nicht halten können. Und das haben wir immer gesagt, wir brauchen viel mehr Notschleppkapazität in der Ostsee.

(Beifall Dr. Christian Beckmann, CDU, und Gesine Skrzepski, CDU)

Und schon jetzt ist abzusehen, dass das zukünftige Havariekommando nicht das von uns vorgeschlagene Küstenwachzentrum mit militärischer Führungsstruktur ersetzen kann. Rot-Grün in Berlin weiß also, dass mit der jetzigen Seesicherheitspolitik die nächste Katastrophe eben nicht, wie von uns gewünscht, verhindert beziehungsweise effektiv bekämpft werden kann. Und deswegen wollen sie offenbar per Gesetz eine Mauer des Schweigens zur Vertuschung errichten. Wir meinen, gerade das ist undemokratisch, und das dürfen wir nicht zulassen.

Interessant ist neben dem Aspekt auch die Frage: Wem nützt die Reform eigentlich und wem schadet sie? Diese Reform geht eindeutig zulasten der Seeleute. Anders als bei den Reedern, welche die neuen Kosten gemäß Paragraph 24 Flugunfalluntersuchungsgesetz abwenden konnten, ist es bei den Seeleuten. Gemäß Paragraph 22 Absatz 2 des noch gültigen Seeunfalluntersuchungsgesetzes werden keine Auslagen erhoben. Das ändert sich aber mit dem Regierungsentwurf, Paragraph 32 Absatz 3. Wird einem Patentinhaber ein regelwidriges Verhalten vorgeworfen, welches sich im Ausland ereignet hat, so gehören sämtliche Kosten für Übersetzung, Kosten für Zeugen, Sachverständige sowie Kosten für in- und ausländische Behörden zu den Auslagen des Verfahrens. Diese Kosten können sehr schnell einige Tausend Euro erreichen. Und das ist das, was uns wirklich stört an diesem Gesetz. Die Reeder schonen und die Seeleute schröpfen, das ist eine Politik zulasten der Seeleute und so was können wir nicht mittragen als Küstenländer.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir meinen, das ist schlichtweg unanständig.

Unanständig in hohem Grade ist auch der am 30. Januar von SPD und Grünen in den Ausschuss für Verkehr,

Bau und Wohnungswesen eingebrachte Änderungsantrag, nach dem Paragraph 111 der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte dafür aufzuheben ist. Bei einem durchschnittlich schwierigen Seeamtsverfahren erhöhen sich damit die gesetzlichen Rechtsanwaltsgebühren von circa 640 Euro auf sage und schreibe 1.340 Euro, also um 120 Prozent. Es ist wirklich ein Skandal, dass die Seeleute bei dieser Regierung überhaupt keine Lobby mehr haben, sonst würden solche Anträge doch wohl nicht eingebracht.

(Gesine Skrzepski, CDU: Wie die Bauleute.)

Reeder schonen, Anwälten Geld zuschieben und Seeleute schröpfen, das ist leider das Markenzeichen der derzeitigen rot-grünen Seefahrtspolitik.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich möchte noch auf einen besonderen Aspekt der bisherigen Seeamtspraxis hinweisen, und zwar auf den gemeinsamen Untersuchungsbericht nach internationalem IMO-Standard. Das bestehende Seeunfalluntersuchungsgesetz ermöglicht bereits gemeinsame Unfalluntersuchungen. Offenbar wissen das einige SPD-Leute gar nicht. Auf der Grundlage des IMO-Codes A.849(20) vereinbarten am 10. Januar 2001 das Seeamt Hamburg und die finnische Seeunfalluntersuchungsbehörde nach dem Kentern des Motorschiffes „Janra“ in der Aaland See am 23.12.2000 die Zusammenarbeit. Der deutsch-finnischen Kommission gehörten wie bei unseren Seeämtern üblich – und das ist entscheidend – Nautiker, Ingenieure und Juristen an.

Mit dem Spruch des Seeamtes Rostock vom 8. November 2001 sowie der gemeinsamen deutsch-schwedischen Empfehlung zum Spruch des Seeamtes bezüglich des Seeunfalls des Ro-ro-Fährschiffes „Sassnitz“ – wir erinnern uns alle daran – am 1. Juli 2001 nördlich von Kap Arkona wurde erstmals in Deutschland eine internationale Seeunfalluntersuchung zum Abschluss gebracht, die dem internationalen Standard entspricht.

Auch nach dem Seeunfall auf dem Fährschiff „Rügen“ am 7. Juli vergangenen Jahres vor dem Hafen von Trelleborg hat das Seeamt Rostock Ermittlungen aufgenommen und mit der schwedischen Untersuchungsbehörde eine Zusammenarbeit vereinbart.

Nach dem Brand im Maschinenraum der norwegischen Fähre „Prinzess Ragnhild“ am 1. März dieses Jahres hat das Seeamt Kiel unmittelbar nach dem Einlaufen in den Kieler Hafen mit einem siebenköpfigen Expertenteam aus Ingenieuren, Nautikern und Wasserschutzpolizei die Untersuchung durchgeführt. Als Brandsachverständiger wurde Professor Joachim Hahne aus Warnemünde per Hubschrauber zum Einsatzort gebracht. Professor Hahne gehörte bereits zum seeamtlichen Ermittlungsteam im Seeunfall „Pallas“ und beim Maschinenbrand auf der Fähre „Sassnitz“. Ich würde empfehlen, dass die Kollegen der Frau Lucyga ihr das mal so langsam beibringen, nicht dass sie im Bundestag weiter solche Unwahrheiten verbreitet.

Nach Auskunft des Vorsitzenden der Seeämter Kiel, Hamburg und Rostock, Jochen Hinz, werden Norwegen und Deutschland auch bei der „Prinzess Ragnhild“ einen gemeinsamen Untersuchungsbericht nach IMO-Standard anfertigen. Die unhaltbaren Behauptungen, dass Deutschland seit der Einführung des IMO-Codes für die Seeunfalluntersuchung im Jahr 1997 in Rückstand geraten ist – übrigens eine der entscheidenden Begründungen für dieses Gesetz –, wird durch die praktische und erfolgreiche Arbeit unserer Seeämter national und international widerlegt. Die Verfahrensweise der Seeämter funktioniert hervorragend. Ihr Anerkennungsgrad an der Küste, national und international, ist sehr hoch und deswegen wollen wir sie erhalten. Mit zehn Prozent der Aufgaben, Herr Neumann, werden wir sie eben nicht erhalten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Gesine Skrzepski, CDU: So ist es.)

Ich möchte Sie wirklich bitten, nicht in diese Mausefalle hineinzutappen, in die Sie hier mit Ihrem Änderungsantrag tappen.

Rot-Grün und einigen Behördenchefs, die eindeutig beim Sicherheitskonzept Nord- und Ostsee versagt haben, ist diese erfolgreiche Arbeit und natürlich auch die Kritik der Behörde an Fehlentscheidungen beim nationalen Sicherheitskonzept offenbar ein mehr als großer Dorn im Auge. Die Praxis hat einfach auch noch gezeigt, dass die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt ideal ist.

Kollege Neumann, Sie hatten das gebracht, was ich mir auch herausgeschrieben habe. So eine Begründung kann wirklich – und das sage ich mal so platt – nur Anwälten einfallen, die jenseits von Eden sind. Etwas anderes kann man wirklich nicht sagen. Wer so etwas schreibt – Sie haben es zitiert –, das ist wirklich ungeheuerlich.

(Caterina Muth, PDS: Richtig.)

Es ist nur die Begründung, aber es ist doch die Begründung, die letztlich zur Abschaffung der Seeämter führt. Und da müssen Sie höllisch aufpassen.

Ich sage Ihnen noch einmal: Bitte lesen Sie sich das durch, was wirklich dabei herauskommt. Und von der Sprache wollen wir gar nicht sprechen. Was ist das eigentlich für eine Sprache? Jede öffentliche Gerichtsverhandlung – und das ist auch das Entscheidende – wird nämlich mit dieser Argumentation in Deutschland in Frage gestellt. Und gerade da sehen wir eine Verfassungswidrigkeit. Das heißt doch, dass wir öffentliche Verfahren insgesamt in Frage stellen, das heißt letztlich auch öffentliche Gerichtsverfahren.

Ich fasse zusammen: Weder der IMO-Code noch das Europarecht können als Begründung für dieses neue Seeunfalluntersuchungsgesetz von dem Gesetzgeber ins Feld geführt werden. Der jetzige Gesetzentwurf kann niemals das leisten, was das bisherige Gesetz geleistet hat. Wegen der fehlenden Transparenz der Entscheidungsabläufe fehlt die Akzeptanz aller Beteiligten. Rechtsfrieden gibt es nur durch transparente öffentliche Untersuchungen und nicht nur beim Patententzug. Die Anlehnung an das Flugunfalluntersuchungsgesetz – und das ist das Entscheidende, da werden nämlich die 90 Prozent der Untersuchungen geführt – lehnen wir genauso ab, wie die Leitung der Untersuchung durch Techniker und Nautiker ohne juristische Qualifikation. Der Rechtsschutz der Betroffenen wird durch das neue Gesetz sehr stark eingeschränkt, weil die Unfallanalyseberichte nur noch Gutachtercharakter haben. Diese Gutachten können nur noch von natürlichen Personen mit der allgemeinen Leistungsklage angefochten werden. Das heißt, Reedereien und sonstige Beteiligte können keinen Rechtsschutz mehr in Anspruch nehmen.

Diese Form der rot-grünen Geheimuntersuchung wird von keinem der beteiligten Kreise akzeptiert. Gerade des-

wegen laufen alle Verbände an der Küste dagegen Sturm. Und letztendlich meinen wir genauso wie Sie, eine Modernisierung des bestehenden Rechtes, okay, aber das ist eine Zerschlagung von bewährten Strukturen. Und wenn wir uns die Frage stellen: Wer profitiert davon? Allein, denke ich, erst mal die Seerechtsanwälte profitieren davon, weil der Rechtsrat nach so einem Gesetz natürlich gewaltig steigen wird. Dieses Gesetz ist aus unserer Sicht ein trojanisches Pferd. Nur noch der Geist des bewährten Seeunfalluntersuchungsgesetzes wird uns und der Öffentlichkeit vorgespielt. In Wirklichkeit ist es ein ziemlich unheilvolles Geschenk, das am Ende das Bewahrenswerte, also unsere Seeämter, zerschlägt.

Und um das geht es uns. So etwas kann man nur ablehnen. Wir meinen, dass wir uns statt für solche unsinnigen und unnötigen Gesetze lieber gemeinsam dafür engagieren sollten, dass wir ein funktionierendes nationales Sicherheitskonzept für die Nord- und Ostsee bekommen und dass vor allen Dingen das, was wir gefordert haben, nun endlich in die Tat umgesetzt wird. Denn da ist viel zu wenig passiert, da muss weiter Druck gemacht werden, denn wir fürchten, dass wir eben nicht auf die nächste Katastrophe vorbereitet sind. Ein solcher Gesetzentwurf …

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Thomas, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Reinhardt Thomas, CDU: … ist für erstarrte Verwaltungen gut, vielleicht noch für Anwälte, nicht aber für mehr Sicherheit in der Seeschifffahrt. Und aus diesem Grunde bitten wir Sie, unserem Antrag zuzustimmen, der ja auch der gemeinsamen Empfehlung der norddeutschen Küstenländer de facto entspricht, und auf Ihren Änderungsantrag zu verzichten, weil das nicht unseren Intentionen entspricht. Auch das ist ein kleines politisches trojanisches Pferd, was in diesem Parlament von der SPD vorgelegt worden ist. In diesem Sinne bitte ich Sie nochmals um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Für die Fraktion der SPD erhält jetzt das Wort die Abgeordnete Frau Schildt. Bitte schön, Frau Schildt.

Ute Schildt, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Thomas, wenn man einmal sagt, man möchte gemeinsam etwas auf den Weg bringen, mehr Sicherheit schaffen, und stellt auf der anderen Seite die rot-grüne Koalition in Berlin in eine Schmuddelecke, in eine Geheimuntersuchungsecke, dann ist da irgendwo ein Zwiespalt dazwischen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Torsten Koplin, PDS: Richtig, das spaltet nur. –
Caterina Muth, PDS: Das stimmt.)

Ich meine, dieses Hohe Haus – verantwortlich für einen Bereich unserer Ostseeküste – hat sich im letzten Jahr und in den letzten Jahren sehr intensiv mit der Sicherheit des Schiffsverkehrs auf der Ostsee beschäftigt, sehr umfangreich, sehr kritisch, sehr verantwortungsvoll Fachleute zu Rate gezogen und auch unsere Nachbarn. Und wenn es um die Sicherheit unserer Ostsee geht, dann gibt es auch keine Alleingänge, da muss alles das, was wir da auf den Weg bringen, gemeinsam passieren, gemeinsam zwischen den Ländern abgestimmt sein und zwischen den Fraktionen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau.)

Und ich möchte eigentlich gar nicht die juristischen Inhalte noch mal bemühen,

(Reinhardt Thomas, CDU:
Doch, die sind entscheidend.)

Herr Neumann hat das sehr, sehr deutlich, sehr korrekt und sehr umfangreich getan.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist seine Art.)

Aber ich möchte ganz klar und deutlich sagen, das, was er da herausgearbeitet hat, nämlich dass wir eine Öffentlichkeit wollen auf dieser Strecke, das, meine ich,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

das ist ganz deutlich,

(Lorenz Caffier, CDU:
Und die Seeämter behalten.)

ist fraktionsübergreifend hier im Haus nachzuweisen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

das wird keine Fraktion, anders als Sie, uns unterstellen.

(Zurufe von Lorenz Caffier, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Dann hätten Sie mal ein bisschen genauer zuhören müssen, als Minister Ebnet zu den Seeämtern gesprochen hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, er hat das ja nicht.)

Er hat sich nämlich ganz klar und deutlich dazu geäußert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na,
dann beschließen wir das.)

Er hat gesagt, diese Seeämter bleiben erhalten. Dafür hat er sich eingesetzt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und wenn Sie die Protokolle der Beratungen lesen,

(Lorenz Caffier, CDU: Dann
können wir sie doch bestehen lassen. –
Torsten Koplin, PDS: Na, was denn nun?)

dann werden Sie das auch darin wiederfinden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Also Sie stellen etwas in Frage, was nicht in Frage steht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Lorenz Caffier, CDU: Dann können
wir es doch im Text stehen lassen. –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Dass es neue Organisationsformen geben kann und muss, das ist etwas, was ständig wieder auf den Prüfstand gehört. Und dafür hat es eine Entscheidung, die Vorbereitung einer Entscheidung gegeben, die wir mittragen. Wir tragen nicht die Öffentlichkeit mit. Und deshalb, meine Damen und Herren von der CDU, haben wir den von Ihnen vorgelegten Antrag in Passagen verändert. Dieser Änderungsantrag liegt Ihnen vor. Das ist die Form des Antrags, die wir tragen, die wir fraktionsübergreifend tragen, die wir auch abstimmen, wir als SPD-Fraktion – für

die spreche ich ja – mit den anderen Ostseeanrainern, die bei uns in der Bundesrepublik an dieser Aufgabe arbeiten, da haben wir Konsens. Und da würde ich Sie bitten, wenn wir zu dieser Abstimmung kommen, dass Sie das genauso tun mit den Fraktionen der anderen Länder. Und deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag Ihre Zustimmung zu geben und damit etwas Vernünftiges auf den Weg zu bringen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/2777 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2729(neu) mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. –

(Barbara Borchardt, PDS: Nun machen sie nicht mehr mit.)

Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2729(neu) mit den soeben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei einer Gegenstimme der Fraktion der CDU und ansonsten Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Gemäß Paragraph 97 der Geschäftsordnung des Landtages erhält der Abgeordnete Thomas die Möglichkeit zu begründen, warum er sich der Abstimmung enthalten hat.

Reinhardt Thomas, CDU: Sie haben mit dieser Abstimmung nur die Öffentlichkeit für zehn Prozent der Verfahren erhalten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Sie haben nicht das wirkliche Seeunfalluntersuchungsverfahren mit einem Juristen, das bewährte, international anerkannte und nach IMO-Standard bereits durchgeführte Verfahren damit bestätigt, sondern Sie haben sich letztlich dagegen gewandt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Torsten Koplin, PDS: Ist das eine persönliche Erklärung?)

Das heißt, Sie haben selbst im Kern gegen das Abstimmungsverhalten Ihrer Bundestagsfraktion abgestimmt. Wir können das lesen. Und ich kann Ihnen nur sagen, Sie sind auf einen Trick hereingefallen,

(Caterina Muth, PDS: Erklären Sie doch, warum Sie sich enthalten haben, und erzählen Sie nicht solche Unwahrheiten!)

das ist wirklich bitter. Die Intention unseres Antrages war eindeutig. Und deswegen habe ich mich enthalten, dass wir auf der Basis der gemeinsamen Empfehlungen handeln der fünf norddeutschen Küstenländer, und auf dieser Basis haben Sie eben mit Ihrem Antrag nicht gehandelt.

(Jörg Vierkant, CDU: So ist es.)

Das heißt, letztlich und de facto bedeutet Ihr Antrag – so, wie Sie unseren Antrag, ich sag da nichts anderes, als sachlich und praktisch und fachlich verschandelt haben –, dass Sie dafür gestimmt haben, dass die Seeämter, unsere Seeämter im Norden abgeschafft werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Das ist Ihre Politik!

Und ich muss Ihnen eines ganz deutlich sagen: Es macht mich betroffen, wie lange wir hier mit der Ignoranz und der Naivität, der praktischen Naivität besonders der PDS, kämpfen mussten.

(Caterina Muth, PDS: Na, na, na, na! – Barbara Borchardt, PDS: Jetzt reicht es aber gleich! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Und es ist bitter, mit …

Entschuldigung, der SPD, Entschuldigung. Ich entschuldige mich, das war wirklich falsch.

(Angelika Gramkow, PDS: Das denke ich allerdings auch.)

Wir haben in Professor Methling ab einem gewissen Punkt wirklich einen guten Verbündeten gehabt. Das ist die SPD gewesen und das ist bitter. Und Sie reden davon, dass wir hier gemeinsam etwas machen können.

(Karsten Neumann, PDS: Herr Thomas, Sie wollten gemeinsam was machen!)

Mit diesem Antrag sind Sie aus den Gemeinsamkeiten der fünf norddeutschen Küstenländer ausgeschert.

(Beifall Steffie Schnoor, CDU, und Gesine Skrzepski, CDU – Karsten Neumann, PDS: Sie kündigen das auf.)

Sie sind ausgeschert.

(Karsten Neumann, PDS: Sie kündigen das auf.)

Wir kündigen gar nichts auf. Wir haben uns immer für die Sicherheit engagiert.

(Zuruf von Caterina Muth, PDS)

Ich stelle das fest. Das ist bitter, aber es ist leider nicht zu ändern. Und Sie haben sich offenbar von reiner Wahltaktik – ich weiß gar nicht, ob das Wahltaktik sein kann – leiten lassen.

(Karsten Neumann, PDS: Dann lesen Sie mal Ihre Rede!)

Wir werden den Wählerinnen und Wählern an der Küste schon erzählen, wie Sie hier abgestimmt haben gegen unsere Interessen. Ich bedaure, dass die PDS da mitgemacht hat. Bei der SPD hatten wir immer Hoffnung,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

aber ich fürchte, da wird nicht viel passieren. Es dauert schlicht und einfach zu lange. Und bei der Dame, die hier vorher gesprochen hat, habe ich leider kein einziges Sachargument gehört.

(Karsten Neumann, PDS: Sie wollten begründen, weshalb Sie sich enthalten haben.)

Weil wir diesem verschandelten Antrag nicht mehr zustimmen konnten,

(Torsten Koplin, PDS: Ist das eine persönliche Erklärung?)

deswegen haben wir uns enthalten.

(Barbara Borchardt, PDS: Sie wollten doch zu Ihrem Abstimmungsverhalten etwas sagen und nicht zu dem der Fraktion.)

Wir haben ja einen vernünftigen Antrag gemacht mit Zielrichtung Erhalt der Seeämter, das heißt Erhalt auch der 90 Prozent der Verfahren. Sie haben jetzt dafür gestimmt,

(Barbara Borchardt, PDS: Das brauchen Sie jetzt nicht.)

dass 90 Prozent der Verfahren geheim durchgeführt werden.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Dafür haben Sie gestimmt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Barbara Borchardt, PDS: Das ist jetzt nicht die Möglichkeit der Erklärung.)

Das ist bitter. Wir müssen festhalten, dass wir noch weitere Überzeugungsarbeit leisten müssen. Wir bleiben bei unseren Positionen und werden weiter versuchen, gemeinsam mit den fünf norddeutschen Küstenländern unsere Intentionen durchzusetzen. – Danke. Es war schon lange genug.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Ansiedlung des Osteuropa-Zentrums für Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/2730. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/2778 vor.

Antrag der Fraktion der CDU:
Ansiedlung des Osteuropa-Zentrums für Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/2730 –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS
– Drucksache 3/2778 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Helmrich für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Helmrich, Sie haben das Wort.

Herbert Helmrich, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben diesen Antrag eingebracht, weil auf Bundesebene in Berlin ein solches Osteuropa-Zentrum im Gespräch ist. Wir hätten gerne – wovon wir auch ausgehen, der Änderungsantrag zeugt ja schon davon –, dass der Landtag dies unterstützt und befürwortet.

(Präsident Hinrich Kuessner übernimmt den Vorsitz.)

Der zweite und dritte Teil in unserem Antrag sagt einerseits etwas zur Lokalität, darüber werden wir uns dann in der Debatte noch unterhalten. Aber insbesondere geht die Bitte an die Landesregierung, dass sie sich möglichst zeitig in vielen Gesprächen darum kümmert, denn wir wissen alle, dass die Vergabe solcher Institutionen im Vorfeld hinter vorgehaltener Hand bei offiziellen, bei inoffiziellen, auch bei Kungelgesprächen eine Rolle spielt. Und deswegen wollten wir eben ganz gerne weit im Vorfeld die Landesregierung bitten, sich darum zu kümmern, das gilt natürlich auch für den Staatssekretär in unserer Landesvertretung in Berlin, dass wir beizeiten den Fuß in die Tür bekommen gegenüber den anderen neuen Ländern – es kommen im Grunde genommen doch wohl überhaupt nur die drei Länder an der Grenze in Betracht – und dass wir dann natürlich mit Unterstützung von Sachsen-Anhalt und Thüringen, die nicht unmittelbar an der Grenze liegen, die Nase möglichst bald vorn haben. Deshalb haben wir einen solchen Antrag eingebracht. Alles Weitere werde ich dann in der Debatte dazu sagen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Kurz und knackig, so muss das sein.)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Neumann von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Neumann.

Karsten Neumann, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe zu, ich habe mich noch nicht so ganz erholt von der Debatte davor.

(Heiterkeit bei Andreas Bluhm, PDS)

Wir haben jetzt wieder einen Antrag der CDU-Fraktion, dem wollen wir eigentlich zustimmen. Aber diesmal hatten wir ja eine andere Antragseinbringung, nämlich nicht von Herrn Thomas. Und ich denke, es wurde sehr gut dargestellt, worum es hier letztendlich geht. Ich hoffe oder ich bin überzeugt, dass es hier auch ehrlich gemeint ist, dass es wirklich darum geht, frühzeitig dafür zu sorgen, dass ein solches Osteuropa-Zentrum für Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern angesiedelt werden sollte.

Warum? Wir betonen, denke ich, völlig zu Recht – und in vielen Gesprächen mit unseren polnischen Partnerinnen und Partnern ist dies genau ein Punkt, der sehr oft nachgefragt wird – unsere ganz spezifische Kompetenz hier in Ostdeutschland, hier in Mecklenburg-Vorpommern für Fragen der osteuropäischen Einigung, für Fragen des Beitrittes osteuropäischer Länder zur Europäischen Union. Denn wir haben diesen Prozess zwar unter anderen Voraussetzungen, aber im Großteil zu gleichen Bedingungen vor zwölf Jahren vollzogen. Und wir wissen sehr gut, mit welchen nicht nur ökonomischen, sozialpolitischen, ökologischen und kulturellen Folgen dieser Schritt verbunden ist. So ist es, denke ich, ein sehr nachvollziehbares Anliegen, die Kompetenzen, die in dieser Region hier in Mecklenburg-Vorpommern sind, zu nutzen, um in einem solchen Zentrum für Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich Arbeit zu leisten für die Einigung Europas.

Ich denke aber auch, wir sollten uns im Zusammenhang mit der Forderung nach einem solchen Zentrum sehr genau überlegen und vor Augen führen, wie ein solches in die bisher bestehende Landschaft passt und wie sich dann dieses Zentrum einfügt in das, was wir an Förderzentren, an Vergabestellen, an Beratungsstellen, an Kontaktstellen zu europäischen Fragen hier in Mecklenburg-

Vorpommern, aber auch in Brandenburg und Berlin bereits vorfinden. Diese Arbeit wird noch zu leisten sein. Ich hatte mir erhofft, von Herrn Helmrich vielleicht noch ein paar Anregungen zu diesem Punkt zu hören. Aber ich denke – darauf hat er ja verwiesen –, das wird er uns in seinem Redebeitrag noch nachreichen. Insofern freue ich mich auf die weiteren Ausführungen. – Danke.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schildt von der SPD-Fraktion.

Ute Schildt, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist hochwohllöblich, meine Damen und Herren der CDU, wie schnell Sie doch mit unseren Unterlagen Kreativität entwickeln.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Volker Schlotmann, SPD)

Der Ostparteitag am vergangenen Wochenende ist kaum zu Ende und schon setzen Sie unsere Ideen um. Das finde ich Klasse und wenn man so weitermachen kann im Konsens, bin ich auch dafür.

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Aber das, was Sie in Ihrer Begründung schreiben, ist ja fast wörtlich übernommen, das tragen wir also vom Grundsatz selbstverständlich mit. Das bedeutet aber, dass das eine Koordinierung geben muss innerhalb der Bundesrepublik mit den Ländern, die sich im künftigen Grenzbereich befinden, welche Aktivitäten wie eingeleitet werden sollen. Und da ist alles andere gut, aber kein Schnellschuss. Das soll wohl koordiniert, wohl konzeptionell passieren. Deshalb haben wir Ihren Antrag in der vorliegenden Form verändert.

Es wäre falsch, uns heute ganz eindeutig für einen Ort auszusprechen, uns eindeutig zu einer Struktur zu äußern, sondern das muss erarbeitet werden. Dafür müssen viele gefragt werden, dazu müssen die bestehenden Aktivitäten erfasst, gebündelt und erfragt werden, wo dafür konzeptionell ein Dach gefasst werden muss. Und das wollen wir auch tun. Ich bin sehr froh, dass Sie diese Idee so positiv aufgegriffen haben. Und weil wir diese Arbeit gemeinsam leisten müssen, möchte ich Sie bitten, unserem Änderungsantrag zu Ihrem Antrag zuzustimmen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
Volker Schlotmann, SPD,
Dr. Gerhard Bartels, PDS,
und Karsten Neumann, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Jetzt hat das Wort Herr Helmrich von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

Herbert Helmrich, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es freut mich, dass unser Antrag hier auf eine prinzipielle Zustimmung stößt. Meine Fraktion hat nach eingehender Diskussion die Region direkt an der Grenze ausgeguckt. Und wir als Abgeordnete aus dieser Region, insbesondere mein Kollege Friedbert Grams und ich, sind natürlich erfreut, dass unsere Fraktion uns da unterstützt. Deswegen werden wir Ihren Anträgen nicht voll zustimmen.

(Ute Schildt, SPD: Das habe ich mir gedacht.)

Ich möchte das aber auch noch etwas genauer begründen.

Natürlich beobachten wir genau, Frau Schildt, was Sie machen. Aber nicht erst der Parteitag, sondern bereits die Presseerklärung der Ministerpräsidenten vom 14. Februar war unser Aufhänger. Und es freut uns ja auch, dass das nun im Ostparteitag so glatt durchgelaufen ist. Wir meinen, dass es einen gewissen Sinn macht, wenn wir uns beizeiten auch hinsichtlich der Örtlichkeit melden. Dass Sie mit uns einer Meinung sind, dass es überhaupt nach Mecklenburg-Vorpommern kommen soll, das freut uns natürlich sehr. Aber wir meinen eben auch, für die Grenzregion um Pasewalk spricht einiges.

(Beifall Friedbert Grams, CDU)

Wir haben hinten in der Begründung schon gesagt, einmal als Kompensation für die Tatsache, dass bei uns doch erheblich an Militär aus der Region abgezogen worden ist. Aber es gibt einige Gründe, die, glaube ich, auch für diese Region besonders sprechen. Wenn Sie sich vor Augen halten, dass es in Polen vier große Wirtschaftsregionen gibt, nämlich, wenn ich vom Süden anfange, Krakau, Warschau, Posen und Stettin, dann liegt am nächsten bei uns gerade Stettin. Und die Ausstrahlung von Stettin geht natürlich gerade in den Bereich des Uecker-Randow-Kreises. Das ist ein Grund, weshalb wir da auch mit dem Institut in Wirtschaftsnähe sein sollten.

Dann sprechen für diese Region natürlich auch die eigenen Anstrengungen. Ich glaube, das sollte man berücksichtigen. Es gibt wohl kaum eine Region, die von Anfang an, und zwar schon ab 1992, den Ausgleich mit Polen gesucht hat. Die Gründung von Pomerania wurde seinerzeit mutterseelenallein von dem Landrat Haedrich begonnen und initiiert. Ich habe ein bisschen mitarbeiten können in dieser Region. Trotz der Schwierigkeiten, die wir hatten, um die Kontakte nach Polen überhaupt herzustellen, können wir heute sagen – wir hatten in dieser Region auch die Hilfe und Einschaltung des Landtages, Herr Präsident, Sie haben sich dort besonders engagiert –, dass wir bereits eine enge Verzahnung haben, wie wir sie sonst an der Grenze kaum finden, abgesehen vielleicht von dem Stückchen in Brandenburg an der Universität in Frankfurt. Aber darüber hinaus muss man sagen, diese Region hat es wirklich selbst versucht, für sich etwas zu tun. Und wenn man das anerkennen wollte, dann würde der Standort eines solchen Osteuropa-Zentrums dort sicherlich auch von der Bevölkerung sehr, sehr angenommen werden.

Aus diesen Aktivitäten hat sich dann ja auch, was auch mittlerweile vom Land sehr schön unterstützt wird, das Haus der Wirtschaft in Stettin herausgebildet. Sie sehen aber, welche Probleme immer wieder entstehen, der eine oder andere wird das gehört haben, was es im Moment da wieder für Probleme gibt. Aber ich habe gerade heute noch mal mit der Industrie- und Handelskammer in Brandenburg gesprochen. Diese Schwierigkeiten in Stettin führen nicht dazu, dass das Haus der Wirtschaft in Stettin überhaupt gefährdet ist.

Wir haben darüber hinaus neben den Aktivitäten von Pomerania und dem Hause der Wirtschaft eigene Veranstaltungen mit Unternehmensforen. Wir haben inzwischen die Leistungsschau in Pasewalk, wenn auch noch nicht viel, aber doch immerhin mit ein bisschen Beteiligung auch polnischer Firmen. Das sind erst kleine Ansätze, aber ich hoffe, dass wir das in den nächsten Jahren weiterbetreiben können.

Wir haben jetzt als Nächstes, da wird auch der Herr Wirtschaftsminister wieder dabei sein, von der Kommu-

nalgemeinschaft Pomerania in der nächsten Woche am 21. März – ich kann leider Gottes nicht, ich habe heute erst die Einladung bekommen – eine Veranstaltung. Auch da sehen Sie, welche Anstrengungen diese Region selbst macht, um sich am Schopf aus den Problemen herauszuziehen. Unter diesen Auspizien und auch, was die Bemühungen der jetzigen Regierung und der Mehrheitsfraktionen anbetrifft, gerade in Vorpommern ein besonderes Schwergewicht einzubringen in ihre Arbeit, vielleicht um uns als Opposition ein paar Wähler wegzunehmen, darum geht es mir hier nicht,

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD:
Ja, das glaube ich.)

es geht mir tatsächlich darum, dass wir diese Region stützen.

Dem Punkt 1 von Ihrem Änderungsantrag könnten wir zustimmen. Dem Punkt 2 werden wir aus den Gründen, die ich hier genannt habe, nicht zustimmen. Und dann könnten Sie eventuell die Änderung zu Punkt 3 zurückziehen, dazu möchten wir Sie gerne auffordern. Aber ich freue mich natürlich insgesamt, dass wir auf breiter Ebene doch ein großes Stück Gemeinsamkeit hier in diesem Antrag wiederfinden, den wir eingebracht haben. – Vielen Dank.

(Beifall Steffie Schnoor, CDU,
und Karsten Neumann, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Da alle sehr sparsam mit ihrer Redezeit umgegangen sind, schließe ich schon die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/2778 abstimmen.

(Herbert Helmrich, CDU: Getrennt,
getrennte Abstimmung, Herr Präsident. –
Volker Schlotmann, SPD: Nee, nee, nee.)

Was heißt getrennte Abstimmung?

(Herbert Helmrich, CDU: Ich habe einzeln
zu den Punkten vorgetragen und deshalb
bitte ich um getrennte Abstimmung.)

Zu den drei Punkten, gut.

Es ist jetzt der Antrag gestellt worden, dass über die Punkte des Änderungsantrages einzeln abgestimmt wird.

Also ich lasse zunächst über den Punkt 1 des Änderungsantrages der Fraktionen der SPD und PDS abstimmen. Wer stimmt dem Punkt 1 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Punkt 1 einstimmig angenommen worden.

Jetzt lasse ich abstimmen über den Punkt 2. Wer stimmt dem Punkt 2 des Änderungsantrages der Fraktionen der SPD und PDS zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Punkt 2 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Und jetzt lasse ich über den Punkt 3 des Änderungsantrages der Fraktionen der SPD und PDS abstimmen. Wer stimmt diesem Punkt 3 zu? – Gegenprobe. – Wie war das? Noch mal bitte. Wer stimmt zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Punkt 3 ist mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen bei der CDU-Fraktion angenommen.

(Herbert Helmrich, CDU: Ich habe zugestimmt. –
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:
Ja, hat er.)

Ach, das sollte eine Zustimmung sein. Entschuldigung, ich habe darum noch mal wiederholt. Ich hatte den Eindruck, dass Sie der Stimmführer der CDU sind, die das Gegenteil machen soll.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD,
CDU und PDS – Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

Das ist falsch. Dann bitte ich doch noch mal um Ihre Stimmabgabe, um richtige Klarheit zu bekommen. Ich wiederhole die Abstimmung.

Wer stimmt dem Punkt 3 des Änderungsantrages zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann haben also SPD, PDS und eine Stimme bei der CDU zugestimmt, fünf haben sich der Stimme enthalten und es gibt keine Gegenstimme. Damit ist Punkt 3 angenommen.

Jetzt stimmen wir ab über den Antrag der CDU auf Drucksache 3/2730 mit den soeben beschlossenen Änderungen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Tariftreuegesetz, auf Drucksache 3/2649.

Antrag der Fraktion der CDU:
Tariftreuegesetz
– Drucksache 3/2649 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Albrecht von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Albrecht.

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Albrecht ist
die Geheimwaffe der CDU. – Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Nils Albrecht, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie wundern sich, dass ich hier vorne stehe.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nein, Sie wissen ja, der Wortschatz von Männern beträgt am Tag so etwa 6.000 Wörter, bei Frauen das Dreifache,

(Zurufe von Angelika Peters, SPD,
und Birgit Schwebs, PDS)

und das ist manchmal ganz schwer zu ertragen. Mein Wortschatz ist heute schon fast aufgebraucht.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Deswegen werde ich mich hier ganz kurz fassen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Heidemarie Beyer, SPD: Deswegen kommen
immer wieder die Gleichen vor das Gericht.)

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas Ruhe. Ich habe hier eben nicht genau hören können, was da gesagt worden ist, und sage inhaltlich nichts dazu.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Ich bitte, die Diskussion ruhig zu Ende laufen zu lassen. Es wird sowieso nur kurz geredet.

Nils Albrecht, CDU: Ich freue mich ja, dass Leben ins Parlament kommt, wenn ich ans Mikrofon trete.

Nein, meine Damen und Herren, Sie wissen, dass dieser Antrag formell wieder auf die Tagesordnung gekommen ist. In der letzten Sitzung haben Sie die Dringlichkeit hierfür abgelehnt. Mittlerweile sind natürlich Dinge passiert, sind Abstimmungen erfolgt, die dem Sinn dieses Antrages zu hundert Prozent nicht entsprechen. Deshalb werden wir diesen Antrag hiermit zurückziehen

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

und neu formulieren, wenn dann das Tariftreuegesetz neu zu diskutieren ist.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Dieser Antrag hat sich insofern für heute erst einmal erledigt.

(Barbara Borchardt, PDS: Nee, Herr Albrecht, was machen Sie nur heute mit uns?! Das ist ja enttäuschend!)

Präsident Hinrich Kuessner: Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 22 wurde soeben zurückgezogen. Damit ist er erledigt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Beratung des Antrages der Abgeordneten Barbara Borchardt und Lieselotte Prehn, Fraktion der PDS – Entschließung zur zivilen Nutzung der Kyritz-Ruppiner-Heide – Lebensqualität sichern, auf Drucksache 3/2728.

Antrag der Abgeordneten Barbara Borchardt und Lieselotte Prehn, Fraktion der PDS: Entschließung zur zivilen Nutzung der Kyritz-Ruppiner-Heide – Lebensqualität sichern – Drucksache 3/2728 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Borchardt.

Barbara Borchardt, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mancher mag sagen, die vorliegende Entschließung ist völlig überflüssig,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Steffie Schnoor, CDU: Bravo!)

da der Bodenübungsplatz, das Bombodrom, der Bombenabwurfplatz, der Truppenübungsplatz oder welche Bezeichnung auch immer für die Kyritz-Ruppiner-Heide gefunden wird, eben nicht in Mecklenburg-Vorpommern liegt und damit nicht zum Aufgabengebiet dieses Hauses gehört.

Doch das, denke ich, geht an den Tatsachen vorbei, die vorliegen und vor allem auf uns zukommen sollen, denn die Auswirkungen, wenn dieser Platz durch die Bundeswehr nicht nur besetzt, sondern auch genutzt wird, werden dann auch in Mecklenburg-Vorpommern zu spüren sein. Und spürbar heißt hier nicht, dass da mal irgendwann irgendetwas zu hören oder zu sehen ist. Eine nicht unerhebliche Region unseres Landes – nicht unerheblich bei der Betrachtung der Fläche, nicht unerheblich bei der Betrachtung der touristischen Bedeutung, nicht unerheblich bei der Betrachtung der Naturressourcen und natürlich nicht unerheblich bei der Betrachtung der Lebensqualität der dort lebenden Menschen – wird von der Einrichtung dieses Bombenabwurfplatzes nicht nur betroffen sein, sondern in Mitleidenschaft gezogen werden.

Deshalb ist es von erheblicher Bedeutung, dass sich der Landtag Mecklenburg-Vorpommern auch mit der militärischen oder aber Zivilnutzung der an unsere Landesgrenzen anschließenden Heide beschäftigt und sich dazu positioniert. Hier sind Bereiche des Lebens der Menschen Mecklenburg-Vorpommerns erheblich betroffen. Eine Abschiebung dieser Frage auf die Kolleginnen und Kollegen in Brandenburg oder auf die Bundesebene ist aus meiner Sicht unzulässig. Nicht andere, sondern dieses Haus muss sich zu diesen Belastungen positionieren, die auf uns zukommen.

Und glauben Sie mir, die Menschen in der Müritzer oder Mecklenburg-Strelitz-Region, die sich durch die Planungen der Bundeswehr in ihrer Existenz bedroht sehen, werden genau schauen, ob und wie sich der Landtag Mecklenburg-Vorpommern zu den Bedrohungen äußert, die mit diesem Bombodrom verbunden sind. Dieses wird in den Regionen diesseits und auch jenseits der Landesgrenze interessiert zur Kenntnis genommen werden.

Sehr geehrte Abgeordnete, die betroffene Bevölkerung rund um das Bombodrom ist gebeutelt genug. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist sie durch die militärische Nutzung ihres Wohnumfeldes betroffen. Gemeinden und Bauern wurden enteignet. Tiefflüge, Bombenabwürfe, Panzer- und Artillerieschüsse, Maschinengewehrsalven und Handgranaten der Roten Armee mussten sie ertragen. Die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgeprobleme, die mit der Nutzung dieses mit 142 Quadratkilometern größten Truppenübungsplatzes Europas einhergingen und -gehen und von denen die Menschen auch unter der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht befreit werden sollen, werde ich jetzt nicht bis in die Einzelheiten aufzählen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Dass diese erheblich sein müssen, kann sich, denke ich, jede und jeder hier vorstellen und wird vielleicht auch dadurch deutlich, wenn man sich den Widerstand anschaut, den die in der Region lebende Bevölkerung seit Jahren, seitdem sie und ihre Gemeinden durch die Bundeswehr wieder enteignet werden sollen, vollbringt, waren die Menschen mit dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik doch davon ausgegangen und davon überzeugt, dass mit den Bombenübungen nun endlich Schluss sei und einer zivilen Nutzung ihrer Heide nun nichts mehr im Wege steht. Etwas anderes war für die Menschen gar nicht vorstellbar.

Als die Bundeswehr dann jedoch nicht auf diesen Übungsplatz verzichten wollte – die Menschen hatten ja 40 Jahre Zeit, sich an den Bombenterror und den quasi Kriegszustand zu gewöhnen –, trat für die Menschen etwas ein, der Kollege Wolfgang Gehrcke nannte es im Bundestag vor wenigen Wochen zum gleichen Thema etwas Neues und Wichtiges und meinte damit den großen Zugewinn an Demokratie: Die Menschen konnten sich jetzt gegen die Neubesetzung ihrer Heimat durch ein Militär wehren und sie taten es. Seit zehn Jahren wehren sie sich gegen die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner-Heide mit zivilen, demokratischen Mitteln vor Ort genauso wie vor Gericht. In ihren Gemeinden und kom-

munalen Parlamenten, über den Landtag und über den Bundestag machen sie auf ihre Unmöglichkeit, auf die Unmöglichkeit des Bundeswehrvorhabens und ihre Situation aufmerksam. Wirtschaft und Kreisverwaltung ziehen an einem Strang. Alternative Konzepte zur Zivilnutzung wurden erarbeitet und werden durch das Festhalten der Bundeswehr an ihren Plänen blockiert.

Doch nicht nur das, solange die Bundeswehr gegen den erklärten Willen der Region und die dort lebenden Menschen an ihren Plänen festhält, stagniert die Entwicklung dort. Das gilt aber auch nicht nur für die Entwicklung im Brandenburgischen. Nachdem viele in der Müritz-Strelitz-Region naiv davon ausgegangen waren, dass zwischen der Kyritz-Ruppiner-Heide und dem Müritz-Nationalpark ja noch eine Landesgrenze mit unterschiedlichen Zuständigkeiten existiert und die Auswirkungen des Bombodroms für die diesseits Lebenden nicht spürbar sind, hat sich seit etwa einem halben Jahr die Situation grundlegend gewandelt. Mit dem Expansionswillen der vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Region, die jetzt nach Überwindung der überheblichen Startschwierigkeiten und Verbindungen über den Bereich ihres Amtes oder Kreises hinaus suchen und werben, fand auch das Bombodrom mit seinen Auswirkungen Eingang in das Bewusstsein und Denken der Menschen. Denn wie soll für eine touristische Einrichtung, sei es ein Zeltplatz, eine Kanustation, ein Hotel, ein Reiterhof oder Ähnliches, geworben werden, wenn bundesweit, ja europaweit bekannt ist, dass der Urlaub im Müritz-Nationalpark oder in der Mecklenburgischen Seenplatte von Tiefflugläm bis zu 1.700 Einsätzen jährlich sowie von Bodenluftabwehrfeuer begleitet wird?

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Auf solch einen Urlaub können und würden auch Sie, meine Damen und Herren, sicherlich gern verzichten. Günstiger ist solche Art Urlaub schon jetzt in anderen Regionen dieser Welt. Aber die Menschen in der Müritz-Strelitz-Region wollen genau hier leben, haben sich hier ihre Existenz aufgebaut, sehen diese unnatürliche Nutzung der Kyritz-Ruppiner-Heide als Bombodrom natürlich als Gefährdung an. Als Partnerorganisation zur Bürgerinitiative „FREIe HEIDe“ in und um das Bombodrom im Brandenburgischen haben sich deshalb die Menschen im Mecklenburgischen auch eine Plattform, die Aktionsgemeinschaft „Freier Himmel“, geschaffen, um gegen ihre Existenzvernichtung zu wirken. Unterstützen wir sie dabei!

Bisher hat die Bundeswehr alle ihre Verfahren vor Gerichten verloren und haben die Menschen das Recht für ihr Ansinnen erhalten. Die Bundeswehr will jetzt mit dem Pro-forma-Anhörungsverfahren ihren Übungsplatz durchsetzen. Informationen werden dabei von ihr nur in sehr eingeschränktem Maße bekannt gegeben, scheinbar eine beliebte Methode. Es machen Formulierungen wie: „Für eine Garage auf dem eigenen Grundstück müssen mehr Bestimmungen erfüllt werden, als die Bundeswehr benötigt und vorlegen muss, um einen Bombenabwurfplatz genehmigt zu erhalten.“ die Runde. Dieses Vorgehen wird genauso wenig zur Stärkung der demokratischen Verhältnisse unter den Menschen beitragen wie die willkürliche Auswahl anzuhörender Gemeinden. Vielmehr wird das Bild von einem selbstherrlich agierenden Militär nicht nur im Krieg, sondern auch im Heimatgebiet befördert. Zu einer Akzeptanz der Bundeswehr, die Sie ja nicht so sehr, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD und CDU, wollen, wird das sicherlich nicht beitragen.

Die Frage ist jetzt: Unterstützen wir das Militär blindlings, weil es eben das Militär ist, oder stehen Sie zu den Menschen in unserem Land, die sich durch dieses Militär in dieser Region in ihrer Gesundheit und Existenz bedroht fühlen? Wir bitten im Interesse der Menschen und der Erhaltung der Natur um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag und um Ihren persönlichen Einsatz gegen dieses geplante Bombodrom. Unterstützen Sie gemeinsam mit uns das demokratische Streiten der Menschen in unserem Land! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Caffier von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

Lorenz Caffier, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geschätzte Kollegin Borchardt, um es gleich vorauszuschicken, meine Fraktion und auch ich werden dem in dieser Form vorliegenden Antrag nicht zustimmen und auch nicht zustimmen können.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich kann auch nicht verstehen, warum Sie den Antrag so formuliert haben – denn die Interessenlage ist, glaube ich, in vielen Fällen unstrittig

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

quer durch alle Parteien –, dass Sie es nicht so formuliert haben, wie Sie es dann gemacht haben. In dem Antrag hätte stehen müssen:

(Barbara Borchardt, PDS: Sie hätten doch
einen Änderungsantrag machen können. –
Peter Ritter, PDS: Da hätten Sie doch
einen Änderungsantrag stellen können.)

Das Land und die Kommunen werden gebeten, alle Möglichkeiten im Rahmen einer Anhörung einzubringen.

Wir können uns als Abgeordnete nur auf das beziehen, was auch rechtlich möglich ist. Und insofern bin ich ausgesprochen traurig,

(Irene Müller, PDS: Machen
Sie einen Änderungsantrag!)

weil hier etwas suggeriert wird, was viele nicht wollen. Ich hätte einfach erwartet, dass wir einen Antrag finden, mit dem wir die Probleme einbringen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Dann hätten Sie
es doch getan! – Barbara Borchardt, PDS:
Wo ist denn der Änderungsantrag, Herr Kollege?)

Aber wir können hier nicht etwas suggerieren, was wir gegebenenfalls nicht zu entscheiden haben. Sie wissen alle gemeinsam, dass dieses Verfahren durch die Bundesrepublik Deutschland – sprich in dem Fall durch das Bundesverteidigungsministerium – nach entsprechenden Verfahren positiv oder negativ beschieden wird. Und wir hoffen in vielen Fällen für unsere Region, dass es negativ beschieden wird. Aber wir möchten als Beteiligte daran

teilnehmen können und das ist bis zum heutigen Tage nicht der Fall. Deswegen hätte ich mir gewünscht, dass wir dies so ausdrücken.

(Barbara Borchardt, PDS: Und noch mal: Wo ist der Änderungsantrag, Herr Caffier?)

Frau Borchardt, ich habe Ihnen im Vorfeld gesagt, dass die Bedingungen für einen Änderungsantrag in unserer Geschäftsordnung so geregelt sind, dass ich nur einen Antrag ändern kann, wenn ich nicht den Antrag in Gänze ändere. Wenn ich mich auf dieses beziehe, dann wird der Antrag in Gänze geändert, weil Sie hier Teile Ihrer pazifistischen Grundhaltung, die ich durchaus respektieren kann, da wir unterschiedliche Auffassungen haben, in diesem Antrag unterbringen. Und das geht nun mal leider so nicht zu ändern,

(Barbara Borchardt, PDS: Sie hätten ja einen eigenen machen können.)

sonst hätten wir das oder ich zum Beispiel schon versucht.

Konkret geht es Ihnen beiden darum, mit dem vorliegenden Entschließungsantrag gegen das Vorhaben der Bundesregierung zu protestieren, in der Kyritz-Ruppiner-Heide einen Truppenübungsplatz für die Luftwaffe und das Bundesheer zu installieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Thematik ist leider etwas differenzierter, als Sie es in Ihrem vorliegenden Antrag darstellen. In altbekannter Weise wird bei dem Thema Bundeswehr zumindest sehr problematisch, um nicht unsachlich zu sagen, argumentiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht um das Territorium des Truppenübungsplatzes Wittstock, der künftig als Luftbodenschießplatz durch die Bundeswehr genutzt werden soll. Das Land Mecklenburg-Vorpommern wird bei einer Realisierung dieses Vorhabens in direkter Weise betroffen sein. Insbesondere die Landkreise Mecklenburg-Strelitz und Müritz werden durch die geplanten Tiefflüge in erheblichem Maße auch von Fluglärm und Umweltbelastungen betroffen sein.

Als Tourismuspolitiker bin ich mir darüber im Klaren, dass die traditionell von Strukturschwäche geprägten Landkreise, in denen in den letzten Jahren erfolgreiche touristische Strukturen entwickelt wurden, einer Gefährdung ausgesetzt sind. Der Tourismus ist mittlerweile zum bedeutendsten Wirtschaftsfaktor in der Müritz-Region und im Landkreis Mecklenburg-Strelitz herangewachsen. Urlauber, die die Region besuchen, sind vor allem naturverbunden und suchen Ruhe und Entspannung in der einmalig schönen Landschaft.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Interessenkonflikt ist klar, denke ich. Aus Sicht meiner Fraktion kann die Lösung allerdings nicht …

(Glocke des Präsidenten – Harry Glawe, CDU: Das war die Schlussglocke.)

Aus der Sicht meiner Fraktion kann die Lösung nicht lauten, die berechtigten Interessen der Region hinter einem Antrag zu verstecken, der im Wesentlichen nur die Grundhaltung einer Fraktion zur Bundeswehr wiedergibt. Vielmehr wird konstruktives Handeln von uns allen verlangt. Dies hätte ich auch von den beiden Kolleginnen Frau Borchardt und Frau Prehn erwartet. Im Übrigen hätten Sie sich in vorausschauender Weise mit Ihrem zuständigen Minister, mit Kollegen Holter, der ja für die Raumordnung zuständig ist,

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU)

auch schon bemühen können, um Einflussnahme in der Region zu erreichen,

(Barbara Borchardt, PDS: Das haben wir getan. Das wissen Sie. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

so, wie wir uns auch bemüht haben. Denn wir haben 1994 ein regionales Raumordnungsverfahren verabschiedet,

(Peter Ritter, PDS: Unseren Antrag haben Sie doch abgelehnt.)

in dem die Mecklenburgische Seenplatte als touristisches Gebiet ausgewiesen ist.

(Barbara Borchardt, PDS: Das ist richtig.)

Damals stand der Luftschießplatz nicht zur Debatte.

(Peter Ritter, PDS: Alles nur Ausreden. – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Insofern stellt sich die Frage, wenn der Übungsplatz genehmigt wird, ob das Raumordnungsverfahren in der Form auch Bestand hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch meine Fraktion hat es nicht versäumt, sich frühzeitig zu bemühen, um sich in die laufenden Entscheidungsprozesse einzuschalten. Ziel der CDU-Landtagsfraktion war es und wird es auch künftig sein, im Dialog mit den Entscheidungsträgern in Bund und Ländern die direkte Einflussnahme der tangierenden Regionen – und das sind nun mal Mecklenburg-Strelitz, Müritz und damit das Land Mecklenburg-Vorpommern – zu erreichen. Dafür wäre es im ersten Schritt notwendig, dass das Land, die betroffenen Landkreise und die Tourismusverbände umgehend zu den laufenden Anhörungen des Bundesverteidigungsministeriums und des Landes Brandenburg zugelassen werden und auch geladen werden. Ich denke, dies ist ein Schritt, der selbstverständlich sein müsste, über den wir hier gar nicht diskutieren dürften. Wir dürfen bei diesem Verfahren einfach nicht länger nur Zaungäste sein.

Um dieses Ziel zu erreichen, habe ich mich beispielsweise am 15. November 2001 an die Ministerpräsidenten der Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern gewendet. Inhaltlich habe ich gefordert, dass unter Einbeziehung aller genannten Gruppen ein tragfähiger Kompromiss erreicht werden muss. Im Antwortschreiben der Staatskanzlei des Landes Mecklenburg-Vorpommern wurde mir dann offenbart, dass die Zuständigkeiten an den Innenminister übergeben worden sind. Angekündigt wurde aber vorsichtshalber schon mal eine Informationsveranstaltung des Innenministers, der diese im Januar mit der Bundeswehr und den betroffenen Kommunen durchführen wolle. Nach meinem Kenntnisstand haben wir jetzt März. Ich wohne nun in der betroffenen Region und habe jedenfalls nicht wahrgenommen, dass die Veranstaltungen mit dem Minister beziehungsweise mit den betroffenen Kommunen stattgefunden haben.

(Zuruf von Minister Dr. Gottfried Timm)

Gehört habe ich, dass die Landräte und ein Vertreter des Innenministeriums in der letzten Woche beim Staats-

sekretär im Bundesverteidigungsministerium gewesen sind. Und ich glaube, es wäre für alle Beteiligten in diesem Haus wichtig zu hören, was sie dort auf den Weg mitbekommen haben und in welcher Weise wir als Land die Möglichkeiten haben, hier Einfluss zu nehmen im Einigen der Gedanken, die Sie in Ihrem Antrag hier eingebracht haben. Insofern würde ich mich freuen, wenn der Innenminister über die Gespräche, die dort geführt worden sind, und die Aussagen oder Festlegungen, die dort getroffen worden sind, auch die Abgeordneten des Hauses unterrichtet.

Meine Damen und Herren, die Lösung der Problematik kann nicht so aussehen, wie Sie es in Ihrem Antrag formuliert haben. Es geht hier nicht um die Frage Krieg oder Frieden, sondern um das Erreichen eines für alle Seiten tragfähigen Kompromisses. Wir lehnen Ihren in dieser Art gestellten Antrag deshalb ab. Ich bitte aber trotzdem alle Abgeordneten, nach Möglichkeiten und Wegen zu suchen, dass die Regionen Mecklenburg-Strelitz und Müritz nicht unter einer Entwicklung zu leiden haben, wo in einer Region der Tourismus der Hauptwirtschaftszweig ist und wo in der Tat Tiefflieger und Tourismus schwer miteinander vereinbar sind. Das möchte ich ausdrücklich auch als Touristiker der Region sagen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Schädel von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Schädel.

Monty Schädel, PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Kollege Caffier, wer das eine will, muss das andere mögen. So einfach ist es dann ja wohl doch nicht. Ich denke nicht, dass mensch den Antragstellern nur unterstellen kann, pazifistische Grundhaltung

(Lorenz Caffier, CDU: Das habe ich nicht gesagt.)

gegen die Bundeswehr zu pflegen und deshalb den Bombenabwurfplatz abzulehnen.

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU)

Wer das eine will, muss das andere mögen. Und wer also …

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Riemann, bitte laut und deutlich, so dass ich es verstehen und darauf reagieren kann, oder gar nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Alles andere ist ja wohl kontraproduktiv.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich denke, meine Kollegin Barbara Borchardt hat eine ganze Menge zu dem Thema gesagt und hat auch die Punkte erläutert, so dass eigentlich jeder hier im Raum dem Antrag zustimmen könnte in der einen oder anderen Form. Leider habe auch ich auf Änderungsvorschläge gewartet. Mensch hätte ja in einer anderen Variante vielleicht einen gemeinsamen Nenner finden können,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

aber dafür standen für die SPD-Fraktion drei Wochen bis zum heutigen Tag und für die CDU-Fraktion 14 Tage zur Verfügung. Wir hätten eine einheitliche Position finden können,

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

in der wir uns dazu äußern und die wir als Landtag Mecklenburg-Vorpommern den Menschen in der Region Müritz und Mecklenburg-Strelitz auch rüberbringen könnten. Es ist ja bekannt, dass es immer noch unterschiedliche Auffassungen zwischen der PDS-Fraktion und den anderen Fraktionen in Bezug auf die Kritik an der Bundeswehr gibt, aber im Vorhaben oder Handeln, das wir hier an den Tag legen, sollte es dann eben keine Unterschiede geben. Ich denke, wir hätten eine Lösung gefunden, wenn denn offensiv daran gearbeitet worden wäre.

Es gibt in dem Text, wie gesagt, sicherlich eine ganze Reihe von Vokabeln, die Sie nicht mittragen können. Tut mir Leid, dass Sie es nicht getan haben. Die PDS-Fraktion ist aber der Meinung, gerade auch jetzt, gerade zum jetzigen Zeitpunkt, wo die Diskussion sich auch in Mecklenburg-Vorpommern zu diesem Thema entwickelt, gerade auch jetzt vor den Ostermärschen hätten wir sagen können: Wir als Landtag Mecklenburg-Vorpommern, wir, das Land Mecklenburg-Vorpommern, unterstützen nicht die militärische Nutzung der Ruppiner Heide, sondern die zivile Nutzung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir haben andere Ideen, wir haben andere Vorstellungen dazu und bringen diese ein. Wir als Landtag hätten uns positionieren können. Hätten – zum wiederholten Male. Nicht, dass nach Ostern alles vorbei wäre, auch da, denke ich, haben wir noch die Zeit dazu, um uns zu positionieren, doch in der Region, denke ich, wäre es gerade in der jetzigen Zeit ein gewaltiger Schritt gewesen zur Unterstützung der Menschen, die sich dort zusammenfinden.

Mit fadenscheinigen Ausreden verhindert zurzeit die Bundeswehr, nachdem sie vom Bundesverwaltungsgericht zum Anhörungsverfahren gezwungen wurde, dass die Betroffenen auch in unserer Region angehört werden. Ich denke, noch einmal, es sind fadenscheinige Anhörungen. Das Wort, das die Runde macht, hat die Kollegin Borchardt schon gesagt. Nicht einmal einfachste Spielregeln werden eingehalten. Der Vergleich mit der allmächtigen und die Probleme der Menschen ignorierenden Roten Armee machte auch hier die Runde.

Mich als Pazifisten stört das weniger, wo ich die Unterschiede bei Armeen sowieso lediglich in den Uniformen sehe. Das unterscheidet mich vielleicht von den Menschen in Afghanistan, die ja nicht so ganz die Uniformen zwischen der russischen und der deutschen Armee unterscheiden können. Aber die Kolleginnen und Kollegen von der SPD und CDU sollte es doch schon zum Nachdenken anregen, wenn denn die Menschen sagen, wir werden genauso behandelt, wie es zu DDR-Zeiten war, wie es zu den – ja, hier oftmals auch gesagt – nicht demokratischen Zeiten passierte. In unser aller Interesse kann es wirklich nicht sein, dass die Menschen erleben müssen, dass ihre Interessen von den Herrschenden ignoriert werden. Deshalb bitte ich Sie, positionieren Sie sich mit uns gegen die Einrichtung des Bombodroms.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich werde mich jetzt nicht weiter in Einzelheiten darüber, welche ökologischen und gesundheitlichen Auswirkungen die militärische Nutzung für die Menschen hat, verlieren. Dieses ist, denke ich, in den vergangenen zehn Jahren von der Bür-

gerinitiative „FREIe HEIDe“ in Brandenburg und jüngst auch von der neu gegründeten Aktionsgemeinschaft „Freier Himmel“ der Müritz-Strelitz-Region mehrfach in unterschiedlichster Form publiziert worden. Im Internet für die, die immer noch nicht genug Informationen dazu haben, ist es unter www.freieheide.de oder unter www.freier-himmel.de zu finden und nachzulesen. Informationen zu dem Thema gibt es, wenn mensch sie denn wünscht, wirklich genug und das dürfte wohl nicht, wirklich nicht als Argument gegen eine Positionierung des Landtages gelten.

Leider war die Bundeswehr nicht ganz so freigiebig mit ihren Informationen. Sie wird schon wissen warum. Wer nichts zu verbergen hat, braucht auch nicht mit Informationen hinter dem Berg zu halten. Das kriege ich sehr häufig zu hören. Der Bundeswehr, denke ich, würde es gut zu Gesicht stehen, wenn sie denn endlich mit Informationen, mit Detailinformationen, wie sie den Platz nutzen will, rausrückt.

(Beifall Barbara Borchardt, PDS)

Da sind zum Beispiel Gerüchte im Umlauf, dass von der Nutzung des Areals später dann auch die NATO-Verbündeten profitieren sollen, dass auch diese dort üben sollen. Das würde weitere Bewegungen über die bereits jetzt zu erwartenden in der Heide verursachen. Ob da etwas dran ist – keiner weiß etwas Genaues. Die Bundeswehr hält sich leider bedeckt.

Als Argument für die Region jenseits der Grenze für den Truppenübungsplatz führt die Bundeswehr Investitionen in Milliardenhöhe und die Schaffung von Arbeitsplätzen an. Doch rechtfertigt das die Vernichtung von bereits getätigten Investitionen in vielfacher Höhe diesseits, aber auch jenseits der Landesgrenze? Der Kollege Caffier hat genauso wie die Kollegin Borchardt ja schon Ausführungen dazu gemacht, wer davon vor allen Dingen mit betroffen sein wird. Es gibt immer bessere Investitionsmöglichkeiten als für einen Schießplatz. Wenn die Bundeswehr nicht weiß, wohin mit ihrem oder auch unserem Geld, dann soll sie es doch bitte in zivilen Bereichen zur Konversion ehemaliger verlassener Bundeswehrliegenschaften –

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

meinetwegen auch in unserem Bundesland oder vielleicht auch vor allen Dingen in unserem Bundesland – nutzen. Damit wir uns hier nicht falsch verstehen, ich rede hier nicht den Stimmen das Wort, die das Bombodrom eben nicht da wollen, sondern vielleicht an einer anderen Stelle. Das ist natürlich nicht meine Absicht. Doch, wie gesagt, auch die Bundeswehr sollte nicht das Recht haben, Landesinvestitionen und Existenzen in Mecklenburg-Vorpommern zu vernichten.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Alles Weitere wurde, glaube ich, bereits gesagt.

Wir bitten Sie um Zustimmung zum Antrag. Vielleicht hat ja der eine oder andere jetzt auch noch einen Änderungsvorschlag dazu, damit die Sicherung der touristischen Region Müritz/Strelitz nicht gefährdet ist. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Rudolf Borchert, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat jetzt der Innenminister Timm. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Dr. Gottfried Timm: Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu den Sorgen der Menschen in der Müritz-Region Stellung nehmen. Der Antrag selbst hätte mich nicht allein dazu veranlasst, muss ich sagen, da geht es mir ähnlich wie Herrn Caffier. Die Sorgen, die vor Ort vorhanden sind, teile ich, Sorgen über wachsende Lärmimmissionen, Sorgen über Auswirkungen auf die Tourismuswirtschaft, auf das Leben der dortigen Einwohner, auf die Umwelt. Diese Sorgen sind berechtigt. Was ich merkwürdig finde, ist, dass es, je nachdem, woher gerade der Wind weht, mal darum geht, die Bundeswehrstandorte zu erhalten, oder darum geht, die Bundeswehrstandorte nicht zu erhalten.

(Barbara Borchardt, PDS: Aber nicht von
uns. Das können Sie uns nicht vorwerfen.)

Das kann ja nicht einfach vom Datum abhängig sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Barbara Borchardt, PDS: Das ist nicht
die PDS. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ich habe deshalb auch nicht gewartet, bis der Landtag sich mit diesem Thema befasst, sondern ich habe mich bereits vor Monaten an das Bundesverteidigungsministerium gewandt und mit Nachdruck darum gebeten, dass die Belange der vom Übungsbetrieb betroffenen Gemeinden und Landkreise angehört und bei der weiteren Planung berücksichtigt werden.

(Monty Schädel, PDS: Ich sag nur Garage. –
Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS)

Ich habe, obwohl seitens des Bundesverteidigungsministeriums keine Beteiligungspflichten des Landes Mecklenburg-Vorpommern und seiner Kommunen gesehen werden, erreicht, dass das Ministerium in Berlin Vertreter des Landes und der betroffenen Region, Landräte und den Oberbürgermeister von Neubrandenburg einlädt zu einer in der Sache notwendigen Diskussion. Dies muss auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass selbst die unmittelbar betroffenen Kommunen in Brandenburg, meine Damen und Herren, dieses Anhörverfahren erst durch ein gewonnenes Klageverfahren erreicht haben. Die entsprechenden Unterlagen sind ja verfügbar.

Vor wenigen Tagen, am 26. Februar diesen Jahres, hat Herr Staatssekretär Bosch in Begleitung mit den Landräten der Landkreise Mecklenburg-Strelitz und Müritz den zugrunde liegenden Sachverhalt mit dem Bundesverteidigungsministerium, namentlich mit Herrn Staatssekretär Biederbick und weiteren Vertretern des dortigen Hauses, erörtert. Im Ergebnis dieses Gespräches lässt sich gegenwärtig feststellen, dass die ursprünglich bestehenden Besorgnisse über Umfang und über Intensität des geplanten Tiefflugbetriebs – die Rede war von circa 3.000 Tiefflügen – nicht bestätigt worden sind. Gleichwohl sind jedoch nicht unerhebliche Lärmimmissionen auf Dauer möglich. Und das ist die Sorge, die die Region und die Landesregierung teilen.

Nach den uns bisher vorliegenden Informationen und vor allem den Informationen, die am 26. Februar übergeben worden sind, plant die Luftwaffe – und das will ich jetzt ein wenig im Detail ausführen – auf dem Truppenübungsplatz Wittstock den Abwurf von detonationsfreien Übungsbomben aus geringer Höhe. Geplant sind circa 1.700 Anflüge, die in der Regel in Formationsanflügen von jeweils vier Flugzeugen und in ihrer überwiegenden

Anzahl aus Norden, also über unser Landesgebiet, erfolgen sollen. Dabei soll bis auf circa zehn Prozent der Flüge die Mindesttiefflughöhe von 1.000 bis 1.500 Fuß eingehalten werden und der besonders lärmintensive Zielanflug auf das Gelände des Truppenübungsplatzes beschränkt bleiben. Die Luftwaffe will den Übungsbetrieb auf wöchentlich 25 Stunden beschränken und Nachtanflüge überwiegend im Winterhalbjahr nach Sonnenuntergang durchführen, wurde uns geschildert. Sowohl die Sommerferien des Landes Brandenburg als auch die Wochenenden und Feiertage sollen vom Übungsbetrieb ausgenommen werden.

(Annegrit Koburger, PDS: Urlaub auf dem Truppenübungsplatz – auch was Schönes!)

Ich gebe hier wieder, was das Bundesverteidigungsministerium am 26. Februar erklärt hat.

Die Vertreter unseres Landes, und damit meine ich Landesregierung und Kommunen, haben die potentiellen Auswirkungen in diesem Gespräch zur Kenntnis genommen und unsere Interessen, die ich eingangs skizziert habe, unmissverständlich deutlich gemacht. Die für die Bevölkerung zu erwartenden Lärmimmissionen werden – aus unserer Sicht – nicht unerheblich sein und können natürlich negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und auf das Leben in der Region haben, auch auf die ökologische Situation in der Müritz-Region.

Es wurde uns, meine Damen und Herren, zugesichert, die Belange der Region bei der weiteren Planung zu prüfen und in die Entscheidungen einzubeziehen. Vereinbart wurde, dass das Land, also Land und Kommunen, bis Monatsende März eine Stellungnahme gegenüber dem Bundesverteidigungsministerium abgibt. Hierzu besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen den Landräten in der Region und meinem Haus.

Meine Damen und Herren, nun gibt es die Grundsatzfrage: Wollen wir alles oder nichts oder wollen wir uns auf Verhandlungen einlassen? Ich glaube, wir sind besser beraten, uns an der Realität zu orientieren sowie ganz konkret und im Einzelnen bestimmbar die Landesinteressen gegenüber dem Bund zu vertreten. Diese müssen natürlich konkretisiert werden, sonst werden wir in Berlin nicht ernst genommen, und dazu gibt es, wie gesagt, enge Abstimmungen zwischen den Landräten und meinem Haus. Die andere Seite ist aber die, meine Damen und Herren, und das will ich hier als Innenminister auch deutlich sagen, dass die Piloten auf unseren Flugzeugen, die auch im Ernstfall in den Einsatz geschickt werden, üben können müssen. Das müssen wir auch sehen bei der Erörterung dieser Sachlage.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn die weitere Diskussion zu diesem zugegebenermaßen schwierigen und für die Region sorgenvollen Thema konkrete Formulierungen, und zwar Formulierungen des Landesinteresses, zum Ergebnis hat. Wenn wir diese finden, können wir die Region konkret unterstützen. Aus meiner Sicht gibt es fünf Bereiche, in denen wir ganz konkret die Interessen des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf den Punkt bringen müssen:

1. der Schutz der Bevölkerung sowie der Flora und Fauna durch die Einhaltung einer höchstmöglichen Anflughöhe
2. der dauerhafte Verzicht auf Tiefflugbetrieb in ökologisch und touristisch sensiblen Gebieten
3. die Rücksichtnahme auf die Belange des Tourismus vor allem dadurch – das kann auch ausgedehnt werden –, dass der Übungsbetrieb während der touristischen Hauptzeit nicht stattfindet

(Barbara Borchardt, PDS: Na schön!)

4. die Gewährleistung einer effektiven Überwachung der Einhaltung von Beschränkungen, die wegen unserer gewünschten Auflagen durch die Bundeswehr selbst vorzunehmen ist

Und ein weiterer Punkt scheint mir der zu sein, dass Bundeswehr und Bundesverteidigungsministerium besonders die Bürger vor Ort über ihre Vorhaben unterrichten müssen. Das gilt für die Kreise, ebenso für die Gemeinden. Ich habe gehört, dass sich zum Beispiel in Mirow eine Bürgerinitiative gebildet hat. Diese Bürger haben einen Anspruch darauf, dass die Bundeswehr gemeinsam mit dem Bundesverteidigungsministerium vor Ort die entsprechenden Planungen erläutert.

Ich meine, dass mit diesen Zielen, die das Landesinteresse beschreiben, eine angemessene, an den Realitäten orientierte Problemlösung möglich ist, die letztlich auch von der Bevölkerung mitgetragen werden kann und allen staatlichen Ebenen und kommunalen Aufgabenträgern die Zusammenarbeit zum Schutz der Müritz-Region vor einem unangemessenen Flugbetrieb ermöglicht. Ich bin der Ansicht, wer in diesem Zusammenhang auf alles oder nichts setzt, wird am Ende nichts herausbekommen. Und deswegen, meine ich, geht es darum, harte, konkrete, der Region dienende Verhandlungen zu führen, um zu einem Ergebnis zu kommen, mit dem wir leben können. Ansonsten gibt es auch keine Zustimmung der Landesregierung. – Vielen Dank.

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Minister, erlauben Sie eine Anfrage des Abgeordneten Caffier?

Minister Dr. Gottfried Timm: Ja, gerne.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Caffier.

Lorenz Caffier, CDU: Herr Minister, ich hätte die Frage, da Sie über Informationsmaterial verfügen, über das wir nicht verfügen: Sind Sie in der Lage, dieses Material den Abgeordneten der Region oder allen zur Verfügung zu stellen, damit wir den gleichen Sachstand haben? Denn wir informieren uns nach wie vor alle aus dem Internet und ich denke, das ist keine Diskussionsgrundlage, auch mit den betroffenen Kommunen. Insofern frage ich, ob die Möglichkeit bestünde, die Informationen, die die Bundeswehr Ihnen gegeben hat, zur Verfügung zu stellen.

Minister Dr. Gottfried Timm: Die Informationen, die wir haben, haben auch die Landräte vor Ort. Dennoch bin ich gerne bereit, beispielsweise anzubieten, ein Abgeordnetengespräch durchzuführen. Wir können die Informationen aushändigen. Ich meine aber, eine Erläuterung dieser Informationen wäre auch sachdienlich, meinetwegen in meinem Hause oder hier im Landtag. Ich denke, da sollten wir aufeinander zugehen.

Lorenz Caffier, CDU: Okay.

Präsident Hinrich Kuessner: Erlauben Sie eine weitere Nachfrage, Herr Minister? (Zustimmung)

Bitte sehr, Herr Caffier.

Lorenz Caffier, CDU: Abschließend die Frage: Teilen Sie die Auffassung, dass die Landesgrenze sozusagen die Ursache dafür ist, dass wir an einer Anhörung nicht beteiligt werden sollen aus Sicht – so ist der derzeitige Stand – …

Minister Dr. Gottfried Timm: Also, das ist eine rechtliche Frage. Das Bundesverteidigungsministerium hat ja nicht einmal die Kommunen des Landes Brandenburg anhören wollen. Diese Kommunen mussten sich erst durch einen Rechtsstreit ihre Anhörung erstreiten.

(Unruhe bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Ja, ich gebe ja hier nur wieder, wie es gelaufen ist.

Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben jenseits dieser Frage erreicht, dass wir angehört werden. Und ich meine, wir sollten jetzt auch unsere Interessen so formulieren, dass das Bundesverteidigungsministerium hieran nicht vorbei kann.

Lorenz Caffier, CDU: Danke.

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Barbara Borchardt und Lieselotte Prehn, Fraktion der PDS, auf Drucksache 3/2728. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag der Abgeordneten Barbara Borchardt und Lieselotte Prehn ist mit den Stimmen der SPD- und CDU-Fraktion, bei jeweils einer Stimmenthaltung in allen drei Fraktionen und einer Zustimmung bei der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der PDS-Fraktion abgelehnt.

Der Abgeordnete Herr Körner hat nicht an der Abstimmung teilgenommen und möchte eine Erklärung gemäß Paragraph 97 unserer Geschäftsordnung abgeben. Bitte sehr, Herr Körner.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Ich habe mich nicht an der Abstimmung beteiligt und möchte dazu eine Erklärung abgeben.

Erstens. Ich unterstütze die uneingeschränkte touristische Entwicklung in der Mecklenburgischen Seenplatte.

Zweitens. Ich bedauere die zögerliche Informationspolitik der Bundeswehr hinsichtlich der Belastungen durch die geplanten Flugbewegungen im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Bombenabwurfgebiet Wittstocker Heide. Dies hat dazu geführt, dass bis heute kein klares Konzept und keine offiziell bestätigten Zahlen zu den Belastungen vorliegen.

Drittens. Da eine sachliche Diskussion gegenwärtig nicht möglich ist, lehne ich das geplante Bombenabwurfgebiet prinzipiell ab.

Viertens. Da ich kein grundsätzlicher Gegner der Bundeswehr beziehungsweise der Bundesverteidigungspolitik bin, wie im Antrag der Einbringer streckenweise erkennbar,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ha! Ha! – Angelika Gramkow, PDS: Wir haben einen Änderungsantrag gehabt. Auf den haben Sie nicht mal geantwortet.)

habe ich mich an der Abstimmung zu diesem Antrag nicht beteiligt.

(Zurufe von Lorenz Caffier, CDU, und Barbara Borchardt, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Der Abgeordnete gibt eine Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten ab und das hören wir uns jetzt an.

Bitte sehr, Herr Körner.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Fünftens und letztens. Ich halte es für sehr sinnvoll und möglich, wenn sich die drei Landtagsfraktionen für die kommende Landtagssitzung auf einen gemeinsamen Antrag verständigen, in dem es wirklich um die Sache und nicht um die Profilierung einzelner Abgeordneter geht.

(Barbara Borchardt, PDS: Herr Körner, was unterstellen Sie uns?! Das ist ja ‘ne Frechheit!)

Präsident Hinrich Kuessner: Gut. Dieser letzte Punkt war zwar nicht mehr zur Abstimmungserklärung, aber wir sind heute auch schon mal großzügig mit den Erklärungen umgegangen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 24. April 2002, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Kommen Sie gut nach Hause!

Schluss: 15.59 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Lieselotte Prehn und Eckhardt Rehberg.

Herstellung: cw Obotritendruck GmbH Schwerin 220135/2002